Donnerstag, 27. September 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 227 - 39.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Schwefel-Reduzierung:** Das Kabinett hat einen von Innenminister Zimmermann vorgelegten Verordnungsentwurf gebilligt, nach dem der Schwefelgehalt im leichten Heizöl und bei Dieselkraftstoff von 0,3 auf 0,15 Prozent reduziert werden soll. Zimmermann sagte, dank dieser Maßnahme könne die Konzentration an Schwefeldioxid in Ballungsgebieten um bis zu 30 Prozent gesenkt werden.

**Truppenrückzug:** Der demokratische US-Senator Nunn will 1985 erneut im Kongreß die Reduzierung amerikanischer Truppen in Europa beantragen, sofern die NATO-Partner nicht jährlich ihre Verteidigungsausgaben um real drei Prozent steigern. Dies erklärte Alfred Biehle, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestages, nach einem Treffen mit Nunn. (S. 10)

**Eröffnung:** Aus dem Ostblock werden keine Vertreter an den Eröffnungsfeierlichkeiten des neuen Olympiastadions in Seoul am Samstag teilnehmen. Ausnahme unter den kommunistischen Staaten ist China.

**CSU-Streit:** Der CSU-Vorsitzende Strauß und Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle wollen morgen in einem Gespräch in München ihren Streit um die deutsche Agrarpolitik beilegen.

**Hongkong-Abkommen:** Großbritannien und die Volksrepublik China haben in Peking das Abkommen über die Zukunft der britischen Kronkolonie Hongkong nach Ablauf des Pachtvertrages am 30. Juni 1997 paraphiert. (S. 8)

**Fortschritte:** Bundeskanzler Kohl hat vor seinem Besuch in der Volksrepublik China die Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten gewürdigt. In einem Interview sprach der Kanzler von bemerkenswerten Fortschritten im politischen Dialog sowie in der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

**„DDR"-Besuch:** Der spanische König Juan Carlos I. hat eine Einladung des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Honecker zu einem Besuch der „DDR" angenommen. Die Einladung war von einer Delegation der „DDR"-Volkskammer unter Leitung ihres Präsidenten Sindermann überbracht worden.

**EG-Kommission:** Die Europäische Kommission hat gegen Griechenland ein Verfahren wegen Verstoßes gegen die EG-Bestimmungen eröffnet. Athen wird vorgeworfen, ein Agrarexportmonopol eingeführt zu haben. Das Monopol verstößt nach Meinung der Kommission gegen die Bestimmungen über den gemeinsamen Markt für Früchte und Gemüse.

### ZITAT DES TAGES



» Die IG-Metall weiß ganz genau, daß eine Wochenarbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden für alle keine Chance bei der Schlichtung gehabt hätte. Deswegen widerspricht ihr Verhalten, auf 38,5 Stunden für alle zu bestehen, den übernommenen Vertragspflichten «

Professor Bernd Rüthers (Konstanz), Schlichter im Tarifkonflikt der Metallindustrie FOTO: DIE WELT

### WIRTSCHAFT

**Konsolidierung:** Nach Auffassung des Instituts für Wirtschaftsforschung ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mit einem geschätzten Finanzierungsdefizit in Höhe von 40 Milliarden Mark stärker fortgeschritten als geplant. Ursprünglich war in den Etats von Bund, Ländern und Gemeinden für 1984 mit einem Defizit von rund 65 Milliarden Mark gerechnet worden. (S. 11)

**Leistungsbilanz:** Das Leistungsbilanzdefizit der Bundesrepublik ist nach einem Negativsolado von 0,3 Milliarden im Juli auf 1,3 Milliarden Mark im August gestiegen.

**Einigung:** Argentinien hat sich mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über Maßnahmen verständigt, die es dem Land ermöglichen, einen Teil seiner Auslandsschulden in Höhe von 44,4 Milliarden Dollar zurückzuzahlen. Nach den Worten von Finanzminister Grinspun hat ihm der IWF-Direktor Larosière zugesagt, dem IWF-Vorstand die Billigung der Maßnahmen zu empfehlen. (S. 12)

**Börse:** An der deutschen Aktienbörse gab es wieder kräftige Kursgewinne. WELT-Aktienindex 155,6 (153,6). Renten lagen weiter unsicher. Dollar-Mittelkurs 3,0895 (3,0605) Mark. Goldpreis je Feinunze 345,75 (345,00) Dollar.

### KULTUR

**Uraufführung:** Mit einem Ensemble von nur zwölf Instrumentalisten hat Aribert Reimann die Oper „Die Gespenstersonate" in Berlin uraufgeführt. In eigenwilliger Interpretation des Strindberg-Stükkes wurden Schreckensvisionen kunstvoll herausgearbeitet. (S. 21)

**Wiedereröffnung:** Die Budapester Staatsoper, die heute 100 Jahre alt wird, soll am Samstag nach dreijähriger Restaurierung wiedereröffnet werden. Die Oper, eines der großen Häuser Europas, wurde unter anderem mit einer neuen Bühnentechnik ausgerüstet.

### SPORT

**Pokalfinale:** Auf Wunsch der Präsidenten der Fußball-Bundesliga soll das Pokalfinale ab 1985 jährlich im Berliner Olympiastadion ausgetragen werden.

**Bestechung:** Weltmeister Italien soll nach dem Bericht einer italienischen Zeitung 1982 in Spanien ein 1:1 gegen Kamerun in der Vorrunde erkauft haben. (S.18)

### AUS ALLER WELT

**Heiniken-Entführung:** Drei Mitglieder der Bande, die im November den niederländischen Großbrauer Heineken entführt hatten, müssen sich seit gestern vor einem Amsterdamer Gericht verantworten. Zwei in Paris festgenommene Entführer warten noch auf ihre Auslieferung. (S. 22)

**Promille-Grenze:** Bundesverkehrsminister Dollinger hat sich gegen eine Herabsetzung der Alkohol-Grenze auf 0,5 Promille ausgesprochen. Er lehnte eine entsprechende Forderung der Deutschen Verkehrswacht mit der Begründung ab, die bisherige Regelung habe sich bewährt.

**Wetter:** Wechselnd bewölkt. Zwischen 10 und 16 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:



# Amman durchbricht Bann der Arabischen Liga gegen Kairo

## Diplomatische Beziehungen aufgenommen / Kritik Syriens und Libyens

PETER M. RANKE, Tel Aviv

Überraschend hat König Hussein von Jordanien wieder diplomatische Beziehungen zu Ägypten aufgenommen. Kronprinz Hassan wird in nächster Zeit Kairo besuchen. Die politische Geste, mit der Jordanien den offiziell noch bestehenden arabischen Boykott Ägyptens wegen des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages von Camp David 1979 durchbricht, wird in Kairo begrüßt.

In einer Erklärung Jordaniens wird betont, Ägypten habe unter Präsident Mubarak seit 1981 die arabische Sache unterstützt und sich im Kampf um Palästina, Irak und Libanon verdient gemacht. Diese Stellungnahme soll die Erklärung liefern, warum Jordanien als erstes Land ohne Zustimmung der „Arabischen Liga" die Gipfelbeschlüsse von 1979 durchbricht.

In der syrischen Hauptstadt Damaskus wird der jordanische Alleingang scharf kritisiert. Offizielle Kreise erklären, König Hussein verletze arabische Gipfelbeschlüsse, weil er mit den USA, Ägypten und Israel zusammenarbeite. Die Spannung zwischen Syrien und Jordanien wird sich jetzt noch steigern, vermuten politische Beobachter. Libyen hat die Entscheidung Ammans als Verrat an der arabischen Nation bezeichnet.

In Israel heißt es, eine Reise des neuen Regierungschefs Shimon Peres nach Kairo sei aufgrund dieser neuen Entwicklung noch dringender. Eine Begegnung wird noch für Oktober erwartet. Man hofft jetzt auch, daß König Hussein das Angebot von Peres zu Friedensgesprächen akzeptieren wird.

Israelische Regierungskreise geben zu, daß Mubaraks betont kühle Haltung gegenüber Israel und sein Werben um die arabische Welt sich bezahlt machen, nachdem Ägypten schon zum Jahresbeginn wieder in den Kreis der islamischen Staaten aufgenommen worden war. Tatsächlich bestünden aber schon seit langem enge, inoffizielle Beziehungen zwischen Kairo, Amman und Bagdad.

Wie Ägypten verfolgt auch Jordanien gegenüber Israel eine Politik des „kalten Friedens", insofern bringt eine Zusammenarbeit zwischen Kairo und Amman nichts Neues für Israel.

Wie in Ägypten wird in Jordanien die PLO scharf überwacht. Allerdings hat Ägypten in Camp David schriftliche Zusicherungen in Sicherheits- und Wirtschaftsfragen gegeben, die sich Jordanien nicht auferlegt hat.

Aus Kairo verlautet, daß sich Jordanien jetzt einem neuen ägyptisch-französischen Vorstoß in der UNO für eine Friedensregelung in Nahost außerhalb des Rahmens von Camp David anschließen wird. Kairo hat das in Camp David niedergelegte Autonomie-Versprechen für die Palästinenser in den besetzten Gebieten fallengelassen und tritt für Selbstbestimmung und einen eigenen Staat sowie für die Hinzuziehung der PLO ein. Jordanien hat in letzter Zeit einen ähnlichen Kurs gesteuert, die amerikanische Politik kritisiert und sich für den sowjetischen Vorschlag einer „großen" Nahost-Konferenz ausgesprochen.

Informierte Beobachter nehmen an, daß König Hussein nun nicht, wie geplant, im Oktober nach Moskau reisen wird, sondern das französische Angebot annimmt, für 300 Millionen

● Fortsetzung Seite 10

# Genscher drängt Gromyko zur Antwort

## „Verhandlungen über nukleare Waffen ohne Vorbedingungen wiederaufnehmen"

BERNT CONRAD, New York

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat gestern in einer Rede vor der UNO-Vollversammlung Moskau aufgefordert, die von Präsident Reagan bekundete Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zu einem umfassenden Abrüstungsdialog positiv zu beantworten.

Den vor ihm sitzenden sowjetischen Außenminister Gromyko, mit dem er tags zuvor ein längeres Gespräch geführt hatte, im Blick, betonte er: „Wir treten mit dem amerikanischen Präsidenten dafür ein, daß die Verhandlungen über nukleare Waffen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ohne Vorbedingungen wiederaufgenommen werden."

Genscher bezeichnete eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Washington und Moskau als entscheidend für den Frieden in der Welt. Konkret plädierte er für drastische Reduzierungen bei den interkontinental-strategischen Waffen, einen weltweiten Verzicht beider Supermächte auf landgestützte Mittelstreckenflugkörper (die vom Westen in Genf vergeblich angestrebte „Null-Lösung") und eine Rüstungskontrolle für den Weltraum. Er unterstützte ein „weltweites umfassendes und verifizierbares Verbot der chemischen Waffen", eine Konkretisierung des Gewaltverzichts und den finnischen Plan für ein hochrangiges Treffen zum zehnten Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki im Sommer 1985.

Mit Nachdruck bezeichnete Genscher die Politik der Bundesrepublik

SEITE 3:
Genscher in New York

als Friedenspolitik, zu der eine aktive Menschenrechtspolitik gehöre. Er fügte hinzu: „Es ist europäische Friedenspolitik, wenn in dem Brief zur deutschen Einheit gesagt wird, daß es unser politisches Ziel ist, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuarbeiten, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt."

Genscher bekannte sich „ohne Abstriche" zu den Ostverträgen und versicherte: „Die Bundesrepublik Deutschland achtet die territoriale Integrität aller Staaten in ihren heutigen Grenzen. Sie erhebt keine Gebietsansprüche gegen irgend jemanden und wird solche auch in Zukunft nicht erheben. Sie betrachtet heute und künftig die Grenzen aller Staaten als unverletzlich." Er betonte den Bonner Wunsch nach guten Beziehungen zur Sowjetunion, zu Polen und der „DDR". Daran knüpfte er drei Mahnungen:

- „Erziehung zum Haß gefährdet den Frieden."
- „Polemik gegen die friedlichen Absichten anderer Völker vergiftet das politische Klima."
- „Die Menschen müssen die positiven Ergebnisse der Entspannungspolitik unmittelbar erfahren können."

Neben der NATO und der EG hob Genscher die deutsch-französische Freundschaft als Basis der Bonner Politik hervor. Er verlangte einen intensiven Dialog und eine solidarische Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd zur Überwindung der Schuldensituation. Aufmerksamkeit und Hilfe müßten vor allem den ärmsten Ländern der Welt gelten.

# Positive Reaktion auf Reagan-Rede in Rumänien

DW. Bukarest

Die Rede Ronald Reagans vor der UNO-Vollversammlung ist in Rumänien prinzipiell positiv beurteilt worden. Der staatliche Rundfunk begrüßte gestern in einer ersten Stellungnahme den „versöhnlichen Ton" des Präsidenten, kritisierte jedoch das Fehlen verbindlicher Vorschläge für einen Stopp des Rüstungswettlaufs. Das rumänische Parteiorgan „Scinteia" veröffentlichte Auszüge aus der Rede und unterstrich die Aussage Reagans, daß die USA zu konstruktiven Verhandlungen mit der Sowjetunion bereit seien. Im Gegensatz dazu hatten die sowjetische und die tschechoslowakische Presse die Reagan-Rede kritisiert und als „unverbindlich" und „Wahlkampfstrategie" abgelehnt. Die Nachrichtenagentur Tass schrieb, Reagan habe lediglich die über seine aggressive Politik beunruhigten amerikanischen Wähler beruhigen wollen.

# Shamir-Appell an Moskau

## Sowjetunion soll Juden auswandern lassen

DW./RS. New York/Bonn

Bei einem eineinhalbstündigen Treffen am Rande der UN-Vollversammlung in New York haben der israelische Außenminister Yitzhak Shamir und sein sowjetischer Amtskollege Andrej Gromyko über den Wunsch Jerusalems nach einer größeren Freizügigkeit für sowjetische Juden sowie die Forderung Moskaus nach der Einberufung einer neuen internationalen Friedenskonferenz über den Nahen Osten gesprochen. Shamir und Gromyko trafen sich nach dreijähriger Pause erstmals wieder. Das Gespräch in der sowjetischen UNO-Mission kam auf Wunsch Shamirs zustande.

Die Unterredung fand nach israelischen Angaben in einer „ernsthaften Atmosphäre" statt. Der sowjetische Vorschlag einer internationalen Friedenskonferenz über den Nahen Osten sieht eine Teilnahme der arabischen Staaten, Israels, der beiden Supermächte sowie der PLO vor. Israel dagegen besteht auf direkten Verhandlungen mit den arabischen Staaten.

Shamir äußerte sich gegenüber Gromyko besorgt über das Los der etwa vier Millionen Juden in der Sowjetunion. Er bat Moskau, auswanderungswilligen Juden die Emigration nach Israel zu erleichtern. Nach israelischen Angaben möchten mehrere hunderttausend Juden aus der UdSSR nach Israel auswandern. Zwischen 1970 und dem Beginn der 80er Jahre erlaubte Moskau etwa 300 000 Juden die Ausreise nach Israel. Im letzten Jahr kam diese Emigration praktisch zum Stillstand.

Moskau hat die Beziehungen zu Jerusalem 1967 nach dem Sechs-Tage-Krieg abgebrochen. Als Voraussetzung für die Wiederaufnahme fordert die UdSSR den Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten. Auch nach dem Bruch der Beziehungen fanden direkte und indirekte Kontakte zwischen Moskau und Jerusalem statt.

Seite 2: Israel drängt

# Synode besteht auf mehr Westreisen

## In Greifswald wurde auch auch Kritik an der Raketenstationierung im Osten laut

hrk / DW. Greifswald

Erweiterte Reisemöglichkeiten in den Westen, die Einrichtung eines zivilen Wehrersatzdienstes und die Gewähr für Glaubens- und Gewissensfreiheit an den Schulen hat das Kirchenparlament der evangelischen Christen in der „DDR" zum Abschluß der Bundessynode in Greifswald gefordert.

Im Beschluß der Synodalen heißt es, bezüglich Westreisen sollen die „vorhandenen gesetzlichen Regelungen voll ausgeschöpft und unbürokratisch angewendet werden". Die Reisemöglichkeiten sollten zudem erweitert werden, was als Ausdruck der „Souveränität, Stabilität und Friedensliebe der DDR" zu werten wäre.

Die Synode äußerte außerdem die Erwartung, daß die Bausoldaten nicht – wie in der Praxis – an militärischen, sondern ausschließlich zivilen Objekten, im Umweltschutz und in Katastrophenfällen eingesetzt werden. Die Synode griff erneut die 1982 vom Cottbuser SED-Chef Werner Walde als „friedens-, sozialismus- und verfassungsfeindlich" bezeichnete Idee eines „sozialen Friedensdienstes" (SoFd) für alle auf, die überhaupt keine Uniform anziehen wollen. Zur anhaltenden Benachteiligung junger Christen heißt es in der Beschlußvorlage: „Jedermann muß endlich wissen, daß die Diskriminierung junger Christen verboten und die Mitarbeit christlicher Eltern im Bildungswesen erwünscht ist."

Die Synodalen bemängelten, daß von staatlicher Seite zu wenige Informationen über Umweltschäden zugänglich seien oder mitgeteilt würden. Warnend sagen die Synodalen: „Die Verschmutzung der Umwelt, die Zerstörung von Öko-Systemen, die Vernichtung vieler Pflanzen- und Tierarten hat bedrohliche Ausmaße erreicht."

Auch zum Ausreise-Thema schwieg die Synode nicht. Die Ursachen für den Wunsch, die „DDR" zu verlassen, müßten analysiert und aufgearbeitet werden. Dies sei eine „längerfristige gesellschaftliche Aufgabe".

Auf die Bekundungen kritischer Synodaler, die in der Aussprache auf die Raketen-Stationierungen in der „DDR" und CSSR hinwiesen, ging die Synode in ihrem umfassenden Schlußpapier ebenfalls ein. Die Synode könne sich mit diesen Gegenmaßnahmen des Warschauer Pakts „nicht einfach abfinden". Ostberlin werde gebeten, „beharrlich alternative Sicherheitskonzepte auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit zur Geltung zu bringen".

In dem erkennbaren Versuch, konflikt- und somit öffentlichkeitsträchtige Themen auszusparen, hatte die Kirchenleitung den Komplex „Umweltschutz" in großer Ausführlichkeit auf die Tagesordnung gesetzt.

Seite 10: Distanz zum Staat

DER KOMMENTAR

# Lockerungsübungen

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Das Spektakel auf der Drehbühne der Vereinten Nationen enthüllt allmählich die Perspektiven einer neuen Runde in der Weltpolitik. Es schälen sich zwei Pole heraus, um die alles kreist. Der erste Pol ist das Faktum, daß alle Welt, auch Gromyko, die Wiederwahl Reagans zum Präsidenten der USA für sicher hält. Und der zweite Pol ist das erkennbare Interesse Moskaus daran, den technologischen Vormarsch der USA in den Weltraum mit diplomatischen Mitteln zu bremsen, weil die Sowjetunion nicht Schritt halten kann.

Kissinger sprach eine geschichtliche Erfahrung aus, als er frotzelte, in ihrer zweiten und unwiderruflich letzten Amtszeit hätten US-Präsidenten „nur die Geschichte" im Sinn – was wohl heißen soll, auch Reagan werde nach seiner Wiederwahl danach trachten, sich ein Friedensdenkmal zu setzen. Den Sockel hat er mit seiner großen UNO-Rede schon fundamentiert.

Da kann es nichts schaden, wenn Reagan sich von Nixon und Kissinger berichten ließ, wie das war, als Nixon und Breschnew 1972 in Moskau ein Dokument über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA unterzeichneten. Es handelte sich um die Bemühung, im Atomzeitalter den Weltfrieden durch einen Verhaltenskatalog der beiden Supermächte zu garantieren. Schon ein Jahr später geriet die Welt in die Gefahrenzone eines Atomkriegs, als Ägypten und Syrien, von der Sowjetunion bis an die Zähne mit Waffen hochgerüstet, Israel überfielen. Enttäuscht strich Präsident Ford im Jahr 1976 das Wort „Detente" (Entspannung) aus seinem Vokabular. Man erinnert sich, daß Kanzler Schmidt 1977 in London vor der sowjetischen SS-20-Rüstung warnte.

Diese Erfahrung gilt es zu beherzigen, falls sich jetzt das nächste weltpolitische Ausgleichsexperiment der beiden Supermächte anbahnen sollte. Noch gibt sich die Sowjetunion schizoid. Während die Agitatoren in Moskau Gift und Galle spucken, führt sich Gromyko in New York zivilisiert auf. Das mag der Versuch sein, sich alle Optionen offen zu halten.

Auch die Deutschen können Erfahrungen nutzen. Zum Beispiel: Es lohnt nicht, wie einst die Kanzler Brandt und Schmidt zwischen die USA und die Sowjetunion ein europäisches „Vertragsgebiet" (Ostverträge) als sturmfreie Insel der Glückseligkeiten schieben zu wollen. Das kann nicht gelingen. Richtiger ist es, in der nächsten globalen Gesprächsrunde unzweideutig an der Seite Amerikas zu stehen. Genschers UNO-Rede enthielt Spurenelemente solcher Einsicht.

# Etat: Reagans MX-Programm gefährdet ?

DW. Washington

Der Vermittlungsausschuß aus beiden Häusern des US-Kongresses hat sich auf einen gemeinsamen Entwurf für das Verteidigungsbudget für das kommende Haushaltsjahr in Höhe von 292 Milliarden Dollar geeinigt und blieb damit um 21 Milliarden Dollar unter dem ersten Ansatz der Washingtoner Regierung.

Zusätzlich vereinbarten die Vertreter aus US-Senat und Repräsentantenhaus, im kommenden April jeweils zweimal über den Bau der Interkontinentalrakete MX abzustimmen. Gegner des MX-Programms, das zentraler Bestandteil der Rüstungspolitik von US-Präsident Reagan ist, haben ein kompliziertes Genehmigungsverfahren durchgesetzt. Sollten bei den beiden Debatten auch nur einmal Vorschläge der Regierung abschlägig beschieden werden, wird das MX-Projekt blockiert. Reagan hatte ursprünglich für das am 1. Oktober beginnende Etatjahr Mittel für den Bau von 40 MX-Raketen beantragt. Im neuen Verteidigungsbudget sind unter anderem 400 Millionen Dollar für die Anschaffung von 70 Pershing-2-Raketen und acht Milliarden Dollar für den Kauf von 31 Überschallbombern B-1 vorgesehen. Mit 1,6 Milliarden Dollar soll die Weltraumrüstung finanziert werden.

Das Repräsentantenhaus hat gestern in Washington mit 273 gegen 134 Stimmen die von der Regierung geforderte Auslandshilfe in Höhe von 17,9 Milliarden Dollar um durchgehend zwei Prozent gestrichen. Ausgenommen von den Kürzungen wurden lediglich Israel und Ägypten.

# Schwere Schäden durch Sabotage gegen Manöver

AP, Bonn

Bei den diesjährigen Herbstmanövern ist es nach Angaben des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), zu erheblichen Sabotage-Akten mit schweren Schäden gekommen. Die Täter seien Teilen der Friedensbewegung und dem terroristischen Umfeld zuzuordnen. Spranger sagte gestern in Bonn, der Begriff „terroristisches Umfeld" werde dann benutzt, wenn sich Täter nicht eindeutig einer bestimmten Gruppe zuordnen ließen, sich jedoch terroristischer Mittel wie Brandanschläge oder der Kleingruppentaktik bedienten

Die Aktionen reichen nach Angaben Sprangers von Farbschmierereien bis zu „lebensgefährlichen Aktionen gegen übende Einheiten". Nach einem Überblick der Sicherheitsbehörden seien am 10. September Brandflaschen auf ein Bundeswehrfahrzeug in Oldenburg geworfen und mehrfach Sabotage an von Militär benutzten Eisenbahn-Anlagen verübt worden. Am 19. September sei ein britischer Soldat in einem Waldstück im niedersächsischen Dassel von einem unbekannten Täter durch einen Schuß aus einem Luftgewehr am Kopf verletzt worden. Einen Tag später hätten Störer in den Manövergebieten Molotow-Cocktails auf Übungsfahrzeuge und einen Stein gegen einen mit Einsatzkräften besetzten Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes geworfen. Bei geringeren Teilnehmerzahlen sei insgesamt eine Radikalisierung der Aktionen zu beobachten.

Seite 3: Besuch aus Bonn

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## *Israel drängt Gromyko*

Von Peter M. Ranke

Mehr als eine Stunde hat Israels Außenminister Shamir in New York mit Andrej Gromyko geredet. Er bat um das Leben von Anatoli Schtscharanskij, der in einem Lager dahinsiecht. Sein einziges „Verbrechen": Er ist Bürgerrechtler und Jude und will nach Israel.

Shamir bat auch darum, daß Moskau endlich die Juden ziehen läßt, die nach Israel auswandern möchten. So durften in den letzten Monaten kaum einige hundert kommen, wo früher Tausende fuhren.

Wir kennen die Antwort Gromykos nicht, der als Njet-Sager leider zu gut bekannt ist. Aber wenigstens hat er zugehört. Nun hat Regierungschef Peres gerade wieder die Hoffnung ausgesprochen, daß die Sowjetunion *mit* Israel *zusammen an einem* stabilen Frieden in Nahost arbeiten möge.

Moskaus engste Verbündete jedoch, Syrien und Libyen, *haben haßerfüllt auf die Wiederherstellung diplomatischer* Beziehungen zwischen König Hussein und Kairo reagiert. Sie sehen darin eine Wendung des Königs in Richtung Friedens*verhandlungen. Da kann* Moskau *keine Beziehungen zu* Israel aufnehmen, es ist seinen „Freunden" verpflichtet.

Es scheint, daß sich Ägypter und Jordanier mit den Franzosen, *nicht mit den Sowjets, zu einer Friedensinitiative zusammentun* wollen, die außerhalb von Camp David liegt, aber Vorstellungen Reagans berücksichtigt. Da könnte die israelische *Koalitionsregierung nicht so leicht nein sagen* wie vor zwei Jahren unter Begin. Sie ist wirtschaftlich noch abhängiger von Amerika als damals.

*Denn wie die Franzosen, sind auch die Amerikaner in Nah*ost aktiv. Sie wollen erfolgreich sein, möchten Israel noch vor dem 6. November zum Truppenabzug aus Südlibanon bewegen und *suchen* deshalb in Beirut und Damaskus nach Sicherheitsgarantien für Israels Nordgrenze. Das scheint nicht aussichtslos zu sein. Der neue Regierungschef in Jerusalem, der sich selbst in Zeitnot und Zugzwang gebracht hat, gab bereits zu verstehen, er werde sehr bald einen Rückzugsplan vorlegen.

In die Nahostpolitik kommt Bewegung – auch ohne sowjetische Konferenzpläne. Oder *gar gegen* sie. Wie in Camp David droht Moskau die Ausmanövrierung. Mit Gegenaktionen ist zu rechnen.

## *In und mit, über und unter*

Von Enno v. Loewenstern

Willy Brandts schillernde Vision einer Mehrheit „links von der Union" hat viele Facetten. In Hessen erklärt der SPD-Landeschef die Grünen in der Nähe von Faschisten und droht ihnen mit der Dachlatte, um sie dann in Demut als „hochachtbare Idealisten" zu beschreiben und ein Bündnis zu suchen, das er zehnmal besser, billiger und weniger peinlich mit Demokraten haben könnte. In Berlin erklärt der SPD-Kandidat, er werde nie mit den Alternativen gehen, und die Partei grinst sich eins dazu. In Nordrhein-Westfalen robbt sich der SPD-Landeschef langsam an die Unausgrenzbaren heran, in Niedersachsen springt er ihnen an den Hals.

Hans-Jochen Vogel nölt im Fernsehen wutrentbrannt einen Moderator an, weil dieser auf den Aufruf des SPD-Vorstandes hingewiesen und die Finanzierungsfrage angesprochen hat: „Wann bringen Sie die Dementis? Habe ich Ihre Zusicherung?" Und der arme überfahrene Moderator ist so verwirrt, daß er ihm nicht einmal zu erwidern vermag, daß SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz am 12. September zu „finanzieller Unterstützung" von „vernünftigen Aktionen" der Grünen durch Sozialdemokraten aufgerufen hat (jedem überlassend, was er für „vernünftige Aktionen" hält). Und daß zwar Eppler vor Gewalt bei den Manöverblockaden gewarnt hat, aber der SPD-Vorstand in seinem Aufruf, „in und mit" der Friedensbewegung „friedfertig und gewaltfrei Zeichen des Friedens zu setzen", eben nicht – ausdrücklich nicht! – die Bewegten selber aufgefordert hat, gewaltfrei zu bleiben.

Und nun das Tänzchen im Saarland. Lafontaine geht ganz forsch ran: entweder grüne Regierungsbeteiligung oder gar nichts; man will „die Dreckarbeit nicht allein machen" und die Grünen zuständig sein lassen für Vision und Kritik. Prompt schallt es zurück: nix Koalition, wir lassen uns nicht vereinnahmen. Lafontaine aber bleibt stark und beim Entweder/oder. Zu komisch, wie man sich gegenseitig über den Tisch zu ziehen sucht. Oder glaubt jemand im Ernst, ein staatsbewußter Lafontaine werde im Notfall eine CDU-Regierung stützen? Bei diesem Gedanken freilich – an den Notfall – kommt einem die Sache dann gar nicht mehr komisch vor.

## *Ritter Frauenlob*

Von Joachim Neander

Ein schwedischer Landvermesser, der nach jahrelanger Tätigkeit in Afrika heimkehrte, darf auch in seiner europäischen Heimat mit seinen beiden afrikanischen Frauen verheiratet bleiben. Nach einer dreimonatigen Bedenkzeit, berichtet die Nachrichtenagentur, hat die schwedische Einwanderungsbehörde der Familie des Heimkehrers (zwei Ehefrauen und fünf Kindern) eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt.

Zwar sei der Mann nach schwedischem Recht eigentlich ein Bigamist. Da er aber in Sambia nach dortigem Recht den beiden Frauen ordnungsgemäß angetraut worden sei, müsse man dies auch der hiesigen Entscheidung zugrundelegen.

Es ist nicht bekannt, welche Erwägungen den Einwande*rungsbeamten während der drei Monate Bedenkzeit durch den* Kopf gingen. Vielleicht haben sie den Mut ihres Landsmannes bewundert. Vielleicht aber hat sie auch die Frage gequält, wie es *denn mit einer Scheidung dieser Ehe sein würde.*

Muß der Mann, wenn er wie Millionen anderer Europäer des Familienlebens überdrüssig wird, gleich beiden Frauen Adieu sagen? Oder kann er die eine behalten und sich unter dem Gesichtspunkt der Wahrung seines sozialen Besitzstandes (der im sozialistischen Schweden nicht unterschätzt wird) eine neue zwecks Schließung der Lücke ins Haus nehmen?

Was wird mit den Kindern? Wie regelt sich die Versorgung? Müssen die beiden Afrikanerinnen, weil sie ja nun einmal zu zweien sind, automatisch eine Halbierung aller Ansprüche an den Ehemann hinnehmen? Oder ist er es, der nach einer Scheidung zum Sozialfall wird?

Die modernen Völkerwanderungen bringen es mit sich, daß immer öfter grundverschiedene Rechtssysteme auf dem Bo*den eines Einzelfalls aufeinandertreffen. In der Regel setzt sich* das strengere, konservativere durch; das merken zum Beispiel (oft schmerzlich) europäische Frauen, die in Entwicklungsländer heiraten. Umgekehrt geraten, wie man sieht, die auf Liberalität angelegten europäischen Vorstellungen durch den „Einbruch" des Fremden unter Umständen in Verlegenheit.



Kommt der Berg nicht zum Propheten . . . KLAUS BÖHLE

# Nöte der Rechtspolitik

Von Rupert Scholz

Obwohl eine ebenso entwicklungskräftige wie besonnene Rechtspolitik zu den unverzichtbaren Grundlagen des Rechtsstaates gehört, *scheint die aktuelle* Rechtspolitik immer mehr – zumindest gemessen an der Wirtschafts- und Sozialpolitik – in ein unverdientes Schattendasein zu treten, scheint sie sich darüber hinaus immer mehr in vordergründigen Hakeleien zu verlieren, statt mit ebensoviel Mut zum Blick nach vorn wie Besonnenheit und Kritikfähigkeit im Blick zurück diejenigen Defizite anzugehen, die sich tatsächlich stellen und die vor allem die Kraft zum Konzept erfordern.

Die aktuellen rechtspolitischen Debatten konzentrieren sich bekanntlich auf Fragen wie die des *Datenschutzes, obwohl die Bun*desrepublik auf diesem Gebiet längst über das Höchstmaß unter vergleichbaren rechtsstaatlichen Ordnungen verfügt, und auf Fragen mehr oder weniger vordergründigen Mißtrauens gegenüber Bemühungen um mehr Rechtssicherheit, dokumentiert im unverständlichen Streit um den fälschungssicheren Personalausweis wie im immer noch nicht erreichten Demonstrationsrecht, das den legitimen Demonstrant vom illegitimen Gewalttäter scheidet.

Die zentralen Probleme liegen aber im Zurückweichen vor wirkli*chen Ordnungsbedürfnissen und* in der fehlenden Einsicht in das vielfache Übermaß an staatlicher Normierung und justizstaatlicher Überperfektion. Ein deutliches Beispiel hierfür findet sich im Bereich der Arbeits- und Sozialordnung. Die staatliche Sozialpolitik steht längst vor einem fast chaotisch anmutenden Übermaß an staatlichen Gesetzen, die selbst der spezialisierte Kenner kaum noch zu durchschauen, geschweige denn wirklich zu praktizieren vermag. Wenn irgendwo vom Gefühl des einzelnen gesprochen werden kann, sich einer anonymen Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaschinerie ausgeliefert zu sehen, dann im Sozialwesen. Die großen rechtspolitischen Energien, die heute auf Themen wie den Datenschutz und den maschinenlesbaren Ausweis verwandt werden, wären ungleich besser und bürgernäher genutzt, wenn sie sich endlich der Rechtsbereinigung und rechtspolitischen Konsolidierung des Sozialrechts annähmen.

Das Arbeitsrecht ist – zunächst – einen anderen Weg gegangen. Hier hat der Gesetzgeber das Feld nicht nur den – verfassungsrechtlich legitimierten – Sozialpartnern, sondern vor allem der Rechtsprechung überlassen. Die Arbeitsgerichte sind längst zum faktischen Ersatzgesetzgeber geworden, obwohl dem Richter hierfür die demokratische Legitimation wie die notwendig dauerhafte Fachvoraussetzung fehlt. Längst hat sich ein verkapptes „politisches Mandat" des Richters entwickelt, das auf der einen Seite allzu einseitige und verkrustete Regelungsstrukturen begründet und das auf der anderen Seite – dem übermächtigen Druck kollektiver Verbandsmächte ausgesetzt – oft dazu neigt, soziale Konflikte, wie vor allem Fragen des Arbeitskampfrechts, nicht mehr mit der gebotenen Ausgewogenheit zu entscheiden. Im ersteren Bereich *ist der Gesetzgeber* dringend gefordert, wieder für mehr Flexibilität und Offenheit zu sorgen; im letzteren Bereich darf der Gesetzgeber die Gerichte nicht länger im Stich lassen, muß er endlich seine originäre Verantwortung begreifen und von Gesetzes wegen für denjenigen Ordnungsrahmen sorgen, der die laufend härter gewordenen Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgewogen und funktionsfähig regelt.

Rechtspolitik fordert die Pflege des Rechtsbewußtseins. Rechtsbewußtsein setzt ebenso das Wissen um die eigenen Rechte wie um deren Grenze und die Verantwortung des einzelnen voraus. Solches Rechtsbewußtsein leidet ebenso an unnötiger, undurchsichtiger und die Lebensverhältnisse mehr komplizierender als regulierender Übernormierung wie an der falschen Lehre, daß Rechtsbewußtsein im Rechtsstaat zunächst Konfliktbewußtsein oder Konfliktbereitschaft voraussetze. Die hier begangenen Sünden sind offenkundig. Wo der Weg zum Richter eigentlich das letzte Mittel der Konfliktschlichtung sein sollte, dort ist es für viele Bürger heute selbstverständlich, daß der Weg zum Richter beziehungsweise die bedingungslose Durchsetzung des eigenen „Rechts" primär sein müsse. Die Konsequenz einer fast hoffnungslosen Überforderung und Überlastung der Gerichte ist augenfällig.

Noch gravierender ist jedoch die Entwicklung zum Justizstaat. Der demokratische Gesetzgeber hat sich mehr und mehr der eigenen rechtspolitischen Zuständigkeiten zugunsten der Gerichte begeben. Rechtspolitik wird damit in Wahrheit entpolitisiert. Der Weg zurück zur prinzipalen Verantwortung des Gesetzgebers bedingt Neubesinnung. Vor allem durch entsprechende Konzentrationen im Verwaltungsrechtsschutz muß dafür *Sorge getragen werden, daß* politische Entscheidungen, die für die Allgemeinheit insgesamt von Bedeutung sind, wieder von demjenigen entschieden werden, der die Verantwortung für die Allgemeinheit trägt: nämlich vom Gesetzgeber selbst.

Ein bedeutsames Beispiel hierfür liegt im dringenden Erfordernis, im Bereich technischer Großprojekte endlich zum konzentrierten, auf die oberen Verwaltungsgerichte beschränkten Rechtsschutz zu gelangen und nicht umgekehrt dem Irrglauben anzuhängen, daß es *eher noch weiterer Rechts*schutzmöglichkeiten, wie etwa einer Verbandsklage, bedürfe.

Es gibt keinen Rechtsstaat in der Welt, der den gerichtlichen Rechtsschutz so perfekt entwickelt und ausgebaut hat, wie die Bundesrepublik. Es gibt aber auch keinen Rechtsstaat, der so sehr in der Ge*fahr steht*, an die Stelle des vor allem von demokratischer Gesetzgebung zu gestaltenden Rechtsstaates den apolitischen Justizstaat zu setzen.

### GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Rupert Scholz, Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, ist Mitautor des Grundgesetzkommentars Maunz-Dürig-Herzog-Scholz FOTO: HÖFT

## IM GESPRÄCH Ernesto Sabato

# Suche nach Desaparecidos

Von Günter Friedländer

Südamerikas Schriftsteller flohen nur selten in einen Elfenbeinturm, wenn es darum ging, die Menschenwürde im eigenen Land oder in anderen Staaten zu verteidigen. Ernesto Sabato (73), einer der prominentesten Erzähler der argentinischen Literatur, ist keine Ausnahme.

Räumlich zieht er es vor, in einiger Entfernung vom Machtzentrum Buenos Aires zu leben, aber an dessen Problemen und Schwierigkeiten nimmt er unmittelbaren Anteil. *Die* Militärdiktatur seiner Heimat nannte er „einen abscheulichen Alptraum", *stellte sich* jedoch während ihrer Herrschaft (1976–1983) nicht schlafend. Furchtlos kritisierte er die regierenden Generäle, als das noch mit persönlicher Gefahr verbunden war. Der böse Traum sollte für ihn nach der Rückkehr Argentiniens zur Demokratie noch nicht beendet sein: Als Präsident Raul Alfonsin auf der Suche nach Gerechtigkeit für die „Des*aparecidos" einen Vorsitzenden* der „Landeskommission für die verschwundenen Personen" (Conap) suchte, bot er Sabato diesen Posten an. Der Schriftsteller entzog sich der Aufgabe nicht, obwohl sie ihn für lange Zeit von seiner beruflichen Arbeit fernhielt.

Die Desaparecidos oder Verschwundenen sind jene Personen, die vom Militärregime während des jahrelangen Kampfes gegen den Terrorismus von links und rechts ohne rechtsförmiges Verfahren festgenommen wurden und seitdem nicht – oder nur zum geringen Teil – wieder auftauchten.

*Zu Alfonsins Entscheidung mag* beigetragen haben, daß Sabato nicht zu den sogenannten Intellektuellen gehört, die sich ohne Fachkenntnisse wortreich zu den ökonomisch-sozialen Problemen der Welt äußern. Menschenwürde ist für ihn eine Frage des Prinzips, nicht eine Gelegenheit, bestimmte politische Systeme zu verteidigen und andere zu bekämpfen. Sabatos Arbeit, die ihn nach eigenen Worten *durch die Hölle führte*, ist nun abgeschlossen. Er übergab Argentiniens Präsident ein Aktenbündel von mehr als fünfzigtausend Seiten, in denen er anderen das Erzählen überließ: den Opfern, den Zeugen und einigen geständigen Schuldigen. Hier erzählen sechstausend Menschen die Leidensgeschichte von neuntausend „Desaparecidos", von denen nur tausend wieder *auftauchten. Die* Ergebnisse der Untersuchung faßte die Kommission in einem Buch von dreihundert Seiten zusammen, das allen Argentiniern Gelegenheit geben soll, „die größte Tragödie unserer Geschichte" kennenzulernen. Es ist kein Roman, sondern ein Tatsachenbericht, denn mit der Kenntnis der „Wahrheit und der Gerechtigkeit werden wir unseren nationalen Geist wieder aufrichten können".



Ein Weg durch die Hölle: Ernesto Sabato FOTO: DIE WELT

Die Liste von um die tausend angeklagten Angehörigen des Heeres wurde der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt. Sie wird nur den Richtern übergeben werden, *die die Gerechtigkeit* so weit herstellen sollen, wie die Umstände es noch zulassen.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### LE FIGARO

**Den Beschluß der Pariser Regierung, mehrere baskische Terroristen auszuweisen, begrüßt die Pariser Zeitung:**

Hier wie in anderen Bereichen beugt sich die Regierung letztlich dem Druck der Realitäten. Sie gibt ein paar der falschen Ideen auf, die die Reden der Linken beherrschten. Sie macht Schluß mit einer langen Gefälligkeit gegenüber Terroristen und Verbrechern. Dies ist erfreulich.

### AUGSBURGER ALLGEMEINE

**Zum Streit Strauß-Kiechle meint das Blatt:**

Die Bemühungen des CSU-Vorsitzenden Strauß um eine politische und materielle Schadensbegrenzung bei der bayerischen Bauernschaft nehmen *allmählich* groteske *Formen* an . . . Strauß behauptet im Zusammenhang mit der Regierungsbildung vom März vergangenen Jahres, er habe eigentlich nur mit einem Staatssekretär im Ernährungsministerium gerechnet. Das ist falsch. Die CSU hat sehr wohl auf einen eigenen Ressortchef hingearbeitet, um eine Großagrarier-Politik des „Junkers" Heere*man zu verhindern.*

### NEUE RUHR ZEITUNG

**Das Essener Blatt kommentiert den Fall Rotsch:**

Das Leben schreibt die besten Satiren, hat Tucholsky gesagt – ein Satz, so aktuell wie selten: In New York besprechen die Außenminister Genscher und Shultz den umstrittenen Technologie-Transfer von West nach Ost. Und in München fliegt ein Spion auf, der geheimste Rüstungstechnik verraten hat. Transfer, wie er nicht sein soll . . . Der als CSU-Mann aus dem Sudetenland bestens getarnte Agent muß ein Spion besonderer Qualifikation sein – sozusagen ein System-Spion, der nicht einfach westliche Technik ans kommunistische System verraten hat. Er muß vor allem Computersysteme beherrschen. Die Kopie einer Blaupause ist überholter als Mata Haris Liebesspiele.

### NÜRNBERGER Nachrichten

**Das Blatt meint zu den grünen Manöverblockaden:**

Von dem lebensgefährlichen Unsinn, einen Protestmarsch auf eine der mit Blindgängern vollgestopften Schießbahnen zu erwägen, braucht wohl nicht groß geredet zu werden. Hinzuweisen aber ist auf die unnütze und politisch dumme Konfrontation der Manöverblockierer mit den vielen jungen Wehrpflichtigen, die sich *für* ihr Tun mit dem gleichen Recht aufs Gewissen berufen dürfen wie die Störer. Auch Demonstranten haben doch nicht unbedingt und immer Wahrheit und Weisheit mit dem großen Suppenlöffel zu sich genommen. Die Ansprüche, die gegenwärtig von ihnen zu hören sind, schmecken nämlich verteufelt intensiv nach Selbstgerechtigkeit. Obendrein fehlt ihnen selbst der geringste Hauch jener Toleranz, die sie doch so gerne für sich begehren.

### Frankfurter Allgemeine

**Zu den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst heißt es hier:**

Auch die Führung der Gewerkschaft ÖTV wird sich darüber klar sein, daß *eine mit fünf* Prozent weit über dem für dieses Jahr geltenden Durchschnittssatz liegende Forderung, kombiniert mit einer Arbeitszeitverkürzung, die erhebliche Stellenvermehrungen bedeuten wird, nicht durchgehen kann. Für die Arbeitgeber, die sich der Nullrundenfessel zu entledigen beginnen, ist es ein Zeichen der Hoffnung, daß die Angestellten-Gewerkschaft von vornherein maßvoller auftritt.

# Der IWF wird nicht zur Weltnotenpresse degradiert

**Er soll ein Kontroll*instrument* für die Vernunft bleiben / Von Claus Dertinger**

Heute geht die gemeinsame Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank zu Ende. Spektakuläre Ergebnisse hat die Konferenz der Finanzminister und Notenbankchefs in Washington nicht gebracht. Aufregendes war auch nicht erwartet wor*den. Die leichte Kürzung des „er*weiterten Zugangs" zur Sonderkreditkasse des IWF und die Ablehnung der von den meisten der 147 Mitglieder geforderten Zuteilung neuer Sonderziehungsrechte, mit denen schwache Devisenkassen zum Nulltarif aufgefüllt werden sollten, werden oft als „Nichtereignis" abqualifiziert.

Eine derartige Betrachtungsweise, besonders hinsichtlich der Sonderziehungsrechte, ist jedoch oberflächlich. In Wirklichkeit ging es nämlich um die Zukunft des IWF, um die politische Entscheidung, welche *Rolle der Fonds künftig bei der Lö*sung der internationalen Verschuldungskrise spielen soll: die eines Finanzierungsinstituts, das schwache Länder mit Kapital versorgt, das sie mangels Kreditwürdigkeit von niemand anderem mehr bekommen – oder soll es die Hauptaufgabe des IWF sein, Anpassungsprozesse in den Schuldnerländern als Voraussetzung zur dauerhaften Überwindung der Krisen in Gang zu setzen? Wobei der Fonds, überspitzt ausgedrückt, mit Krediten lockt, die aber nicht ohne die Verpflichtung des Schuldners zu binnenwirtschaftlichen Sanierungsmaßnahmen lockergemacht werden.

Eine falsche Weichenstellung in Richtung supranationale Geldschöpfungsbank ist in Washington am Widerstand der USA, der Bundesrepublik, Japans und Großbritanniens gescheitert, weil ein weltweiter Bedarf an Liquidität, die Voraussetzung zur Ausgabe neuer Sonderziehungsrechte, nicht nachgewiesen werden konnte. Damit ist es *gelungen, die eigentliche Funktion* des IWF als Motor, der Anpassungsprozesse in den Schuldnerländern in Gang setzt, zu stärken. Das Ergebnis kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Denn diese Aufgabe des Fonds ist weitaus wichtiger, jedenfalls prinzipiell, als die Hilfe mit Bei*standskrediten. Ohne die Inan*griffnahme von binnenwirtschaftlichen Sanierungsmaßnahmen, bei denen der Verzicht auf die Notenpresse sowie Abbau der Haushaltsdefizite und Subventionen und die Rückkehr zu realistischen Wechselkursen im Vordergrund stehen, wäre zu befürchten, daß Kredite an Entwicklungsländer in Fässern ohne Boden verschwinden.

Nun könnte man freilich sagen, bei der Neuzuteilung von etwa vier Milliarden Sonderziehungsrechten, die auch viele Industrieländer für akzeptabel *halten*, gehe *die Welt nicht* gleich unter. Denn auf diese Weise wäre das Potential an künstlichen Währungsreserven noch nicht einmal um ein Fünftel erhöht worden; dadurch würden kaum weltweite Inflationsgefahren heraufbeschworen. Das mag alles richtig sein. Doch es ging um etwas ganz anderes. Es sollte kein Präjudiz geschaffen werden. Denn ist die Unschuld einmal verloren, *lebt es sich leicht* leichtlebig. Einem ersten Schritt in die falsche Richtung wäre dann in absehbarer Zeit mit Sicherheit der nächste gefolgt. Die Schuldnerländer könnten sich dann vom IWF abnabeln: Dann gäbe es niemand mehr, der die Macht hätte, sie zu disziplinieren.

Viele Schuldnerländer sind über die im Interimsausschuß des IWF gefallene Entscheidung nicht glücklich, was verständlich erscheint – kein Land nimmt mit Vergnügen einen Eingriff in die nationale Souveränität hin. Auf der anderen Seite gibt es *aber eine Reihe weiterdenkender* Politiker in Entwicklungs- und Schwellenländern, die in der auflagengebundenen Kreditpolitik die Chance sehen, sozialpolitisch schwer verdauliche Sanierungsmaßnahmen auch gegen Widerstände durchzusetzen. Sie haben ein Alibi, unpopulär handeln zu müssen. Daß sich der IWF mit seiner Politik in ein politisches Spannungsfeld begibt und verstärkt zur *Zielscheibe der Kritik aus den Län*dern der Dritten Welt wird, ist keine Frage. In der Bundesrepublik schließen sich neuerdings die Grünen und zunehmend sogar Sozialdemokraten, die in der sozialliberalen Regierungszeit die gleiche IWF-Politik verfolgt haben wie die heutige Bundesregierung, auf den IWF ein.

Die Politik des Fonds gleicht einem Balanceakt. Einmal muß er auf nationale Empfindlichkeiten Rücksicht nehmen, damit keine allzu starken Ressentiments aufkommen, deren Folgen letztlich den Erfolg seiner Strategie in Frage stellen. Andererseits darf er nicht durch zu große Nachgiebigkeit die Effizienz seiner Politik aufs Spiel setzen. Das erfordert ein Höchstmaß an Fingerspitzengefühl – in einer festen Hand.

# *Theater um die Gewissensfrage*

**Mit der „Gewissensfrage“ konfrontiert ein Theaterstück junge Schüler. Das Spiel mit dem gleichnamigen Titel, vom Verteidigungsministerium finanziert, will Jugendliche über Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung informieren.**

Von RÜDIGER MONIAC

Klaus, der Soldat, sagt: „Ihr mit eurer heillos selbstgerechten Besserwisserei über den Frieden. Wer sagt euch denn, daß ihr recht habt?“ Klaus meint Dirk, einen Kriegsdienstverweigerer, der ihm gerade erklärt hat: „Immer mehr Rüstung, immer mehr Waffen führen doch nur zum Krieg.“ Dirk will seinen Freund Klaus, der gerade als Wehrpflichtiger seinen Dienst in der Kaserne leistet, zum Verweigern überreden. Klaus aber sträubt sich und sagt: „Bei der Bundeswehr tun wir bestimmt mehr für den Frieden als ihr.“

Auf der Bühne findet zwischen diesen beiden jungen Männern eine Diskussion statt, so wie sie sich täglich in der Wirklichkeit zwischen einem Friedensbewegten und einem von der *Notwendigkeit* der Bundeswehr Überzeugten abspielen könnte. Das Theater, in die Schule gekommen, spiegelt die politische Debatte in unserem Lande wider.

Und dennoch: Fast wäre dieses bieder gemachte Schauspiel gar nicht auf die Bretter gekommen, obwohl die Mehrzahl einer Gruppe befragter Jugendlicher sich für eine zeitkritische Inszenierung über die Bundeswehr entschieden hatte. Doch nach einigem Hin und Her zwischen Verteidigungsministerium und Bundespresseamt hat es heute abend in Stetten am kalten Markt, einem Garnisonsort auf der Schwäbischen Alb, im Beisein des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter-Kurt Würzbach Premiere.

Initiator des Stücks „Die Gewissensfrage“ sind die Badischen Kammerschauspiele aus Emmendingen bei Freiburg, die seit 1971 Schulen und Jugendhäuser auf Tourneen besuchen und überall jungen Zuschauern in spielerischer Form und ohne pädagogischen Zeigefinger den Weg hin zum Überblick über so brennende Zeitfragen wie Jugendkriminalität, Arbeitslosigkeit, Drogen, Behinderte oder Alkoholmißbrauch gewiesen haben.

Diesen Spielplan bestimmt das junge Publikum selbst. Denn jedem Programmheft ist ein Fragebogen beigegeben mit Vorschlägen für eine der nächsten Inszenierungen. Als auf der Liste das Thema Bundeswehr erschien, sprachen sich von 76 000 befragten Jugendlichen 42 500 für die Behandlung dieses Stoffes aus. Direktor Georg A. Weth ging mit diesem Ergebnis zum Verteidigungsministerium und fragte an, ob man den Badischen Kammerschauspielen ideell und finanziell bei der Realisierung eines Stückes helfen wolle. Man wollte.

Die Geschichte, wie sie aufgrund einer Idee von Thilo Koch nun in dem Spiel abrollt, ist so simpel wie genial: In einer Kneipe trifft sich ein junger Soldat, der gerade beim „Bund“ seinen Wehrdienst macht, mit seiner Freundin. Klaus will Christine bald heiraten. Dirk, ein anderer junger Mann, anerkannter Kriegsdienstverweigerer, mit beiden auf Du, kommt hinzu. Es stellt sich heraus, von Christine gebeten. Beide wollen Klaus bewegen, den Dienst bei der Bundeswehr zu quittieren und so wie Dirk Antrag auf Anerkennung als Verweigerer zu stellen. In die zwischen diesen Dreien in der Kneipe sich abspielenden Diskussionen mischt sich eine ältere Wirtin ein, die vor dem Mauerbau aus Ost-Berlin in die Bundesrepublik übergesiedelt war. Auch ein älterer Taxifahrer und ein Sozialarbeiter beteiligen sich an der Diskus*sion.*

Wer erwartet hat, daß ein schieres Propagandastück vorgeführt wird, ist enttäuscht. Klaus und Dirk vor allem, aber auch die Älteren und die junge Christine in ihrer ungehemmten Emotionalität, reißen den Zuschauer hin und her zwischen Einsichten und Gefühlen zugunsten der Soldaten. Aber auch zugunsten derer, die sich selbst Friedensbewegung nennen.

Entsprechend skeptisch über die Wirkung der Inszenierung bei den Jugendlichen urteilten denn auch schon einige Offiziere, die eine „Testaufführung“ im Stadttheater von Euskirchen vor 15jährigen Berufsschülerinnen und -schülern miterlebten. Einer vermißte im Stück die „Staatsnähe“, ein anderer ärgerte sich, weil der Kriegsdienstverweigerer „doch viel zu sympathisch dargestellt“ sei. Auch der Ausgang des Stückes läßt offen, auf welcher Seite sich der Zuschauer eigentlich einfinden soll. Klaus erfährt nach einem Telefonanruf in der Kneipe vom Taxifahrer, daß er mit seiner Christine bald eine günstige Wohnung bekommen kann. Der Heirat steht also, so gesehen, nichts mehr im Wege. Ob sich aber Christine von ihrer Vorliebe für die Friedensvorstellungen von Dirk abzuwenden beginnt, bleibt unklar. Das Stück ist nicht mehr als ein Problemaufriß; zu wenig eigentlich dafür, daß es Ver*ständnis wecken soll für die Landes*verteidigung.

Unbehagen bleibt. Es scheint die Folge eines eher unklaren politischen Willens zu sein. Als nämlich erste Berichte über dieses Vorhaben in den Medien erschienen, bekam man im Bundespresseamt, das das Geld geben sollte, „weiche Knie wegen der eigenen Courage“ (so ein Angehöriger des Verteidigungsministeriums). Beinahe wäre es deshalb gar zu einer Intervention des Verteidigungsministers beim Kanzler gekommem. Im Gespräch zwischen Minister Wörner und Staatssekretär Boenisch wurde schließlich entschieden, daß die politische Verantwortung für das Stück „Die Gewissensfrage“ nicht vom Bundespresseamt, sondern allein vom Verteidigungsministerium übernommen werde.

Ob diese Entscheidung politisch *klug ist, läßt sich bezweifeln. Da sieht* die Regierung die Aufgabe, bei der Jugend das Verständnis für die Landesverteidigung festigen zu helfen und nimmt die Anregung der Kammerschauspiele dankbar auf. Doch ist von der Lust des Anfangs in dem Moment, wo sie politischen Gegenwind zu spüren kriegte, wenig geblieben. Eher nun die Unlust, ein nicht mehr geliebtes Kind dennoch aufzuziehen. Freilich muß es der tun, der ohnehin in der Regierung eines der unattraktivsten Ämter hat, der Verteidigungsminister.

Vom erzieherischen Wert des Stücks ist zumindest der Lehrer, der in Euskirchen die Probeaufführung *verfolgte*, überzeugt. *Er meinte*, die gesamte Problematik um das „Thema Frieden“ sei in dem Stück „ausgewogen“ dargestellt worden: „Darauf können wir in der Schule aufbauen.“

70 Aufführungen sind in diesem Jahr noch geplant; insgesamt sollen es rund 200 werden. Doch die Finanzierung für 1985 steht noch in den Sternen.

**Eine Theaterszene: Christine will den Wehrpflichtigen Klaus überreden, den Kriegsdienst zu verweigern.** FOTO: DIE WELT

# Grüner Besuch aus Bonn – der Streß reist mit

Von STEFAN HEYDECK

Was haben wir da eigentlich gemacht?“ fragte die Fraktionssprecherin der Grünen im Bundestag, Annemarie Borgmann, im Versammlungszelt auf dem Festplatz der Gemeinde Hettenhausen in der Rhön. Sechs der 27 Bonner Grünen-Abgeordneten und einige Nachrücker waren zusammen mit knapp 200 Mitgliedern von Friedensgruppen gerade von einer beabsichtigten Protestaktion gegen amerikanische Militäreinrichtungen im nahegelegenen Wildflecken in das aus rund drei Dutzend Zelten bestehende „Friedenscamp“ zurückgekehrt.

Ihr Vordringen auf die Schießbahn 9 in Wildflecken war kurz vorher verhindert worden. Die Demonstranten hatten sich in Grüppchen mühsam durch Büsche und Unterholz geschlagen. Doch dann waren sie von Polizisten gestoppt und höflich, aber bestimmt über eine Panzerstraße aus dem gesperrten Terrain wieder „hinauskomplimentiert“ worden.

Die als Unterstützung der Friedensbewegung geplante Reise der Grünen brachte nicht den erhofften Erfolg. Das schienen die meisten ihrer Bundestagsabgeordneten geahnt zu haben. Sie hatten sich – wenn überhaupt – mit Wahlkampfeinsätzen in Nordrhein-Westfalen oder anderen Verpflichtungen entschuldigen lassen. Dabei hatte Annemarie Borgmann im Vorfeld „16 feste Zusagen“ bekommen. Prompt fiel dann auch eine Fraktionssitzung mangels Masse ins Wasser. Statt dessen hörte sich das gute Dutzend Abgeordnete und Nachrücker einen Bericht über „flexible Blockaden“, einen 20-Minuten-Vortrag über ein „Umweltkriegsverbot“ und ein Statement eines amerikanischen „Atom-Veteranen“ an. Schon nach einer Stunde erklärte dann Annemarie Borgmann, man müsse „leider Schluß machen“. Denn man werde „morgen schon wieder in Bonn gebraucht“.

Die Abgeordneten der Grünen verhielten sich praktisch genauso wie die meisten ihrer Kollegen aus den anderen Fraktionen bei Besuchen in der „Provinz“: freundlich und mehr oder weniger unverbindlich. Kaum waren sie gegen 14 Uhr angekommen, wurde sicherheitshalber verkündet, daß „die meisten spätestens um 19.30 Uhr den Intercity“ erreichen müßten. Dann ließen sie sich von den überwiegend jungen Leuten erst einmal vor ein amerikanisches Kasernentor fahren.

Dort erfuhren sie auf einer Wiese, daß es vor ihrer Ankunft einige jeweils 15minütige „Totalblockaden“ gegeben habe. Auch nach dreimaliger Aufforderung durch die Polizei sei „keiner aufgestanden oder weggegangen“. Die Beamten hätten daraufhin genauso wie bei drei gestoppten amerikanischen Militärfahrzeugen „mit dem Abräumen“ begonnen. Ergebnis: 21 Festnahmen. Hier erbaten die Abgeordneten weitere Details, „damit wir helfen können“. Kommentarlos hörten sie sich dagegen an, daß die Aktionen (statt der erhofften 500 hatten sich für das einwöchige „Friedenscamp“ nur 90 bei einer 25-Mark-Teilnehmergebühr angemeldet) „von unseren Stärkeverhältnissen das Optimale gebracht“ hätten und daß man „überrascht über das Aufgebot der Staatsmacht“ gewesen sei.

Die Demonstranten standen nach der fernsehgerecht vorgetragenen Information vor der Kaserne ratlos auf der Wiese: „Was machen wir denn jetzt?“ Der in solchen Lagen erfahrene ehemalige Geschäftsführer der Grünen, Lukas Beckmann, wußte Rat: „Phantasievoll verhalten.“ Unter seiner Regie reihten sich die Abgeordneten händchenhaltend in eine „Menschenkette“ ein, die durch Schlangenbewegungen über die Fahrbahn den ohnehin dünnen Verkehr stoppen sollte. Doch auch hier sorgte die Polizei nach knapp 30 Minuten wieder für Ruhe.

In einer Bilanz erfuhren die Grünen später, daß „der Erfolg nur halb gelungen“, „Fehler gemacht“ worden seien und „vor einer Selbstbeweihräucherung“ gewarnt werde. Es schien, als sei die darauffolgende Aufforderung, am Samstag erneut in den Raum Fulda zu einem „Menschennetz“ zu kommen, von den Abgeordneten überhört worden. Waren sie doch gleichzeitig gedrängt worden: „Die Grünen-Fraktionäre, die mitwollen, kommen bitte vor die Tür, damit es losgeht. *Gepäckmäßig und* so.“ Nach nur viereinhalb Stunden war der „Besuch aus Bonn“ wieder fort.



**Gromyko empfängt Genscher in der sowjetischen UNO-Mission: „Guten Tag. Wie geht es?“** FOTO: UPI

# Im schwülen Manhattan schmilzt das politische Eis

**Gromyko begegnete Genscher in New York mit Freundlichkeit. *Auch die* anderen osteuropäischen Außenminister suchten den Dialog mit ihrem Bonner Kollegen. Von politischer Eiszeit war im schwül warmen Manhattan nichts zu spüren.**

Von BERNT CONRAD

Good afternoon, gentlemen“, rief Andrej Gromyko mit einer Andeutung von Lächeln den wartenden Journalisten zu. Seine Begrüßung wechselte vom Englischen ins Deutsche, als kurz darauf Hans-Dietrich Genscher im weißen Klinkerbau der sowjetischen UNO-Mission in der 67. Straße eintraf: „Guten Tag. Wie geht es?“ vernahm der Bonner Gast verblüfft in seiner Muttersprache.

Sowjetischer Charme in Aktion – nur leicht gemindert durch den durchdringenden Desinfektionsgeruch, den jeder Besucher osteuropäischer Gefilde kennt und den die russischen UNO-Diplomaten auch in ihrem sozialistischen Refugium mitten im hochkapitalistischen Manhattan *nicht zu entbehren brauchen. Das* mag sie darüber hinwegtrösten, daß der Klassenfeind, sprich: die New Yorker Stadtverwaltung, nur dreißig Meter vom Missionsgebäude entfernt, ein Straßenschild „Sacharow-Bonner-*Corner*“ *angebracht hat.*

Der sowjetische Außenminister jedenfalls ließ es an Gastfreundlichkeit nicht fehlen. Er wirkte in diesen Tagen – bei aller dem „Ernst der Lage“ und seinem Charakter angemessenen Sauertöpfigkeit – *zeitweilig durchaus* entspannt und gelockert. Kein Wunder: Hatte er sich im vergangenen Jahr nach dem Abschuß der koreanischen Verkehrsmaschine noch in New York als unerwünscht empfun*den und* war deshalb dem UNO-Plenum ferngeblieben, so reißt man sich diesmal um ihn als Gesprächspartner. Die Außenminister Chinas, der Türkei, Pakistans, Frankreichs, der Bundesrepublik, Finnlands und vieler anderer Staaten geben sich in der Sowjetmission die Klinke in die Hand.

Ganz zu schweigen von den Amerikanern: Nach dem ersten Tête-à-tête mit Präsident Ronald Reagan am Sonntag abend im Waldorf-Astoria-Hotel konferierte Außenminister George Shultz gestern ausführlich mit dem Sowjetveteranen. Morgen folgt dann der Höhepunkt: Ein ungewöhnlich ausgedehntes Treffen mit Reagan im Weißen Haus, wobei der Präsident den Gast sogar zum Mittagessen in seine Privaträume im ersten Stock bitten wird – eine Auszeichnung, die sonst nur auserwählten Regierungschefs zuteil wird. Als Genscher seinen bulgarischen Amtskollegen Petar Mladenow auf diese Vorzugsbehandlung hinwies, meinte jener ironisch, der Bundesaußenminister solle Gromyko vorwarnen, denn auch eine freudige Überraschung könne Streß bedeuten.

Gromyko seinerseits scheint die Absicht zu haben, Reagan unpolemisch gegenüberzutreten. Bei den Genscher dargebotenen kulinarischen Genüssen – schwarzem Kaviar, Lachs, Krebse, Rinderfilet mit gefüllten Tomaten und Erdbeermousse, Wodka, Rotwein und Sekt – vermied er trotz unverändert kritischer Grundhaltung jede Aggressivität gegen Washington und vor allem gegen Bonn. Nicht einmal den von der „Prawda“ *täglich massiv attackierten* „Revanchismus“ in der Bundesrepublik schnitt er an. Was Genscher veranlaßte, selbst auf das Thema zu sprechen zu kommen und unverblümt festzustellen, der Ton der sowjetischen *Kampagne entspreche* nicht dem deutschen Verständnis vom Geist des Moskauer Vertrages. Die Antwort des Russen fiel vergleichsweise milde aus.

Warum die Moskauer Medien aller*dings wirklich so vehement* auf Bonn einschlagen, konnte der Bundesaußenminister nicht schlüssig erfahren. Auch die künftige Haltung des Kreml gegenüber Amerika und seine konkrete Einschätzung der Reagan-Rede vor der Vollversammlung ließ Gromyko im dunkeln. Er nahm keineswegs den kritischen Tass-Kommentar auf („Ein Gefäß ohne Inhalt“), sondern beschränkte sich auf die Forderung, die zuvor schon Mladenow und der ungarische Außenminister Peter Varkony geäußert hatten: „Jetzt müssen den Worten Taten folgen.“ Dieser Tenor dürfte auch die morgige UNO-Rede Gromykos bestimmen.

Den Namen Honecker erwähnte Gromyko überhaupt nicht. Die Absage des „DDR“-Staatsratsvorsitzenden an Bonn kam nur bei Begegnungen mit Nichtkommunisten zur Sprache. Andererseits machten der rumänische und der bulgarische Außenminister Genscher gegenüber deutlich, welchen Wert sie – unbeachtet „höherer“ Schwierigkeiten – auf einen engen Kontakt zur Bundesregierung legen. Stefan Andrei rühmte die Bedeutung des (nicht abgesagten) Besuches seines Staatschefs Ceausescu im Oktober am Rhein; Mladenow bemerkte – von Genscher wegen der Absage des bulgarischen Parteichefs Schiwkow angefrotzelt –, er habe nie einen Zweifel gehabt, daß der Besuch doch noch stattfinden werde.

Weshalb auch nicht? Schließlich plädierte sogar der sowjetische Außenminister für einen Dialog mit Bonn auf allen Ebenen und tauschte mit Genscher, ungeachtet harscher Worte aus Moskau, sommerliche Urlaubserfahrungen und herzliche Familiengrüße aus.

„Ich muß aus Zeitgründen mehr Gesprächswünsche ablehnen als ich zusagen kann“, seufzte der vielgefragte Genscher. Die von ihm akzeptierten Termine mit rund 40 Außenministerkollegen in vier Tagen sind sogar für den Marathonplauderer Genscher bei 27 feuchten Wärmegraden das mögliche Maximum.

Dieses Maximum aber schöpft er restlos aus. Vor Genschers Suite im 28. Stock des Hotels UN-Plaza sind ständig Fernsehleute postiert, um Prominente aus West und Ost, Nord und Süd auf dem Wege zum Bonner Vizekanzler einzufangen. Die meisten Besucher kennt er seit langem. Manchmal gibt es auch ein Wiedersehen mit alten Bekannten im neuen Amt – die ehemaligen Regierungschefs Shamir (Israel) und Clark (Kanada) wurden von Genscher als Außenministerkollegen freudig begrüßt – oder die Bekanntschaft mit neuen Gesichtern wie dem ägyptischen Außenminister Meguid (Genscher: „Sehr sympathisch“).

Mag auch zu Hause der liberale Parteiputz bröckeln – hier ist Genscher in seinem Element.



# *Forstexperten plädieren für Tempolimit*

XING-HU KUO, Ulm

Das Waldsterben in der Bundesrepublik hat sich dramatisch zugespitzt. Baden-Württembergs Umwelt- und Landwirtschaftsminister Gerhard Weiser (CDU) teilte auf der 51. Jahrestagung des deutschen Forstvereins in Ulm mit, daß in seinem besonders stark betroffenen Bundesland im Südwesten nach neuesten Untersuchungsergebnissen bereits *zwei Drittel* der 1,3 *Millionen Hektar* Wald erkrankt seien. Im vorigen Jahr war „nur" die Hälfte des Baumbestandes von Krankheitssymptomen befallen. Vor 1300 Forstleuten, Waldbesitzern, *Forstwissenschaftlern und* Gästen aus dem In- und Ausland sagte Weiser ferner, daß vor allem bei den Laubbäumen eine „überdurchschnittliche Verschlechterung" eingetreten sei, während der Erkrankungsverlauf bei den Nadelbäumen sich etwas verlangsamt habe.

Trotz der immer bedrohlicher werdenden Lage warnte Weiser vor „Panik" und erklärte, nach seiner Auffassung seien die Probleme des Waldsterbens „lösbar". Er verwies darauf, daß beispielsweise die Stuttgarter Landesregierung und die Energieversorgungsunternehmen in Baden-Württemberg auf freiwilliger Basis eine Verminderung des Schwefeldioxydausstoßes um 25 Prozent über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus, mittelfristig sogar um 75 Prozent, vereinbart hätten. Dafür seien Investitionen von 2,8 Milliarden DM vorgesehen. Weiser erhielt starken Beifall für die Versicherung: *„Die Bevölkerung* geht mit, wenn Politiker mutig genug sind, nötige Entscheidungen zu treffen."

Genau hieran jedoch mangelt es nach Auffassung von Forstvereinspräsident Freiherr Riederer von Paar. In der Donauhalle in Ulm stellte von Paar fest: „Die Kluft zwischen Sonntagsreden und politischem Handeln ist hier noch erschreckend groß." Die Entscheidung der Bundesregierung, die Einführung abgasarmer Autos erst ab 1989 für verbindlich zu erklären, wurde von zahlreichen Rednern scharf kritisiert. Franz Riederer von *Paar faßte die Forderungen des Dach*verbandes aller Landesforstvereine zusammen: sofortige 100-Stundenkilometer-Begrenzung auf Autobahnen, schärfere Regelungen für Altanlagen bei Großfeuerungssystemen sowie eine finanzielle Förderung der Abgasumrüstung für sämtliche alten Kraftfahrzeuge.

# Das krause Weltbild des K. H. Hoffmann

## Angeklagter Neonazi: Die Grünen müßten mich umarmen

PETER SCHMALZ, Nürnberg

Ist der einstige Gründer und Führer der nach ihm benannten und seit 1980 verbotenen Wehrsportgruppe, der 46jährige Grafiker Karl-Heinz Hoffmann, weniger ein zum gewaltsamen Staatsstreich entschlossener und damit für die Demokratie gefährlicher Rechtsextremist als eher ein politischer Spinner, als der er von den bayerischen Behörden über Jahre hinweg angesehen wurde? Der Verdacht, daß die psychiatrische Komponente in seiner Persönlichkeitsstruktur eine vorherrschende Rolle spielt, verdichtete sich gestern am 7. Verhandlungstag im Nürnberger Mordprozeß gegen den Uniform- und Waffennarren, als Hoffmann bei einem nun bald 25stündigen Dauermonolog auf seine politischen Vorstellungen zu sprechen kam.

Niedergelegt sind seine krausen Polit-Flausen in einem „Manifest zur Verwirklichung der rational-pragmatischen Sozialhierarchie", in dem er den Weg zu seinem „ideologischen *Fernziel" eines nach diktatorischem* Muster geführten Systems schriftlich fixierte. Kernpunkt: Keine demokratisch gewählte Regierung, dafür durch ein Auswahlprinzip ermittelter Führungskader.

Ungerührt geduldig lauschte die 3. Große Strafkammer den politischen Ergüssen des Angeklagten, der sich in Freude über seine eigenen Gedanken warm redete und den Sitzungssaal so sehr mit einem Bierzelt verwechselte, daß ein Beobachter anschließend *konsterniert meinte*: „Ist das eine Gerichtsverhandlung oder eine Wahlveranstaltung?".

Da ist zu hören, was Hoffmann von der Bundesregierung hält, die er nur als „die derzeit Herrschenden" bezeichnet: nämlich nichts. In seiner Führungskaste hätte ein Möllemann keine Chance, gibt er zu erkennen. Daß es einmal einen Minister Ertl gab, hält er sogar für einen Skandal. Seine Führer sollen nach einem ungenannten Leistungsprinzip ausgewählt und anonym für nur wenige Jahre im Amt bleiben. Hoffmann zu seinen schon 1972 niedergeschriebenen Gedanken: „Heute sagt man dazu Rotationsprinzip. Die Petra hätte mich umarmt, wenn ich ihr das früher gesagt hätte." Überhaupt müßte Petra Kellys Truppe erfreut sein über *den vollbärtigen Mann auf der Ankla*gebank. Das zumindest meint dieser: „Die Grünen müßten mich umarmen, wenn sie wüßten, wie grün ich bin. Mir fehlt nur die rote Komponente weitgehend."

Kirchen und Gewerkschaften würde Hoffmann natürlich entmachten, die Kirchen aber immerhin stehen lassen: „Die Leute sollen beten, das *brauchen sie auch.*" Die Bibel ist ihm ohnehin nicht ganz fremd, er gibt aber zu, daß ihm das geistig verfeinerte Neue Testament weniger gefällt als das deftigere AT, in dem er ein frühgeschichtliches Beispiel der Geburtenkontrolle entdeckt zu haben glaubt: Der Kindermord des Herodes war nach seiner Sicht nichts anderes als „eine damals notwendige Geburtenregelung". Voll in Fahrt hatte Hoffmann jedes Gespür verloren für das Entsetzen, das seine wirren Ideen *im Gerichtssaal auszulösen* vermochten.

*Folgt man aber seinen Ausführun*gen, dann scheint von Hoffmann dieser Republik tatsächlich nie eine Gefahr gedroht zu haben. Denn im Gegensatz zur Staatsanwaltschaft, die ihn der Mittäterschaft an der Ermordung des jüdischen Verlegers Slomo Levin und dessen Lebensgefährtin bezichtigt und diese Tat als Terroranschlag zur Erschütterung und Zerstörung der freiheitlich demokratischen Ordnung *qualifiziert*, will Hoffmann angeblich nie an einen Staatsstreich in der Bundesrepublik gedacht haben. Wohl habe er, so palaverte er gestern ohne Unterlaß, 15 Jahre lang sämtliche revolutionäre Bewegungen dieser Erde beobachtet, alle erreichbaren Bücher darüber gelesen und sich oft vor Ort selbst umgesehen (so auch beim Volksaufstand in der „DDR": „Wir hatten den Stahl der russischen Panzer im Rücken"), aber an Bonn wollte er sich nie vergreifen, denn das hätte zu keinem Erfolg geführt, weil – wie er meint – die eigentliche Machtzentrale in Washington *sitze und sofort eingegriffen hätte.*

Dem Gericht wird es nicht leicht *fallen, in Hoffmanns Erzählungen* Dichtung und Wahrheit zu trennen. Denn daß er ein Schauspiel darbietet, ließ der Dauerplauderer gestern klar erkennen, als er einen Rat seines Rechtsanwalts öffentlich preisgab: „Wenn Sie das so aufziehen, wie wir das hier machen, kann Ihnen nichts passieren."

# Alex Möller: Ein Buch für die SPD

PETER PHILIPPS, Bonn

Die SPD *ist sich ihres Mankos* bewußt: Die Bundesregierung agiert mit einem geschlossenen Konzept auf dem Feld der Wirtschaftspolitik, dem die Sozialdemokraten nichts Vergleichbares entgegensetzen können. Der ehemalige Bundesfinanzminister Alex Möller hatte deshalb im Rahmen der Friedrich-Ebert-Stiftung zu einer Dialog-Reihe eingeladen über „Wirtschaftspolitik in den achtziger Jahren". Die dort gehaltenen Vorträge, deren Verfasser aus dem Bereich der Unternehmer ebenso kamen wie von den Gewerkschaften und aus der Politik, *sind von Möller gestern als Buch* präsentiert worden.

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner stellte in seiner Laudatio die „außergewöhnliche Lebensleistung" des *„Genossen Generaldirektors"* heraus. Doch die SPD habe ihrem finanzpolitischen Nestor vor allem auch für Idee und Umsetzung dieses wirtschaftspolitischen Dialogs zu danken, in dessen Verlauf viele „unkonventionelle Gedanken" ins Spiel gebracht worden seien. Niemand habe sich angemaßt, „letzte Wahrheiten" über die richtige Wirtschaftspolitik angesichts zwei Millionen Arbeitsloser verkünden zu können. Statt dessen werde „jede Meinung ausgebreitet", die Problematik „von verschiedenen Standpunkten aus erörtert".

Die Liste der Autoren liest sich eindrucksvoll: Mittelstandspolitiker Martin Leicht gehört ebenso dazu wie Daimler-Benz-Vorstandsmitglied Edzard Reuter, Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel und DIW-Präsident Hans-Jürgen Krupp. Im Buch-Beitrag des heute 81jährigen Alex Möller, der eine ungebrochene geistige Frische ausströmt, heißt es u. a.: „Es gibt in unserer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen *Diskussion* derzeit zwei schmerzlich empfundene Defizite: einen Mangel an neuen und belebenden Ideen und einen Mangel an Gesprächen, an Gesprächs- und Zuhörbereitschaft." Die in acht Themenkreise – von der „Finanzpolitik in der Sackgasse?" bis zu „Möglichkeiten und Grenzen unserer Wirtschaftspolitik aus unternehmerischer Sicht" – eingeteilten Dialoge würden vielleicht einen „Teil zur Bewältigung der schwierig verlaufenden Wandlungen" beitragen. „Kernstück der Wirtschaftspolitik" müsse jedenfalls immer die „Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik" sein.

# *Durch Brüderles APO-Taktik bleibt die FDP im Gespräch*

Von JOACHIM NEANDER

Seit sie vor anderthalb Jahren aus dem Mainzer Landtag *hinausge*wählt wurde, hat die rheinland-pfälzische FDP – so will es jedenfalls vielen scheinen – einen kühnen Schwenk vollzogen: vom gehätschelten *potentiellen Koaliti*onspartner der CDU-Regierung Bernhard Vogel zur vielleicht kessesten außerparlamentarischen Opposition, die im jahrelang eher idyllischen *Lande je aktiv geworden ist.*

Doch vielleicht trügt der Eindruck. Hinter dem Schwenk stehen weder spektakuläre politische Grundsatzentscheidungen der Par*tei noch personelle Machtkämpfe.* Verantwortlich ist ein einzelner, der – weil ihm der Apparat fehlt – alles allein machen muß und aus lauter Angst, die FDP könne den Bürgern „aus dem Landtag, aus dem Sinn" geraten, keine Gelegenheit ausläßt, der Vogel-Regierung (wem auch *sonst?) mit Nadelstichen, Spötte*leien, wortreicher Kritik oder publikumswirksamen Forderungen zu Leibe zu rücken.

Von A wie Abtreibung bis Z wie Zentrale Mülldeponien – es gibt kaum ein Thema, zu dem der 39jährige Rainer Brüderle, seit gut einem Jahr nach erbittertem Führungsstreit neuer FDP-Landesvorsitzender und im Hauptberuf Wirtschaftsdezernent der Stadt Mainz, nicht umgehend und brandaktuell eine Presseverlautbarung in die Journalistenfächer legen läßt. Weil er oft schneller und im Ton fast im*mer flapsiger, gelegentlich auch* witziger ist als die offizielle Oppositionspartei, die SPD, findet er sich in den regionalen Medien relativ häufig gedruckt und zitiert.

Gelegentlich haut er in der Sache beträchtlich daneben. Wenn er, wie jetzt nun schon seit Wochen, die nach seiner Ansicht verfehlte Kabel- und Medienpolitik des Ministerpräsidenten immer wieder und mit immer härteren Worten attackiert, dann bricht einigen seiner Parteifreunde der kalte Entsetzensschweiß aus. Sitzt mit Dieter Fertsch-Röver denn nicht ein prominenter *FDP-Politiker* im Vorstand der Kabelanstalt in Ludwigshafen? War es nicht die FDP, die damals im Parlament die Initiativen für ein freies Fernsehen und für das Pilotprojekt vehement zu ihrer eigenen Sache gemacht hat?

Selbst in der Parteispendenaffäre, die – ausgelöst durch ein mit Akten der Bonner Staatsanwaltschaft gefüttertes *„Zeit"-Dossier – inzwi*schen auf Antrag der SPD Objekt eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses geworden ist, erlag der flinke, einfallsreiche Brüderle nicht der Verlockung des Schweigens – obwohl seine Par-



**Landesbericht Rheinland-Pfalz**

teifreunde Graf Lambsdorff und Friderichs *im „Zeit"-Dossier* eine gewichtige Rolle spielen. In einer Erklärung forderte er die in solchen Situationen sattsam bekannte „rückhaltlose Aufklärung" und beeilte sich zu beteuern, der jetzt amtierende FDP-Vorstand habe von alledem nicht das mindeste geahnt.

*Dennoch* hat die verstohlene innerparteiliche Kritik an Brüderles publizistischer APO-Taktik bisher noch nicht die Grenze zu ernsten Differenzen erreicht. Im Landesvorstand, erst recht seit dem Tode des Ehrenvorsitzenden Hermann Eicher, setzt der Vorsitzende sich stets mit dem schlechthin unwiderlegbaren Argument durch: *„Nur so komm* ich in die Zeitung." An der Basis ist man teilweise regelrecht begeistert. Selbst in Bonn wird anerkannt, daß die rheinland-pfälzische FDP in der ganzen *Republik* die einzige nicht mehr im Parlament vertretene Landespartei ist, die zumindest auf dem Forum der öffentlichen Diskussion eindeutig und mit Abstand vor den Grünen die *dritte Position* behauptet. Und darüber hinaus: Wenn's der Brüderle nicht täte, wäre die FDP in Mainz so gut wie nicht vorhanden.

Gemurrt wird freilich in der SPD. Hämisch wird die *FDP in* einer Presseerklärung in Sachen Kabelfernsehen als „verspäteter" Mitstreiter begrüßt. Intern denkt die SPD-Fraktion, wie deren Geschäftsführer Rudolf *Scharping* verrät, ernsthaft daran, dem APO-Brüderle Landtagsdrucksachen aus der letzten Legislaturperiode *zuzuschicken*, „damit der sieht, wie seine Partei früher abgstimmt hat".

Dumpfes Grollen ist bisher auch die einzige Reaktion bei der *Regierungspartei* CDU. Regierungschef Vogel vermeidet auf bewährte Art jede Schärfe gegenüber der FDP. Andere im *CDU-Lager* reiben sich insgeheim die Hände. Sie waren schon immer gegen Vogels Koalitionsneigungen zur FDP. Nun werde das Thema sich hoffentlich von selber erledigen, heißt es.

Von CDU-Ministern mit dem Temperament etwa des Kultusministers *Georg Gölter* werden jedoch bereits Zornesausbrüche über Brüderles tägliche Kommentare kolportiert, zumal die steigende Abdruckquote für dessen Äußerungen etwas mit einer wachsenden Verstimmung der drei großen Regionalzeitungen über die Kabelpolitik der Regierung *zu tun haben könnte.*

Nach wie vor jedoch scheint der außerparlamentarische Brüderle seinen persönlich guten Draht zum CDU-Fraktionschef Hans Otto Wilhelm aufrechtzuerhalten. Von Wilhelm weiß man, daß er nicht mit allem zufrieden ist, was die Regierung tut. *Mitunter* kann man sich des Eindrucks nicht ganz erwehren, daß in Brüderles Pressetexten das steht, was Wilhelm gesagt haben, aber nicht sagen möchte.

## Th.-Wolff-Preis für J. Neander

DW. Bonn

Der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, Alfred Neven DuMont, hat gestern in Trier dem Chefkorrespondenten der WELT, Joachim Neander, den Theodor-Wolff-Preis 1983 überreicht. Neven DuMont: „Die Jury verleiht Ihnen den Preis für die exakte Beobachtung und zupackende Schilderung der verschiedenen Gruppen in der Friedensbewegung zum Zeitpunkt der Nachrüstung." Weiter wurden in Trier ausgezeichnet: Klaus Ulrich Moeller (Stuttgarter Nachrichten), Christian Schmidt-Heuer (Die Zeit), Claus Peter Mühleck (Tauber-Zeitung), Jutta Stössinger (Frankfurter Rundschau), Kathrin Kramer (Badische Zeitung) und Anke Breitlauch (Nordsee-Zeitung).Der Preis ist mit 6000 Mark (beziehungsweise 3000 Mark als Förderpreis) dotiert.



# Kampf um „begrenztes Werbevolumen"

## *Neue Medien: Professor Witte sieht Gefahren, aber auch Chancen für die Presse*

dg. Trier

*Der Münchner Betriebswissen*schaftler Professor Eberhard Witte hat mit einer gestern präsentierten wissenschaftlichen Untersuchung der gängigen These widersprochen, daß sich der Werbemarkt beim Auftreten neuer Medien beliebig vergrößern werde. Wittes Kernaussage: „Entgegen der *früher* geäußerten Vermutung, daß neue Medien sich ihren Werbemarkt selbst schaffen, zeigt sowohl die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland als auch der Ländervergleich innerhalb Europas und die Entwicklung in den USA, daß das Werbeaufkommen eng *mit der volkswirtschaftlichen Ge*samtleistung verknüpft ist. Die Zeitung konkurriert also in der Zukunft mit alten und neuen Medien um ein ‚begrenztes Werbevolumen'."

Witte, ehemaliger Vorsitzender der von der SPD/FDP-Bundesregierung eingesetzten „Kommission für den *Ausbau des technischen Kommuni*kationssystems", die 1976 ihren Abschlußbericht vorgelegt hatte, fand mit seinen Aussagen auf der Jahresversammlung des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger starke Beachtung. Verlegerpräsident Alfred Neven DuMont sah durch diese Untersuchungsergebnisse „Denkmäler gestürzt". Denn seit dem Bericht der sogenannten Michel-Kommission im Jahre 1967 war in der medienpolitischen Diskussion immer wieder argumentiert worden, Werbung in Hörfunk und Fernsehen habe keine nachteiligen Auswirkungen auf die Presse. Auch die Monopol-Kommission ließ sich in ihren Urteilen von dieser Einschätzung leiten. Witte hält die Aussagen des Michel-Berichts „zu sehr unter dem Eindruck einer kurzfristigen *Entwicklung" gemacht.* Denn auch damals hätte gesehen werden können, „daß die Zeit vor der Einführung des Fernsehens durch eine besondes stürmische Entwicklung des Werbevolumens gekennzeichnet war. Heute ist zusätzlich erkennbar, daß die zweite Hälfte der 70er Jahre *ebenfalls deutliche Steigerungsraten* des Werbeaufkommmens aufweisen, ohne daß hierfür das Hinzutreten eines neuen *Mediums* verantwortlich gemacht werden könnte". Tatsächlich verändere sich, das ist die Essenz der Analyse, „das Gesamtvolumen der Werbung mit der Entwicklung *der volkswirtschaftlichen Gesamtlei*stung. Ein Zusammenhang der Veränderung des Werbevolumens nach der Einführung des Fernsehens ist in der Langzeitbetrachtung nicht nachweisbar".

Witte: Beeinflußt werde dagegen die Verteilung der Marktanteile dann, wenn *zusätzlich* Werbeträger *konkurrierend* hinzutreten. So sei die Einführung der Fernsehwerbung eindeutig „zu Lasten des Anteils der Print-Medien" gegangen. Bei seinen Befragungen von Einzelhändlern, Herstellern aus Industrie und Anbietern von Dienstleistungen fand der Wissen*schaftler* heraus: *Neun von zehn Ex*perten erwarten, daß die Werbung in den neuen Medien weiter zu Lasten der alten Medien geht. *Die* Werbebudgets der Zukunft würden entsprechend umstrukturiert und nicht aufgestockt. Seine Sorge vor gefährlichen Einbrüchen bei der Presse führt er vor allem auf die Tatsache zurück, daß sich Zeitungen heute im Durchschnitt zu 34 Prozent aus dem Verkauf, *aber zu 66 Prozent aus dem* Werbegeschäft finanzieren. Dies wirke *in der betriebswirtschaftlichen* Analyse „alarmierend".

*Unmittelbar betroffen sieht Witte* die Tagespresse durch den Lokalfunk. Hier werde der Zeitung die letzte Domäne der lokalen und regionalen Aktualität genommen. In seiner Untersuchung hebt der Wissenschaftler mehrfach hervor, daß die Zeitung dennoch gute Chancen habe, ihre *Funktion auch in Zukunft zu erfüllen.* Die Verleger müßten allerdings „unternehmerisch, nicht unterlasserisch" wirken. Die wichtigste Chance für eine aktive unternehmenspolitische Strategie richte sich deshalb auf die „Nutzbarmachung neuer Übertragungswege für die eigene publizistische Leistung". Der Autor der Studie verbindet diese Einschätzung mit der Empfehlung an die staatlichen *Medienpolitik*, diese für die Zeitung unverzichtbare Innovation nicht zu verhindern. Sonst könnte sich eines Tages eine „Spirale des Niedergangs" öffnen.

Verlegerpräsident Neven DuMont appellierte deshalb „an die gesamte deutsche Parteienlandschaft", die Wettbewerbssituation der Presse zu überdenken. Es sei ein „krasses Un*gleichgewicht", wenn die „Giganten* der öffentlich-rechtlichen Medien" geschützt würden, während es noch immer Schwierigkeiten bereite, den Zeitungen durch eine Beteiligung an den neuen Medien den Weg in die Zukunft zu öffnen. Neven DuMont warnte eindringlich vor der Gefahr, daß die Rundfunkhäuser eine „Bestands- und Entwicklungsgarantie" als „Freibrief für weitere Expansions*versuche"* benutzen könnten.

# Der Fall Höfer schwelt weiter

## WDR-Verwaltungsratsmitglieder nehmen Einblick in Erklärungen des Moderators

fac. Köln

Der Fall Höfer schwelt weiter: Mehrere Mitglieder des Verwaltungsrats des Westdeutschen Rundfunks, die dem Gremium 1969 nicht angehört haben, werden jetzt Einblick in die Unterlagen nehmen, in denen sich der Frühschoppen-Moderator gegen Vorwürfe verteidigt, die Hinrichtung des Pianisten Karl Robert Kreiten 1943 publizistisch gerechtfertigt zu haben. Kreiten war zum Tode verurteilt worden, weil er im privaten Kreis gesagt hatte, daß es mit dem Dritten Reich bald zu Ende gehe. Im Berliner „12-Uhr-Blatt" erschien nach der Hinrichtung Kreitens ein mit „Werner Höfer" unterschriebener Kommentar. Darin lobte der Autor die „strenge Bestrafung eines ehrvergessenen Künstlers". Höfer bestreitet, diese Zeilen geschrieben zu haben.

„Die Angelegenheit ist für uns noch nicht abgeschlossen", hieß es gestern aus dem WDR-Verwaltungsrat. Es solle konkret geprüft werden, welche Gesichtspunkte seit der Abgabe von Höfers Erklärung 1969 neu hinzugetreten seien. Gemeint sind offenbar wachsende Zweifel an dem Dementi des Moderators und früheren WDR-Fernsehdirektors.

Abgelehnt wurde in der jüngsten Verwaltungsratssitzung der Vorstoß von CDU-Gremiummitgliedern, dem Magazin „Monitor" wegen des am 21. August ausgestrahlten Beitrags eine Rüge auszusprechen. Ein „Monitor"-Team hatte zwei DKP-Funktionäre begleitet, die sich gegenüber Politikern als Unternehmensberater ausgegeben und sich über Subventionsmöglichkeiten für die Ansiedlung eines nicht existierenden US-Chemiekonzerns erkundigt hatten. Die vertraulichen Gespräche waren heimlich aufgenommen worden. Der Programm-Ausschuß des NDR-Rundfunkrates hatte von einem unzulässigen Lauschangriff gesprochen und eine Rüge erteilt. Im WDR-Verwaltungsrat wurde ein entsprechender Vorstoß mit 3:3 Stimmen zurückgewiesen. Das siebte Mitglied des Gremiums, Willi Weyer (FDP), hatte die Sitzung zu diesem Zeitpunkt bereits verlassen.

In CDU-Kreisen wurde gestern der Unmut über die Abwesenheit des FDP-Vertreters Weyer nicht verhehlt.

# Gesamtmetall gegen Abkehr von Lebers Lösung

gba, Bonn

Die Metall-Arbeitgeber haben an die Industriegewerkschaft Metall appelliert, in den Verhandlungen zur Ausfüllung des Tarifvertrages über die durchschnittliche Wochenarbeitszeit *von 38,5 Stunden* nicht den Geist des sogenannten „Leber-Kompromisses" zu verlassen. In einer von der Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall verabschiedeten „Saarbrücker Erklärung" heißt es, der auf den Vorschlägen des unparteiischen Schlichters in den Tarifverhandlungen dieses Sommers, des ehemaligen Bundesministers Georg Leber basierende Kompromiß sei den Forderungen beider Seiten entgegengekommen: „Der Gewerkschaft mit der Arbeitszeitverkürzung und den Arbeitgeberverbänden mit der Flexibilisierung und Differenzierung der Arbeitszeit". Die „Saarbrücker Erklärung" appelliert an die Unternehmen und die „Betriebsparteien" – gemeint sind Betriebsrat und Betriebsleitung, die den Rahmenvertrag über die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden in einer Bandbreite zwischen 37 und 40 Stunden in Betriebsvereinbarungen auszufüllen haben – die neuen Möglichkeiten zu nutzen.

Anlaß zu der Erklärung von Gesamtmetall sind die Versuche der IG Metall, den „Leber-Kompromiß" dahingehend zu interpretieren, daß die 38,5-Stunden-Woche künftig die Regelarbeitszeit sein solle und jede Abweichung hiervon eine zwar zulässige, aber besonders zu vereinbarende Ausnahme bleiben müsse. Die IG Metall-Führung hat jetzt einen Leitfaden an ihre Bezirke und Verwaltungsstellen versandt. Er soll zur Schulung von Betriebsräten und Vertrauensleuten der IG Metall in den Unternehmen dienen. Ziel ist, statt der von den Arbeitgebern angestrebten flexiblen Gestaltung der Wochenarbeitszeit möglichst einheitlich die 38,5-Stunden-Woche durchzusetzen.

Da die neue Arbeitszeitregelung erst zum April kommenden Jahres wirksam wird, scheint eine Art neuer Tarifrunde – diesmal in den Betrieben – auf die Metallindustrie zuzukommen. Die Metall-Gewerkschaft jedenfalls will für diese Auseinandersetzung ihre aktiven Mitglieder in den Betrieben im Oktober und November besonders schulen.

In der Saarbrücker Erklärung der Arbeitgeber heißt es, man sei sich bewußt, daß diese Ausgestaltung des Rahmenvertrags zur Arbeitszeit für die Betriebe Neuland bedeute. Allerdings könne nur über die Flexibilisierung der Arbeitszeit jener auch von der IG Metall als Hauptzweck der Abkehr von der bisherigen 40-Stunden-Woche bezeichnete Zweck erfüllt werden: die Erhaltung der bestehenden und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

## Ein Konflikt soll heruntergespielt werden: Strauß und Kiechle suchen Gespräch unter vier Augen

# Der Minister und die Bauern sind noch nicht über dem Berg

*HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn*

Ostern 1985 könnte für Ignaz Kiechle auch als Minister zum Fest der Freude werden. Dann – Anfang April – dürfte er festeren Boden unter den Füßen haben. Allerdings: Der Weg bis dahin wird für den Minister noch steinig. Denn erst im nächsten Monat geht es für die Bauern wirklich ans Eingemachte. Daran läßt sich nichts mehr ändern, ganz gleich, wer Minister ist.

Ignaz Kiechle durchleidet das Schicksal eines Planwirtschaftlers. Die Phantasie der Bürokraten reicht nicht aus, um alle Konsequenzen vorherzusehen. Wenn ein Loch gestopft wird, reißen andere schon wieder auf. Noch in dieser Woche sollen die Spielregeln auf dem Milchmarkt, die zum Sommer eingeführt wurden, reformiert werden.

Ein Grund: Wenn das Verpachten der Wiese einschließlich der darauf ruhenden Milchquote lukrativer ist als die staatliche Milchrente für die Aufgabe der Produktion, dann darf sich niemand wundern, daß die Erzeugung nicht in ausreichendem Maße stillgelegt wird. Dann muß an den Pachtbedingungen so lange gedreht werden, was jetzt geschehen soll, bis der gewünschte Effekt eintritt, was dann wiederum Verdruß bei jenen hervorruft, die jetzt schlechter gestellt werden.

Sie klagen, während jene, die davon profitieren, daß der Staat einen Teil der Milchproduktion aus dem Markt herauskauft, schweigen. Und die berufsständische Organisation und Abgeordneten, die von maulenden Bauern bedrängt werden, wirken noch als Resonanzboden. Ein Landwirtschaftsminister, der es auch den Verbrauchern und dem Handel, soweit er sich noch artikuliert, auch nicht recht machen kann, sieht in der Öffentlichkeit schlecht aus.

Was jetzt abläuft, wurde nur zum Teil von Ignaz Kiechle inszeniert. Der EG-Agrarmarkt wurde zu einer Zeit geschaffen, als die Gemeinschaft noch auf hohe Importe angewiesen war. Der Produktionsanreiz durch die staatlich garantierten Preise, zu denen bei Haupterzeugnissen jede Menge aufgekauft wird, war so stark, daß jetzt von fast allen mehr produziert wird, als selbst mit Subventionen abgesetzt werden kann. Die Grenze dieses Systems war seit Jahren programmiert.

### Die Grenze des Systems war programmiert

Da aber eine grundsätzliche Korrektur der Agrarpolitik in der EG nicht möglich war, blieben nur zwei Wege. Zum einen hätten die Preise bei voller staatlicher Aufkaufspflicht - möglicherweise sozial gestaffelt - gesenkt werden können, um die Produktionsanreize abzubauen und den Verbrauch anzuregen. Zum anderen kann die Menge, für die eine Absatzgarantie gewährt wird, beschnitten werden. Kiechle hat zwar gegen zunächst bestehende Bedenken der Ex*perten in seinem eigenen* Hause und in den Ländern den zweiten Weg sowohl im Bundeskabinett und in der EG als auch bei den Landesregierungen der Union durchgesetzt. Und dieser entsprach zudem einer alten Forderung des Bauernverbandes.

Die Folge: Die Bauern müssen, wenn auch in unterschiedlichem Maße, ihre Milchproduktion einschränken. Da geringere Überschüsse wieder finanzierbar sind, werden so die Voraussetzungen für spätere Preisanhebungen geschaffen.

Kiechle stand noch vor einem zweiten grundsätzlichen Problem: dem deutschen Grenzausgleich. Dieses Instrument wurde vor rund 15 Jahren eingeführt, damit Wechselkursveränderungen in der Gemeinschaft nicht auf die Agrarpreise durchschlagen. Wurde die D-Mark früher aufgewertet, so gab es für landwirtschaftliche Produkte einen Ausgleich. Die Einfuhr dieser Erzeugnisse wurde um den Aufwertungssatz verteuert, der deutsche Export verbilligt.

### Drei Etappen auf dem Leidensweg

Den EG-Partnern war der Grenzausgleich, auch wenn sich die handelsumlenkende Wirkung nie in dem behaupteten Maße nachweisen ließ, ein Dorn im Auge. Sie benutzten ihn als politisches Druckmittel, als Vehikel, um selber in anderen Bereichen keine Zugeständnisse machen zu müssen. Wäre dieses Problem nicht entschärft worden, dann hätte es die jüngsten Gipfel-Beschlüsse nicht gegeben, so die Einschätzung der Bundesregierung. Sie sagte daher den Abbau des Grenzausgleichs in Etappen zu. Die wichtigste findet am 1. Januar 1985 statt, wenn der Ausgleich um die Hälfte, um fünf Prozent gesenkt wird, was zu entsprechenden Preissenkungen in der Bundesrepublik führen wird. Zum Ausgleich erhalten die Landwirte bereits seit dem 1. Juli in der Summe, wenn auch nicht für den einzelnen Betrieb, adäquate Steuervergünstigungen.

Da die Termine nicht zueinander passen, bekommt Kiechle zusätzliche Schwierigkeiten. Drei Etappen auf dem Leidensweg stehen ihm bevor:

1. Die Quotierung der Milchproduktion wurde zwar bereits eingeführt, aber die Bauern spüren dies erst Ende Oktober. Dann erhalten sie von den Molkereien ihre Abrechnung mit den Abzügen für jene Mengen, die sie zuviel produziert haben. Mancher Betrieb würde überhaupt kein Milchgeld erhalten, wenn keine Härtefallregelung eingeführt würde.

2. Zum 1. Januar werden die Preise für wichtige Erzeugnisse reduziert. Bislang wurde den Bauern aber zu wenig deutlich gemacht, daß sie den Ausgleich dafür bereits kassieren.

3. Zum 1. April steht die nächste EG-Preisrunde an. Angesichts der finanziellen Situation der Gemeinschaft und der hohen Überschüsse sind große Sprünge nicht möglich, wenn überhaupt welche.



Die Ränkespiele kennt der Milchbauer aus dem Allgäu genau
FOTO: SVEN SIMON

## Was Kiechle sagte

Ich habe nicht die Absicht, Opferlamm zu spielen. Und zweitens denke ich nicht daran, einen Watschenbaum abzugeben. Unter Watschenbaum versteht man bei uns in Bayern eine Einrichtung, an der bestimmte Leute ihre Wut, ihre überschäumenden Kräfte abreagieren können. Ich bin kein Watschenbaum."

*

„Nein, an Rücktritt habe ich nicht gedacht. So etwas könnte mir nur in den Sinn kommen, wenn ich das Gefühl hätte, der Bundeskanzler steht nicht mehr hinter mir. Ich glaube schon, daß ich das Vertrauen des Bundeskanzlers habe, der sich in diesen Fragen – über den Agrarmarkt hinaus – sehr engagiert, weil er die europäische Perspektive weiterzieht."

*

Zu Gerüchten, Strauß habe intern seinen Rücktritt gefordert und Helmut Kohl zu verstehen gegeben, er könne nicht dem „Konto" der CSU angerechnet werden: „Mir gegenüber sind diese Aussagen von Führungspersönlichkeiten nicht gemacht worden. Ich habe das nur gelesen, daß manchmal solche Ideen schon in Worte gekleidet worden sein sollen."

„Wir haben im Augenblick 1,2 Millionen Tonnen Butter in den Kühlhäusern Europas. Die größte Menge, die es je gab. Wir könnten damit Deutschland drei Jahre lang versorgen. Wir lagern 900 000 Tonnen Rindfleisch und 5,6 Millionen Tonnen Getreide. Diese ganzen Vorräte sind nicht bezahlt. Die sind auf Kredit vorfinanziert."

*

„Die Vorratshaltung kostet uns pro Jahr 900 Millionen Mark nur an Zinsen. Der Warenwert liegt bei 17 Milliarden Mark. Das Geld kommt erst wieder herein, wenn diese Mengen abgerufen, exportiert werden, vielleicht durch Sonderaktionen."

*

„Der Überschußgedanke hat zu lange dominiert. Jahrelang hat man, um ein Beispiel zu nennen, den *Bauern eingeredet*, je mehr sie produzieren, desto besser."

*

„Ein Bäcker kann auch nicht sagen, ich produziere 5000 Brötchen, und wenn das Dorf nur 3000 abkauft, dann muß der Bürgermeister den Rest kaufen."

Ignaz Kiechle
21. August 1984
in der WELT

# *Von Dublin aus zündete Kiechle die Granate gegen Strauß*

MANFRED SCHELL, Bonn

In Bonn hat man sich gestern die Augen gerieben: Was ist bloß in der CSU los? Ignaz Kiechle, der Bundesernährungsminister, hat eine publizistische Granate gegen seinen Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß abgefeuert, wie es vor ihm noch kein Bundesminister der CSU gewagt hatte. Weder Friedrich Zimmermann noch Werner Dollinger, bei dem sich viel Unmut „über die in München" angestaut hat. „Unqualifiziert" hat Kiechle öffentlich die Angriffe von Strauß gegen die Agrarpolitiker Bundesregierung genannt. Die Aussage von Strauß, die CSU habe das Ernährungsministerium nicht beansprucht, mißbilligte Kiechle als „Art Ausgrenzung aus der Solidarität der CSU".

Kiechle hat diese Sätze von Dublin aus freigegeben. Gestern früh gab es dann zwei kurze Telefongespräche zwischen ihm in Bonn und Strauß in München. Beide wollen sich schon am Freitag zu einer Unterredung unter vier Augen treffen. Ein Verfahren, das Strauß schon einmal gegenüber dem widerspenstigen Kultusminister Hans Maier praktiziert hat. Kiechle und Strauß verständigten sich darauf, daß der Vorwurf „unqualifiziert" so nicht stehen bleiben soll. Erklärungen in diesem Sinne, die relativierend wirken sollen, wurden abgesprochen. Interpretationskünstler sind wieder einmal gefordert.

Stein des Anstosses aus der Sicht von Kiechle war nicht nur der Auftritt von Strauß auf dem Bauerntag in München, bei dem der Parteivorsitzende den Minister als Blitzableiter hatte stehen und sich selbst als Bauernretter hatte feiern lassen. Ein Interview des CSU-Vorsitzenden hatte zudem für Stimmung gesorgt. Strauß: „Die CSU hat nicht das Amt des Landwirtschaftsministers beansprucht. Ich hatte früher einmal gesagt: Mindestens die parlamentarischen Staatssekretäre in diesem Ministerium für Bayern und für die CSU. Aber die Entscheidung für einen Landwirtschaftsminister der CSU kam ausschließlich von Bundeskanzler Kohl".

### Kohl hat keine Probleme mit dem Minister

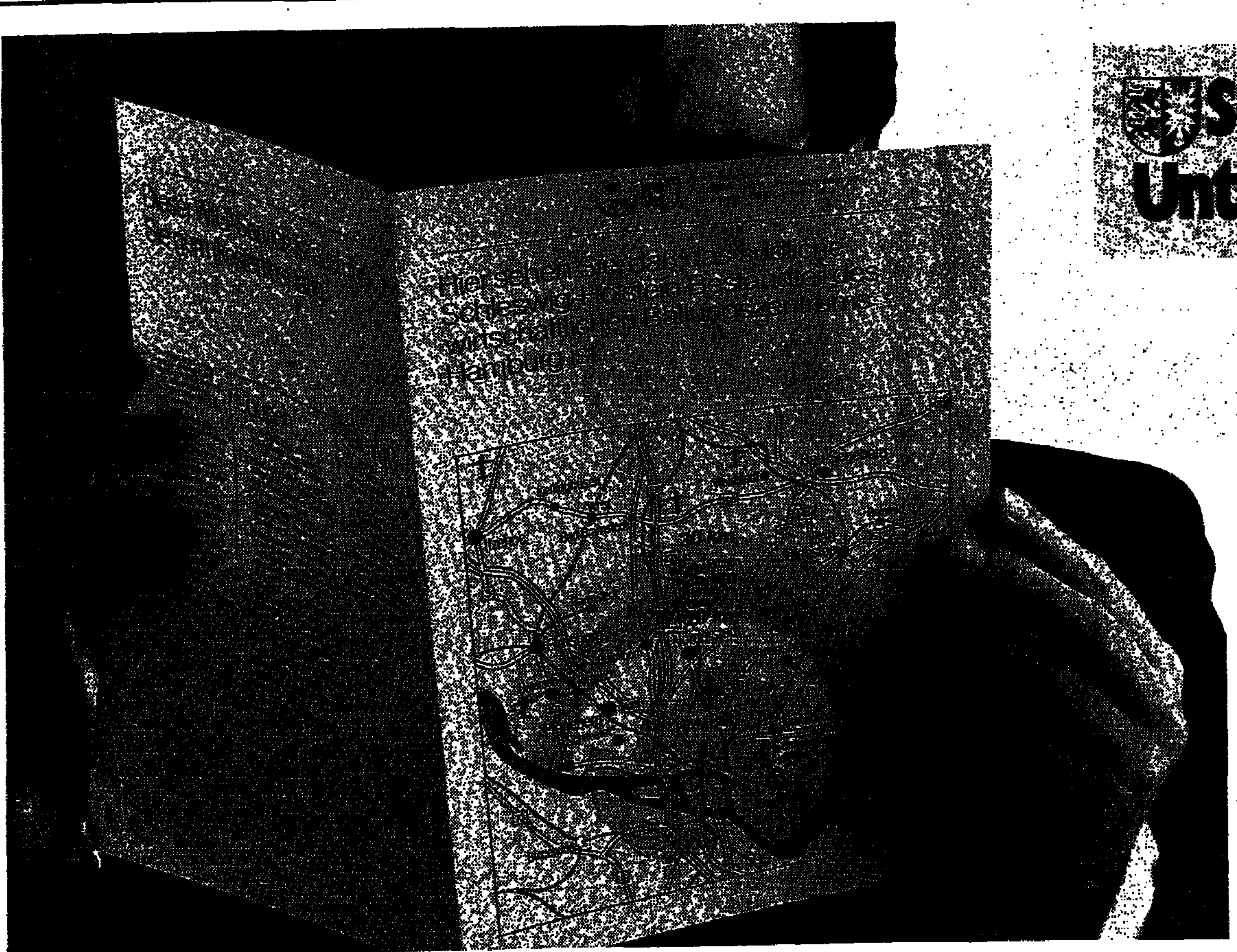
Der Ball wurde damit zu Kohl gespielt. Hinzu kam die Kritik von Strauß, man habe die Bauern „nicht rechtzeitig darauf vorbereitet". Und: „... wir müssen mal erstens darauf bestehen, daß nicht die Schäden, die die Brüsseler Agrarpolitik auf Betreiben des Bundes angerichtet hat, dann vom bayerischen Steuerzahler und aus bayerischen Haushaltsmitteln ausgeglichen werden". Soweit das, was sich in den Medien niedergeschlagen hat, wozu freilich auch die distanzierende Aussage des Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, gehörte, natürlich sei Kiechle „im Einverständnis" der CSU zum Minister berufen worden. Im Kanzleramt will man sich in den Streit nicht einmischen. Aber die Erklärungen sprechen für sich: Kohl habe „keine Probleme" mit Kiechle. Die Agrarpolitik sei gemeinsam beschlossen worden. Es wäre deshalb grotesk, mit Kiechle „etwas anzustellen", wobei seine Entlassung gemeint ist. Natürlich sei Kiechle im Einverständnis der CSU berufen worden, als es in der Endphase der Koalitionsverhandlungen darum *gegangen sei, wie stark die* CSU im Kabinett vertreten sein solle.

Die Diskussion, die aufgebrochen ist, hat einen Vorlauf. Undementiert ist bisher geblieben, Strauß habe schon bei seinem letzten Spaziergang mit Kohl Kritik an Kiechle geübt und gesagt, ihn könne man der CSU nicht anrechnen. Undementiert ist bislang auch, daß Strauß intern schon den Rücktritt von Kiechle *verlangt hat*. Diese Ränkespiele kennt der Agrarminister, selbst Milchbauer aus dem Allgäu, ziemlich genau.

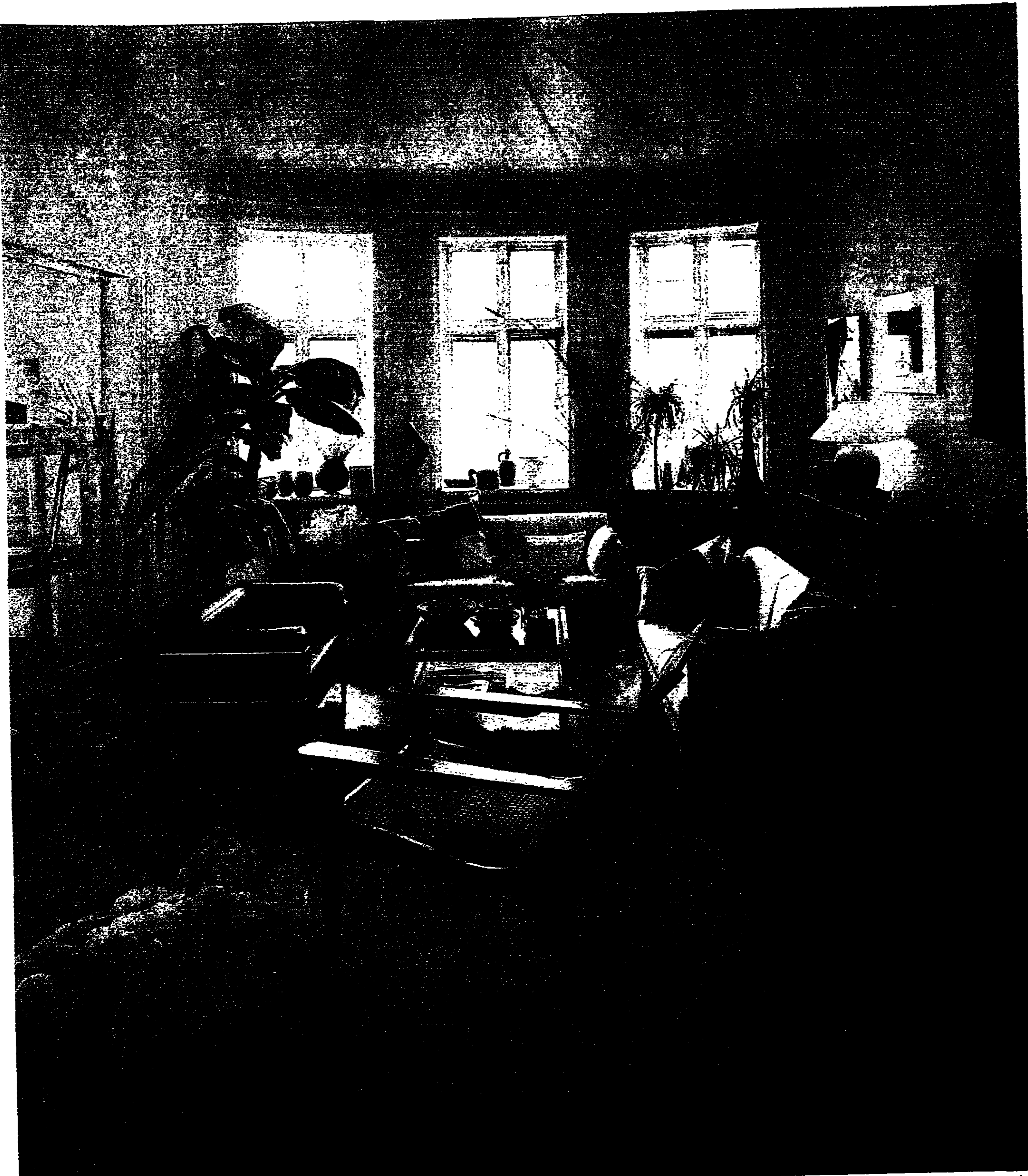
### Waigels schwierige Aufgabe in Bonn

Kiechle ist nicht der einzige, der Probleme mit der CSU-Führung, speziell mit Strauß hat, seitdem die Union in Bonn von der Opposition in die Regierung gewechselt ist. Bundesverkehrsminister Dollinger kann ein Lied davon singen. Er wurde wegen der Sanierungspolitik bei der Bundesbahn, speziell für die Streckenstillegungen in der Fläche Bayerns, hart angegangen. Ein CSU-Politiker berichtete dieser Zeitung, Dollinger sei so sauer und der Dauerkritik überdrüssig, daß er sich nur noch selten in den Vorstandssitzungen der CSU in München sehen lasse. An Wohnungsbauminister Oscar Schneider werde kritisiert, er verliere sich in zuviele Details und von Entwicklungshilfeminister Warnke, der so *ziemlich* aus dem Schußfeld ist, habe sich die CSU-Führung mehr Profil gegenüber dem FDP-Außenminister Genscher erhofft. Auch Bundesinnenminister Zimmermann hat so manche Sträuße mit dem Parteivorsitzenden ausgefochten, aber er ist sich seines politischen Gewichts bewußt und ignoriert den einen oder anderen Pfeil, der aus München abgeschossen wird. *Aber es gab durchaus* Phasen, in denen es hieß, Zimmermann sei „fertig" mit Strauß. Wenn man den Bundesinnenminister danach befragt, hält er sich bedeckt. Es sei das „Normalste v on der Welt", daß es in einer so langen Zeit der Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen „Auseinandersetzungen" gebe. Den schwierigsten Job hat in dieser *Situation* Waigel. Er versucht, Verhärtungen aufzulösen.

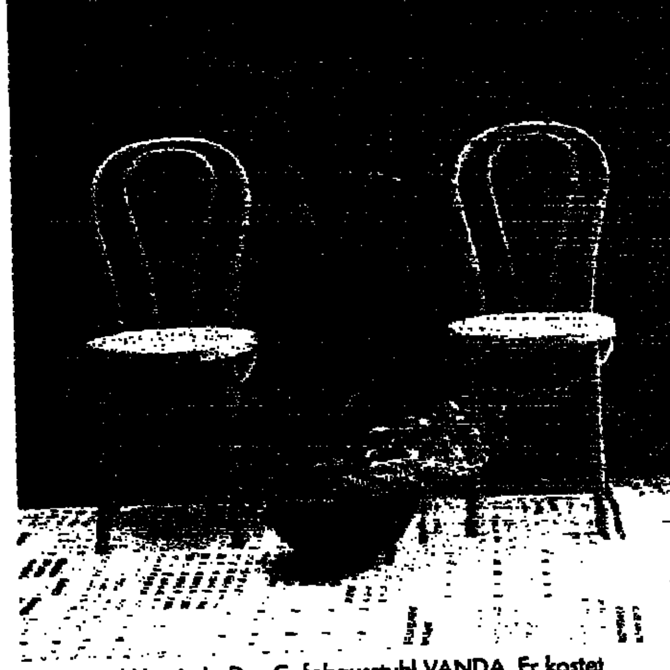
Was wird nun aus Kiechle? Er hat gewiß das Vertrauen Kohls, aber es wird schwer sein, sich auf Dauer gegen den Ansturm aus der eigenen Partei zu behaupten. Im „Bayernkurier" wurde er gestern aufgefordert, er solle sich „entschuldigen". Um die Wogen zu glätten, wurde erst einmal eine gemeinsame Erklärung von Kiechle und Strauß gezimmert.



# Geschmack steckt nicht im Portemonnaie.



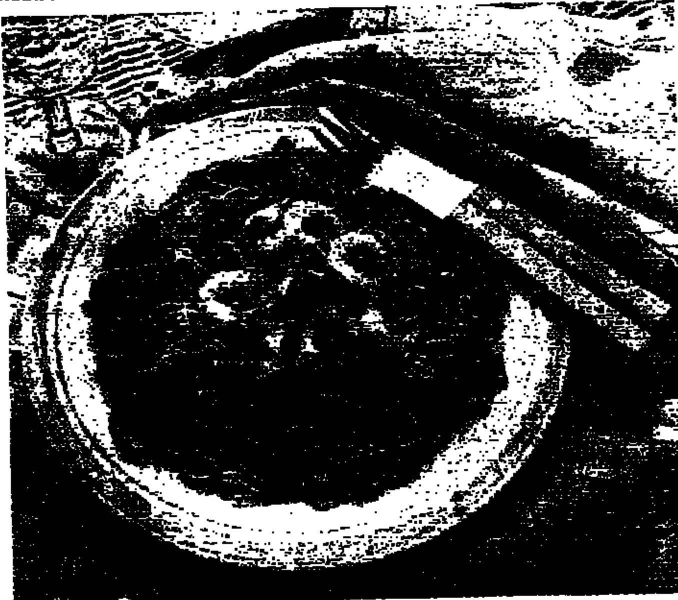
Natürliche Materialien bringen Leben in Ihr Zuhause. Das schöne alte Erbstück gibt es leider nicht bei IKEA. Den Ledersessel auch nicht. Aber dafür das Rattan Sofa VIBY für 958.– DM und den passenden Couchtisch für 295.– DM. Ebenso den Schubladenschrank AKROBAT für 918.– DM und den Dhurrie Teppich. Und natürlich Grünpflazen. Die gibt es in fast allen IKEA-Häusern.



Schön und klassisch. Der Cafehausstuhl VANDA. Er kostet 76.– DM. Was reizt mehr: Schönheit oder Preis?



Bei IKEA gibt es eine große Auswahl von Ton- und Keramikartikeln. Zu kleinen Preisen. Die Krüge z.B. ab 5.50 DM.

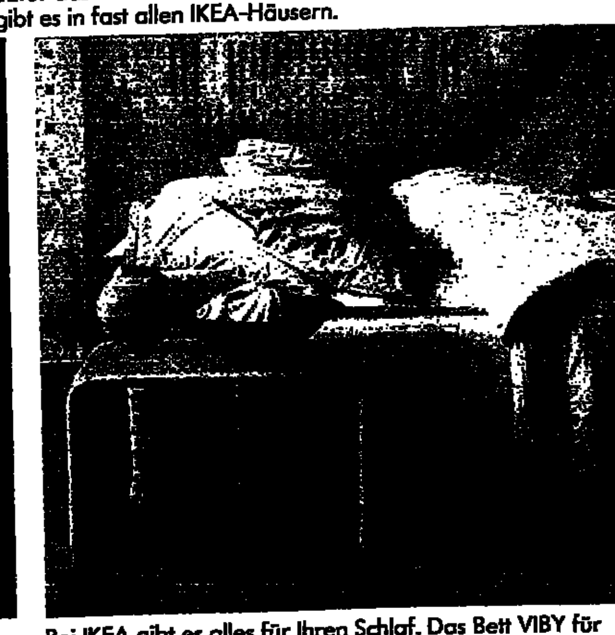


Für jedes Gericht den richtigen Teller. Bei IKEA 4 FIESTA Teller für 13.– DM. Guten Appetit.

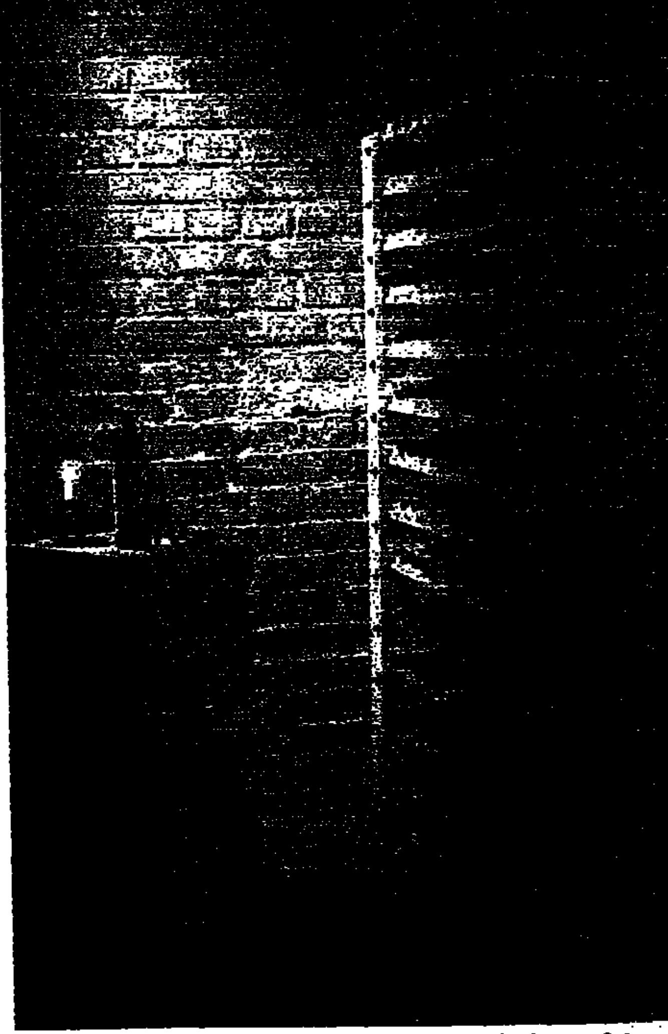


Leder ist ein kostbares Material. Es muß nicht unbedingt teuer sein. Das Ledersofa SMÅLAND gibt es für 1.995.– DM.

Die Keramiklampe SONAT kostet komplett 69.– DM.



Bei IKEA gibt es alles für Ihren Schlaf. Das Bett VIBY für 990.– DM. Den Ablagetisch VIBY für 156.– DM.



Guter Wein sollte nicht billig sein. Ein Weinregal schon. 4 Seitenteile STEN für 15.– DM. Ein Flaschenboden 16.– DM.

IKEA verkauft schöner wohnen auf eine andere Art und Weise.

Wir meinen nämlich, daß schön nicht unbedingt teuer sein muß.

Und billig muß nicht unbedingt schlechte Qualität heißen. Wir verkaufen modernes, schwedisches Design mit Qualität. Klein verpackt.

Das hilft uns, Lager- und Transportkosten zu senken.

Das verringert den Preis. Aber nicht die Qualität. Unsere Möbelhäuser liegen außerhalb der Stadt, weil dort die Mieten billiger sind. Das verringert den Preis. Aber nicht die Qualität.

Das kann doch unmöglich stimmen!

"Möbel mit gutem Design und guter Qualität wie in dieser Anzeige können nicht so preiswert sein, nur weil IKEA Kosten spart." Richtig! Am meisten sparen Sie selbst: Sie nehmen die Möbel aus unserem Lager selbst mit, bringen sie selbst nach Hause und bauen sie selbst zusammen.

Das verringert den Preis. Aber nicht die Qualität.

Und schon am Abend genießen Sie schöner wohnen. Zu einem vernünftigen Preis.

Geschmack steckt also nicht im Portemonnaie.

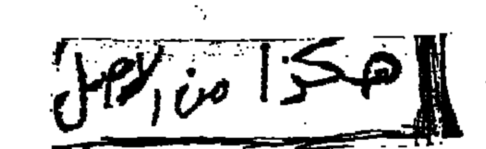




Mehr Geschmack als Geld.

Kaltenkirchen b Hamburg, Stuhr b Bremen, Berlin, Großburgwedel b. Hannover, Löhne-Gohfeld, Kassel-Niederzwehren, Dorsten, Kamen b. Dortmund, Kaarst b. Düsseldorf, Köln-Godorf, Walldorf b. Heidelberg, Hofheim-Wallau b. Frankfurt, Bous b. Saarbrücken, Fürth-Poppenreuth b. Nürnberg, Stuttgart, Freiburg, Eching b. München. IKEA Versand: 05732/6980.

Selbst aussuchen. Selbst transportieren. Selbst aufbauen.



# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## Basis der Altersrenten

„Leserbrief: Die Garantie des Alters"; WELT vom 18. September

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

für den Unterzeichner dieses Leserbriefes ist dieses Thema eine rein materielle Angelegenheit. Ideale scheinen ihm außer Kontrolle zu geraten. Vor dem Zweiten Weltkrieg waren Familiien in der Regel kinderreicher. Die meisten alleinverdienenden Familienväter waren lediglich steuerlich entlastet. Kein Familienvater wäre auf den Gedanken gekommen, den Staat anzuzapfen.

Früher waren die Menschen der Überzeugung, daß eine Ehe ohne Kinder keine Ehe ist. Es gab weder Abtreibung auf Krankenschein noch die Pille. Familien mit drei und mehr Kindern waren keine Ausnahme, und sie waren ohne besondere materielle Unterstützung glücklich. Wer heute in der Bundesrepublik von Verarmung spricht, weiß mit Sicherheit nicht, wovon er spricht!

Wer ein Arbeitsleben lang Pflichtversicherungsbeiträge an die Rentenversicherung geleistet hat, hat sich ein Anrecht auf Altersversorgung für sich persönlich erworben; denn das sagt schon allein die Bezeichnung der Institution: Versicherung. Es ist eine Versicherung auf Gegenseitigkeit! Bekanntlich erreicht nicht jeder Beitragszahler das Rentenalter. Es wird auch nie eine vollkommene Gerechtigkeit in jeder Beziehung geben.

Es gibt sogar kinderlose Ehen, wo die Frau ohne Einkommen ist oder war. Ich denke da besonders an mithelfende Ehefrauen in Handels-, Handwerks- oder bäuerlichen Betrieben. Aber sie haben entsprechend der progressiven Steuertabelle eine wesentlich höhere steuerliche Belastung als Familien. Aus diesem Steueraufkommen werden dann die vorgenannten staatlichen Leistungen für die Familie erbracht. Dazu leisten die kinderlosen Ehepaare und Ledige einen nicht unbedeutenden materiellen Beitrag, ohne an dem Familienglück Anteil nehmen zu können. Sie sind im Gegenteil ständigen ungerechten Angriffen ausgesetzt, wie das auch in diesem Leserbrief von Dr. Volkert zum Ausdruck kommt.

So, wie der Generationenvertrag von Dr. Volkert im letzten Absatz seines Briefes dargestellt wird, könnte die Konsequenz nur sein, daß Kinderlose veranlaßt werden, eine private Rentenversicherung ab einem gewissen Alter einzugehen. Die gesetzliche Rentenversicherung zahlt die geleisteten Beiträge einschließlich Zinsen voll aus und überweist den Betrag an die Privatversicherung. Die privat Versicherten könnten die Höhe ihrer Rente selbst bestimmen und wären nicht ständig Verdächtigungen und Anfeindungen ausgesetzt.

*Hochachtungsvoll*
*E. Bochmann,*
*Wingst*

*

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

Herrn Dr. Volkert möchte ich entschieden widersprechen, wenn er die Rentenfinanzierung nur durch Kinder als Beitragszahler möglich hält. Wer hat denn aus der (Renten)-Versicherung einen Generationenvertrag gemacht? Warum haben 40 Jahre nicht ausgereicht, das alte Versicherungssystem wieder herzustellen? Warum läßt man dem Bürger bei der Wahl seiner Alterssicherung nicht wenigstens gewisse Freiheiten? Es ist doch schon grotesk, wenn eine Beitragszahlung ohne jede Bedeutung sein soll.

Legen wir einmal ein Durchschnittsgehalt von DM 3000 zugrunde. Bei dem vorletzten Beitragssatz von 18 Prozent ergibt sich ein Beitrag von DM 540 monatlich. Diesen Betrag 30 Jahre bei der Bank mit einer Durchschnittsverzinsung von 8 Prozent angelegt, ergibt mit Zinseszins einen Betrag von DM 765 875. Davon läßt sich eine Monatsrente von DM 5000 auszahlen bei einer Verzinsung von ebenfalls 8 Prozent. Bei einer Beitragszahlung über 40 Jahre ergibt sich eine Monatsrente von DM 7820. Bei diesen Summen werden die angesparten Beträge nicht angetastet und stehen für besondere Fälle, z. B. vorzeitige Erwerbsunfähigkeit, zur Verfügung.

Da die vorgenannten Kosten von der wirtschaftlichen Gesamtleistung (Bruttosozialprodukt) des Volkes finanziert werden müssen, wäre letztlich auch eine andere Finanzierung der Rentenversicherung möglich.

*Mit freundlichen Grüßen*
*L. Michels,*
*Andernach*

*

Dem Leserbrief von Herrn Dr. Volkert kann ich nur voll zustimmen. Endlich einmal ein Politiker, der die Dinge beim Namen nennt.

Ich bin Mitglied der Deutschen Hausfrauengewerkschaft e. V. Wir fordern seit Jahren, daß mindestens sechs Erziehungsjahre pro Kind auf die Rente des Erziehenden angerechnet werden, und zwar mit rentenbegründender und rentenfördernder Wirkung.

In der Planung ist ein Jahr der Kindererziehung auf die Rente anzurechnen. Das wäre ein Anfang zur Chancengleichheit. Dieses eine Jahr macht ca. 24 DM pro Monat und Kind aus. Warum aber wird die Kindererziehungszeit nur zu 75 Prozent auf die Rente angerechnet und die Wehrpflichtzeit eines Soldaten zu 100 Prozent? Ist die Erziehungsarbeit der Mutter/des Vaters weniger wert als die Verteidigungsarbeit eines Wehrpflichtigen? Schließlich gibt es nur Soldaten, wenn es vorher Eltern gibt.

*R. Röblitz,*
*Köln 1*

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

## Falsches Bild

„Als Stalin den Armeen Hitlers den Weg freimachte"; Welt vom 23. August

Der Satz von Ströhm: „Nur mit Hilfe Amerikas gelang es nach dem Zweiten Weltkrieg, Westeuropa vor dem Zugriff der sowjetischen Macht zu bewahren", gibt ein falsches Bild. Prof. Dr. Schwinge („Bilanz der Kriegsgeneration") führt insoweit tatsachengemäß aus: „Daß die kommunistische Gefahr bis zum Erscheinen der Amerikaner und Engländer von Westeuropa abgewendet worden ist, ist allein dem deutschen Rußlandkämpfer zu verdanken."

Erst mit Hilfe der ungeheuren – bisher wohl noch nicht bezahlten Kriegsmateriallieferungen Roosevelts und Churchills an Stalin und der (vor kurzem gefeierten) Invasion im Westen gelang es der sowjetischen Übermacht, nach Westeuropa einzudringen. Den letzten Teil des deutschen Landes ostwärts der Elbe (z. B. Thüringen) haben die Amerikaner und Engländer den Sowjets selbst noch freiwillig übergeben. Der (spätere) französische Marschall Juin erklärte dazu bereits im August 1945: „Es ist ein wirkliches Unglück, daß die Engländer und Amerikaner in Europa das einzige solide Land zerstört haben – ich meine damit nicht Frankreich. Nun ist der Weg frei für das Vordringen des russischen Kommunismus." Der – leider alsbald umgekommene – militärisch und politisch Eisenhower weit überragende amerikanische General Patton stimmte ihm zu. Er erklärte: „Wir haben einen Sieg über die Deutschen errungen und haben sie entwaffnet, wir haben aber den Krieg verloren."

Viel später begriff Amerika endlich, daß mit dem Verlust Europas an den Bolschewismus auch seine Stellung als Weltmacht erheblich gefährdet würde. Frau Kirkpatrick hat es auf dem Parteitag der Republikaner gerade klar zum Ausdruck gebracht. Seitdem erst bemüht es sich, wenigstens den Rest Europas „vor dem Zugriff der sowjetischen Macht zu bewahren".

Im übrigen handelte es sich bei den „Armeen Hitlers" in der Hauptsache um die Deutsche Wehrmacht, die – da wir bekanntlich die allgemeine Wehrpflicht hatten – im wesentlichen aus Wehrpflichtigen bestand und 2 Millionen Gefallene – überwiegend im Kampf gegen den Bolschewismus – sowie 1½ Millionen in der Kriegsgefangenschaft Umgekommene oder Umgebrachte zu verzeichnen hat. Ich habe – gegen meinen Willen – als wehrpflichtiger Infanterist von Anfang bis Ende unmittelbar an der Front – meist im Osten – gestanden, durch Zufall überlebt und keinen Grund, mich dieses Einsatzes zu schämen. Letzteres gilt für alle Frontsoldaten.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Erwin Schütz,*
*Münster*

### Wort des Tages

„Sittliche Entscheidungen fallen nur in der Einsamkeit der Person. Deshalb muß jeder einzelne in sich einen Mittelpunkt haben: das sich selbst kontrollierende wissende Selbst, das wir das wache Gewissen nennen und das auf mehr als Irdisches bezogen ist. Fehlt dieses Zentrum, so entsteht ein Massenmensch."

Eduard Spranger; deutscher Psychologe und Pädagoge (1882–1963)

## Kein Namensteil

„Akademische Grade als Namensbestandteil"; WELT vom 11. September

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

Sie veröffentlichten am 11. September 1984 einen Artikel über ein Urteil des Koblenzer Verwaltungsgerichtes zu der Frage, ob akademische Titel Namensbestandteil seien. Das Gericht hat das bestätigt, was bereits jahrzehntelang herrschende Rechtsmeinung ist und auch durch Urteile höchster Gerichte bestätigt wurde: akademische Grade sind kein Namensbestandteil. Der Doktorgrad ist auch ein akademischer Grad; er wird damit ebensowenig Namensbestandteil wie der Diplom- oder Magistergrad.

*Mit freundlichen Grüßen*
*R. Krone,*
*Bottrop*

## Tirol 1945

„Als Südtirol zum politischen Problem wurde"; WELT vom 14. September

*Sehr geehrter Herr Ströhm,*

zu Ihrem Artikel über Südtirol erlaube ich mir folgende Zusätze, die den Rahmen wohl gesprengt hätten:

- „Wasserscheide": Die Italiener raubten auch das Sextental, das in das Schwarze Meer entwässert.
- Die Italiener besetzten auch Innsbruck, was jedoch auch den anderen übertrieben schien.
- 1945 scheiterte jede Grenzkorrektur, auch die einer Verbindung zwischen Nord- und Osttirol (Pustertal) an den Amerikanern, die das „labile Königreich" (Italien) nicht einem derartigen „Schock" aussetzen wollten. Ähnlich wie auf dem Wiener Kongreß 1815 Talleyrand derart schluchzte, daß (der preußische Staatskanzler) Hardenberg seine Forderung auf das Elsaß fallenließ, um das „schwache Königtum" nicht zu erschüttern.

Um diese Zeilen abzurunden, wage ich es, Sie zu erinnern an Lusern, südöstlich von Trient, Gressenoy, südlich vom Matterhorn und eine Sprachinsel ostwärts von Cortina. Auch in diesen Orten versuchen Deutsche, beim Hergebrachten zu bleiben.

*Karl Tägert,*
*Hamburg 52*

## Kurzschrift

„Ein Schnellschreiber plädiert für die Kurzschrift"; WELT vom 19. September

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

der erste Satz dieses Artikels heißt: „Genau 60 Jahre wird morgen die Kurzschrift alt." Erlauben Sie mir, daß ich widerspreche. Sie ist gut 150 Jahre alt.

Der Erfinder der Kurzschrift der Neuzeit ist Franz Xaver Gabelsberger, der 1849 gestorben ist. Wilhelm Stolze hat später ebenfalls eine Kurzschrift herausgebracht, die 1897 mit der von Ferdinand Schrey entwickelten vereint wurde. Stolze starb 1867 und Schrey 1938.

Die Deutsche Einheitskurzschrift ist somit lediglich eine Weiterentwicklung der schon im vergangenen Jahrhundert erfundenen Kurzschrift. Sie ist aber keinesfalls die Kurzschrift schlechthin, sie ist lediglich die heute übliche. Zugegeben, diese wird nun 60 Jahre alt.

Der Bruder meines Vaters, seinerzeit Oberlehrer an der 56. Volkschule in Dresden-Trachau hatte seine lange vor dem Ersten Weltkrieg gemalten Bilder immer in der Gabelsberger Kurzschrift beschrieben. Sie war damals weitverbreitet, und auch mein Vater schrieb alles, was nicht gleich jeder lesen sollte in dieser Kurzschrift.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Irmfried Steinbach,*
*Hamburg 65*

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

# Personalien

## GEBURTSTAG

Der ehemalige Präsident der Bundesanstalt für Flugsicherung, Professor Dr.-Ing. **Oskar Heer**, feiert am 4. Oktober seinen 80. Geburtstag in Neu Anspach im Taunus. Heer, der die deutsche Flugsicherung nach dem Kriege aus den bescheidenen Anfängen heraus zu einer der modernsten Einrichtungen dieser Art aufbaute, stand bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1969 35 Jahre im Dienste der Luftfahrt. Nach dem Studium der Hochfrequenztechnik an der Technischen Hochschule in Berlin und einer sich daran anschließenden Tätigkeit in der Industrie kam Professor Heer 1934 zur Reichsflugsicherung, wo er als Abteilungsleiter bei den Luftämtern Berlin, Hannover und Dresden tätig war. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er im Dezember 1951 mit der Leitung der „Vorbereitungsstelle des Bundesverkehrsministeriums zur Übernahme der Flugsicherung in deutscher Verwaltung" beauftragt und legte damit den Grundstein für den Wiederaufbau der deutschen Flugsicherung. Im Jahre 1953 erfolgte die Gründung der Bundesanstalt der deutschen Flugsicherung, der er dann als Präsident bis zum Jahre 1969 vorstand. Der hessische Kultusminister erteilte ihm 1964 einen Lehrauftrag für den Fachbereich „Flugsicherung" an der Technischen Hochschule Darmstadt und ernannte ihn zum Professor.

## AUSZEICHNUNGEN

Der Gouverneur des Federal Reserve Board in Washington, **Henry C. Wallich**, ist von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** für seine Verdienste um ein besseres Verständnis zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Während seines Aufenthaltes anläßlich der Währungstagung in Washington überreichte ihm Bundesfinanzminister **Gerhard Stoltenberg** das Großkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Wallich, der im Sommer 70 Jahre alt wurde, stammt aus einer Berliner Bankiers-Familie und unterrichtete lange als Wirtschaftsprofessor an der Yale-Universität. Sein Hauptbereich in der US-Notenbank ist die internationale Wirtschaft.

*

Der Kölner Oberbürgermeister **Norbert Burger** hat dem Verleger **Helmut Bohn** das vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz am Band im Hansa-Saal des Rathauses überreicht. Bohn, gebürtiger Recklinghäuser, entdeckte schon in jungen Jahren sein schriftstellerisches Talent. In seinem Markus-Verlag, Köln, veröffentlicht er seit rund drei Jahrzehnten Fachbücher und Fachzeitschriften zu den Themenkreisen Bundeswehr, Friedensforschung, Warschauer Pakt, innere Sicherheit und Hochschulpolitik. Bohn hat zwölf Bücher selbst verfaßt und ist als Journalist auch in Zeitungen und Zeitschriften anderer Verlage hervorgetreten. Das bekannteste von ihm herausgegebene Werk ist das Handbuch über die NVA: ein Standardwerk, das den Aufbau, die Struktur, die Zielsetzungen und die politische Ausbildung der „Nationalen Volksarmee" in Mitteldeutschland behandelt.

*

Eines der wenigen noch lebenden Gründungsmitglieder der Freien Universität Berlin zeichnete jetzt Wissenschaftssenator **Wilhelm Kewenig** aus: Er überreichte der 1919 in Berlin geborenen Fremdsprachensekretärin **Ingrid-Gisela Rögner-Francke** die an sie verliehene Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Frau Rögner-Francke steht seit Gründung der FU im Dienst der Alma mater.

*

Wenn die Staatsdiener um höhere Löhne und Gehälter streiten, sitzt er seit Jahren auf Bundesebene mit am Tisch der Tarifparteien: **Karl-Heinz Baetge** (FDP), Vorsitzender der Gewerkschaft der Kommunalen Beamten und Angestellten Berlins, ist vom Parlamentspräsidenten **Peter Rebsch** das Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht worden. Der frühere Busfahrer gehört dem Berliner Abgeordnetenhaus seit 1971 an und amtierte sechs Jahre lang als Vize-Parlamentspräsident.

*

Der erste Preisträger des neugeschaffenen und mit 10 000 Mark dotierten „Otto-Nagel-Preis" in Berlin ist der Maler **Ulrich Baehr**. Kultursenator **Volker Hassemer** und die Bezirksbürgermeisterin des Berliner Stadtbezirks Wedding, **Erika Heß**, überreichte die von der Sparkasse Berlin-West gestiftete Auszeichnung. **Otto Nagel** gehörte vor dem Krieg zu den zeitkritischen Malern, die vor allem Berliner Lokalkolorit einfingen. In der Verleihungsurkunde für Baehr heißt es: „Die Arbeiten des Preisträgers zeichnen sich durch eine soziale, kritische Komponente aus und sie zeigen – ähnlich wie Otto Nagel in seiner Kunst – Probleme und Mißstände auf."

## KIRCHE

Mit dem „Premio Energia" des Ateneo Filosofico in Mexiko ist der Erzbischof von Köln, **Joseph Kardinal Höffner**, ausgezeichnet worden. Der Preis wurde ihm für seine „Arbeit zur Verbreitung der Wahrheit" verliehen. Das Ateneo Filosofico wurde 1978 gegründet und ist eine Akademie, deren Aufgabe die Weiterbildung bereits graduierter Wissenschaftler ist.

*

Mit dem Komturkreuz des Gregorisordens hat Papst **Johannes Paul II.** den langjährigen Diözesanleiter des Malteser-Hilfsdienstes (MHD) im Bistum Essen, **Clemens Prinz von Croy**, ausgezeichnet. Bei der Übergabe der Ordensinsignien und Urkunde würdigte der Bischof von Essen, Dr. **Franz Hengsbach**, sowohl den Einsatz Prinz von Croys als auch die Arbeit des Malteser-Hilfsdienstes in der Katastrophen- und Polen-Hilfe.

*

**Claus Kühn**, Vertreter des Diözesanrats der Diözese Osnabrück im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), ist in der Sitzung der Kommission „Publizistik" des ZdK in dieser Woche zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt worden. Der bisherige Vorsitzende dieser Kommission, Dr. **Ludwig Freibüter**, hat sein Amt wegen anderweitiger Aufgaben im Bereich der katholischen Laienarbeit zur Verfügung gestellt.

## VERÄNDERUNG

Im Vorstand der „Kreditbank für Wiederaufbau" in Frankfurt am Main haben sich durch das Ausscheiden von Dr. **Ernst Günther Bröder** – er wurde zum Präsidenten der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg berufen – zum 1. Oktober 1984 Veränderungen in mehreren Spitzenpositionen ergeben: Der Verwaltungsrat bestellte Direktor Dr. **Gert Vogt** zum ordentlichen Vorstandsmitglied. Die Aufgaben eines Sprechers der Bank nimmt weiterhin Dr. **Gerhard Götte** wahr. Er betreut außerdem den Bereich „Förderung der deutschen Wirtschaft" einschließlich Exportfinanzierung. Sprecher für den Bereich „Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern" ist anstelle von Bröder nunmehr Dr. **Richard Brantner**.

## VERANSTALTUNG

**Christa Czempiel**, Staatssekretärin und Hausherrin in der hessischen Landesvertretung in Bonn, wollte mit einem „Brunnenfest" noch einen herbstlichen Akzent setzen. Schlußpunkt umfangreicher Umbauarbeiten in der Landesvertretung wurde die Einweihung eines beachtlichen Brunnenkunstwerkes, das von dem Darmstädter Plastiker **Gotthelf Schlotter** stammt. Die beschwingt gearbeitete Bronzeplastik mit ihren Wasserschalen und in ihnen trinkenden Vögeln wurde von der hessischen Landesregierung für einen vergleichsweise niedrigen Preis, für 35 000 Mark, angekauft, nachdem ein künstlerischer Wettbewerb zunächst keine akzeptablen Ergebnisse gebracht hatte. Gotthelf Schlotter hatte bei seinem Vater **Heinrich**, der auch Bildhauer war, das „Handwerk" gelernt. Tiere, Stelen, Taufbecken – Gotthelf Schlotter hat ein weites Arbeitsprogramm, das im In- und Ausland große Anerkennung findet.

*

Sozialsenator **Ulrich Fink** aus Berlin hat die Entscheidung des „International Council on Social Welfare" in Montreal begrüßt, den nächsten Weltkongreß für Sozialwohlfahrt nach Berlin zu vergeben. Zu diesem Ereignis werden 1988 rund 5000 Experten aus dem sozialpolitischen und sozialpädagogischen Bereich an die Spree kommen.

# Mudschahedin schossen Flugzeug ab

AP, Neu-Delhi

Afghanische Freiheitskämpfer haben am Wochenende eine sowjetische Militärmaschine abgeschossen, wobei „zwischen 30 und 50 Menschen getötet" wurden. Dies verlautete aus einer westlichen Botschaft in Kabul. Der Abschuß der „Antonow"-Transportmaschine sei vergangenen Samstag über dem Logar-Tal, rund 50 Kilometer südlich von Kabul, erfolgt. Dort fänden derzeit schwere Gefechte zwischen sowjetischen Truppen und Mudschahedin statt. Die Botschaft bestätigte auch frühere Berichte, wonach in der vergangenen Woche bei einem Angriff auf den Kabuler Flughafen drei Turbo-Jets der afghanischen Inlands-Fluglinie Bachtar beschädigt wurden.

Aus der Botschaft verlautete weiter, das ZK der regierenden Demokratischen Volkspartei habe auf seinem 14. Plenum schärfere Strafen für desertierende Soldaten, deren Zahl wachse, gefordert. Das Gremium habe auch eine Bitte an die Sowjetunion erörtert, die in Afghanistan kämpfenden sowjetischen Truppen um 50 000 auf 150 000 Mann zu verstärken.

# Taiwan verurteilt Hongkong-Vertrag

dpa, Taipeh

Die Regierung der Republik China auf der Insel Taiwan hat das gestern in Peking paraphierte britisch-chinesische Abkommen über die Rückgabe von Hongkong scharf verurteilt und für „null und nichtig" erklärt. Taipehs Außenministerium bot den Gegnern der künftigen kommunistischen Herrschaft in Hongkong Zuflucht an und nannte Taiwan als Alternative für Investitionen.

Nach Meinung politischer Beobachter richtet sich die scharfe Ablehnung des Abkommens durch Taipeh vor allem auch gegen von Peking genährte Spekulationen, wonach die Lösung des Hongkong-Problems zum Modell für eine Wiedervereinigung Taiwans mit dem chinesischen Festland werden könnte. Es wird aber nicht ausgeschlossen, daß sich eine ungestörte Entwicklung Hongkongs nach Rückgabe an China langfristig positiv auf die Gesprächsbereitschaft Taipehs auswirken könnte, das bisher auch die sehr weitgehenden Angebote Pekings für eine Teilautonomie abgelehnt hat.

Das Außenministerium in Taipeh erklärte zu dem Abkommen, es trage dem Wunsch der in Hongkong lebenden Chinesen nach wirtschaftlichem Wohlstand und einer demokratischen Gesellschaftsordnung nicht Rechnung. Die kommunistische Regierung in Peking, die in der Erklärung als „Gruppe von Rebellen" bezeichnet wird, habe kein Recht zur Vertretung des chinesischen Volkes. Obwohl diplomatisch fast völlig isoliert, behauptet die auf Taiwan allein regierende Guomindang unter Staats- und Parteichef Tschiang Tsching-kuo auch 35 Jahre nach der Vertreibung vom Festland ihren Alleinvertretungsanspruch für ganz China.

# ETA-Affäre: Unruhe bei der Linken in Frankreich

## Sozialistische Parteispitze stellt sich hinter Mitterrand

A. GRAF KAGENECK, Paris

An der spanisch-französischen Grenze herrschte gestern „Ruhe vor dem Sturm". Alle Welt wartete auf den Spruch des Pariser Staatsrats, der als höchste richterliche Instanz den Bescheid eines Pariser Gerichts bestätigen mußte, drei des mehrfachen Mordes überführte Mitglieder der baskischen Terrororganisation „ETA-Militar" an die spanische Regierung auszuliefern. Gegen vier weitere Angeklagte hatte das Gericht auf Abschiebung entschieden. Sie wurden nach Togo ausgeflogen. Alle sieben Verdächtigen hatten einen wochenlangen Hungerstreik gegen ihre Auslieferung veranstaltet.

Daß der Spruch der Justiz nicht ohne politische Folgen bleiben würde, hatte die französische Regierung einkalkuliert. Vor allem hatte sie mit heftigen Reaktionen im spanischen Baskenland gerechnet, die auch prompt eintraten. Seit Montag werden französische Last- und Personenwagen jenseits der Grenze verbrannt und ihrer Ladung beraubt. Aus Protest barrikadieren französische Lkw-Fahrer seit Montag abend die Grenze. Sie wollen ihre Sperre erst aufgeben, wenn Paris bei der spanischen Regierung den nötigen Polizeischutz für ihre Fahrzeuge auf spanischem Boden durchgesetzt hat. Madrid hat bisher trotz offizieller Zusage in dieser Hinsicht noch nichts unternommen.

Proteste kommen aber auch aus der Sozialistischen Partei und in äußerst scharfer Form aus den links von ihr angesiedelten, aber mit ihr verbündeten Formationen wie der PSU (Vereinigte Sozialistische Partei) oder den Trotzkisten. Am Dienstag abend zogen Links-Demonstranten durch Ost-Paris, die den Staatschef Mitterrand auf Transparenten als „Verräter" und „Mörder" beschimpften.

Ähnliches ist aus den Gewerkschaften und dem überwiegend linksorientierten Stand der jungen Richter und Anwälte zu hören. Unter letzteren meldete sich Klaus Croissant zu Wort, der ehemalige Anwalt der Baader-Meinhof-Bande, der 1977 selber auf Betreiben der damaligen Regierung Barre an die Bundesrepublik ausgeliefert worden war. Croissant beschuldigte im Rundfunk Mitterrand, seine eigenen Überzeugungen vom „Asylland Frankreich" verraten und sein Eintreten für die Menschenrechte aufgegeben zu haben. Croissant war damals von einem Anwalt namens Roland Dumas verteidigt worden, heute Europa-Minister und Regierungssprecher Mitterrands.

Die Sozialistische Partei hat sich als Regierungspartei nach einigem Zögern hinter die Regierung gestellt. Sie macht sich die Argumentation der Regierung zu eigen, wonach politische Motive der Täter in einem Land, das „demokratisch regiert wird", nicht gelten können, und sie wie gewöhnliche Verbrecher zu behandeln sind. Man könne heute nicht mehr behaupten, daß Spanien nicht zu dieser Kategorie Länder gehöre. Das Einschwenken der Sozialisten auf den Regierungsstandpunkt wird durch die Tatsache erleichtert, daß Spanien von dem Sozialisten González regiert wird.

# Andrades „neues Guatemala"

## Eine der problemreichsten Nationen Mittelamerikas auf dem Weg zur Demokratie

W. THOMAS, Guatemala City

Man nennt ihn „pelo lindo", schönes Haar, der weißen, welligen Mähne wegen. Außenminister Fernando Andrade beeindruckt nicht nur durch eine attraktive Erscheinung. Er findet selbst innerhalb des Offizierskorps Gehör. „Andrade ist eine bemerkenswerte Persönlichkeit", urteilt ein Diplomat. „Er hat das politische Klima verändert."

Guatemala, die bedeutendste Nation Mittelamerikas (acht Millionen Menschen, 108 889 Quadratkilometer) und eine der problemreichsten, befindet sich in einem Stadium des Umbruchs, so scheint es jedenfalls. Über dem Land liegt ein Hoffnungsschimmer. Die Wahlen am 1. Juli zur Verfassunggebenden Versammlung sind ein bemerkenswertes Ereignis gewesen, weil sie frei und ohne Zwischenfälle waren und den gemäßigten Kräften eine Mehrheit brachten.

Die Christdemokraten des erst 40jährigen Parteichefs Vinicio Cerezo bekamen die meisten Stimmen im Land. Da die Provinzen jedoch die gleiche Zahl der Abgeordneten stellen, ohne Rücksicht auf die Bevölkerungsziffer, erhielt die Partei nur 21 Sitze. Die Christdemokraten sind in Guatemala links von der Mitte angesiedelt. Die „Union des Nationalen Zentrums" (UCN), eine Bewegung der Mitte, von Jorge Carpio Nicolle, 51, geführt, dem Direktor des Massenblattes „El Grafico", stellt 22 Abgeordnete. Die rechte „Nationale Befreiungsbewegung" (MLN) des früheren Vizepräsidenten Mario Sandoval Alarcon, 61, die ein Bündnis einging mit einer kleineren, gleichgesinnten Gruppe, schickte 23 Vertreter in die Versammlung. Cerezo, Carpio und Sandoval wollen bei den Präsidentschaftswahlen in der ersten Hälfte des kommenden Jahres kandidieren.

Guatemala wird heute von dem sogenannten „Consejo de los Comandantes" (Rat der Kommandanten) regiert, einem 27 Mitglieder umfassenden Gremium, dem alle Provinzkommandeure angehören. Die Offiziere tagen einmal pro Woche und erteilen General Oscar Humberto Mejia Victores Richtlinien, der seit mehr als 13 Monaten als Staatschef amtiert.

Mejia Victores, ein untersetzter, korpulenter Mann, hat viele Skeptiker überrascht. Als er am 7. August letzten Jahres von dem geschaßten General Efrain Rios Montt die Macht übernahm, kehrte die Nation nicht, wie allgemein befürchtet, zu den düsteren Zeiten des Präsidenten Romeo Lucas Garcia (1978 bis 1982) zurück, wo Repression und Korruption dominierten. Der neue Staatschef beendete den Ausnahmezustand. Er schaffte die Sondergerichte des Rios Montt ab, die 15 Todesurteile auf dem Zentralfriedhof vollstrecken ließen.

Guatemala ist noch nicht frei von politischer Gewalt, aber die Situation hat sich gebessert. Die Guerrilla-Gruppen, während einer blutigen Offensive der Streitkräfte in den Jahren 1981 bis 1983 dezimiert oder in die Flucht geschlagen, entfalten heute lediglich noch in der entlegenen Nordprovinz Peten oder in den Grenzgebieten zu Mexiko Aktivitäten. Die Touristengebiete am Atitlan-See und Chichicastenango, eine der faszinierendsten Indianerstädte Lateinamerikas, sind ruhig. Mejia Victores, der Anfang September das Amnestieangebot für den linken Untergrund um weitere 180 Tage verlängerte, sieht das Partisanenproblem, auf dessen Konto seit seiner Amtsübernahme 1240 politische Morde und mehr als 450 Entführungen gingen, bereits „unter Kontrolle".

Das schwierigste Problem des Generals ist gegenwärtig die Wirtschaft, die immer noch an den Folgen der bitteren Rezession leidet. 1982 und 1983 schrumpfte die Wirtschaft um sieben Prozent, in diesem Jahr wird ein bescheidenes Wachstum von einem Prozent erwartet. Die Zahl der Arbeitslosen oder unterbeschäftigten Menschen beträgt 60 Prozent.

Die Vertreter des diplomtischen Korps werten die außenpolitischen Initiativen als eine der größten Erfolge. Guatemala konnte sich seit dem Sturz von Rios Montt aus seiner internationalen Isolation lösen. Guatemala gilt nicht mehr als rechter Paria der Region. Das Land unterstützt die Bemühungen der Contadora-Nationen um eine friedliche Lösung des Mittelamerika-Konfliktes, signalisiert selbst konziliante Gesten gegenüber dem marxistischen Nicaragua und das Verhältnis zu den USA ist nicht mehr kühl. In diesen Tagen wurden wieder diplomatische Beziehungen mit Spanien aufgenommen.

Fernando Andrade steht hinter diesen und den anderen Entwicklungen. Der Anwalt zählt zum engsten Beraterkreis des Staatschefs und besucht oft die Sitzungen des Kommandeurszirkels. Seine Empfehlungen werden gewöhnlich befolgt. Andrades Vorstellungen von der Zukunft Guatemalas: ein Land der politischen Mitte, gewaltlos und pragmatisch. Der Mann mit den schönen Haaren spricht gelegentlich von einem „neuen Guatemala". (SAD)

# „Aktionsherbst": Zusammenstöße und Festnahmen

CvB./DW. Brüssel

Unbekannte Saboteure, die von den Sicherheitsbehörden der „Friedensbewegung" zugerechnet werden, haben in einer amerikanischen Luftverteidigungsstelle in Finkenberg bei Fulda drei „Hawk"-Raketen auf ihrem Startgerät durch Farbspritzer unbrauchbar gemacht, wurde aus Brüssel bekannt. Die Farbe wurde über empfindliche Sensoren der Raketen geschmiert. Die Saboteure durchschnitten nachts den Zaun und schlichen sich an die Raketen heran. Die Wachen bemerkten nichts.

Zu zahlreichen vorläufigen Festnahmen kam es am Dienstag und gestern bei Zusammenstößen zwischen „Friedensinitiativen" und Polizei im Rahmen des „Aktionsherbstes 1984" bei Aktionen wie Blockaden eines Militärdepots, dem versuchten Eindringen auf einen Hubschrauberlandeplatz und Farbschmierereien von Teilnehmern der vier „Friedencamps" in Fulda, Hettenhausen, Grebenhain und Alsfeld. Bei der Durchsuchung von Demonstranten bei Grebenhain, die am Mittwoch zu einem US-Waffendepot bei Oberwald gezogen waren, hat die Polizei Material gefunden, das sich zum Herstellen von Molotow-Cocktails eignet.

# Golo Manns Playdoyer

rtr, Bonn

Der Historiker Golo Mann hat sich in der Schweizer Zeitung „Weltwoche" für die Anerkennung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft ausgesprochen. Je mehr zwischenstaatliche Konflikte im Rahmen des Völkerrechts unter Rechtsnormen gebracht werden könnten, desto besser sei es. Der Gang der Geschichte werde irgendwann, irgendwie die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten verändern. Ob sie vorher durch „Botschafter" oder bloße „Vertreter" miteinander verkehrt hätten, werde dann nicht mehr das allermindeste ausmachen, schrieb Mann.

# Italien sucht Arafat durch Haftbefehl

DW. Venedig

Gegen den Palästinenserführer Yassir Arafat hat der venezianische Untersuchungsrichter Carlo Mastelloni zum zweiten Mal einen Haftbefehl erlassen. Arafat wird vorgeworfen, er habe im Jahre 1979 Waffen an die linksextreme Terrororganisation „Rote Brigaden" geliefert. Nach der Befreiung des amerikanischen Generals Dozier war ein Versteck mit Waffen, die vermutlich aus PLO-Beständen stammten, entdeckt worden. Der erste Haftbefehl gegen Arafat mußte aber mangels Beweisen wieder aufgehoben werden.

Der Untersuchungsrichter begründete den erneuten Haftbefehl mit den Aussagen von Mitgliedern der Roten Brigaden, wonach die Terrororganisation in Venedig eine Schiffsladung mit Sprengstoffen und Panzerabwehrwaffen von der PLO erhalten haben soll.

# Ab jetzt heißt die Devise: Zweckoptimismus

HEINER KLINGE, Hongkong

Mit Stolz und Genugtuung, Erleichterung und Selbstzufriedenheit, Zuversicht und Besorgnis, Skepsis und Ablehnung reagieren die direkt und indirekt betroffenen Regierungen und Bürger auf die in Peking erfolgte Paraphierung des Abkommens, durch das die britische Kronkolonie Hongkong im Jahr 1997 wieder an China zurückfällt. Stolz und Genugtuung empfinden die Pekinger Führer darüber, daß es ihnen kurz vor dem 35. Gründungstag der Volksrepublik gelungen ist, die im Falkland-Konflikt mit Argentinien „eisern" gebliebene Londoner Lady in zweijährigen zähen Verhandlungen zur Herausgabe des „Dufthafens" zu bewegen. Damit steht fest: In 13 Jahren wird Peking die uneingeschränkte Souveränität über das gesamte chinesische Festland ausüben.

Erleichterung und Selbstzufriedenheit überwiegen in London. Zur Selbstzufriedenheit nur wenig Anlaß hatte allerdings die Premierministerin Margret Thatcher, die zu Beginn der Verhandlungen noch von dem „britischen Recht und Anspruch auf dauerhafte Souveränität über Hongkong" gesprochen hatte. Immerhin gelang es ihr, Peking von der Notwendigkeit zu überzeugen, den rund sechs Millionen Bürgern Hongkongs die Beibehaltung des Systems der freien Marktwirtschaft bis zum Jahr 2047 zu versprechen. Dabei konnte sie darauf vertrauen, daß Peking die Gans, die goldene Eier legt, durchaus nicht schlachten will. Denn rund 40 Prozent der Deviseneinnahmen Chinas werden über Hongkong erzielt.

Zuversicht und Besorgnis mischten sich bei den unmittelbar Betroffenen – den Bewohnern Hongkongs. Ihre Zuversicht erwächst aus der Erkenntnis, daß das Schlimmste verhütet worden ist. Wären nämlich die Verhandlungen zwischen London und Peking zusammengebrochen, so hätte es nach Meinung vieler Hongkonger passieren können, daß die Machthaber in der fernen „Nördlichen Hauptstadt" (Peking) dem Territorium den Zufluß von Wasser, Strom und Lebensmitteln abgeschnitten oder kurzerhand ihre Truppen in Marsch gesetzt hätten. Der Vertragsabschluß gibt Hongkongs Bevölkerung, die zum größten Teil aus China-Flüchtlingen besteht, eine lange, überschaubare Frist, ihr Leben noch zwei Generationen lang wie bisher fortzusetzen. Der Bau der 52 Stockwerke hohen neuen Hongkonger Börse und anderer Hochhäuser demonstriert, daß auch die Geschäftswelt dieses drittgrößten Finanzzentrums der Welt mit Zuversicht in die Zukunft schaut.

Gegenüber der WELT faßte David Akers-Jones, Mitglied des vom britischen Gouverneur geleiteten Exekutivrates von Hongkong, diese Stimmung in dem Urteil zusammen: Die Paraphierung und die für Ende dieses Jahres erwartete Unterzeichnung des britisch-chinesischen Abkommens sei ein historisches Ereignis. „Es gibt uns mehr Sicherheite als jemals zuvor in der Vergangenheit." Es gebe „Sicherheit für die Unternehmer und Bankiers, Sicherheit auch für die Mittelschicht, weil es die Struktur und den Rahmen für den Aufbau des Territoriums im nächsten halben Jahrhundert festlegt".

HONGKONG

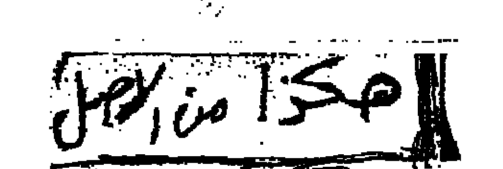
Diesen betonten Zweckoptimismus teilt die Mehrheit der Bürger Kongkongs offensichtlich nur für die Zeit bis 1997. Was die fernere Zukunft und die Versprechungen Pekings für die Periode bis zum Jahr 2047 betrifft, überwiegt wohl doch die Besorgnis. Vertreter der 98 Prozent der Bevölkerung stellenden Chinesen in Hongkong verweisen darauf, daß der Hauptgarant für die Einhaltung des Abkommens – Chinas einflußreichster Politiker Deng Xiaoping – am 22. August sein 80. Lebensjahr vollendet hat. Niemand wisse, ob Dengs Erben Wort halten werden, ob eine neue „Kulturrevolution" in China wieder die auf ihre Chance lauernde radikale Fraktion an die Macht spülen wird, die ohne Rücksicht auf Verluste ihr rigoroses kommunistisches System auch in Hongkong durchsetzen würde.

Gerade solche Ängste suchte Deng zu beschwichtigen, indem er jetzt seinen Sohn Deng Pufang, den Vorsitzenden des chinesischen Behinderten-Fonds, für einige Wochen nach Hongkong schickte. Der Anblick des jungen Deng, der freundlich lächelnd, doch im Rollstuhl an Dutzenden von öffentlichen Veranstaltungen Hongkongs teilnahm, sollte die Landsleute in der Kronkolonie davon überzeugen, daß die junge Generation die Rückkehr ins Chaos verhindern wird. Waren es doch die radikalen Anhänger des alternden Mao Zedong, die Deng Pufang 1968 nach der Entmachtung seines Vaters beim Vollzug einer Art Sippenhaft aus dem Fenster stürzten, was dem jungen Mann eine Querschnittlähmung einbrachte.

Durch und durch skeptisch und ablehnend bewertet die seit 1949 auf Taiwan beschränkte Republik China die Abmachung über Hongkong. Das in Taipeh erscheinende „Free China Journal" malte kürzlich mit der Prophezeiung den Teufel an die Wand, daß die Wirtschaft Hongkongs wegen des Abflusses von Kapital und Fachkräften, wegen des dramatischen Absinkens der Bodenpreise und der Währungsfluktuation schon geraume Zeit vor dem magischen Datum 1997 zusammenbrechen werde.

Doch ist es gerade der Blick auf Taiwan, der die Bewohner Hongkongs zu vorsichtigem Optimismus berechtigt. Denn steht Peking in Hongkong nicht zu seinem Wort, so wird auch seine Versicherung unglaubwürdig, daß auch Taiwan bei einer Wiedervereinigung als „Sonderverwaltungszone" langfristige Autonomie unter dem Motto „Ein Land, zwei Systeme" zu erwarten hätte.





# Die Vasallen werden unruhig

## Wie müßte eine neue Ostpolitik aussehen? – W. Leonhards „Dämmerung im Kreml"

Wolfgang Leonhard gehört zu den wenigen international renommierten Sowjet-Experten, deren Darstellungskraft die komplizierte, schier „unendliche" Geschichte der kommunistischen Weltmacht zu erhellen vermag. Das Buch ist hochaktuell und enthält verblüffende Beweise für die diagnostische Sicherheit des Autors. In dem längst vor der Absage Honeckers und Schiwkows fertiggestellten Manuskript stoßen wir auf den Satz: „Die bisher als prosowjetisch geltenden Regime unter Honecker in der DDR und unter Schiwkow in Bulgarien haben im letzten Jahrzehnt begonnen, die eigenen nationalen Traditionen in den Vordergrund zu rücken, um zu versuchen, in der Geschichte des eigenen Volkes jene Legitimation zu erhalten, die sie auf andere Weise nicht erreichen können." Wer die sowjetische Politik in den letzten Monaten verfolgt hat, entdeckt genau

Wolfgang Leonhard:
**Dämmerung im Kreml**
Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart.
320 S., 34 Mark.

in diesem Zusammenhang einen der Gründe, die zum Abpfiff der beiden West-Reisen geführt haben.

Leonhard legt sein Buch auf die Frage an, „wie eine neue Ostpolitik aussehen müßte", nachdem die bisherige, die unter dem autosuggestiven Titel Entspannung firmierte, infolge fehlerhafter Grunddaten gescheitert ist. Dabei geht der Autor von der hoffnungsvollen Erwartung aus, daß die herrschenden Minderheiten in der kommunistisch beherrschten Welt auf die Dauer dem Reformdruck nicht ausweichen können, weil sie anders den Anschluß an die moderne, von Technologie und Demokratie bestimmte Weltentwicklung verlieren würden. Einbuße realer Macht, um die es der „Nomenklatura" einzig geht, wäre die Folge.

Leonhard gliedert den Stoff systematisch. Er bietet eine Gesamtdarstellung des sowjetischen Zustands, der von einem Graben zwischen Regime und Gesellschaft gekennzeichnet ist. Anschaulich wird anhand zahlreicher praktischer Beispiele geschildert, wie das planwirtschaftliche System („quantitative Erfüllung ohne Qualität") sich in einer Art illegaler Selbstkorrektur mühsam in die Lage versetzt, überhaupt noch zu funktionieren. In der Sowjetunion ist eine „zweite Wirtschaft" unter der offiziellen entstanden, in der man genau die Kräfte und Märkte beobachtet, die im Westen, wo sie sich legal entfalten können, überzeugende Erfolge verzeichnen. Man begreift, warum der Staat seit 1972 für teure Devisen Abermillionen Tonnen Getreide einführen muß. Ressourcen, Technologie und Management sind auf die Rüstung konzentriert, in der die Sowjetunion dramatisch aufgeholt hat.

„Zur objektiven Einschätzung der Sowjetunion gehört die Kenntnis jenes seltsamen Doppelcharakters – gleichzeitig eine hochgerüstete Supermacht und ein System voller Widersprüche zu sein." Mit einer Art resignierter Toleranz nimmt die Führung des Landes die Degenerationserscheinungen der Korruption, des Schwarzmarktes und der Schwarzarbeit hin, Anzeichen des Verfalls einer im muffigen Pomp einherschreitenden Ideologie, die einst die Welt verändern wollte. Den Schlüssel der Erklärung liefert die einseitige Konzentration der sowjetischen Führungskräfte auf die Erhaltung der Macht – eigene Macht und Sowjetmacht sind identisch. Dieses Motiv hat in den Augen Leonhards alle anderen „Wertvorstellungen", alle ideell konstitutiven Kräfte der Vergangenheit abgelöst und aufgesaugt.

„Als bewegende Kraft ist der Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung tot", befindet der Autor. Die Isolierung in der reinen Macht drückt sich vornehmlich in drei Erscheinungen aus: 1. in der Überalterung der Chef-Garnitur („ausgestorbene Reptilien"), die den Sprung in die nächste Generation scheut; 2. in einer sich selbst auffütternden Privilegien-Wirtschaft (niedrige Steuern, in Palisaden gehüllte Datscha- und Urlaubsregionen, der Allgemeinheit verschlossene, bestausgestattete Krankenhäuser); 3. in einer Kooption hoher Funktionäre von Partei, Staatsapparat, Armee und KGB nach dem Kriterium der Systemtreue, der Loyalität auf Kosten der Urteilskraft, jedenfalls nicht der fachlichen Tüchtigkeit. Auf der Suche nach einer historischen Parallele kommt Leonhard auf die originelle Idee, das Typenbild des „Schwertträgers" aus der Feudalzeit heranzuziehen. „Industrieller Feudalismus" laute das Treffwort, das den Geist der sowjetischen Führungsschicht im 20. Jahrhundert am besten beschreibe.

Es liegt auf der Hand, daß eine Machtelite, die durch keine Verfassung legitimiert ist, sondern kraft eigener, sorgsam geheimgehaltener Regeln und Hierarchie aus der Hand regiert, ihr Dasein durch Erfolge rechtfertigen muß. Da das System eine populistische, durch Verteilung prunkende wirtschaftliche Wertschöpfung ausschließt, konzentrieren sich die Kräfte der Führung auf die außenpolitisch-militärische Expansion, die sich nach innen als Größe darstellen läßt und dem offiziell geförderten Chauvinismus Nahrung vorwirft. Diese Politik hat natürlich auch einen Sicherheits-Aspekt, bezieht aber ihre Antriebe aus einer historischen Disposition zur Ausdehnung, auf die Leonhard mit einigen einprägsamen Daten eingeht. Die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart liefert augenfällige, allgemein bekannte Beispiele, wobei die „Bedrohung" durch den imperialistischen Gegner und die Geschichtsphilosophie der unabwendbaren Weltrevolution variable Rechtfertigungsgründe liefern. Sie werden im Tone der Unfehlbarkeit (dieses Wort verwendet Leonhard nicht) vorgetragen, was die Sympathien der betroffenen Völker nicht gerade erhöht.

Die Situation in den osteuropäischen Ländern, über die im Zusammenhang mit der Ost-Diplomatie der gegenwärtigen Bundesregierung lebhaft diskutiert wird, beurteilt Leonhard als labil, was nicht ohne weiteres mit Instabilität gleichzusetzen ist. Er spricht von einer „vorsichtigen Suche nach einer gewissen Eigenständigkeit", die sich selbst in den Filial-Nomenklaturen bemerkbar macht – in Rumänien, Ungarn, Bulgarien und seit einiger Zeit auch in der DDR, kräftiger als in den Riegelstaaten Polen und der Tschechoslowakei, die in eiserner „Treue" zur außenpolitischen Orthodoxie Moskaus stehen.

Wirtschaftliche Unzufriedenheit, der von unten spürbare Drang nach mehr Freiheiten und ein gewisser Überdruß gegenüber der militärischen Blockpolitik und ihren Zumutungen schaffen eine Atmosphäre, welche die Führer beunruhigt und jedenfalls zu verbalen Distanzierungen veranlassen. Die Zeiten blinder Treue und blinden Gehorsams sind jedenfalls vorbei. Leonhard fügt der eigenen Analyse prophetische Äußerungen des amerikanischen Diplomaten George Kennan bei, der im Verhältnis Osteuropas zur Sowjetunion die „große Krise" vorhersagt.



Wolfgang Leonhard FOTO: VISUM

Der Autor besitzt das Vermögen klarer Begriffe. Es ist besonders wichtig angesichts der sowjetischen Gewohnheit, gängige Wörter zu „setzen" und als semantische Waffe gegen den Westen zu wenden. Besonders lesenswerte Ausführungen widmet Leonhard der „friedlichen Koexistenz" und der „Entspannung", die im Westen seit Jahren falsche Vorstellungen geweckt haben. Dem naiven Umgang mit der Sprache, der bis in die höchsten Ränge der deutschen Politik geübt wird, bleibt verborgen, daß „friedliche Koexistenz", wie Moskau sie versteht, staatliche und wirtschaftliche Beziehungen zur westlichen Welt mit fortwährendem „ideologischen Kampf" und mit „internationalem Klassenkampf" besonders in der Dritten Welt verbindet. Die Weltkonferenz der 81 kommunistischen Parteien vom Dezember 1960 erklärte in einer Resolution: „Bei friedlicher Koexistenz entstehen günstige Möglichkeiten zur Entfaltung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern und den nationalen Befreiungsbewegungen der Völker in den kolonialen und abhängigen Ländern".

Das Verfahren läuft darauf hinaus, westliche Leistungen auf technologischem und technischem Gebiet mit subversivem Kampf gegen die Geberländer zu honorieren – bei gleichzeitig vermindertem Kriegsrisiko. Nach diesem Schema war auch die sowjetische Entspannungspolitik angelegt, die insgesamt zu einer Schwächung der westlichen Position geführt hat. Die Sowjetunion konnte unter Breschnew in der Form von Krediten und Handelserleichterungen wirtschaftliche Vorteile erringen die sie nicht für Reformen, sondern zur militärischen Hochrüstung nutzte. Gleichzeitig gelang es ihr in einer Reihe internationaler Konferenzen, ihren Besitzstand in Europa festzuschreiben und die Vorherrschaft über Osteuropa zu legitimieren. Leonhard macht der westlichen Politik den Vorwurf, vor den tatsächlichen Motiven der sowjetischen Politik die Augen zu verschließen. Anstatt mit dem Kommunismus die geistig-politische Auseinandersetzung zu suchen, habe man sich mit der haltlosen Behauptung beruhigt, die Sowjetunion sei eine „saturierte Großmacht", ein „Vertragspartner", der „Sicherheitspartnerschaft suche".

Wolfgang Leonhard empfiehlt statt dessen eine Ostpolitik die der realen Macht und zugleich den tiefen inneren Widersprüchen im sowjetischen Imperium Rechnung trägt. Als Gärungsstoffe betrachtet der Autor die Nationalitätenfrage (49 Prozent der sowjetischen Bevölkerung gehören nicht-russischen Völkerschaften an), die Dissidentenbewegung, die nicht verschwiegen sondern offen unterstützt werden sollte. Weiter die technologisch-wissenschaftliche und künstlerische Intelligenz, die Reformen für überfällig hält, die wachsenden religiösen Strömungen und die selbstbewußter werdende Industriearbeiterschaft.

Von diesen Kräften erwartet Leonhard die Überwindung des bürokratisch-diktatorischen Systems in der Sowjetunion und den von ihnen beeinflußten Staaten. Für die Politik sei es entscheidend, zwischen den herrschenden Minderheiten und den Völkern sorgsam zu unterscheiden. Der Reformdruck gehe letzten Endes vom Volke aus.

HERBERT KREMP



**Nürnberg im November 1945: Göring und Heß auf der Anklagebank** FOTO: RÖHNERT

# Zwanzig Kilo Dokumente

Angeblich war es der Schwindel mit den Hitler-Kujau-Heidemann-Tagebüchern, von denen der „Stern" kühn behauptet hatte, jetzt müsse die Geschichte des Dritten Reiches umgeschrieben werden, der den Delphin Verlag auf die Idee brachte, die Verhandlungsprotokolle des Nürnberger Prozesses richtig unters Volk zu streuen. Der Internationale Militärgerichtshof der Sieger des Zweiten Weltkriegs, der vom November 1945 bis zum Oktober 1946 den Prozeß gegen die sogenannten „Hauptkriegsverbrecher" – allerdings nur gegen die Deutschen unter ihnen – führte, veröffentlichte 1947 die gesamten Protokolle und das gesamte zugelassene Beweismaterial als Bücher, jeweils in 23 Bänden.

Diese Mammut-Edition, immer noch eine, wenn auch mit Vorsicht zu genießende, wichtige Quelle der Zeitgeschichte, war bislang nur in Staats-, Universitäts- und Institutsbibliotheken zu finden. Mit der Studienausgabe zunächst der 23 Bände der Verhandlungsprotokolle (die 23 Bände Beweismaterial sollen später folgen) wird das nun anders: Mit einer Erstauflage von 12 000 Exemplaren will der Verlag alle zeitgeschichtlich Interessierten und die Studierenden ansprechen. Der unveränderte Nachdruck wurde unter dem Titel **„Der Nürnberger Prozeß"** in 13 Bänden untergebracht – einschließlich eines hinzugefügten Teils mit Kommentar und Bildern. Die Kassette wiegt 20 Kilo und hat insgesamt 15 444 Seiten. Das führt bei einem Verkaufspreis für die ganze Kassette von 198 Mark zu einem Seitenpreis von nur knapp 1,3 Pfennig.

Neben der beträchtlichen kalkulatorischen Leistung soll die editorische nicht unerwähnt bleiben: Sowohl in seiner Werbung als auch vor allem in dem hinzugefügten Kommentarband verschweigt der Verlag nicht die juristische, politische und historische Problematik dieses „Tribunals der Sieger" (Werner Maser). Die Einwände gegen die rückwirkende Anwendung erst nachträglich erlassener Strafgesetze („Verschwörung") oder das Problem des „Befehlsnotstands" und der bei Siegern und Besiegten ungleichen Behandlung vergleichbarer Tatbestände werden ebenso referiert wie der Eindruck, den die Einseitigkeit der Prozesse auf die Besiegten machte. „Das Unbehagen bleibt", so ist zu lesen. „Und es wurde gerade zu Nürnbergs Zeiten hellwach gerufen. Zum selben Zeitpunkt, da man deutsche Völkerverbrechen anklagte, wurden Millionen Deutsche unter heillosen Umständen aus ihren Heimatgebieten vertrieben. Es war im alliierten Konzert der Rechtsfindung eine arge Dissonanz."

GÜNTHER DESCHNER

# Warum Gipfelkonferenzen immer ihr Ziel verfehlen

## Zwei Amerikaner referieren über Krieg und Frieden

Aus den Erfahrungen der Geschichte Lehren – wenn nicht sogar Regeln – für Gegenwart und Zukunft zu gewinnen ist stets das Anliegen einer „pragmatischen" Geschichtsschreibung gewesen. Während sie in Europa häufig auf Widerspruch stieß (am bekanntesten wurde Jakob Burckhardts Diktum in den „Weltgeschichtlichen Betrachtungen", Geschichte solle nicht „klug für ein andermal", sondern „weise für immer machen"), hat sie bei den Angelsachsen bis heute einen festen Platz behauptet, wie auch durch den vorliegenden Band deutlich wird. Hervorgegangen aus gemeinsamen Seminaren des Historikers Gordon A. Craig und des Politikwissenschaftlers Alexander L. George über Probleme heutiger Außenpolitik an der kalifornischen Stanford-Universität, wird hier in „Doppelperspektive" die Entwicklung der internationalen Ordnung vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart unter systematischen Gesichtspunkten durchgemustert und dann in einem zweiten, systematischen Teil umgekehrt auf das Material historischer Erfahrungen und Beispiele zurückgegriffen.

Auf der Grundlage seines außerordentlichen Wissens von europäischer und deutscher Geschichte entwirft Craig zunächst ein Panorama der Neuzeit bis zur Gegenwart unter dem Gesichtspunkt der politischen Ordnung des internationalen Systems, beginnend mit dem Gleichgewichtssystem der „Pentarchie" der europäischen Großmächte, wie es sich seit dem Ende des konfessionellen Zeitalters in Europa herausbildet und in dem Jahrhundert zwischen dem Wiener Kongreß und dem Ersten Weltkrieg seine klassische Ausprägung erfährt. Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wird es sodann zunehmend gefährdet durch den sich intensivierenden Nationalismus und durch die wachsenden Einwirkungen der öffentlichen Meinung und wirtschaftlicher Interessen im Zuge des modernen Prozesses hin zur Massendemokratie und zum imperialistischen Zeitalter.

Das europäische Mächtesystem zerbrach endgültig im Zusammenstoß zwischen der Status-quo-Politik der westlichen Demokratien und ihrer ideologisch-revolutionären Herausforderung durch die neuen totalitären Systeme seit 1917. Aus der hier stattfindenden Auflösung des bis zum Ersten Weltkrieg vorherrschenden internationalen Konsenses ging schließlich nach dem zweiten Global-Zusammenstoß das neue bipolare Weltstaatensystem hervor.

Craigs idealtypische Gegenüberstellung von „demokratischer" und „totalitärer" Außenpolitik verdeckt allerdings auch hintergründige Zusammenhänge: Präsident Wilsons Forderung der „Abschaffung der Geheimdiplomatie" zugunsten einer total öffentlichen, demokratisch kontrollierten internationalen Politik führte nicht nur zu einer für Demagogie anfälligen „Deklarationspolitik" im Stile ideologisch besetzter internationaler Anklagen oder Beteuerungen, sondern auch zu dem bekannten Stil internationaler „Gipfelkonferenzen" und Großversammlungen, deren Ergebnisse stets in einem deutlichen Mißverhältnis zu den auf sie gesetzten Erwartungen standen. Kein anderer als Hitler hat sich eben diesen Stil zueigen gemacht, nicht nur etwa in der Instrumentalisierung des Wilsonschen „Selbstbestimmungsrechts der Völker" für seine eigene aggressive Politik, sondern auch durch Gipfelkonferenzen wie besonders die von München 1938.

In den Kapiteln über Präsident Roosevelts Pläne für ein internationales Sicherheitssystem nach dem Zweiten Weltkrieg, über den Kalten Krieg und die Entspannungspolitik werden die Tatsachen und Probleme zwar mit der Bemühung um Objektivität zusammengestellt, jedoch keine grundlegend neuen Überlegungen beigesteuert. Anregend sind manche Ansätze zur Systematisierung des gegenwartsgeschichtlichen Stoffs, so wenn Craig die Ära der Entspannung charakterisiert durch die Bereitschaft der USA zur Anerkennung der Sowjetunion als gleichberechtigte Supermacht, was die Bereitschaft zur formellen Anerkennung der Teilung Europas (wobei die deutsche Frage der „wunde Punkt" war und blieb) und verstärkter wirtschaftlicher und technischer Zusammenarbeit einschloß. Besonders Henry Kissinger versuchte, aus diesen Ansätzen der „détente" die Grundpfeiler für ein neues globales internationales System zu gewinnen, wobei dem Diplomatiehistoriker Kissinger das Modell des europäischen Gleichgewichtssystems nach 1815 Pate stand.

Zwar erkennt Craig die Ursachen der Wahl Ronald Reagans vor vier Jahren in der wachsenden Unzufriedenheit der Amerikaner über die Verschiebung des Weltgleichgewichts während der Regierungszeit Carters; sein, Craigs, Herz schlägt indes wohl mehr für die „liberale" Seite des amerikanischen politischen Spektrums, wenn auch unter dosierter Einbeziehung „realpolitischer" Einsichten. Allzu unkritisch folgt Craig für die

Gordon A. Craig/Alexander L. George:
**Zwischen Krieg und Frieden**
Konfliktlösung in Geschichte und Gegenwart. Aus dem Amerikanischen von Karl Heinz Silber. C. H. Beck Verlag, München.
331 S., 39,80 Mark.

Zukunft des internationalen Systems Hoffnungen auf ein angebliches „Ende des ideologischen Zeitalters" und den Prognosen einer „komplexen Interdependenz" zwischen den Völkern und Staaten, was heute sowohl ökonomisch wie ökologisch begründet werden kann.

Konflikt- und Konfrontationsmuster treten demgegenüber fast völlig zurück. Und im Verhältnis von Moral und Politik entscheiden die kalifornischen Wissenschaftler sich für einen „ethischen Nonperfektionismus" als goldenen Mittelweg zwischen politischem Amoralismus und moralischem Perfektionismus. Das bedeutet z. B. auch in der internationalen Politik die Anwendung des Prinzips der „Verhältnismäßigkeit der Mittel", d. h. der Entscheidung für die unter den gegebenen Umständen am wenigsten Zerstörung anrichtenden und die wenigsten Opfer fordernden Optionen. Wie sich solche Prinzipien im konkreten Fall in einen „Wust von Widersprüchen" verwickeln können, zeigen manche Beispiele während der letzten Jahrzehnte, wie im Schlußkapitel am Beispiel des „christlichen Staatsmanns" William Gladstone, des britischen Premiers am Beginn der hochimperialistischen Ära, erörtet wird, aber auch am Beispiel der „Realpolitik" des „christlichen Staatsmanns" Otto von Bismarck.

Die Fragen der Auseinandersetzung einer liberal-demokratischen Außenpolitik mit totalitären Gegnern sind dabei noch gar nicht gestellt. Wie sagte doch Leo Trotzki 1932? „Die Leitungsdrähte der Demokratie vertragen keine gesellschaftlichen Ströme von allzu hoher Spannung. Indes sind diese die Ströme unserer Epoche." Freilich reicht dann auch der vorwiegend diplomatiegeschichtliche Ansatz Craigs und Georges nicht mehr aus: Für das Paradigma von Krieg und Frieden müßte die zentrale Frage der inneren Stabilität der liberalen Demokratie des Westens in Gegenwart und näherer Zukunft gestellt und zu beantworten versucht werden.

KLAUS HORNUNG

# Katholische Kirche bleibt bei Distanz zum Staat

## Kardinal Meisner sprach mit „DDR"-Staatssekretär Gysi

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die katholische Kirche in der „DDR", *fest am Vatikan* orientiert, hält an ihrer grundsätzlichen Distanz zum Staat fest und nimmt, wie die Führung in Ost-Berlin, ihre Verantwortung in „eigener Weise" wahr. Die Bischöfe beharren auf dem Prinzip der strikten Trennung von Staat und Kirche. Sie lehnen jede Politisierung ab und betonen den „religiösen Charakter *kirchlicher Sendung*". *Dies ist* das Fazit einer Unterredung zwischen dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi (SED), und Joachim Kardinal Meisner, dem Vorsitzenden der „Berliner Bischofskonferenz", zu der alle „DDR"-Oberhirten zählen.

Auf Bitten Gysis führte Meisner dieses Gespräch, das üblicherweise routinemäßig zweimal im Jahr stattfindet. Diese Treffen dienen der SED dazu, öffentlich ihren unproblematischen Umgang mit der katholischen Diaspora zu bekunden.

Die weiterhin vorhandene Distanz zwischen Staat und katholischer Kirche – die, anders als die evangelische Kirche auf ihrer jüngsten Synode, die Formel vom „Grundvertrauen" nicht verwenden würde – wird in dem Kommuniqué deutlich. Gysi würdigte nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur ADN nämlich ausdrücklich nicht das Wirken der katholischen Kirche selbst, sondern das „verantwortungsvolle Engagement der Bürger katholischen Glaubens". Der zweite Teil des Kommuniqués trägt deutlich die Handschrift von Meisner, der auf den „Dienst der Kirche für Versöhnung und Frieden als ihre wesenseigene Aufgabe" hinwies. Die Trennung von Staat und *Kirche sei, so Meisner, die Grundlage* für „gegenseitiges Verständnis und die Herbeiführung einvernehmlicher Regelungen von Sachfragen".

Der Schlußteil des Textes enthält die entscheidende Passage, daß beide Gesprächspartner ihre Verantwortung „in je eigener Weise" ausübten. Unmut und Ärger der SED-Führung hatte Meisner bei der Wahrnehmung seiner Aufgabe erst im Mai zu spüren bekommen, als er vor der Katholischen Akademie des westlichen Teils seines Sprengels über die Ausreisewünsche vieler „DDR"-Bürger meditierte. Als ein Motiv für viele führte er den „Transzendenzverlust" im Sozialimus an. *Nehme man dem Menschen* die Chance zur Transzendenz, schaffe er sich auf andere Weise Luft, „damit er nicht an sich selbst erstickt".

# Parlamentarier aus Bonn warnen Senator Nunn

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Im amerikanischen Kongreß droht abermals ein Vorstoß der Demokrati*schen Partei für einen Abzug* von US-Soldaten aus Westeuropa. Darauf wies der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag, der CSU-Abgeordnete Biehle, der gegenwärtig mit einer Delegation in Washington ist, gegenüber dem Deutschlandfunk hin. Biehle berichtete, die deutschen Abgeordneten hätten Nunn in einem „sehr temperamentvollen Gespräch" klargemacht, daß sein Antrag auf Rückzug von 90 000 Mann aus Europa „kein wertvoller Beitrag für das Bündnis ist".

Der CSU-Politiker wies die USA darauf hin, die Methode, die Europäer mit der Androhung von Truppenabzügen zur Zahlung noch höherer Beiträge zur NATO zu zwingen, sei „völlig verfehlt". „Das ist die falsche Tonart zwischen Freunden und souveränen Staaten." Nachdrücklich fügte Biehle hinzu, die Bundesrepublik lasse sich nicht in eine politisch unhaltbare Position drängen, bei der es so erscheine, als sei jede zusätzliche deutsche Leistung für das Bündnis nur ein Nachgeben auf amerikanischen Druck.

Der deutsche Ausschußvorsitzende unterschied dabei sehr deutlich zwischen dem, was Senator Nunn verlange, und der Meinung der US-Regierung. Das lasse hoffen, meinte Biehle. Mit der Administration in Washington zeichne sich inzwischen ein für beide Seiten tragbarer Kompromiß über die künftige Aufstockung des NATO-Infrastrukturprogramms ab. Bonn ist nun nach seinen Angaben bereit, statt der ursprünglich angebotenen 2,3 Milliarden Rechnungseinheiten 3,0 Milliarden zu zahlen. In Mark umgerechnet macht das eine Steigerung auf 21,9 Milliarden Mark deutscher Anteil (26,54 Prozent des Gesamtprogramms über die kommenden sechs Jahre) aus. Mehr ist nach den Worten Biehles „nicht machbar" gewesen, zumal die Deutschen neben den finanziellen Leistungen auch durch die Belastung der Bevölkerung durch die Allianz zur Verteidigung beitrügen. Er erwähnte 580 000 Militärflüge jährlich, 5000 größere und kleinere Manöver sowie die Aktivitäten der Streitkräfte auf insgesamt 19 Truppenübungsplätzen.

# *Mit Goethe-Zitaten feuert der Kreml die Sozialdemokraten an*

F.H. NEUMANN, Moskau

Mit offenherzigen Worten bezog Boris Ponomarjow die „Sozialdemokratie" in die Strategie des Kreml ein. Vor 15 SPD-Abgesandten der Friedrich-Ebert-Stiftung skizzierte der 79jährige Westspezialist der sowjetischen Parteiführung Moskaus derzeitige Weltsicht. Es ist das alte, auf Lenin zurückgehende Bild der zwei Lager, die sich unversöhnlich gegenüberstehen: der Westen als aggressiver Imperialismus, der Osten als sozialistisches Bollwerk des Friedens. Im grobschlächtigen Szenario spielt die Bundesrepublik Deutschland eine negative Hauptrolle.

Angesichts akuter Kriegsgefahren ermahnte Ponomarjow die Sozialdemokraten unverblümt zu größerer Aktivität. „Wir sind überzeugt, daß die Sozialistische Internationale noch nicht ihr letztes Wort gesprochen hat." Der langjährige Politbüro-Kandidat verspricht sich hohen politischen Nutzen von der westeuropäischen „Friedensbewegung" und ihren antiamerikanischen Elementen. Von den Sozialdemokraten erwartet er, daß sie dieses „riesige, geradezu unerschöpfliche Potential in Bewegung setzen". Es werde ein unüber*windliches Hindernis für die atoma*ren Pläne von USA und NATO sein. Allerdings nur dann, wenn es dabei entschieden heftiger zugehe. Ponomarjow krönte seine Anfeuerungsrufe mit der russischen Goethe-Interpretation, daß sich Freiheit und Leben nur verdiene, wer täglich dafür neu in den Kampf zieht.

Kann es schon als eine ironische Meisterleistung gelten, wenn Goethe ausgerechnet von einem Kremlspezialisten in Anspruch genommen wird, so übertraf sich Ponomarjow noch mit dem Hinweis, auch das deutsche Volk verdanke seine Freiheit der Sowjetunion. Über die „Befreiungsmission" der Roten Armee bei ihrem Vorstoß nach Westen hat sich die sowjetische Propaganda in jüngster Zeit reichlich verbreitet. Zusätzlich beehrte Ponomarjow jetzt seine Bonner Gäste mit der „Überzeugung, daß unser Sieg im Zweiten Weltkrieg das zweitwichtigste Ereignis des 20. Jahrhunderts nach der Oktoberrevolution war". Dadurch wurde nämlich auch der Frieden gesichert. Und das hat Konsequenzen.

Erstens ist nicht daran zu denken, daß Moskau angesichts der erneuten aggressiven Umtriebe des Westens seine militärischen und politischen Machtpositionen antasten läßt. Und zweitens muß eben dort für eine Änderung gesorgt werden, „von wo die Kriegsgefahr ausgeht", vornehmlich in der Bundesrepublik. Von den NATO-Raketen über das westdeutsche Rüstungs- und Militärpotential bis hin zu den revanchistischen Umtrieben wußte Ponomarjow eine stattliche Liste von Vergehen aufzuzählen, durch die alle friedvollen Worte des gegenwärtigen Bundeskanzlers dementiert würden.

Dabei äußerte sich Ponomarjow noch vergleichsweise zurückhaltend. Unmittelbar zuvor fand in Prag ein „wissenschaftliches Symposium" über Militarismus und Revanchismus statt, das sich, wie die Militärzeitung „Roter Stern" schreibt, fast nur mit der Bundesrepublik beschäftigte.

Einer der Redner war Professor Jakowlew. Der Direktor des sowjetischen Akademie-Instituts für Weltwirtschaft eilte danach sogleich nach Moskau zurück, um das „Seminar" über Friedenssicherung mit den Bonner Sozialdemokraten nicht zu verpassen. In Prag, wo von einer „Allianz des amerikanischen und westdeutschen Imperialismus" die Rede war, die auf „historische Revanche" bedacht sei, hatte Jakowlew diesen Imperialismus in Grund und Boden verdammt. Die beste Zusammenfassung war allerdings nicht in Prag, sondern in Moskau aus dem Munde Ponomarjows zu vernehmen: „Der Revanchismus wird heute durch die amerikanischen Atomraketen und die Schlagkraft der Bundeswehr potenziert", befand er kühl und kurz.

# Moskau droht westlichen Korrespondenten

dpa, Moskau

Die sowjetische Zeitung „Sowjetskajy Rossija" hat mehrere westliche Korrespondenten, die in Moskau gearbeitet haben oder noch tätig sind, scharf kritisiert und ihnen die Möglichkeit einer Strafverfolgung vor Augen gehalten. Dies ist das erste Mal, daß ausländische Journalisten in der sowjetischen Hauptstadt indirekt Strafverfolgung angedroht wird.

Unter anderem wird der Fall des 1983 ausgewiesenen Korrespondenten der „Financial Times", Anthony Robinson, zitiert, der sich mit „antisowjetischer Agitation und Propaganda" befaßt habe. Die Zeitung spielte damit auf Artikel 70 des Strafgesetzbuches an, der im Höchstfall eine Freiheitsstrafe von sieben Jahren und anschließende fünfjährige Verbannung vorsieht. Einige Korrespondenten hätten sich mit „dunklen Persönlichkeiten" eingelassen.

Viele Dissidenten werden aufgrund dieses Paragraphen verurteilt. Nach den Maßstäben der sowjetischen Gesetze dürfte auch ein beträchtlicher Teil der Berichte westlicher Korrespondenten gegen diesen Paragraphen verstoßen. Da Journalisten keine diplomatische Immunität genießen, wurde der Bericht der Zeitung sehr ernst genommen, obwohl bisher Korrespondenten ebenso wie Diplomaten ausgewiesen wurden. Die Hauptangriffe in dem Artikel richteten sich gegen den ehemaligen Korrespondenten der „Los Angeles Times", Robert Gillette. Ihm wurde vorgeworfen, die sowjetische Realität grob entstellt zu haben.

# Amman durchbricht Bann

● Fortsetzung von Seite 1

*Dollar modernste Waffen zur Luftver*teidigung zu kaufen. Auch Kairo könnte Jordanien westliche Rüstungsgüter aus eigener Produktion liefern, so daß die militärische Option einer „Südfront" Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien, Golfstaaten mit westlichen Waffensystemen langfristig verwirklicht würde.

Man kann sicher sein, daß Saudi-Arabien den Schritt von König Hussein billigt und für jordanische Waffenkäufe in Frankreich, aber nicht in Moskau zahlen wird. Die aktive französische Politik arbeitet in dieser Richtung.

Parallel dazu bemüht sich US-Sonderbotschafter Richard Murphy, der zwischen Beirut, Damaskus, Jerusalem und Kairo unterwegs ist, um einen israelischen Truppenabzug aus Südlibanon *zustandezubringen*.

Israel hat bereits, wie Außenminister Shamir in New York bekanntgab, auf einen gleichzeitigen syrischen Truppenabzug aus Libanon verzichtet. Die libanesische Regierung ist daher optimistisch, daß Syrien mit Sicherheitsabsprachen für die israelische Nordgrenze einverstanden sein wird. Allerdings wollen weder Beirut noch Damaskus die von den Israelis aufgestelle Miliztruppe „Südlibanesische Armee" unter General Lahad anerkennen.

Israelische Regierungskreise befürchten angesichts der sicher anstehenden israelischen Bitten um erhöhte Finanzhilfe, daß Washington als „Preis" den Abzug aus Südlibanon auch ohne ausreichende Sicherheitsmaßnahmen verlangen könnte.

# Bei Kreml-Kennern suchte Reagan Rat

## Vor seinem Treffen mit Gromyko konferierte der Präsident mit Nixon und Kissinger

DIETRICH SCHULZ, Washington

Präsident Ronald Reagan, allem Anschein nach unbeeindruckt von der sowjetischen Kritik an seiner jüngsten Rede vor den Vereinten Nationen, bereitet sich intensiv auf die für morgen geplante Begegnung mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko vor. Am Dienstag empfing Reagan den früheren Außenminister Henry Kissinger im Weißen Haus, um sich bei ihm Rat für das Treffen mit Gromyko zu holen. Am Vortag traf sich Reagan in New York auch mit dem früheren Präsidenten Richard Nixon zu einem Gedankenaustausch über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.

Kissinger erklärte nach der Begegnung mit Reagan, er rechne fest damit, daß der Präsident im November wiedergewählt werde und daß sich Reagan weiter auf eine „ausgehandelte Koexistenz mit der Sowjetunion" zu bewegen werde. In einer zweiten Amtsperiode werde Reagan „nur noch die Geschichte" im Auge haben, weil er für kein Amt mehr zu kandidieren habe. Die Sowjets, so vermutet Kissinger, würden sich mit „krebsähnlicher Geschwindigkeit" auf neue Verhandlungen mit Washington vorbereiten. Der frühere Außenminister rechnet damit, daß in den nächsten vier Jahren eine gewisse Annäherung in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen erfolgt.

Außer mit Kissinger und Nixon sprach Reagan in den letzten Tagen und Wochen auch mit Zbigniew Brzezinski, dem Sicherheitsberater Präsident Carters, sowie mit General Brent Scowcroft, dem Sicherheitsberater Präsident Fords. Dem General zeigte die Kremlführung im Frühjahr die kalte Schulter, als er ein persönliches Schreiben Reagans übergeben wollte.

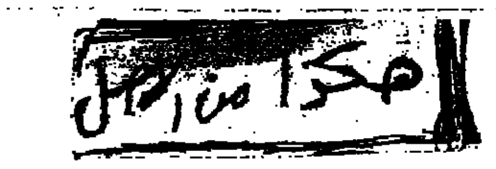
Die ersten Reaktionen Moskaus auf die Rede des US-Präsidenten hält man, wenigstens auf längere Sicht, nicht für das letzte Wort der Sowjetunion. Parteichef Tschernenko und die amtliche Nachrichtenagentur Tass hatten zunächst nichts Gutes in Reagans Rede entdecken können, obgleich sie versöhnlicher im Ton war als alles, was der amerikanische Präsident je zuvor seit seinem Amtsantritt zum amerikanisch-sowjetischen Verhältnis gesagt hatte. (SAD)

# Dregger: „Maßvolle" Tariferhöhungen

DW. Münster

Für eine „angemessene" und „maßvolle" Anhebung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst *hat sich der Vorsitzende der Unions*fraktion im Bundestag, Alfred Dregger, ausgesprochen. Er wollte sich bei einem Redaktionsbesuch der „Westfälischen Nachrichten" nicht festlegen, um welchen Prozentsatz die Einkommen angehoben werden sollten, wandte sich aber gegen die Forderungen der Gewerkschaft ÖTV nach einer Verkürzung der Arbeitszeit. Die öffentlichen Finanzen ließen einen solchen Schritt nicht zu.





## Konflikt entschärft

**Paris (J. Sch.)** – Die scharfen Proteste der französischen Automobilindustrie gegen die neuen deutschen Abgasvorschriften sind ernst zu nehmen. Sie brauchen aber nicht überbewertet zu werden. Denn dahinter steckt neben durchaus begründeten Bedenken auch einige Taktik. Dieser zur Zeit in großen Schwierigkeiten steckenden Industrie kommt es wohl vor allem darauf an, Zeit zu gewinnen.

In französischen Regierungskreisen jedenfalls sieht man die Dinge gelassener. Zwar verweist man auch hier *auf die* verhältnismäßig hohen Kosten, die der Einbau von Katalysatoren in nationale Kleinwagen verursachen. Daß dadurch Wettbewerbsnachteile insbesondere gegenüber den deutschen Konkurrenten entstehen könnten, wird nicht ausgeschlossen.

Von einem deutschen Protektionismus könne aber dennoch keine Rede sein, erklärte Europaminister Roland Dumas jetzt. Damit kann die Drohung des Autoverbands *mit Retorsionsmaßnahmen* zunächst einmal zu den Akten gelegt werden. Der Minister hält für absehbare Zeit einen europäischen Kompromiß für durchaus möglich.

Der Abgaskonflikt ist in Frankreich wohl auch deshalb auf Sparflamme gestellt worden, weil man die Bundesregierung in einer innenpolitischen Zwangslage sieht. Der Druck der „Grünen" ist nach Auffassung von Dumas inzwischen so stark geworden, daß der Bundeskanzler etwas unternehmen mußte. Demzufolge würde wohl die Bundesregierung zum Einlenken bereit sein, sobald dieser Druck nachläßt. Aber ist dies nicht ein typisch französisches Kalkül?

## Benzin-Poker

**Bm.** – Die jüngste Benzinpreiserhöhung ist kein Alarmzeichen für die Autofahrer. Das Angebot von Kraftstoffen wird von der Ölindustrie selbst als „komfortabel" bezeichnet. Der Mengendruck wird also vorerst anhalten. Daher ist durchaus nicht gesichert, daß bei weiter sparsamem Umgang mit Kraftstoff die jüngste Preiserhöhung durchgestanden werden kann. Von dem Preis von 157,9 Pfennig je Liter Super im August 1981 sind wir jedenfalls noch weit entfernt, eben weil der Markt überschwappt. Doch das muß nicht so bleiben. In den ersten acht Monaten 1984 wurden 3,4 Prozent Kraftstoff mehr verbraucht. Das signalisiert, daß der Fuß wieder etwas leichtfertiger mit dem Gaspedal umgeht. Ein Blick über die Grenzen mag auch ein wenig trösten. Der Vergaserkraftstoff in der Bundesrepublik ist nach Luxemburg und Griechenland, wo die Steuer niedriger ist als mit 68 Pfennig je Liter bei uns, der preiswerteste in Europa. Er wird es vorerst bleiben, da den Raffinerien das Benzin aus allen Rohren quillt.

FORSCHUNG / Mittel für Personalkostenzuschüsse erhöht – Programm verlängert

## Bonner Kabinettsbeschluß dient der gezielten Förderung des Mittelstands

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Mittel für Personalkostenzuschüsse, mit denen die Bundesregierung die Forschung und Entwicklung (FuE) in mittelständischen Unternehmen fördert, werden aufgestockt. Überdies wird das Programm um vier Jahre verlängert. Betriebe, die im FuE-Bereich Neueinstellungen vornehmen, sollen nach dem gestrigen Beschluß des Bundeskabinetts durch die neue „Zuwachsförderung" besonders berücksichtigt werden.

Die Bundesregierung verfolgt seit längerem die Absicht, die indirekte gegenüber der direkten Förderung von Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft weiter zu stärken. Ein wesentliches Anliegen ist es dabei, vor allem die personalintensiv forschenden Unternehmen des Mittelstandes, die sich dem wirtschaftlich-technischen Strukturwandel stellen, zu unterstützen.

Im Haushaltsentwurf 1985 und in der mittelfristigen Finanzplanung sind für die nächsten Jahre für diese Form der Forschungsförderung erheblich höhere Mittel vorgesehen. So sollen die Mittel, die für Personalkostenzuschüsse vorgesehen sind, von 320 Millionen Mark 1984 über 380 Millionen 1985 auf 400 Millionen Mark in den folgenden Jahren steigen. Für die Zuwachsförderung, die aus dem Etat des Bundesministeriums für Forschung und Technologie bestritten wird und gestern vom zuständigen Minister Heinz Riesenhuber in Bonn präsentiert wurde, sind für 1985 erstmals 55 Millionen Mark vorgesehen. Der Betrag soll in den nächsten Jahren auf 150 Millionen Mark zunehmen.

Mit den seit 1979 aus dem Haushalt des Bundeswirtschaftsministeriums gewährten FuE-Personalkostenzuschüssen soll die Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen des produzierenden Gewerbes gestärkt werden. Antragsberechtigt sind Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten und weniger als 50 Millionen Mark Umsatz pro Jahr. Der Höchstzuschuß beträgt 120 000 Mark jährlich bei einem Fördersatz von 40 Prozent der steuerpflichtigen Bruttolöhne und -gehälter des im FuE-Bereich eingesetzten Personals. Bisher wurden mehr als 10 000 Unternehmen mindestens einmal gefördert. Kein anderes Technologie-Förderprogramm hat bisher auch nur annähernd so viele Unternehmen erreicht.

Als hemmend hat sich herausgestellt, daß die Unternehmen bisher keine verläßliche Kalkulationsgrundlage über Laufzeit und Förderbedingungen auf mittelfristige Sicht hatten. Um diesen Mangel zu beseitigen, sollen die Förderbedingungen künftig während der weiteren Laufzeit des Programms stabil gehalten werden. Vorgesehen ist, die Förderung für alle Unternehmen auf eine Höchstdauer von acht Jahren zu beschränken. Bei Unternehmen, die bereits fünf Jahre einen Zuschuß erhalten haben, soll der Fördersatz von 40 *auf 25 Prozent* reduziert werden. Die Aufwendungen für das technische und wissenschaftliche Hilfspersonal im FuE-Bereich sollen nicht mehr voll, sondern nur noch zu zwei Dritteln berücksichtigt werden. Software-Unternehmen werden neu in die Förderung einbezogen.

Die ergänzende Zuwachsförderung durch das Forschungsministerium soll Neueinstellungen fördern. Der Hintergrund: Der personelle Ausbau der wissenschaftlichen FuE-Kapazitäten in den Unternehmen hat sich in den letzten Jahren deutlich verlangsamt und bleibt erheblich hinter der Entwicklung in Japan zurück. Antragsberechtigt sind Unternehmen des produzierenden Gewerbes einschließlich der Software-Unternehmen mit weniger als 3000 Beschäftigten und weniger als 300 Millionen Mark Umsatz. Innerbetriebliche Umsetzungen werden nicht gefördert. Da Neueinstellungen initiiert werden sollen, muß der Fördersatz deutlich über dem Personalkostenzuschuß liegen. Er soll 60 Prozent der Bruttolohnsumme betragen und für 15 Monate vom Zeitpunkt der Neueinstellung an gewährt werden.

Mit der Zuwachsförderung sollen insgesamt rund „12 000 Mannjahre" gefördert werden. Wie die Personalkostenzuschüsse, so soll auch das neue Programm von der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen (AIF) in Köln abgewickelt werden.

MINERALÖLMARKT

## Rotterdamer Benzin ist teurer als deutsches

HANS BAUMANN, Essen

Auch die Aral AG will im Ruhrgebiet ihre Preise um weitere fünf Pfennig je Liter Vergaserkraftstoff erhöhen. Bis auf Außenseiter werden dann alle Markengesellschaften ihre Preise auf durchschnittlich 1,38 Mark je Liter Normalbenzin und auf 1,44 Mark je Liter Super erhöht haben. Diesel kostet dann im Durchschnitt 1,35 Mark je Liter. In Hamburg ist Aral den großen Marken schon am Dienstag gefolgt.

In der Mineralölwirtschaft ist man nicht sicher, ob diese zweite Preisanhebung seit dem niedrigsten Benzinpreisstand Anfang September um fünf Pfennig durchsetzbar ist. Die Gefahr ist groß, daß Außenseiter nach Durchsetzung der ersten fünf Pfennig jetzt auf Mengenexpansion setzen, um ihre Kostenschere zu schließen. Für diese Theorie sprechen 15 Versuche der Ölgesellschaften in diesem Jahr, den Benzinpreis heraufzusetzen. Alle 15 Preisschritte mußten unter dem Druck des Marktes zurückgenommen werden. Erst mit dem jüngsten 16. Schritt gelang es der Ölindustrie, den durchschnittlichen Benzinpreis um fünf Pfennig über Niveau von Jahresbeginn zu heben.

Für eine Durchsetzung der jüngsten Preiserhöhung um fünf Pfennig spricht die Tatsache, daß die Rotterdamer Preise frei Duisburg um zwei Pfennig über den Raffinerieabgabepreisen in der Bundesrepublik liegen und daß sich die Opec-Staaten beim Rohölpreis erheblich disziplinierter verhalten. Der Rohölpreis frei deutscher Grenze liegt zur Zeit bei 650 bis 660 Mark je Tonne (je nach Provenienz). Damit ist der Höchststand vom August 1981 wieder erreicht. Seit dem Frühjahr kostet ein Barrel (159 Liter) 29 Dollar für arabisches Rohöl *und 30 Dollar für Nordsee-Rohöl.* Der Spotpreis liegt nur noch um einen Dollar darunter.

Maßgeblich für den Benzinpreis ist auch die Entwicklung des Dollarkurses, da Öl weltweit in Dollar fakturiert wird. *Anfang des Jahres lag dieser* Kurs noch bei 2,80 Mark, heute bei 3,06 Mark. Da eine Kursveränderung von 5,5 Pfennig mit einem Pfennig auf den Liter Rohöl durchschlägt, entspricht die letzte Preiserhöhung von fünf Pfennig für Benzin beinahe exakt den 26 Pfennig, die der Dollar teurer geworden ist. Doch diese Rechnung ist rein theoretisch, weil alle Produkte aus dem Rohöl um diesen einen Pfennig je 5,5 Pfennig Dollaraufschlag teurer werden müßten, was aber nicht der Fall ist.

Leichtes Heizöl folgt dem Benzinpreis mit zur Zeit 70 Pfennig je Liter frei Haus ohne Mehrwertsteuer bei Abnahme von 5000 Litern. Schweres Heizöl kann der Entwicklung nicht folgen, ebensowenig Naphta, Kerosin und Bitumen. Rein rechnerisch müßten alle Produkte aus Rohöl jetzt noch einmal um fünf Pfennig teurer werden, um die Verarbeitung von Rohöl in der Bundesrepublik mit plus-minus null abschließen zu lassen.

## Zweckoptimismus in Athen

Von EVANGELOS ANTONAROS

Der wirtschaftliche Aufschwung blieb in Griechenland bislang aus. Athens sozialistische Wirtschaftsplaner versuchen zwar immer wieder, durch betont zweckoptimistische Schilderungen eine euphorische Stimmung zu erzeugen. Doch die Ergebnisse des ersten Halbjahres 1984 zeigen deutlich, daß das jüngste Mitgliedsland der Europäischen Gemeinschaft gegen ernste Wirtschaftsprobleme zu kämpfen hat.

Neben der weiterhin hohen Inflationsrate, die mit 18 bis 19 Prozent die höchste im EG-Raum ist, einer ständig zunehmenden Arbeitslosigkeit, die mit etwa 300 000 registrierten Arbeitslosen (etwa zehn Prozent des gesamten Arbeitnehmerpotentials) eine Rekordhöhe erreicht hat, den ausbleibenden Neuinvestitionen von in- und ausländischen Anlegern sowie dem nach wie vor hohen Zahlungsbilanzdefizit ist nunmehr auch die Rückzahlung der Auslandsschulden zu einem ernsten Problem geworden, obwohl Griechenland bisher keine Schwierigkeiten hat, neue Auslandskredite am internationalen Kreditmarkt aufzutreiben. Die Griechen gelten als solide, zuverlässige und pünktliche Zahler.

Über die Höhe der aktuellen Auslandsverschuldung gehen die Meinungen stark auseinander. Die offiziellen Statistiken berücksichtigen in der Regel nur die direkt vom Staat aufgenommenen Beträge, während andere Sachverständige auch die vom Staat verbürgten Auslandskredite der Staatsunternehmen mitrechnen. Daher variieren die Angaben um sechs bis zehn Milliarden Dollar.

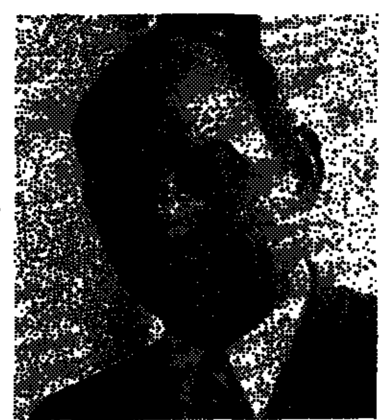
Die Aufnahme von neuen Auslandskrediten ist Folge des immer größer werdenden Lochs in der Zahlungsbilanz. Von Januar bis Juli 1984 hat Griechenland Kredite in Höhe von 1713 Millionen Dollar gegenüber nur 846 Millionen in derselben Periode von 1982 aufgenommen.

Griechenlands sozialistische Regierung hatte in den Jahren 1982/83 das Außenhandelsdefizit durch den Abbau der vorhandenen Erdölreserven künstlich niedrig gehalten. Im laufenden Jahr mußten die Ölreserven jedoch aufgestockt werden, was zwangsläufig zu einer Belastung der Handelsbilanz geführt hat. Die Importe von *Konsumgütern* sind zwar durch verschiedene Einfuhrrestriktionen, die von der Gemeinschaft immer wieder kritisiert werden, konstant geblieben. Andererseits jedoch erlebten die sogenannten unsichtbaren Einnahmen – vor allem die Gastarbeiterüberweisungen und die Erlöse aus der Handelsschiffahrt – einen beträchtlichen Rückgang. Ebenfalls stark geschrumpft sind die Auslandsinvestitionen in Griechenland, die gegenüber 227 Millionen Dollar im ersten Halbjahr 1981, also vor dem Wahlsieg der Sozialisten, nur 13 Millionen im laufenden Jahr ausgemacht haben.

Teilweise wird dieser ungünstige Trend zwar durch die Zunahme der griechischen Exporte ausgeglichen: In Dollarpreisen dürften sie im ersten Halbjahr 1984 um etwa 17 bis 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen haben. Einen Zuwachs realisierten ebenfalls die Einnahmen aus dem Touristikgeschäft. Dennoch erscheint es in den Augen von unabhängigen Experten unwahrscheinlich, daß das Leistungsdefizit „unter zwei Milliarden Dollar per Jahresende" bleiben könnte, wie der Minister für wirtschaftliche Koordination Gerassimos Arsenis zum Jahresbeginn prognostiziert hatte. Im ersten Halbjahr ist das Defizit bereits auf 1,4 Milliarden Dollar geklettert. Für das ganze Jahr dürfte es 2,2 bis 2,4 Milliarden ausmachen.

Als „besonders besorgniserregend" bezeichnen unabhängige Beobachter in Athen das Verhältnis zwischen dem griechischen Schuldendienst und den Gesamtexporteinnahmen. Während Griechenland 1981 nur 13,9 Prozent seiner Exporterlöse zur Rückzahlung seiner Auslandsschulden einsetzen mußte, stieg dieser Prozentsatz 1983 auf 23,4 Prozent. In diesem Jahr wird er mit 25,3 Prozent angegeben, was nach Ansicht von Bankexperten „unvertretbar hoch" ist. Um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können, muß der griechische Staat immer öfter auf die Suche nach ausländischen Kreditgebern gehen. Die Situation wäre erheblich schlechter, wäre Griechenland nicht in den Genuß der verschiedenen Zuschüsse aus den Fonds der Europäischen Gemeinschaft gekommen. Möglicherweise aus diesem Grund haben in letzter Zeit die sozialistischen Attacken gegen die EG deutlich nachgelassen.

## AUF EIN WORT



» Unternehmen werden träge, wenn ihnen Subventionen in Forschung und Entwicklung frei Haus geliefert werden. Es wird versäumt, innovativ Marktnischen zu erkunden, der Konkurrenz am Markt zu begegnen und sich Ideen einfallen zu lassen, die den anderen tangieren. Der Unternehmer ist der Entdecker, nicht der Staat. «

Prof. Dr. Karl Heinrich Oppenländer, Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München
FOTO: WOLF P. PRANGE

## „Umweltschutz kein Jobkiller"

VWD, Bonn

Umweltschutz ist kein „Jobkiller". Zu diesem Ergebnis kam eine Repräsentativbefragung unter 842 mittelständischen Industrieunternehmen, die der Bundesverband junger Unternehmer (BJU) vorstellte. 76 Prozent der Unternehmen wollen in Zukunft ihre Produktion mehr auf Umweltschutz ausrichten. In den meisten Fällen haben Umweltschutzinvestitionen keine Auswirkungen auf die Arbeitsplätze gehabt. 30 Prozent der Betriebe konnten dadurch Kosten einsparen. Von den Betrieben, die selbst Umweltschutzprodukte herstellen, sehen 68 Prozent einen Markt mit *wachsendem Zukunftspotential.*

DIW-STUDIE

## Die Konsolidierungspolitik hemmt Erholungsprozeß

dpa/VWD, Berlin

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist nach Auffassung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin stärker fortgeschritten als ursprünglich geplant. Wie schon im vergangenen Jahr würden auch 1984 die Haushaltsansätze merklich unterschritten, stellt das DIW in seinem jüngsten Wochenbericht fest.

Allerdings sei die Konsolidierung mit erheblichen Beschäftigungsverlusten verbunden und mit Defiziten in der staatlichen Aufgabenerfüllung erkauft worden. In den Haushaltsplänen von Bund, Ländern und Gemeinden wurde für 1984 noch mit einem Finanzierungsdefizit von 65 Milliarden Mark gerechnet, tatsächlich dürfte es jedoch nur eine Größenordnung von 40 Milliarden erreichen. Die finanzwirtschaftlichen Eckdaten ließen für 1985 einen weiteren spürbaren Rückgang der öffentlichen Defizite erwarten.

Das DIW kritisiert, daß die Finanzpolitik nach wie vor den konjunkturellen Erholungsprozeß hemme. Im kommenden Jahr werde sich zudem das gesamtwirtschaftliche Wachstum wieder abschwächen.

Die Finanzpolitik habe inzwischen genügend Spielraum, dieser Tendenz mit einer Aufstockung der öffentlichen Investitionen, aber auch mit der Schaffung neuer Stellen im öffentlichen Dienst entgegenzuwirken. Wenn die bisherige Konsolidierung nicht Selbstzweck gewesen sein solle, müsse die Finanzpolitik endlich auch den Spielraum, den sie geschaffen habe, nutzen.

HAUS- UND GRUNDEIGENTÜMER

## Der Anstieg der Mieten hat sich weiter verlangsamt

ot, Berlin

Der Mietpreisanstieg hat sich weiter verlangsamt, dafür sorgen schon die leerstehenden Wohnungen. Diese Ansicht vertrat Volker Gierth, Generalsekretär des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, vor Journalisten in Berlin anläßlich des Kongresses der Weltorganisation der privaten Grundeigentümer. Zu dem dreitägigen Kongreß kamen 900 Teilnehmer, davon 500 aus dem Ausland.

Gierth bezifferte den augenblicklichen Mietpreisanstieg auf 3,5 Prozent. Übers Jahr gesehen würde die Zahl eher gegen drei Prozent tendieren. Es gäbe auch schon Städte in der Bundesrepublik, in denen die Mieten rückläufig seien. In Bremerhaven seien kürzlich die Mietpreisspiegel um 17 Prozent gesenkt worden, ähnliches sei aus Bocholt zu berichten. *Gierth hält es aber für nicht wahrscheinlich, daß der Mietpreisanstieg gegen Null tendieren könnte.*

Für den Hauseigentümer-Verband gibt es laut Gierth auch keine Zweifel, daß in der Bundesrepublik rund eine Million Wohnungen leerstehen. Diese Angabe beruhe auf Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Bundesbauminister Schneider, der lediglich auf 250 000 leerstehende Wohnungen gekommen war, habe dazu nur Stichproben in sechs Großstädten anhand von Elektrozählern gemacht.

Hauptanliegen der Weltorganisation der privaten Grundeigentümer (Union Internationale de la Propriété Immobilière) ist die Betonung der Marktwirtschaft, sagte Präsident Guido Gerin aus Triest. Er zeigte sich deshalb sehr einverstanden mit der Rede von Minister Schneider, der *dies für die deutsche Wohnungspolitik betont hatte.*

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Leistungsbilanz-Defizit hat sich vergrößert

**Wiesbaden (dpa/VWD)** – Das Leistungsbilanzdefizit der Bundesrepublik hat sich im August 1984 auf 1,3 Milliarden Mark ausgeweitet, nach einem *Negativsaldo von 0,3 Milliarden* Mark im Juli 1984. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hatte der Fehlbetrag im August 1983 allerdings noch 2,2 Milliarden Mark betragen. Für den Zeitraum Januar bis August 1984 ergibt sich damit ein Fehlbetrag in der Leistungsbilanz von 100 Millionen Mark. Für den gleichen Zeitraum 1983 wurde noch ein Überschuß von 1,2 Milliarden Mark ausgewiesen. Der Überschuß in der Handelsbilanz der Bundesrepublik stieg im August auf 3,8 (Vorjahr: 2,54) Milliarden Mark. Im August 1983 betrug der Überschuß 2,54 Milliarden Mark. Die Exporte gingen im August 1984 auf 37,95, die Importe auf 34,15 (36,47) Milliarden Mark zurück. Für Januar-August 1984 beträgt der Überschuß in der Handelsbilanz wie im Vorjahr unverändert 26,8 Mrd. Mark.

### Richtpreis unverändert

**Wien (AFP)** – Der Opec-Überwachungsausschuß hat in Wien die Beibehaltung *der bisherigen Förderquoten* und des offiziellen Richtpreises der 13 Mitgliedsländer der Organisation der erdölfördernden Länder (Opec) beschlossen. Außerdem verzichtete der Ausschuß auf die Einberufung einer außerordentlichen Opec-Ministerkonferenz. Der offizielle Richtpreis für arabisches Leichtöl in der Opec liegt seit März 1983 unverändert bei 29 Dollar pro Barrel.

### Kritik an der Regierung

**Köln (VWD)** – Das Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) hat sich über einen „Mangel an Konsequenz" bei der Privatisierung staatlicher Dienstleistungen beklagt. Obwohl die Bundesregierung das Ziel formuliert habe, die Staatstätigkeit auf ihre eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren, sei die Privatisierung „nicht recht vorangekommen". So sei beispielsweise die geplante Veräußerung von Lufthansa-Aktien wieder fraglich geworden. Auch im Bereich der Deutschen Bundesbahn seien die Möglichkeiten bisher nicht ausgeschöpft worden. So könne etwa die Instandhaltung und Reparatur von Güterwaggons und Personenwagen durchaus privaten Unternehmen übertragen werden.

### Tagung wird nachgeholt

**Düsseldorf (rtr)** – Der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Wladimir Semjonow, ist der Überzeugung, daß die kürzlich abgesagte Sitzung der gemischten deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission noch vor Ende dieses Jahres nachgeholt werden kann. Der Botschafter sagte in Düsseldorf, bei diesem Treffen würde dann auch der Bereich Chemische Industrie speziell be Beachtung finden.

### Gründungssparen geplant

**Bonn (dpa/VWD)** – Das Bundesfinanzministerium will ein neues Existenzgründungssparen mit staatlicher Prämie einführen. Wie das Ministerium bestätigte, sollen Existenzgründer, die innerhalb von etwa fünf Jahren bis zu 50 000 Mark gespart haben, eine Prämie von 20 Prozent dieses Kapitals erhalten. Das neue Programm werde die Wirkung der bisher laufenden Eigenkapitalhilfe- und Existenzgründungsprogramme nicht beeinträchtigen.

### Einfuhrpreise gestiegen

**Wiesbaden (dpa/VWD)** – Der Anstieg der deutschen Einfuhrpreise hat sich im August gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat auf 4,7 Prozent von 6,1 Prozent im Juli und 6,6 Prozent im Juni verringert. Nach einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes lagen die Ausfuhrpreise um 3,2 Prozent höher als im August 1983.

### Keine neuen Bankkredite?

**Washington (rtr)** – Brasilien hofft nach den Worten von Finanzminister Ernane Galveas darauf, daß ein starker Anstieg seines Überschusses im Außenhandel das Land in die Lage versetzen wird, 1985 ohne neue Bankkredite auszukommen zu können. In diesem Jahr hat Brasilien bei Geschäftsbanken 6,5 Mrd. Dollar aufgenommen.

WEIN

## Geplanter Einfuhrschutz in USA beunruhigt Brüssel

WILHELM HADLER, Brüssel

Bestrebungen im US-Kongreß, den Einfuhrschutz für Wein zu verstärken, haben zwischen der EG und Washington neuen handelspolitischen Konfliktstoff geschaffen. Die Kommission äußerte sich in einer Erklärung besorgt über die geplante „Wine Equity Bill", obwohl der Gesetzentwurf erst eines der beiden Häuser des Parlaments passiert hat.

Der Entwurf zielt nach Angaben der EG-Behörde *darauf ab,* in einem einzelnen Sektor den Grundsatz der Reziprozität im Handel zu verwirklichen, also in dem Maße protektionistische Maßnahmen zu gestatten, wie die amerikanischen Weinimporte *nicht durch* entsprechende Exporte nach Europa ausgeglichen werden. Dies widerspreche den Grundprinzipien des durch die Gatt-Bestimmungen geschaffenen offenen Welthandelssystems.

Die Kommission befürchtet, daß Maßnahmen zur Abwehr der europäischen Weinlieferungen in der Gemeinschaft unweigerlich den Druck auf protektionistische Vorkehrungen gegen Agrarimporte aus den USA verstärken würden. Wein ist mit einem Wert von 760 Mill. Ecu (rund 1,7 Mrd. Mark) der wichtigste Einzelposten in der Liste der landwirtschaftlichen Lieferungen in die USA. Insgesamt *verzeichnete* die EG 1983 im Agrarbereich ein Handelsdefizit von 4,8 Mrd. Ecu (10,8 Mrd. Mark).

Die vom Senat verabschiedete Fassung des Weingesetzes widerspreche nicht nur dem Gatt-System, es verschärft auch die bestehenden US-Vorschriften über Anti-Dumping-Maßnahmen.

MARK RICH / Die Schweiz lehnt Übergabe des Rohstoffhändlers an die USA ab

## Fiskaldelikt kein Auslieferungsgrund

IRENE ZÜCKER, Genf

Die Schweiz hat das amerikanische Auslieferungsgesuch für die beiden Rohstoffmakler Mark Rich und seinen Kompagnon Pinkus Green abgelehnt, weil die von den USA angegebenen Tatbestände nach schweizerischem Recht als Widerhandlungen gegen Vorschriften über währungs-, handels- oder wirtschaftspolitische *Maßnahmen* oder als Fiskaldelikte gelten. Solche Delikte sind jedoch im schweizerisch-amerikanischen Auslieferungsvertrag nicht enthalten.

Juristisch ist der Fall interessant, da das Schweizer Bundesgesetz über internationale Rechtshilfe in Strafsachen zwar Hilfe bei Steuerbetrug wie Urkundenfälschung erlaubt, jedoch keine Auslieferung bei politischen oder Fiskaldelikten.

Geschäftsmann Rich – Mitbegründer und Namengeber des diskret im Steuerparadies Zug domizilierten Rohstoffhandelskonzerns – ist angeklagt, 51 verschiedene Delikte begangen zu haben. In zwei separaten Verfahren wegen angeblicher Steuerhinterziehung und Verstoßes gegen Erdölpreisvorschriften fordern die amerikanischen Behörden von Marc Rich unter Zwangsandrohung die Herausgabe bestimmter Akten.

Damit wollen die New Yorker Behörden den Beweis erbringen, daß *die Rohstoffhandelsfirma in den Jahren* 1980/81 nicht nur 48 Millionen Dollar als Fluchtgelder ausgeführt, sondern über 100 Millionen steuerpflichtige Einkünfte der amerikanischen Steuerbehörde unterschlagen haben.

Angeklagt sind der 50jährige Mark Rich und seine beiden Teilhaber Pinkus Green und Clyde Meltzer. Nur Rich und Green werden beschuldigt, mit Iran Geschäfte getätigt zu haben, unter Verletzung des Wirtschaftsembargos, das von Jimmy Carter verhängt worden war, als Antwort auf die Geiselnahme von Amerikanern durch die Regierung von Teheran. Gemäß Anklage hat Marc Rich für über 200 Millionen Dollar Öl vom iranischen Staat gekauft. Weiter wird der Rohstoffhandelskonzern, der einen Umsatz von rund 10 Mrd. Dollar im Jahr aufweist, vom amerikanischen Energiedepartement verdächtigt, die Erdölpreise Ende der *siebziger Jahre manipuliert zu haben.*

Hingegen erwartet die Schweiz aus Washington immer noch eine Antwort auf ihr Angebot, Rechtshilfe zu gewähren für die Aushändigung von Rich-Dokumenten, sofern die USA verbindlich zusicherten, auf Sanktionen gegen den Konzern mit Wirkung auf schweizerisches Territorium zu verzichten und diese Position auch vor den amerikanischen Richter zu vertreten, da diese Maßnahmen nicht mit der Rechtshilfe eines souveränen Staates zu vereinbaren sind.

RHONE POULENC

# Erstmals wieder schwarze Zahlen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der auch in der Bundesrepublik stark vertretene verstaatlichte französische Chemie- und Chemiefaser-Konzern Rhône-Poulenc weist für das erste Halbjahr einen Reingewinn von 786 Mill. Franc aus. In der gleichen Vorjahreszeit war ein Verlust von 79 Mill. Franc entstanden. Der Brutto-Cash-flow erhöhte sich auf 2,04 (0,68) Mrd. Franc, während der Umsatz um 27,1 Prozent auf 26,16 Mrd. Franc zunahm.

Dies war das günstigste Geschäftsergebnis seit zehn Jahren, teilt die Verwaltung mit. Es ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß Rhône-Poulenc verschiedene unrentable Aktivitäten an die im staatlichen Mehrheitsbesitz befindliche Mineralölgruppe Elf-Aquitaine abtreten konnte.

Rhône-Poulenc hat darüber hinaus von der weltweiten Belebung der Chemiekonjunktur profitiert. Der Exportanteil am Umsatz stieg auf 51 (47) Prozent. Auf dem amerikanischen Markt kam dem Konzern die Dollarhausse zugute. Besondere Absatzerfolge wurden mit den Erzeugnissen der Agrochemie erzielt.

Die Verbesserung der Ertragslage entsprach etwa derjenigen der ausländischen Konkurrenten. Sie wird aber durch eine sehr hohe Verschuldung von 18 Mrd. Franc belastet, die im ersten Halbjahr 1984 Finanzkosten von 1 Mrd. Franc verursachte. Auch steckt der Textilsektor (Chemiefasern) noch tief in den roten Zahlen. Für das Gesamtjahr erwartet die Verwaltung in diesem Bereich Verluste von 700 Mill. Franc – damit würde aber erstmals das Plandefizit nicht übertroffen – und für den Konzern einen Reingewinn von 1,5 Mrd. Franc.

Die Geschäftsentwicklung des nächsten Jahres schätzt Präsident Le Floch Prigent weniger günstig ein. Eine Konjunkturschwäche würde Rhône-Poulenc besonders hart treffen. Dieser Hinweis ist vor allem für die Regierung bestimmt, die die staatlichen Kapitalhilfen gekürzt hat.



ARGENTINIEN / Einigung mit dem Währungsfonds über ein Sparprogramm – Larosière wird Annahme empfehlen

# Bis 1985 werden 20 Milliarden Dollar benötigt

VWD, Washington

Argentinien und der Internationale Währungsfonds (IWF) haben sich über die vom IWF geforderten Sparmaßnahmen, die ein Programm von Wirtschaftsauflagen beinhalten, verständigt. Der geschäftsführende Direktor des IWF, Jacques de Larosière, werde das Sparprogramm zur Annahme empfehlen. Das teilte Argentiniens Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun auf der Weltwährungskonferenz in Washington mit. Er erwartet, daß der IWF dem Sparprogramm Ende November oder Anfang Dezember zustimmt und daß Argentinien in Kürze ein 1,4-Mrd.-Dollar-Kredit eingeräumt wird, der eine Laufzeit vom 1. Oktober 1984 bis 31. Dezember 1985 haben soll.

Mit der von Larosière akzeptierten Absichtserklärung Argentiniens über ein Sanierungsprogramm des Landes im Rücken werde Argentinien bei ersten Verhandlungen mit dem Lenkungsausschuß der ausländischen Gläubigerbanken (die gestern begannen) seine Vorstellungen über eine Umschuldung seiner Auslandsverbindlichkeiten (1982/85) und seine Wünsche für Neukredite vorlegen, sagte Grinspun. Er bezifferte den Umschuldungs/Neukreditbedarf bis Ende 1985 auf insgesamt 20 Mrd. Dollar. Darin seien *Auslandsschulden* der öffentlichen Hand, Verbindlichkeiten gegenüber privaten Banken und Neukredite eingeschlossen. Grinspun wollte *sich nicht auf den* Neukreditbedarf Argentiniens festlegen, widersprach aber nicht einer Summe von 4,5 Mrd. Dollar.

Auch mit dem Pariser Club habe Argentinien sich bereits weitgehend geeinigt, sagte Grinspun. Er erwartet, daß der Pariser Club einer Streckung von *Schuldentilgungen Argentiniens* im Volumen von mehr als 1,5 Mrd. Dollar zustimmen werde. Zu dem Programm der Wirtschaftssanierung, das am 1. Oktober 1984 einsetzen und *bis ultimo 1985 in Kraft bleiben soll*, führte Grinspun aus, daß hierzu auch Anpassungen des Peso-Wechselkurses zählen würden.

Argentinien werde *einen Kredit*zinssatz haben, der „etwas über" der Inflationsrate liegen werde. An den Verhandlungen mit dem Lenkungsausschuß der *ausländischen Gläubi*gerbanken in New York gestern nahm neben Argentiniens Wirtschaftsminister Grinspun auch *Staatspräsident Raul Alfonsin teil*.

Die Verhandlungen zwischen Argentinien und dem IWF hatten sich über viele Monate hingezogen, weil *das nach Brasilien und Mexiko dritt*größte lateinamerikanische Schuldnerland sich zunächst nicht mit den wirtschafts- und währungspolitischen Auflagen des Fonds einverstanden erklären wollte. Die zum Schluß noch offenen Punkte waren die IWF-Forderung nach einer Begrenzung der Lohnsteigerungen auf *einen Satz unter der Inflationsrate* von derzeit 650 Prozent sowie die Abwertungsraten für den argentinischen Peso. Der IWF billigte am Ende eine *komplizierte* Formel, die laut Grinspun auf reale Lohnerhöhungen von sechs bis acht Prozent hinausläuft. Er faßte das mit dem IWF vereinbarte Anpassungsprogramm mit den Worten zusammen: „Der Gürtel wird enger geschnallt, ohne eine Rezession herbeizuführen."

*Die endgültige Vereinbarung mit* dem IWF erwartet Grinspun in der zweiten Novemberhälfte oder Anfang Dezember, sobald der Exekutivrat *des Fonds seine Prüfung abgeschlos*sen und seine Zustimmung erteilt hat. Für die 320 ausländischen Gläubigerbanken war das IWF-Abkommen die Vorbedingung, ohne die sie nicht in ernsthafte Umschuldungs- und mit der argentinischen Regierung gehen wollten.

KWG-NOVELLE / Kreditinstitute gegen Genußscheine

# Eine Konkurrenz der Aktie

dpa/VWD, Bonn

Die Pläne des Bundesfinanzministeriums, mit der Novelle zum Kreditwesengesetz (KWG) für alle Kreditinstitute Genußscheine als haftendes Eigenkapital einzuführen, sind bereits wenige Wochen vor den entscheidenden parlamentarischen Beratungen ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Vor allem die privaten Banken, aber auch die öffentlich-rechtlichen *Landesbanken, haben* Bedenken gegen derartige Pläne. Die Emission von Genußrechtskapital durch Kreditinstitute könnte die übrige Wirtschaft animieren, sich gleichfalls dieses Instruments für die Unternehmensfinanzierung zu bedienen.

Genußscheine beurkunden ein Recht am Reingewinn und Liquidationserlös einer AG; mit dem Kauf einer Aktie wird hingegen ein Gesellschaftsrecht erworben. Der Genußschein würde damit eine Pilotfunktion erhalten. Diese Konsequenz ergibt sich zwangsläufig, weil der Genußschein gesellschafts- und steuerrechtlich günstiger ist als die Aktie.

*Eine solche Entwicklung* ließe sich aber kaum in Einklang bringen mit der Politik der Bundesregierung, die sich die besondere Förderung der Aktie zum Ziel gesetzt hat. Ferner ist zu bedenken, daß die Inhaber von Genußscheinen zwar Pflichten und Risiken eines Aktionärs – vor allem das volle Verlustrisiko – zu tragen hätten, was die Rechte angehe, stünden sie aber lediglich wie Gläubiger da. Wie diese könnten sie nämlich nicht an der Reservebildung sowie an den Wachstumschancen des Unternehmens teilhaben. Schließlich hätten sie auch kein Stimmrecht, was wiederum der Politik widerspreche, die eine aktivere Beteiligung der Bürger bei den Entscheidungen in der Wirtschaft fordert. Hinzuweisen ist auch darauf, daß die vielen Varianten von Genußrechten die Markttransparenz mit diesem Papier erschweren und die Anleger verwirren.

Zweifel gibt es ferner an der Wettbewerbsneutralität von Genußscheinen. Aus Konkurrenzgründen müßte sichergestellt werden, daß bei öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten Verluste der Genußrechtsinhaber nicht vom Gewährträger ausgeglichen werden dürften. Da die Einwände gegen Genußrechte als Haftkapital derartig hoch bewertet werden, schlagen die privaten Banken vor, auf die *Einführung von Eigenkapitalersatz*formen in der KWG-Novelle ganz zu verzichten und stattdessen den Haftsummenzuschlag der Genossenschaften, der diesen einen fiktiven Eigenkapitalvorsprung von 50 Prozent sichert, zu reduzieren.

TEEKANNE / Weiter eigenständiges Unternehmen

# Aufwärtstrend im Umsatz

J. Gehlhoff, Düsseldorf

Es sei zwar schön, eine nach Branchenmeinung umworbene Braut zu sein. Doch aus der Hochzeit werde nichts. „Wir bleiben ein erfolgreiches Familienunternehmen." Mit solchen Bemerkungen verweist Mitinhaber und Geschäftsführer Rolf Anders Mutmaßungen ins Reich der Fabel, das 102 Jahre alte Düsseldorfer Familienunternehmen Teekanne GmbH *sei an einen großen Konzern verkauft* worden. Anlaß zu solchem Tun sehen die beiden Inhaberfamilien Anders und Nissle um so weniger, als sie mit Ertrag und Wachstum diese nach eigener Einschätzung „größten Teehandelshauses auf dem europäischen Kontinent" vollauf zufrieden sind.

Die jüngsten Fakten: Im Teekanne-Geschäftsjahr 1983/84 (31. März) wurde mit 1432 Beschäftigten ein Gruppenumsatz von 251 Mill. DM erzielt, wobei der Inlandsumsatz um 7 Prozent wuchs. Fürs laufende Jahr rechnet die Geschäftsführung mit einem auf 10 Prozent beschleunigten Umsatzplus, wovon allerdings die *Hälfte auf Preissteigerungen* entfallen dürfte. Mit einem heimischen Marktanteil von 48 Prozent bei Schwarz- und Kräutertees (ohne Ostfriesen, Kauf- und Warenhäuser ermittelt) sieht sich die Firma als eindeutig größter deutscher Anbieter. Ihre 1983/84 weltweit bei 2,7 Mrd. Stück liegende Teebeutelproduktion beispielsweise soll im laufenden Jahr auf drei Mrd. Stück steigen. Investieren werde man auch 1984/85 wiederum fünf Mill. DM ohne Bankkredite.

Das Wachstum von 1983/84 kam auch bei der Teekanne vornehmlich vom losen Tee und da zumal von den aromatisierten Sorten. Das Beutel-Geschäft habe am Schwarztee-Absatz der Firma einen Anteil von 58 Prozent. Wachstum des Teeverbrauchs in der Konsumentengunst unterstreicht die Firma auch mit dem Hinweis, daß pro Bundesbürger nun 250 Gramm Schwarztee im Jahr verbraucht werden; vor zehn Jahren waren es noch 170 Gramm.

Tee werde nun zwar teurer, bleibe aber ein preiswertes Getränk, kommentiert die Firma die aktuelle Tendenz auf ihrem Markt. Die neuen Tee-Ernten lägen auf hohem, bis zu 50–100 Prozent über den Vorjahresstand hinausreichenden Preisniveau. Ursache dafür seien insbesondere der hohe Dollarkurs und der Preisanstieg *für gute Qualitäten infolge* zunehmender Nachfrage. Zudem seien die Ernten der letzten Jahre mager ausgefallen. Im Durchschnitt aller Sorten jedoch werde sich das zu „maßvoller" Verbraucherpreis-Steigerung mildern.

ABS-PUMPEN / Nach der AG-Umgründung den Gang an die Börse anvisiert

# Schönes Wachstum mit Produktideen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Man hat zwar keine Eile. Der Aufsichtsrat, in den zwei „prominente Leute aus der Wirtschaft" einziehen sollen, ist auch noch nicht komplett. Doch zumindest in zwei bis drei Jahren will die nun per November 1984 in eine Aktiengesellschaft umgewandelte ABS Pumpen GmbH, Scheiderhöhe bei Lohmar (Bez. Köln), unter Wahrung der Familienmajorität Kapital fürs Wachstum auch durch Auf*nahme von Publikumsaktionären* schaffen.

Albert Blum (54), Gründer und nebst Ehefrau und zwei Kindern Alleininhaber der Firma, präsentiert mit erster öffentlicher Bilanzvorstellung des Unternehmens nach seinen Worten „eine äußerst solide Grundlage für den Start der Aktiengesellschaft". Die Fakten sprechen für das Selbstlob: Was 1959 mit fünf Leuten als Werkstattbetrieb für die Produktion von Tauchmotorpumpen für die *Wasserwirtschaft* begann, hat sich zumal dank immer wieder neuer Produktideen auf diesem Arbeitsfeld inzwischen zu einem der drei größten Anbieter in Europa (neben Flygt/-Schweden und KSB/Deutschland) gemausert.

In 1983 schaffte die ABS-Gruppe mit 950 (975) Beschäftigten, davon 375 (400) im heimischen Stammbetrieb, einen *Weltumsatz* von *102,2* (101,5) Mill. DM. Der stammte zu 60 Prozent aus Auslandsmärkten, die auch mit drei eigenen Fabriken (in *Brasilien, Frankreich und Irland*) beackert werden. Er soll in diesem wie im nächsten Jahr bei weiterem Vormarsch des Auslandsgeschäfts um jeweils acht Prozent wachsen, wobei schon jetzt die Inlandsbelegschaft wieder auf 400 Leute aufgestockt wurde.

Vielleicht wächst der Umsatz auch wesentlich schneller und beschleunigt den Gang an die Börse. Denn die in ihrer Branche als „innovations intensiv" geltende Firma, die sich einen *Forschungsaufwand von fünf* Prozent des Umsatzes leistet, hat 1983 die Zahl ihrer Patentanmeldungen gegenüber dem zuvor üblichen Jahresdurchschnitt von drei auf 22 gesteigert, – mag aber das darin lauernde Umsatzpotential vorsichtshalber noch nicht beziffern.

Nach dem Motto „Gewinn bleibt voll in der Firma" hat Gründer Blum für die AG-Umwandlung Kerngesundes vorzuweisen: Jeweils 15 Mill. DM Aktienkapital und Rücklagen sowie nebst Gewinnvortrag nach 1983er *Konzernabschluß eine stattliche* Eigenkapitalquote von 43 (36) Prozent an 87,1 (97,6) Mill. DM Bilanzsumme. Der 1983er Konzern-Jahresüberschuß von 4,6 (5,1) Mill. DM signalisiert auch dann noch eine respektable Gewinnmarge des Weltumsatzes, wenn man berücksichtigt, daß wegen der 1980/81 hohen (steuersparenden) Investitionen zum Ausbau der Auslandsstützpunkte auch 1983 dank „Verlustvortrag" praktisch noch keine Steuern gezahlt werden mußten. Diese fiskalische Wachstumsförderung geht bei ABS 1984 zu Ende.

# Absprachen untersucht

AFP, Berlin

Das Bundeskartellamt in Berlin untersucht nach eigenen Angaben zur Zeit den Wettbewerb auf dem deutschen Zuckermarkt. Nach Hinweisen mehrerer süddeutscher Zukkerabnehmer war der Verdacht aufgekommen, daß es zwischen den führenden Zuckerproduzenten in der Bundesrepublik zu Gebietsabsprachen gekommen ist, mit denen der Wettbewerb auf dem inländischen Zuckermarkt ausgeschaltet werden soll.

Zur Zeit ermittelt das Bundeskartellamt daher gegen die Erzeugervereinigung „Nordzucker". Parallel hierzu laufen die Nachforschungen gegen die Unternehmen Südzucker, Frankenzucker sowie Pfeifer und Langen. Diese drei Unternehmen sollen nach einer Meldung des Branchendienstes „Inside" eine Vereinbarung getroffen haben, nach der Absatzgebiete, Sortimente und Konditionen für die Vermarktung von Flüssigzucker festgelegt seien.

PELZWIRTSCHAFT / Kürschner wieder optimistisch

# Erfolge im Exportgeschäft

INGE ADHAM, Frankfurt

Zum Auftakt des letzten Quartals, das ihnen normalerweise rund die Hälfte des Jahresumsatzes in die Kasse bringt, geben sich die Kürschner optimistisch. Zwar besitzt schon jede zweite Frau in der Bundesrepublik ein Bekleidungsstück aus Fell, aber, so das Ergebnis einer aktuellen Umfrage, 60 Prozent aller Frauen haben Pelzwünsche. Die sind zwar erst bei 2,3 Prozent aller Frauen (und immerhin schon 0,8 Prozent der Männer), so die Arbeitsgemeinschaft der Pelzwirtschaft, zu ganz konkreten Kaufabsichten geworden, aber auch dies würde die Belebung im Kürschnerhandwerk kräftig unterstützen.

Bereits im zweiten Quartal dieses Jahres ist das Kürschnerhandwerk nach eigenen Angaben aus den „roten Zahlen" herausgekommen, zur Jahresmitte lag das Umsatzplus gegenüber dem schwachen Vorjahr bei 4 Prozent, bis zum Jahresende sollen 8 bis 10 Prozent erreicht werden, nach*dem im vergangenen Jahr das* Kürschnerhandwerk noch einen Rückgang von 6,6 Prozent verbuchte. Mit 1,36 Mrd. DM Jahresumsatz hat das Handwerk einen Anteil von 55 Prozent am Markt für Pelzbekleidung.

Der Gesamtwert der Rauchwaren-Importe in die Bundesrepublik blieb im ersten Halbjahr mit gut 873 Mill. DM noch leicht unter dem Vorjahresstand, Indiz für die nach wie vor recht hohen Lagerbestände der Branche. In den Importen stecken knapp 222 *Mill. DM Einfuhren fertiger Pelzbe*kleidung, die nach Branchenschätzung zu 90 Prozent deutsche Auftragsfertigung im Ausland sind. Generell werde wieder stärker auf deutsche Veredelungsleistung zurückgegriffen: Die Einfuhr von rohen *Fellen nahm um knapp 12 Prozent zu.*

Darin stecken freilich auch erhebliche Fellverteuerungen. So treibt der gestiegene Dollarkurs ebenso wie die weltweit gewachsene Nachfrage besonders die Nerzpreise. Für den mit 30 Prozent Umsatzanteil inzwischen beliebtesten deutschen Pelz wird man also künftig deutlich tiefer in die Tasche greifen müssen. Wenn der noch vorhandene Lagerbestand aufgebraucht ist, dürfte nach Branchenschätzung mit Aufschlägen um die 25 Prozent zu rechnen sein. Als Trost bleibt für die Verbraucher die Preisstabilität bei Nutria, Bisam, Wiesel und anderen Fellen. Leicht angezogen haben dagegen (bei gleichzeitiger Qualitätsverbesserung nach dem Ende der langen Trockenzeit in Südwestafrika) auch die Preise für Persianer, der im vergangenen Jahr mit knapp 10 Prozent zum Pelzumsatz beitrug.

Deutliche Erfolge erzielte die deutsche Pelzwirtschaft in diesem Jahr beim Export von Pelzmode: So stiegen die Ausfuhren nach den USA um 73 Prozent, nach Japan um 37 Prozent. Beides übrigens Länder, die sich anschicken, die Bundesrepublik als verbrauchsstärkstes Pelzland zu *überrunden.*

ERFRISCHUNGSGETRÄNKE / Klage über Witterung

# Starker Nachfrageeinbruch

HENNER LAVALL, Nürnberg

*Den überraschend schwachen Ab*satz von Erfrischungsgetränken in den ersten Monaten des laufenden Jahres beklagt der Bundesverband der Deutschen Erfrischungsgetränke-Industrie, Bonn. Anläßlich der Jahrestagung erklärte Präsident Jürgen Albers gestern in Nürnberg: „Der kalte und verregnete Sommer führte zu einem solchen Einbruch der Nachfrage, daß die Industrie für das Gesamtjahr 1984 mit einem Absatzrückgang von mindestens fünf Prozent *rechnen muß.*" Selbst günstiges Wetter in den verbleibenden drei Monaten könne kaum etwas daran ändern.

Bereits im letzen Jahr hatte die Erfrischungsgetränke-Industrie mit ihren 848 Mitgliedsunternehmen einen Absatzrückgang von 2,7 Prozent auf 4,66 Milliarden Liter hinnehmen müssen. Der Pro-Kopf-Verbrauch sank um 2,1 Liter auf 72 Liter. Mit rund 20 000 Beschäftigten wurden dennoch 3,83 Mrd. DM umgesetzt.

In diesem Jahr sei ein weiteres Abrutschen auf unter 70 Liter zu befürchten, meinte Albers. Ungeachtet dieser Nachfrageschwäche lägen aber Erfrischungsgetränke – dazu zählen Limonaden, Cola, Brausen, Fruchtsaftgetränke und Diät-Getränke – in der Gunst des Verbrauchers im Vergleich zu den übrigen alkoholfreien Getränken nach wie vor ganz vorne.

Sorge bereitet der Industrie nach den Worten ihres Präsidenten auch, daß der Lebensmitteleinzelhandel als einer der wichtigsten Absatzmittler mit *niedrigen Preisen den* Verbrauchsrückgang aufzuhalten versuche. „Das ist sicherlich nicht der richtige Weg", so Albers. „Es kumulieren sich hierdurch Absatzrückgänge und Erlösschmälerungen."

LANDMASCHINEN / Lagerbestände aufgebaut

# Bauern bestellen weniger

INGE ADHAM, Frankfurt

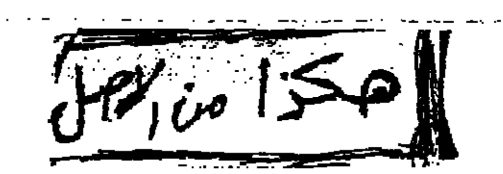
Die deutschen *Bauern* haben auf die geänderten Rahmenbedingungen im Gefolge der EG-Regelungen prompt reagiert und sich mit beim Einkauf *neuer Maschinen und* Schlepper zurückgehalten. Das geht aus den jetzt von der Landmaschinen- und Ackerschleppervereinigung im VDMA veröffentlichten Zahlen hervor.

Danach setzten die deutschen Landmaschinen- und Ackerschlepper-Hersteller in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 3,97 Mrd. DM um, das sind 13,5 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 1983. Besonders drastisch fiel dabei das Inlandsgeschäft (minus 25 Prozent) auf 1,58 Mrd. DM zurück, während der Export annähernd die Vorjahreshöhe hielt (2,39 Mrd. DM).

*Die Inlandsversorgung (Inlands*umsätze aus deutscher Produktion plus Importe) erreichte nach Angaben *der Vereinigung im letzten Land*wirtschaftsjahr 1983/84 (30. 6.) 4,11 Mrd. DM, preisbereinigt ein Rückgang von 16,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dabei waren die *Acker*schlepper mit einem Minus von 25,5 Prozent am stärksten betroffen.

Trotz der guten Ernte 1984, steigen*der Schweinepreise und einer positi*ven Einkommensprognose des Landwirtschaftsministeriums für die Landwirte bleiben die Landmaschinenhersteller skeptisch. Zwar könnte sich das Geschäft in den nächsten Monaten durchaus wieder etwas beleben, so ihre Einschätzung. Dafür spreche die in den letzten Wochen beobachtete bessere Nachfrage bei einigen Maschinen. Aber auf die Produktion wird dies vorläufig nicht durchschlagen: Zunächst können die inzwischen aufgebauten Lagerbestände die Käuferwünsche erfüllen.





WEISHAUPT / Gasbrenner auf stärkerer Flamme

# Hohes Investitionstempo

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Öl und Gas werden auch künftig in der Raumheizung eine wichtige Rolle spielen. Siegfried Weishaupt, geschäftsführender Gesellschafter der Max Weishaupt GmbH, Schwendi, gibt sich da selbstsicher: „In der Energietechnik, der Energieausnutzung und in Bezug auf den Umweltschutz können wir uns jeder Diskussion stellen." Sorge bereitet ihm indessen, daß der Bürger in seinen Entscheidungsmöglichkeiten stark eingeengt werden könnte und daß überdies mit falschen *Informationen für* Verunsicherung gesorgt werde.

Im Geschäftsjahr 1983 hat die Firmengruppe Weishaupt den konsolidierten Umsatz um 4,6 Prozent auf 231 Mill. DM ausgeweitet. Das Stammhaus kam dabei auf einen Umsatz von 192 Mill. DM (plus 4,4 Prozent). Nach Stückzahlen (104 786 verkaufte Brenner) ergab sich freilich ein leichter Rückgang um 2,6 Prozent, wobei dieses Minus von der Ölbrenner-Sparte verursacht wurde. Hier zeige sich allerdings, daß die neue Brenner-Generation (mit Ölvorwärmung) am Markt auf *steigende* Resonanz stoße. Getragen wurde das Umsatzwachstum des vergangenen Jahres von den Gas- und Kombinationsbrennern.

In dieser Sparte verbesserte sich der Umsatz um 12,3 Prozent auf knapp 45 Mill. DM. Dieser Anstieg setzte sich auch im laufenden Jahr fort, doch verbuchen auch die Ölbrenner Zuwachs. Weishaupt prognostiziert für 1984 eine Zunahme des Gruppenumsatzes um mindestens 10 Prozent. Der Ertrag werde „ähnlich ordentlich" wie in 1983 ausfallen.

*Der* Exportanteil am Umsatz liegt bei 34 Prozent, wovon fast zwei Drittel über die Töchter ausgeliefert wurden. Die Bemühungen, auf dem US-Markt Fuß zu fassen, wurden aufgrund der dortigen Vorschriftenpraxis „bis auf weiteres eingestellt".

Weishaupt hält sein hohes Investitionstempo bei: Die Investitionen sollen in 1984 und 1985 abermals jeweils rund 15 Mill. betragen – die Abschreibungen beliefen sich in 1983 auf 8 Mill. DM. Die Eigenmittelquote wird mit rund 60 Prozent angegeben. Weishaupt beschäftigt in der Gruppe etwa 1900 Mitarbeiter.

ERFOLGREICH IM WETTBEWERB / Hein Gericke begann mit einem Laden in einem Düsseldorfer Vorort

# Seit Jahren ein Mekka für die Motorradfans

HARALD POSNY, Düsseldorf

Motorradbekleidung und Ersatzteile per Katalog bieten sicher keine Probleme, doch Motorräder? Daß *dies kein Widerspruch sein muß*, beweist seit 14 Jahren die Düsseldorfer Hein Gericke GmbH & Co.KG, die sich selbst zu den größten Spezialisten für alles rund ums Motorrad in Europa bezeichnet. Unbestritten ist, daß der heute 46jährige ehemalige Werbemanager „Europas umfangreichsten (386 Seiten) und farbigsten Gesamtkatalog" in einer Gesamtauflage von 280 000 Stück herausgibt. In ihm sind rund 5500 verschiedene Artikel enthalten.

Der Hein-Gericke-Katalog von Motorradfans längst *nicht* nur als Einkaufshilfe, sondern auch als Ideenbringer anerkannt, ist aber nur ein Teil des Erfolgsgeheimnisses des Unternehmens, das seit Gründung 1970 seinen Umsatz verdreihundertfacht hat. Begonnen hatte es mit eigenen auch erfolgreichen Produktentwicklungen für Motorradbekleidung und Zubehör und mit einem Laden in einer Düsseldorfer Vorortstraße, in dessen Kundenkreis sich die außerordentliche Preisgünstigkeit des Angebots rasch herumgesprochen hatte. Die – gemessen am Wettbewerb – tatsächlich günstigen Preise begründet Gericke in einem Gespräch mit der WELT mit den Prinzipien, die damals wie heute gültig sind: „Einkauf in riesigen Stückzahlen und das weltweit, Beförderung der Ware, wo immer möglich, vom Hersteller direkt zum Kunden, was Kosten spart."

Erstaunlich hoch ist die Lieferbereitschaft der Shops. Dank Computers Hilfe sind die Läger innerhalb von drei Tagen aufgefüllt und die Lieferfähigkeit liegt bei Bekleidung um 90, bei technischen Artikeln um 80 Prozent.

Fünf Jahre nach dem Start öffneten die ersten Filialen, deren Zahl inzwischen auf 31 in der Bundesrepublik sowie vier in Frankreich, Holland, Österreich und in der Schweiz gestiegen ist. Zu ihnen „pilgern" jährlich Hunderttausende von Motorradfans. Der richtige Aufschwung des Geschäfts, 1984 wird mit 120 jungen Leuten (Durchschnittsalter 26 Jahre) ein Umsatz von 76 (62) Mill. DM erwirtschaftet, kam 1977 mit der Idee des Mail-order-Versands. Doch Gericke spürte sehr bald, daß die Kundschaft in den Versand-Shops nicht nur auswählen und bestellen, sondern die Ware auch gleich mitnehmen wollte. Also wurde das System auf Verkaufs-Shops umgestellt. Das brachte zwar enorme Kosten und gebundene Finanzen durch hohe Lagerhaltung. Doch das Versandgeschäft wurde beibehalten. „Wenn die Post spurt", meint Gericke, „kann der Besteller dank nächstens Rechnungen druckender Computer seine Ware drei Tage nach Bestelleingang in Händen haben."

Was die wenigsten wissen: die Gericke-Shops (durchschnittliche Verkaufsfläche 200 qm, durchschnittlicher Umsatz 2 Mill. DM) werden im Franchising-System betrieben. Die Shop-Partner sind freie Handelsvertreter. Sie stellen ihr Personal ein, kaufen die Ladeneinrichtung. Gerikke mietet die Ladenlokale an und stellt die Ware zur Verfügung, bietet Marketing und Know-how, steuert den Warenfluß. Für den Erfolg der Partner (Gericke: „Die Ertragslage ist so gut, daß Sie uns eigentlich gratulieren müßten") spricht nicht nur die geringe Fluktuation. Die Erfolgreichsten kassieren im Jahr nach Kosten und Steuern 100 000 DM.

*In den* Verkaufs-Shops kann der Kunde unter 120 verschiedenen Motorrädern wählen. Gericke ist Vertragshändler für BMW, Honda, Yamaha, Suzuki und Harley Davidson, inzwischen auch für Ducati und *MZ*. Weiter stehen jeweils 6000 Bekleidungsartikel und 5000 verschiedene Zubehör- und Verschleißteile zum Verkauf.

Nach dem Kauf wird der Kunde nicht alleingelassen. Das Werkstättennetz ist in diesem Jahr bereits von 9 auf 16 Plätze ausgedehnt worden. Die mittelfristige Planung sieht jeweils eine Werkstatt in unmittelbarer Nähe eines Shops vor. Weitere Shops – zwei bis drei pro Jahr – sind in der Planung, selbst im Ausland.

Auch in Zeiten eines schwachen Motorradmarktes (Gericke: 10 Mill. DM) ist das Unternehmen erfolgreicher als die Branche. Während die Neuzulassungen im 1. Halbjahr 1984 um 20 Prozent zurückgingen, konnte Gericke noch 23 Prozent zulegen.

REWE

# An Schaper beteiligt

dos, Hannover

Die Rewe Handelsgesellschaft Leibbrand oHG, Bad Homburg, wird sich an der hannoverschen Schaper-Gruppe, einem der führenden deutschen Groß- und Einzelhandelsunternehmen, beteiligen. In einer gemeinsamen Mitteilung heißt es, daß Rewe als Kommanditist mit einem Anteil von 12,5 Prozent in die Adolf Schaper KG eintritt. Ansonsten bleibe der Gesellschafterkreis unverändert. Das Kapital der KG betrage 100 Mill. DM. Mit der Beteiligung strebten die beiden Unternehmen eine Zusammenarbeit beispielsweise im Importbereich an.

Die Schaper-Gruppe, die unter anderem die real-Märkte betreibt, hatte für das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) einen Außenumsatz von 4,7 Mrd. DM ausgewiesen. Am Umsatz der Rewe-Gruppe (22,15 Mrd. DM) war die Rewe Handelsgesellschaft Leibbrand mit 9,5 Mrd. DM beteiligt.



RUHRORTER SCHIFFSWERFT / Breites Programm

# Auslastung befriedigend

dfh, Hamburg

Die Krupp Ruhrorter Schiffswerft GmbH, Duisburg, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Fried. Krupp GmbH, Essen, hat 1983 mit rund 330 Mitarbeitern circa 40 Mill. DM im Schiffbau umgesetzt. Sie ist damit mit Abstand die größte deutsche Binnenschiffswerft, wie Ulrich Mauser, Mitglied der Geschäftsführung, bei der internationalen Fachmesse „Schiff, Maschine, Meerestechnik" in Hamburg sagte. Ihr Produktionsprogramm umfaßt Binnenschiffe aller Art, auch in Sektionen zum Zusammenbau in Entwicklungsländern, kleinere See- und Küstenmotorschiffe bis 3000 Tonnen Tragfähigkeit, Hafen- und Hochseeschlepper, Fischereifahrzeuge sowie Spezialschiffe und Geräte für den Umwelt- und Katastrophenschutz.

Nach Beschäftigungslücken in den vergangenen zwölf Monaten ist die Kapazitätsauslastung seit Juli 1984 befriedigend. Der Auftragseingang im Neubaubereich verläuft erfreulich, konzentriert sich jedoch vor allem auf Seeschiffe. Das wurde begünstigt durch große Investitionen im Jahre 1983, die der durchgreifenden Modernisierung der Werft dienten.

Kürzlich wurde in der Nordsee ein neuartiges Ölabsauggerät getestet. Im Verbund mit einem Schlepper kann es bis zu drei Meter Wellenhöhe noch relativ dünne Ölschichten absaugen und an mobile oder ortsfeste Tanks abgeben.

# Marktanteil von über 50 Prozent

dfh, Hamburg

Einen Marktanteil von „mehr als 50 Prozent auf dem uns zugänglichen Markt im militärischen und paramilitärischen Bereich sowie bei Katamaranen, Tragflügelbooten und schnellen Personenfähren" hat die MTU – Motoren- und Turbinen-Union München und Friedrichshafen GmbH errungen. Das teilte Hans Dinger, stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung mit. MTU hat bisher rund 1300 Dieselmotoren der Baureihe 956/1163 ausgeliefert. Vom neuesten Typ 03 sind bereits 20 Einheiten verkauft worden. Diese Motoren mit einer Leistung von maximal 7400 Kilowatt sollen im Marineschiffbau die Gasturbinen als Antrieb bei Höchstfahrt ersetzen. MTU ist eine gemeinsame Tochterfirma (je 50 Prozent) von Daimler-Benz und MAN.

SALZGITTER / Weiterhin Verluste bei den Stahlwerken – Konzernumsatz gesteigert

# Besserung ist noch nicht ausreichend

DOMINIK SCHMIDT, Salzgitter

Bei der bundeseigenen Salzgitter AG hielt der Aufwärtstrend im dritten Quartal des Geschäftsjahres 1983/84 (30. 9.) zwar an; von einer befriedigenden Situation kann aber nach wie vor nicht die Rede sein. Dies ist das Fazit des jüngsten Zwischenberichts. Die wichtigste Konzern-Tochter, die Stahlwerke Peine-Salzgitter AG (P+S), mußte auch im Berichtsquartal einen Verlust hinnehmen, der nicht näher quantifiziert wird. Wie es heißt, überstiegen die Verluste im Profilstahlbereich die Gewinne auf der Flachstahlseite.

In den ersten neun Monaten des laufenden Geschäftsjahres erreichte der Konzernumsatz 8,2 Mrd. DM, das entspricht gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum einer Steigerung *um 7,5 Prozent. Wesentlichen Anteil* daran, so heißt es, hat der Geschäftsbereich Stahl, für den ein Plus von 17 Prozent auf 5,1 Mrd. DM ausgewiesen wird. Der Export nahm um rund 19 Prozent auf 2,4 Mrd. *DM zu*. P+S erzeugte 2,6 Mill. t Rohstahl, 12 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Walzstahlproduktion stieg gleichzeitig um 11 Prozent auf 2,2 Mill. Tonnen. Innerhalb des Konzerns nahmen die Auftragseingänge im Berichtszeitraum um 2 Prozent auf 4,2 Mrd. DM zu. Planmäßig fortgesetzt wurde der Belegschaftsabbau: Ende Juni zählte die Gruppe noch 45 667 Mitarbeiter, 11,5 Prozent weniger als vor Jahresfrist (51 619).

Als nach wie vor schwach bezeichnet Salzgitter den Schiffbaumarkt. *Die Tochter*, Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, erhielt im Berichtszeitraum lediglich einen Auftrag zum Bau von zwei 27 000-tdw-Containerschiffen. Der Auftragsbestand im Schiffsneubau umfaßt sieben Handelsschiffe sowie zehn Marineschiffe im Gesamtwert von 2 Mrd. DM. Weiterhin ungünstig ist die Situation bei der Salzgitter Maschinen und Anlagen AG.

Die angekündigte Zusammenarbeit zwischen P+S und der zu Klöckner gehörenden Maxhütte auf dem Gebiet oberflächenveredelter Feinbleche ist inzwischen fixiert worden. An der zu gründenden „Salmax GmbH" werden P+S mit 51 und Maxhütte mit 49 Prozent beteiligt sein.

KARTOFFEL-HERBSTBÖRSE / Niedrigere Preise und steigender Verbrauch

# Ernteergebnis hat sich normalisiert

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Eine am mehrjährigen Durchschnitt gemessen „weitgehend normale Kartoffelernte" und wieder günstigere Preise sind die bestimmenden Faktoren für den deutschen Kartoffelmarkt. Sprecher des Bundesernährungsministeriums und des Zentralverbandes des Deutschen Kartoffelhandels erklärten auf der traditionellen Kartoffelherbstbörse in Hannover, mit gut sieben Mill. Tonnen schließe das Ernteergebnis wieder an die Kartoffelernte 1982 (7,05 Mill. Tonnen) an. Gegenüber dem extrem niedrigen Vorjahresergebnis (5,5 Mill. Tonnen) bedeutet das eine Steigerung um 23,5 Prozent. Die Anbaufläche ist gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Prozent auf rund 220 100 Hektar zurückgegangen.

Die Preise, die im ersten Halbjahr 1984 deutlich über dem Niveau der gleichen Vorjahreszeit lagen, dürften sich weiter nach unten bewegen. Nach Informationen des Kartoffelhandels ist zu Beginn der Bevorratungsperiode mit Abholpreisen für Einkellerungsware zwischen 6,50 DM und 9,50 DM pro 25-kg-Packung zu rechnen. Im Vorjahr lagen diese Preise zwischen 12,50 DM und 15 DM. Nachdem bereits im ersten Halbjahr 1984 mehr Speisekartoffeln gekauft wurden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, rechnet der Handel mit einem weiter steigenden Verbrauch, zumal die Qualitäten durchweg als „gut und hochwertig" eingeschätzt werden.

Die Vermarktung der Ernte 1984 wird nach Ansicht der deutschen Kartoffelwirtschaft nicht ohne Probleme ablaufen, weil auch in den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft ähnlich gute Ernteergebnisse verzeichnet werden. Aus dem Verkäufermarkt des Vorjahres sei längst wieder ein Käufermarkt geworden, zumal in der jetzt beginnenden Anfangsphase der Haupternte noch immer zeitlich überständige Früh- und Anschlußsorten den Marktraum der mittelfrühen Speisesorten einengen.

Entscheidenden Einfluß auf die Marktverhältnisse im Inland, so die Sprecher, dürfte die Markt- und Preisentwicklung in den benachbarten EG-Ländern haben. Auszugehen sei von einer hohen Lieferbereitschaft der Niederländer, Franzosen und Belgier. Insofern sei die deutsche Kartoffelwirtschaft mehr denn je darauf angewiesen, sich um eine generelle Besserung der Marktverhältnisse und die Nutzung von Marktnischen zu bemühen. Dies gelte unabhängig davon, daß sich der Pro-Kopf-Verbrauch nach dem Rückgang im vergangenen Jahr wieder erhöht.

Im Kartoffel-Wirtschaftsjahr 1983/84 erreichte der Import frischer Kartoffeln aller Verwendungsrichtungen mit 1,14 (1,09) Mill. Tonnen mengenmäßig zwar nur ein geringes Plus. Wertmäßig indes wurde mit 684,6 (424,3) Mill. DM ein neues Rekordergebnis erzielt. Die Speisefrühkartoffeln haben daran einen Anteil von gut 264 000 (223 000) Tonnen im Wert von 225 (178) Mill DM. Trotz der geringen Ernte blieben die deutschen Ausfuhren mit 155 000 (151 000) Tonnen weiterhin hoch. Wertmäßig wurden 61,6 (36,4) Mill. DM erlöst. Wesentlich höhere Exporte ergaben sich bei Pflanzkartoffeln (28 335 nach 16 267 Tonnen), aber auch bei Speisekartoffeln (88 450 Tonnen).

WÄHRUNGSTAGUNG / Ex-Handelsminister Peterson: Die Verschuldung stoppen

# „Die USA leben über ihre Verhältnisse"

H.-A. SIEBERT, Washington

Das Beste, was die Währungstagung in diesem Jahr intellektuell zu bieten hatte, war wieder die Per Jacobson Lecture. Gehalten wurde sie von dem ehemaligen republikanischen Handelsminister Peter G. Peterson, der sich in der Nixon-Administration und an der Wall Street einen Namen gemacht hat.

Für Peterson ist das US-Budgetdefizit alarmierend; in diesem Jahr muß Washington von fünf Dollar, die ausgegeben werden, einen borgen. Das sind 4,5 bis fünf Prozent des Bruttosozialprodukts, verglichen mit ein bis zwei Prozent wie üblich an diesem Punkt des Konjunkturzyklus. Im Finanzjahr 1985, das am 1. Oktober beginnt, wollte Präsident Reagan ursprünglich einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, in dem Einnahmen und Ausgaben jeweils 19 Prozent der Wertschöpfung ausmachen sollten. Statt dessen verschlingt die Ausgabenseite 24 bis 25 Prozent des Sozialprodukts.

Kritisch ist für Peterson vor allem, daß das US-Defizit einen Punkt erreicht hat, an dem es automatisch wächst. So verdoppelt sich von 1981 bis 1985 die Zinslast der akkumulierten Bundesschuld. Schon bisher haben die höheren Zinskosten die von Reagan durchgesetzten Einsparungen außerhalb des Verteidigungsbereichs aufgezehrt; 1989 übersteigen sie 200 (1984: 110) Mrd. Dollar. Jede Zinsanhebung um ein Prozent fügt dem Defizit 30 Mrd. Dollar hinzu.

Falls nichts geschieht, muß Amerika und die übrige Welt für den Rest dieser Dekade, so Peterson, mit einem jährlichen amerikanischen Budgetdefizit in Höhe von mindestens 200 (1989: 237) Mrd. Dollar leben. Dabei unterstellt er sogar, daß die US-Wirtschaft jeweils um drei bis 3,5 Prozent wächst, die Inflationsrate sich bei fünf Prozent einpendelt und die Zinsen leicht auf neun Prozent sinken.

Laut Peterson kann ein Verfassungszusatz, der auch dem Bund einen ausgeglichenen Haushalt vorschreiben würde, keine Abhilfe schaffen. Er ersetzt nicht den politischen Willen und die notwendige fiskalische Disziplin. Nach seiner Auffassug hat Washington die Auswirkungen der Steuergeschenke und regulatorischen *Änderungen in der Finanzwirtschaft* unterschätzt. Das hat die Zinsen zusätzlich nach oben getrieben.

Wie die Steuersenkungen der US-Wirtschaft halfen, faßt Peterson in dieser Aufstellug zusammen: Nach 1981 schrumpfte der effektive Steuersatz für die US-Unternehmen von 68 auf 45 Prozent; 1970 bestand in den USA zwischen den Beschaffungs- und Ersatzkosten eine Lücke von 20 Mrd. Dollar; im zweiten Quartal 1984 betrug der Überschuß 55 Mrd. Dollar. Sparkassen und kleine Banken pokern seit der Deregulierung die Habenzinsen hoch.

Für die US-Bürger hat die Kürzung der Einkommensteuern um 25 Prozent die inflationären Progressionssprünge der 70er Jahre neutralisiert. Die Absetzbarkeit der Zinsen schafft Anreize zur Verschuldung. Beides wirkt als Nachfragemotor. Nicht erfüllt hat sich die Hoffnung auf eine schnelle Zunahme des Sparvolumens; nach Peterson haben sich die persönlichen Ersparnisse sogar von 4,2 (1980) auf 3,9 Przent des Sozialprodukts verringert.

Die enormen US-Zinsen als Ergebnis dieser Politik bremsen, so Peterson, ohne Zweifel zusammen mit der eigenen restriktiven Fiskalpolitik die wirtschaftliche Erholung in anderen OECD-Ländern. Das hat zu extremen konjunkturellen Schlagseiten geführt. Trotz der gegenwärtigen Exportzunahmen kann Europa letztlich eine Menge durch die „beggar-thy-neighbor"-Kapitalströme verlieren.

Peterson bezeichnet die ausländischen *Kapitalabflüsse in die USA* als „umgekehrten Marshallplan". Immerhin reicht das US-Leistungsbilanzdefizit 1984 an 100 Mrd. Dollar heran. Bringt man Petersons Analyse auf einen Nenner, dann erfreut sich Amerika eines Wirtschaftswachstums, das aus den eigenen expansiven Politiken resultiert. Die Stabilitätsfortschritte sind indes hauptsächlich auf die restriktiveren Politiken der Partnerländer zurückzuführen.

Für Peter Peterson dürfen die USA nicht länger über ihre Verhältnisse leben; gestoppt werden muß die Akkumulierung der Schulden. Sonst wird Amerika zum Schuldnerland, das 1989 im Ausland vielleicht mit netto 800 Mrd. Dollar in der Kreide steht. Peterson: „Die USA konsumieren mehr als sie produzieren, die Differenz leihen uns andere Nationen." Das schaffe enorme Risiken.

# Aktien auf Gipfelkurs

## Lebhafte Nachfrage nach Exportwerten

**DW. – Bis auf wenige Prozente haben sich die deutschen Aktienindizes ihrem bisherigen Jahreshöchststand wieder genähert. An der Mittwochbörse hat es vor allem in den stark exportorientierten Unternehmen erhebliche Kursgewinne gegeben. Hauptträger der Käufe dürften Ausländer gewesen sein, die sich durch den weiter steigenden Dollarkurs zum Erwerb deutscher Aktien angeregt fühlten. Der Berufshandel lag später ebenfalls auf der Käuferseite, hat sich aber immer wieder durch Gewinnmitnahmen abgesichert.**

Im Mittelpunkt standen Siemens-Aktien, die einen neuen historischen Höchstkurs erreichten. Ein weiterer Handelsschwerpunkt lag bei den Papieren der Deutschen Bank, die ebenfalls kräftig zulegten. Die übrigen Bankaktien tendierten zwar ebenfalls freundlich, erfreuten sich aber kaum der Zuneigung der Ausländer. Als Exportpapiere profitierten vor allem die Autoaktien von dem wieder anziehenden Dollar. Hier standen Daimler und Mercedes an vorderster Stelle in den Kauflisten der Ausländer. Im Chemiebereich blieben BASF, Bayer und Hoechst mit Kursgewinnen um ein bis zwei DM auffällig schwerfällig. Sehr fest tendierten dagegen Papiere wie Schering und Beiersdorf.

**Düsseldorf:** Alexander, Conc. Chemie und Dt. Texaco erhöhten um 5 DM. Hein. Lehmann stockten um 6 DM, Huta um 4 DM und Riedel de Haen um 10 DM auf. Nachgegeben haben Hagen Batterie um 3 DM und Kochs Adler um 4 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Aachener Rück um 20 DM und Allianz Leben um 30 DM.

**Frankfurt:** Dywidag erhöhten um 5 DM, Lahmeyer um 8 DM, und MAB-Vorzüge gaben um 8 DM auf 312 DM nach. Mannheimer Versicherung verloren 19 DM auf 467 DM. MAN-Stämme stockten um 4 DM und Seitz Enzinger um 8 DM auf. Veith Pirelli verbesserten sich um 9 DM.

**Hamburg:** Beiersdorf erholten sich um 10 DM. HEW gingen mit 82,50 DM und NWK-Vz. mit 165,50 DM unverändert aus dem Markt. Auf der Minusseite lagen Reichelt mit 108 DM und Tritton mit 112 DM. Bremer Vulkan waren mit 62 DM knapp gehalten. Vereins- und Westbank wurden weiter unverändert zu 297 DM gehandelt.

**München:** Etienne Aigner erhöhten um 8 DM und Agrob St. AG um 0,50 DM. Audi NSU verbesserten sich um 9 DM und Hofbräu Coburg um 33 DM. Stumpf AG St. schlossen um 2,50 DM und Südchemie AG um 4 DM fester. Flachglas verloren 7,50 DM und Leonische Draht 12 DM.

**Berlin:** Schering erhöhten sich um 10 DM. Rheinmetall verbesserten sich um 5 DM, Herlitz Vz. um 4 DM und Herlitz St. um 2 DM. Berthold lagen um 1 DM geringfügig freundlicher. Berliner Kindl bröckelten um 1,50 DM und Dt. Hypothekenbank Berlin um 1 DM ab. Kempinski wurden um 1 DM niedriger taxiert.

**Nachbörse: freundlich**

**WELT-Aktienindex: 155,6 (153,6)**
**WELT-Umsatzindex: 3670 (4540)**

## Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München

## Aktien-Umsätze

## Inland

## Freiverkehr

## Ungeregelt. Freiverkehr

## Unnotierte Werte

## Ausländische DM-Anleihen

## Auslandszertifikate (DM)

## Fremde Währungen

## Ausland

### New York

### Toronto

### Amsterdam

### Mailand

### London

### Tokio

### Wien

### Kopenhagen

### Zürich

### Brüssel

### Madrid

### Hongkong

### Singapur

### Paris

### Sydney

## Optionshandel

Frankfurt: 26. 9. 84: 1703 Optionen = 94 750 (53 550) Aktien, davon 321 Verkaufsoptionen = 17 000 Aktien. Kaufoptionen: AEG 10-85/21, 10-100/15,8, 10-110/6,5, 1-100/18,1, 1-110/9,8, 1-120/8,9, 1-130/5, 4-100/20,4, 4-110/13,8, 4-120/9,5, 4-130/6, 4-140/3, BASF 10-150/8,5, 10-160/1,9, 1-160/7,8, 1-170/4, 4-160/12, 4-170/7, 4-180/4,1, Bayer 10-160/13, 10-163/10, 10-170/4,1, 10-173/2, 1-160/13,7, 1-170/10,6, 1-180/5,1, 1-190/3, 4-160/21, 4-170/14,2, 4-180/9, 4-190/5,9, Bayer. Hypo 10-271/17, 4-280/20, 4-300/14,6, Bekula 10-95/3, 4-100/5, Bayer. Vereinsbank 4-340/8,6, Commerzbank 10-150/17,8, 10-160/8,6, 1-170/8, 1-190/3,8, 4-150/25, 4-160/15,8, 4-170/10, Conti 10-117/13, 10-120/9,5, 10-127/3,4, 1-120/12, 1-130/6,8, 1-137/5, 1-140/4,4, 4-120/16,4, 4-130/10,6, 4-140/5,5, Daimler 10-579,5/16, 10-589,5/8,5, 1-540/90,2, 1-610/20, 1-620/10, Dt. Babcock St. 1-170/8,4, Deutsche Bank 10-324,75/39, 10-326,75/37, 10-334,75/28, 10-336,75/27-30, 10-344,75/18, 10-346,75/17-20, 10-350/18,5, 10-354,75/9,5-12, 10-358,75/7-9, 1-326,75/38, 1-346,75/28, 1-370/21, 1-380/16, 1-390/10, 4-350/40, 4-380/20,7, 4-390/18, 4-400/12, Degussa 1-370/20, 4-380/25, Dresdner Bank 1-160/13,3, 1-170/7,5, 1-180/5,6, 4-170/10,3, 4-180/6,7, GHH St. 4-150/20,5, 4-170/8, Hoechst 10-170/4,2, 1-170/10,4, 1-180/4,3, 4-170/14,5, 4-190/5,5-5,6, Hoesch 1-100/5,85, 1-110/3,5, 4-100/10, 4-110/6, Klöckner 10-80/1,5, 1-80/6,95, 1-85/4, 4-80/9,7, 4-85/6,85, 4-70/4,5, MAN 1-180/10,6, Mercedes 4-520/35,1, Mannesmann 10-140/18, 10-150/8,5, 1-150/13, 1-160/7,4, 1-170/4,3, 4-150/17, 4-160/10,5, 4-180/4,4, Preussag 4-280/9, RWE St. 4-170/4,75, Schering 1-400/7,4, 4-400/19,5, Kali + Salz 1-220/30, 4-240/24, 4-280/17, Siemens 10-390/49, 10-400/40, 10-402/37, 10-412/28, 10-420/20, 10-422/19, 10-430/12, 10-432/9, 10-440/7, 10-450/2,8, 1-400/43, 1-410/38, 1-420/27, 1-430/25, 1-440/18, 1-450/14, 1-480/6, 4-420/36, 4-450/28, 4-460/22, Thyssen 10-75/3,5, 1-80/5,3, 1-85/2,9, 4-80/6,6, Veba 10-162,5/8, 1-170/8,5, 1-180/1,5, 4-170/9,55, 4-180/5,2, VEW 10-120/2,4, VW 10-160/21, 10-170/12-13, 1-100/4,5, 1-170/19, 1-180/10, 1-190/5,95, 4-180/14,6, 4-190/10, 4-200/8, Alcan 1-85/6,5, 1-90/4,5, 4-85/10,9, 4-90/5,9, Chrysler 10-80/14,15, 10-85/9,5, 10-90/5,15, 1-80/16, 1-85/7, Elf 10-54,3/20,6, 10-69,3/6, IBM 10-320/60, 1-410/8, 4-410/15,8, Litton 1-230/6, Norsk Hydro 1-220/15, 4-230/13,6, Philips 10-43,9/6,6, 1-40/8, 1-45/4,6, 4-40/11, 4-45/7, 4-50/4, Royal Dutch 1-160/8, Sony 10-50/6, 1-50/9, 4-50/11, 4-55/7, Sperry 1-120/11, 1-130/8, Xerox 4-130/5,6, Verkaufsoptionen: AEG 1-110/5, 1-110/1,5, 1-120/10, 4-100/3, 4-110/7,2, Bayer 1-170/1,6, 4-160/1,3, 4-170/3,4, Commerzbank 1-160/1,7, 1-170/4,9, 4-160/3, 1-3, Conti 10-130/1,2, 1-130/4,2, 4-120/2,9, 4-130/6,6, Daimler 1-560/2, Deutsche Bank 10-350/2, 1-340/2, 1-350/3,1, 4-340/5, 4-360/10,4, Dresdner Bank 1-160/1,4, 4-160/2,7, Harpener 4-270/3,1, Hoechst 1-170/1, 4-17/2,5, Kaufhof 1-220/6, Klöckner 1-60/1,0, Lufthansa St. 1-160/4,9, 4-150/2,45, Mercedes 1-490/3, Mannesmann 1-150/1,8, Siemens 10-420/1, 10-430/2, 1-410/5, 4-390/3,3, 4-400/5,8, VW 1-170/1,9, 4-170/4,5, Alcan 4-90/7,5, Chrysler 4-90/7,5, General Motors 1-220/7,6, 4-200/5, 4-220/12, 4-230/18, IBM 1-360/9,4, 4-360/10, 4-370/17, Litton 1-310/9,6, Philips 4-45/2, 4-50/6, Royal Dutch 4-140/2. (1. Zahl Verfallmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

## Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 26. 9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

| | US-$ | DM | sfr |
|---|---|---|---|
| 1 Monat | 11⅛–11⅜ | 5⅛–5⅜ | 5¼–5⅝ |
| 3 Monate | 11¼–11½ | 5⅜–5⅝ | 5¼–5½ |
| 6 Monate | 11½–11¾ | 5⅞–6⅛ | 5¼–5⅝ |
| 12 Monate | 11⅞–12⅛ | 6 –6¼ | 5½–5⅞ |

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

## Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 26. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

| | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|
| 20 US-Dollar | 1530,00 | 1892,40 |
| 10 US-Dollar (Indian)**) | 1265,00 | 1082,55 |
| 5 US-Dollar (Liberty) | 480,00 | 661,20 |
| 1 £ Sovereign alt | 242,00 | 298,68 |
| 1 £ Sovereign Elizabeth II. | 239,95 | 295,26 |
| 20 belgische Franken | 187,00 | 240,54 |
| 10 Rubel Tscherwonez | 252,00 | 314,64 |
| 2 südafrikanische Rand | 240,00 | 296,28 |
| Krüger Rand, neu | 1083,00 | 1274,52 |
| Maple Leaf | 1083,00 | 1274,52 |
| Platin Noble Man | 1029,00 | 1212,96 |

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

| | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|
| 20 Goldmark | 251,00 | 313,50 |
| 20 schweiz. Franken „Vreneli" | 191,00 | 241,68 |
| 20 franz. Franken „Napoléon" | 189,00 | 238,40 |
| 100 österr. Kronen (Neuprägung) | 1002,00 | 1206,12 |
| 20 österr. Kronen (Neuprägung) | 199,00 | 249,66 |
| 10 österr. Kronen (Neuprägung) | 106,00 | 137,94 |
| 4 österr. Dukaten (Neuprägung) | 458,00 | 562,02 |
| 1 österr. Dukaten (Neuprägung) | 110,00 | 148,20 |

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

## Devisen und Sorten

| 26. 9. 84 | Frankfurt. Devisen Geld | Brief | Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴) | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|---|---|---|
| New York³) | 3,0865 | 3,0935 | 3,0440 | 3,03 | 3,12 |
| London¹) | 3,782 | 3,796 | 3,742 | 3,73 | 3,88 |
| Dublin¹) | 3,097 | 3,111 | 3,045 | 3,76 | 3,91 |
| Montreal³) | 2,3393 | 2,3473 | 2,3125 | 2,26 | 2,38 |
| Amsterd. | 88,510 | 88,730 | 88,306 | 87,25 | 89,75 |
| Zürich | 122,120 | 122,320 | 122,12 | 120,50 | 123,25 |
| Brüssel | 4,933 | 4,953 | 4,878 | 4,80 | 5,00 |
| Paris | 32,500 | 32,680 | 32,09 | 31,75 | 33,50 |
| Kopenh. | 27,590 | 27,710 | 27,255 | 26,50 | 28,25 |
| Oslo | 34,705 | 34,825 | 34,07 | 32,75 | 35,50 |
| Stockh.**) | 35,380 | 35,540 | 34,79 | 34,25 | 36,00 |
| Mailand²) **) | 1,604 | 1,614 | 1,57 | 1,57 | 1,67 |
| Wien | 14,213 | 14,253 | 14,168 | 14,15 | 14,35 |
| Madrid**) | 1,785 | 1,795 | 1,751 | 1,72 | 1,84 |
| Lissabon**) | 1,900 | 1,920 | 1,791 | 1,35 | 2,35 |
| Tokio | 1,2560 | 1,2590 | – | 1,21 | 1,27 |
| Helsinki | 48,270 | 48,470 | 47,29 | 47,25 | 49,00 |
| Buen. Air. | – | – | – | – | 5,00 |
| Rio | – | – | – | 0,06 | 0,22 |
| Athen*) **) | 2,4340 | 2,4880 | – | 2,15 | 2,95 |
| Frankf. | – | – | – | – | – |
| Sydney*) | 2,5500 | 2,5680 | – | 2,48 | 2,66 |
| Johannesbg.*) | 1,8230 | 1,8430 | – | 1,60 | 1,85 |

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

## Devisenmärkte

Die gestrigen Schlußkurse in New York wurden zu Beginn des Handels am 26. 9. sehr schnell übertroffen. Nach 3,0770 notierte der Dollar im Freiverkehr 1 Pfennig fester und erreichte in der Spitze sogar 3,0940. Interventionen der Notenbank waren nicht zu beobachten. Bei mittleren Umsätzen fiel der Dollar zur amtlichen Notierung auf 3,0890 zurück, wobei die Bundesbank 50 Millionen Dollar bestens und weitere 5,4 Mio. Dollar zum Ausgleich zur Verfügung stellte. Der Außenhandelsüberschuß für die Bundesrepublik für Juli I. H. v. 3,8 Mrd. DM und das Defizit in Höhe von 1,3 Mrd. DM für die Leistungsbilanz beeinflußte den Kurs nicht. Auch die Rücknahme der Broker-Loan-Rate zweier amerikanischer Institute von 12 auf 11¾ Prozent gestern Abend wurde nicht beachtet. Gegen Geschäftsschluß wurde die Ausgangsbasis des Tages wieder erreicht. Sonderbewegungen hatten der Schweizer Franken mit einem Gewinn von 80 Pfennig auf 122,22 und der Japanische Yen mit einem Anstieg um 75 Punkte auf 1,2575. Die übrigen Währungen entwickelten sich uneinheitlich. US-Dollar in: Amsterdam 3,4985; Brüssel 62,51; Paris 9,4795; Mailand 1918,0; Wien 2171,0; Zürich 2,5278; Ir. Pfund/DM 3,104; Pfund/Dollar 1,2264; PFD/DM 3,789.

Ostmarkkurs am 26. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

## Devisenterminmarkt

Dollar-Abschläge gegen D-Mark tendierten am 26. September zu geringeren Abschlägen, was durch längere Laufzeiten der einzelnen Monate teilweise nicht zu erkennen war.

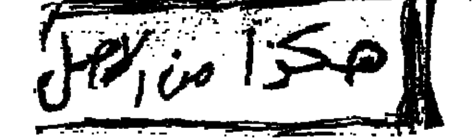
| | 1 Monat | 3 Monate | 6 Monate |
|---|---|---|---|
| Dollar/DM | 1,64/1,54 | 4,61/4,51 | 8,40/8,30 |
| Pfund/Dollar | 0,055-0,07 | 0,22-0,25 | 0,50-0,56 |
| Pfund/DM | 2,40/1,00 | 5,60/4,20 | 9,30/7,90 |
| FF/DM | 24/8 | 56/40 | 97/81 |

## Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 26. 9.: Tagesgeld 5,55-5,6 Prozent; Monatsgeld 5,6-5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,7-5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 26. 9.: 10 bis 29 Tage 4,05 G-3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G-3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 26. 9.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/7 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,00 (6,47) – 7,75 (6,87) – 8,00 (7,12) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,48). Ausgabe 1984/8 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 7,25 (6,81) – 8,00 (7,18) – 8,25 (7,40) – 8,50 (7,58) – 8,50 (7,71). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,55, 2 Jahre 6,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 100,80, Rendite 7,30.



MITTELAMERIKA / Außenminister-Konferenz in Costa Rica eröffnet den Dialog

# Wenig Spielraum für EG–Finanzhilfe

WILHELM HADLER, Brüssel

Nur einen bescheidenen Beitrag kann die Europäische Gemeinschaft zur wirtschaftlichen Entwicklung und politischen Stabilisierung in Mittelamerika leisten. Dennoch betrachten EG-Kreise die am Freitag beginnende Konferenz der Außenminister beider Regionen in San José (Costa Rica) als ein bedeutendes Ereignis.

Das Treffen eröffnet den seit langem geforderten Dialog zwischen Europa und dem bisher weitgehend vernachlässigten lateinamerikanischen Kontinent. Es unterstreicht den Willen der EG, nunmehr auch in Zentralamerika als ökonomische und politische Einheit stärker präsent zu werden.

An den zweitägigen Beratungen nehmen nicht nur die fünf Mitgliedstaaten des 1960 gegründeten und inzwischen kaum noch funktionsfähigen zentralamerikanischen Gemeinsamen Marktes (Costa Rica, Guatemala, Honduras, Nicaragua und El Salvador) teil, sondern auch die sogenannten Contadora-Staaten (Mexiko, Panama, Venezuela und Kolumbien). Auf europäischer Seite werden wegen des bevorstehenden Beitritts zur Gemeinschaft und wegen ihrer traditionell engen Beziehungen zum lateinamerikanischen Kontinent neben den Außenministern der EG auch erstmals die Regierungen Spaniens und Portugals am Konferenztisch vertreten sein. Die Gemeinschaft will sich bemühen, im spannungsgeladenen mittelamerikanischen Raum die regionale Zusammenarbeit zu fördern und damit politisch stabilisierend zu wirken.

Abzusehen ist freilich, daß die Erwartungen, die an Europa gestellt werden, überzogen sind. Dies gilt sowohl für die Bereitschaft der EG zu einer substantiellen Aufstockung ihrer bisherigen Finanzhilfe wie für zusätzliche handelspolitische Konzessionen. Für großzügige Geschenke der Gemeinschaft entsteht schon deshalb kein Spielraum, weil die EG bereits alle Mühe hat, ihre eigene Existenz finanziell abzusichern. Zugeständnisse im Handelsbereich stoßen auf interne europäische Widerstände. Sie wären zudem zumindest kurzfristig nur von geringer Bedeutung, weil die bisherigen Exporte der Region sich fast ausschließlich auf Kaffee und Bananen konzentrieren.

Die Handelsbeziehungen zwischen der EG und dem zentralamerikanischen Raum werden auf nichtpräferentieller Basis abgewickelt. Allerdings stehen den fünf Staaten im industriellen und landwirtschaftlichen Bereich die gleichen Zollvergünstigungen zu, die die Gemeinschaft allen anderen Entwicklungsländern für Halb- und Fertigerzeugnisse gewährt. Die EG ist für die Exporte der Region nach den USA der zweitgrößte Markt. 39 Prozent der Bananen- und sieben Prozent der Kaffeeimporte der Gemeinschaft stammen aus Zentralamerika.

Die Entwicklungshilfe nimmt sich wegen der besonderen Bindungen der EG an die Partner des Lomé-Abkommens bisher ziemlich bescheiden aus. Von 1976 bis 1983 stellte Brüssel immerhin 179 Mill. Ecu (400 Mill. DM) bereit, davon die Hälfte als Nahrungsmittelhilfe.

## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

### BCT-Vergleichsantrag

**Köln** (dpa/VWD) – Die Kölner BCT Computer AG hat wegen Zahlungsschwierigkeiten Vergleich angemeldet. Das bestätigte gestern das Kölner Amtsgericht. Von dem Vergleichsantrag sind nach Angaben eines Vorstandsprechers mehr als 140 Mitarbeiter betroffen. Gleichzeitig ermittelt die Staatsanwaltschaft Köln gegen die Geschäftsführung der Computer-Firma. Eine Frankfurter Bank habe Anzeige wegen „betrügerischer Schädigung" erstattet, so ein Sprecher der Staatsanwaltschaft.

### Export war Schwerpunkt

**München** (dpa/VWD) – Das Exportgeschäft war Schwerpunkt der 15. Ikofa, die gestern nach sechstägiger Dauer zu Ende ging. Wie die Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft zum Abschluß mitteilte, wurden insgesamt 50 000 Fachbesucher aus 60 Ländern gezählt, die sich bei Austellern aus 28 Staaten über deren Angebot informierten. Im Mittelpunkt stand der technische Bereich mit Neuheiten zur Rationalisierung. Positiv wurden die Exportkontakte vor allem mit südeuropäischen Ländern, Großbritannien, Australien sowie dem Nahen und Fernen Osten beurteilt.

### Alle Adler-Anteile bei Asko

**Saarbrücken** (dpa/VWD) – Die Asko Deutsche Kaufhaus AG, Saarbrücken, hat die restlichen Geschäftsanteile an der Adler Bekleidungswerk AG & Co. KG., Haibach, übernommen, die bisher noch die Mitglieder der Familie Adler in Höhe von 27,5 Prozent hielten. Die Gebrüder Adler sollen aber weiter für die Gesellschaft tätig sein. Die Modezentren der Adler Bekleidungswerke erzielten 1983 einen Umsatz von 460 Mill. DM. Dies ist ein Plus von 23 Prozent gegenüber 2,7 Prozent im Durchschnitt des deutschen Bekleidungshandels. Adler ist der ertragsstärkste Unternehmenszweig von Asko.

### Aufwind bei TA

**Frankfurt** (adh) – Für eine Ausweitung der Monatsproduktion um 20 Prozent und die Einführung einer zweiten Schicht Anfang September sorgte die weltweit große Nachfrage nach elektronischen Büroschreibmaschinen im Frankfurter Werk der Triumph-Adler-Gruppe. In der für 20 Mill. DM erneuerten Produktionsstätte arbeiten jetzt 1000 Beschäftigte (zu Jahresanfang waren es erst 860), die jetzt die Produktion der millionsten elektronischen Schreibmaschine feiern konnten. In der Gruppe insgesamt führte die „erfreuliche Auftragsentwicklung", so teilt das Unternehmen mit, zu einer Steigerung der Belegschaft um knapp sechs Prozent auf 11 704 Mitarbeiter.

### Papier mit Verlust

**Dörpen** (dos) – Die Nordland Papier GmbH, Dörpen/Ems, einer der führenden Hersteller holzfreien Papiers, hat auch 1983 rote Zahlen geschrieben. Allerdings hat sich der Jahresfehlbetrag auf 4,92 (17,05) Mill. DM verringert. Der Bilanzverlust wird mit 16,5 (11,6) Mill. DM ausgewiesen. Im Berichtsjahr erhöhte sich der Umsatz leicht auf 418 (412) Mill. DM. Inzwischen vorgenommene Preiserhöhungen hätten die Ertragsaussichten für das laufende Jahr deutlich verbessert.

### Karlsberg gut behauptet

**Homburg** (dpa/VWD) – Die Karlsberg Brauerei KG Weber, Homburg, hat ihren Umsatz im Geschäftsjahr 1983/84 (31. März) um 0,3 Prozent auf 270 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr gesteigert. Der Bierabsatz hat sich im Karlsberg-Verbund um 1,8 Prozent auf 1,76 Mill. Hektoliter verringert. Alkoholfreie Getränke buchten ein Plus von 4,3 Prozent auf rund 300 000 Hektoliter.

### Sarotti zufrieden

**Frankfurt** (adh) – Zufriedenstellend nennt die Sarotti-Geschäftsleitung die Entwicklung in diesem Jahr. In den ersten acht Monaten sei eine Umsatzsteigerung um rund 15 Prozent erzielt worden. Für das ganze Jahr werden rund 300 Mill. DM angepeilt. Vorausgegangen war eine Sortimentsbereinigung auf rund 40 Produkte bei der Nestlé-Schokoladentochter, die besonders im Geschäft mit Tafelschokolade noch nicht mit der Ertragssituation zufrieden ist. Nach kräftigen Rohkakao-Verteuerungen waren deshalb die Abgabepreise zum 1. Juli erhöht worden.

## NAMEN

**Prof. Dr. Bernhard Timm,** bis 1974 Vorsitzender des Vorstandes und bis Juni 1983 Vorsitzender des Aufsichtsrates der BASF Aktiengesellschaft, wird am 29. September 75 Jahre.

**Rudolf Gaßner** (42), bisher Chef der Polydor International, Hamburg, ist in den Vorstand des Musikkonzerns PolyGram berufen worden und wird die internationale Repertoire-Beschaffung in London leiten.

Dr. **Friedrich-Karl Schieferdekker,** Vorstandsvorsitzender der Agrob AG, München, hat den Aufsichtsrat gebeten, ihn zum 30. September 1984 vorzeitig aus seinem Vertrag zu entlassen. Sein Nachfolger wird Dr. **Alfred Wagner.**

**Richard Oeler,** Repräsentant der VAG-Armaturen GmbH, Mannheim, tritt am 31. Oktober in den Ruhestand.

**Adolf Hüngsberg,** verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit von Toyota Deutschland, Düsseldorf, ist am 25. September im Alter von 56 Jahren gestorben.

**Jürgen Timmé** wurde per 1. September 1984 Geschäftsführer der Drath & Schrader, Anlagen und Einrichtungen für Kerntechnik- und Strahlenschutz, Bruchhausen-Vilsen.

Prof. Dr. **Ernst Biekert,** Vorstandsvorsitzender der Knoll AG, Ludwigshafen, vollendete am 25. September das 60. Lebensjahr.

**Francesco Tatò** (52), Vorsitzender der Geschäftsführung bei der Mannesmann-Tochter Kienzle Apparate GmbH, Villingen, scheidet auf eigenen Wunsch aus dem Amt. Seine Position soll erneut mit einem „externen" Manager besetzt werden.

## KONKURSE

**Konkurs eröffnet: Alfeld:** Alfelder Eisenwerke Carl Heise KG vorm. Otto Wesselmann & Cie.; **Bad Kreuznach:** K–M–B Bauges. mbH, Stromberg; **Berlin Charlottenburg:** B. O. S. S. Möbelhandelsges. mbH; **Essen:** Nachl. d. Julius Schwenk; **Gelsenkirchen:** H. Nebelsiek Indo-Ofenbau KG; **Hamm:** Bönninghaus u. Sohn; **Köln:** rhombus Bauges. mbH; Fliesen H. G. Winkelhoch GmbH; **München:** Manfred Bollweck, Röhrmoos, Alleininh. d. MABO-Video; Nachl. d. Peter Richard Leukefeld; Löhr & Co. bisher: Fürstenfeldbruck, jetzt: Alling; CUM Kultur + Wirtschaft – Verlag GmbH, Gräfeling; Nachl. d. Willi Ebermayer; Nachl. d. Karl Heinz Dieter Töpfer; **Oldenburg:** Point GmbH, Einzelhandel m. Video-, Hifi-, TV- u. Elektrogeräten.

**Anschlußkonkurs eröffnet: Hannover:** Tief- u. Straßenbau Behrendt GmbH & Co. KG, Hemmingen 5; Tief- u. Straßenbau Behrendt Verwaltungs-GmbH, Hemmingen 5.

**Vergleich beantragt: Alfeld:** Georg Rohde, Maurermeister; **Bielefeld:** Multimedia Ges. f. Media-Planung u. Streuung mbH.

POLEN / Schmiergelder gehören zum Alltag – Illustrierte veröffentlicht „Preisliste"

# Schwarzhandel sichert hohe Gewinne

JOACHIM G. GÖRLICH, Köln

Polens führende Wirtschaftszeitung „Zycie Gospodarcze" (Wirtschaftsleben) hat neben den staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Wirtschaftssektoren einen neuen ausgemacht: einen „Zweitsektor". Dieser bewegt sich zwar außerhalb der Legalität, sein Gewinn wird jedoch auf 536,4 Mrd. Zloty (laut neuer Kurstabelle 1 DM = 43,23 Zloty) jährlich geschätzt. Fast jeder Pole ist in diesem Sektor irgendwie tätig, der bei der Bevölkerung unter dem Titel „Unabhängige Wirtschaftstätigkeit" läuft, heißt es.

Die „Berufsgruppen" dieses neuen Sektors werden angeführt von den illegalen Devisenhändlern, „Spekulanten", Arbeitern staatlicher Betriebe, die „außerhalb der Reihe" und mit besserem Material Arbeiten ihrer Unternehmen bei Kunden erledigen, dafür aber gesondert kassieren. Dies allerdings zur Zufriedenheit der Auftraggeber. Dazu gezählt werden auch Lehrer und Studenten, die Nachhilfestunden erteilen, ohne dies den Finanzämtern zu melden oder den Stipendien-Kommissionen der Hochschulen. West-Fremdsprachen sind hierbei besonders bevorzugt, vor allem Englisch und Deutsch. Hinzu kommen ferner die Eigentümer privater Kindergärten, die ein Produkt der Jaruzelski-Ära sind: Es gibt zu wenig staatliche Kindergärten, und außerdem werden neuerdings hohe Gebühren abverlangt. Eine weitere Gruppe bilden die „Schlangensteher", meistens Rentner, die sich inzwischen organisiert haben und Einkäufe für die arbeitende Bevölkerung tätigen und dafür natürlich ein „Honorar" anstandslos erhalten.

Hohe Nebeneinkommen, die manchmal das Vielfache des eigentlichen Monatslohnes überschreiten, haben Verkäuferinnen und Verkäufer der Staatsläden, die Mangelware nur an bestimmte Kunden und an die Schwarzmarkthändler mit entsprechendem Aufschlag verkaufen. Und es gibt viele Polen, die ein lukratives Geschäft mit Päckchen aus dem Westen machen, die öfter nahezu ihre einzige Einkommensquelle sind. „Zycie Gospodarcze" errechnete, daß ein Haushalt im Schnitt 12 Prozent seines Einkommens für Schwarzarbeit und Schmiergeld abzweigt.

Die Kattowitzer Illustrierte „Panorama" hat eine „Preisliste" für Schmiergelder ermittelt. Einem „Schlangensteher" vor einem Möbelgeschäft zahlt man im Schnitt 20 000 Zloty „Provision". Wer außerhalb der jahrelangen Reihe rascher ein eigenes Telefon zugeteilt bekommen will, schmiert mit 100 000 Zloty. Wer Gewißheit haben will, daß sein Pkw, den er nach mehrjähriger Wartezeit zugeteilt bekam, keine „Montagsproduktion" ist, zahlt 15 000 Zloty. Krankenschwestern erhalten pro Nachtschicht von Angehörigen von Patienten für „besondere Fürsorge" 1000 Zloty. Für örtliche Betäubungen bei Geburten in staatlichen Krankenanstalten kosten 10 000 Zloty plus französischer Cognac und Blumen für den diensthabenden Gynäkologen. Die Aufnahme des Kindes in den staatlichen oder privaten Kindergarten wird indessen mit 20 000 Zloty Schmiergeld „honoriert".

Nur bei Herzinfarkt ist eine Aufnahme ins Krankenhaus außerhalb der Reihe möglich, konstatiert „Panorama". Glücklich seien nur diejenigen Haushalte, die eine Oma oder einen Opa oder beides haben, die täglich in irgendeiner Schlange um irgendetwas stehen, die Kinder ohne Hilfe des Kindergartens betreuen und wo die Kinder keine Nachhilfestunden brauchen, heißt es in „Panorama".

## Bundesanleihen

[illegible]

## Bundesbahn

[illegible]

## Bundespost

[illegible]

## Länder – Städte

[illegible]

## Bankschuldverschreib.

[illegible]

# Renten weiter unsicher

**Da die Zinsentwicklung in den USA weiterhin Rätsel aufgibt, scheint am deutschen Rentenmarkt ein Abbau spekulativer Bestände stattzufinden. Dadurch kam es im öffentlichen Bereich überwiegend zu Abschlägen bis zu 0,30 Prozentpunkten. Die neue siebendreiviertelprozentige Niedersachsen-Anleihe mit ihrem Ausgabekurs von 99,90 Prozent ist nur mit größter Zurückhaltung aufgenommen worden. Am Pfandbriefmarkt gab es kaum Veränderungen. Nur geringe Umsätze bei den DM-Auslandsanleihen, bei denen es vor allem an Aufträgen aus dem Ausland mangelt.**

| | 26. 9. | 25. 9. |
|---|---|---|
| M 5½ Bayer.Hypo Pf 14 | 94,75G | 94,75G |
| 6 dgl. Pf 20 | 82G | 82G |
| 6½ dgl. Pf. 2 | 98G | 98G |
| 7 dgl. Pf 3 | 97,5bG | 97,5bG |
| 6½ dgl. KS 14 | 99G | 99G |
| 7½ dgl. KS 27 | 89,25bG | 89,25bG |
| M 5 Bayer. Hypo Pf 33 | 123G | 123G |
| 5½ dgl. Pf 11 | 129,25G | 129,25G |
| 6 dgl. Pf 34 | 77,5G | 77,5G |
| 8 dgl. KO Pf 50 | 100G | 100G |
| 6½ dgl. Pf 10 | 83,75G | 83,75G |
| 6 dgl. KS 1 | 99,8G | 99,8G |
| M 6 Ldw. Aufb. KS 15 | 98,6G | 98,6G |
| 6 dgl. KS 16 | 97,85G | 97,85G |
| [illegible] | [illegible] | [illegible] |

| | 26. 9. | 25. 9. |
|---|---|---|
| H 5 Hbg. Lbk. Pf 2 | 117 | 117 |
| 6 dgl. 14 | 92,8G | 92,8G |
| 6 dgl. 47 | 88G | 88G |
| F 5 Helaba Pf 8 | 111G | 111G |
| 6 dgl. Pf 80 | 98,95G | 98,95G |
| 8 dgl. Pf 73 | 102,05G | 102,05G |
| 4 dgl. KO 5 | 103G | 103G |
| H 6 Hyp.LHbg. Pf 98 | 83,75 | 83,75 |
| 6½ dgl. Pf 80 | 92,28 | 92,28 |
| 8 dgl. Pf. 349 | 100,05G | 100,05 |
| 9 dgl. KO 125 | – | – |
| 8 dgl. KO 175 | 101,75G | 101,75G |
| 9 dgl. KO 259 | 103G | 103G |
| 9½ dgl. KO 202 | – | – |
| [illegible] | [illegible] | [illegible] |

| | 26. 9. | 25. 9. |
|---|---|---|
| M 5 Vereinsb. Hbg. Pf 55 | 117,5G | 117,5G |
| 6 dgl. Pf 96 | 78G | 78G |
| 7 dgl. Pf 100 | 100,6G | 100,6G |
| D 8 WestLB Pf 350 | 101,1G | 101,1G |
| 6½ dgl. Pf 403 | 99,25G | 99,25G |
| 9½ dgl. Pf 1007 | 107,75G | 107,75G |
| 8 dgl. Pf 1015 | 101,3G | 101,3G |
| 7 dgl. KO 558 | 100,2bG | 100,2bG |
| 6½ dgl. KS 420 | 98,15G | 98,15G |
| 9½ dgl. KO 1301 | 106,9bG | 106,9bG |
| 8½ dgl. KS 1278 | 101,25G | 101,25G |
| 8 dgl. KS 1512 | 102,45G | 102,45G |
| 9½ dgl. KS 1520 | 101,3G | 101,3G |
| 6½ dgl. KS 679 | 97,3G | 97,3G |
| 7½ dgl. KS 1503 | – | – |
| [illegible] | [illegible] | [illegible] |

## Sonderinstitute

[illegible]

## Industrieanleihen

[illegible]

## Optionsscheine

[illegible]

## Optionsanleihen

[illegible]

## Währungsanleihen

[illegible]

## Wandelanleihen

[illegible]

## Ausländische Aktien in DM

[illegible]

# Warenpreise – Termine

**Gut behauptet schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Unverändert, mit Ausnahme des brechteilig schwächeren Kassamonats, ging Silber aus dem Markt. Schwächer notierte Kupfer. Niedriger als am Vortag werden auch Kaffee und Kakao bewertet.**

## Getreide und Getreideprodukte

| Weizen Chicago (c/bush) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Dez. | 350,50 | 352,00 |
| März | 357,50 | 358,25 |
| Mai | 355,00 | 365,50 |

| Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif. | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| St. Lawrence 1 CW | 238,90 | 238,80 |
| Amber Durum | 255,65 | 257,05 |

| Roggen Winnipeg (can. $/t) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Okt. | 142,70 | 141,60 |
| Dez. | 147,50 | 146,80 |
| März | 154,00 | 153,00 |

| Hafer Winnipeg (can. $/t) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Okt. | 122,00 | 122,30 |
| Dez. | 123,00 | 123,50 |
| März | 125,00 | 127,50 |

| Hafer Chicago (c/bush) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Dez. | 176,25 | 176,75 |
| März | 174,25 | 175,50 |
| Mai | 172,50 | 173,00 |

| Mais Chicago (c/bush) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Dez. | 283,50 | 284,50 |
| März | 287,75 | 288,00 |
| Mai | 291,25 | 291,50 |

| Gerste Winnipeg (can. $/t) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Okt. | 126,10 | 126,50 |
| Dez. | 128,70 | 129,00 |
| März | 131,80 | 131,90 |

## Genußmittel

| Kaffee New York (c/lb) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Terminkontr. Dez. | 136,90 | 137,41 |
| März | 135,90 | 136,05 |
| Mai | 134,40 | 135,01 |

| Kakao New York ($/t) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Terminkontr. Dez. | 2331 | 2413 |
| März | 2270 | 2340 |
| Mai | 2271 | 2342 |
| Umsatz | 3397 | 3785 |

| Zucker New York (c/lb) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Kontrakt Nr. 11 Okt. | 4,08 | 4,00 |
| Jan. | 4,75 | 4,86 |
| März | 5,29 | 5,21 |
| Mai | 5,67 | 5,55 |
| Juli | 6,04 | 5,87 |
| Umsatz | 13 570 | 8 570 |

| Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| | 3,93 | 3,96 |

| Kaffee London (£/t) Robusta- | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Kontrakt Sept. | 2385–2390 | 2387–2390 |
| Nov. | 2404–2405 | 2417–2418 |
| Jan. | 2289–2292 | 2320–2322 |
| Umsatz | 5030 | 2186 |

| Kakao London (£/t) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Terminkontrakt Sept. | 2276–2279 | 2290–2295 |
| Dez. | 1996–1998 | 2014–2015 |
| März | 1942–1943 | 1952–1954 |
| Umsatz | 5241 | 5214 |

| Zucker London ($/t), Nr. 6 | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Okt. | 112,80–113,00 | 116,80–117,00 |
| Dez. | 126,00–126,40 | 128,80–129,40 |
| März | 141,80–142,00 | 144,80–145,00 |
| Umsatz | 2980 | – |

| Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| schw. Sarawak spez. | 450,00 | 460,00 |
| weißer Sarawak | 700,00 | 700,00 |
| weißer Muntok | 707,50 | 707,50 |

| Orangensaft New York (c/lb) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Nov. | 181,80 | 182,20 |
| Jan. | 182,50 | 183,00 |
| März | 182,90 | 182,50 |
| Mai | 182,80 | 183,80 |
| Juli | 183,15 | 183,00 |
| Umsatz | 1 500 | 2 000 |

## Öle, Fette, Tierprodukte

| Erdnußöl New York (c/lb) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Südstaaten fob Werk | 37,00 | 37,00 |

| Maisöl New York (c/lb) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| US-Mittelweststaaten fob Werk | 29,25 | 29,25 |

| Sojaöl Chicago (c/lb) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Okt. | 25,28 | 25,05 |
| Dez. | 24,45 | 24,25 |
| Jan. | 24,35 | 24,10 |
| März | 24,15 | 23,85 |
| Mai | 24,00 | 23,75 |
| Juli | 23,80 | 23,80 |
| Aug. | 23,40 | 23,50 |

| Baumwollsaatöl New York (c/lb) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Mississippi-Tal | 29,00 | 30,00 |

| Schmalz Chicago (c/lb) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| loco lose | 27,00 | 27,00 |
| Choice white hog 4% fr. F. | 19,50 | 21,50 |

| Talg New York (c/lb) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| top white | 21,75 | 21,75 |
| fancy | 21,50 | 21,50 |
| bleichfähig | 19,75 | 19,75 |
| yellow max. 10% fr. F. | 17,25 | 17,25 |

| Schweine Chicago (c/lb) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Okt. | 45,50 | 45,35 |
| Dez. | 46,95 | 46,80 |
| Febr. | 48,85 | 48,75 |

| Schweinebäuche Chicago (c/lb) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Febr. | 62,70 | 61,50 |
| März | 61,85 | 60,45 |
| Mai | 62,50 | 61,50 |

| Rinder Chicago (c/lb) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Ochsen einh. schwere River Northern | 67,00 | 67,00 |
| Kühe einh. schwere River Northern | 58,00 | 67,00 |

| Sojabohnen Chicago (c/bush) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Nov. | 598,00 | 592,50 |
| Jan. | 608,00 | 602,00 |
| März | 620,00 | 615,50 |
| Mai | 631,00 | 625,00 |
| Juli | 634,50 | 630,00 |
| Aug. | 633,00 | 630,00 |
| Sept. | 625,00 | 622,00 |

| Sojaschrot Chicago ($/sht) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Okt. | 146,80 | 146,50 |
| Dez. | 153,10 | 152,80 |
| Jan. | 155,90 | 155,50 |
| März | 160,50 | 159,50 |
| Mai | 164,00 | 164,50 |
| Juli | 176,50 | 167,50 |
| Aug. | 166,60 | 167,00 |

| Leinsaat Winnip. (can. $/t) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Okt. | 344,00 | 344,80 |
| Dez. | 353,50 | 353,80 |
| März | 367,00 | 367,30 |

| Kokosöl New York (c/lb) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Westküste fob Werk | 60,50 | 60,50 |

| Erdnußöl Rotterdam ($/t) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| jegl. Herk. cif | 900,00 | 905,00 |

| Leinöl Rotterdam ($/t) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| jegl. Herk. ex Tank | 635,00 | 640,00 |

| Palmöl Rotterdam ($/lgt) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Sumatra cif | 635,00 | 635,00 |

| Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| roh Niederl. fob Werk | 239,00 | 236,00 |

| Kokosöl Rotterdam ($/lgt) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Philippinen cif | 1400,00 | 1350,00 |

| Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Rotterdam | 287,00 | 286,00 |

## Wolle, Fasern, Kautschuk

| Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2: | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Okt. | 64,22 | 63,70 |
| Dez. | 65,15 | 64,85 |
| März | 66,33 | 66,59 |
| Mai | 67,90 | 67,70 |
| Juli | 69,05 | 68,90 |
| Okt. | 69,55 | 69,15 |

| Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| loco RSS–1: | 46,25 | 46,25 |

| Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2: | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Okt. | 505–511 | 510–512 |
| Dez. | 508–510 | 510–516 |
| Jan. | 512–513 | 512–517 |
| Umsatz | 111 | 79 |

| Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge: | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Dez. | 51,60 | 51,40 |
| März | 51,40 | 53,10 |
| Mai | 53,10 | 53,40 |
| Juli | 53,40 | 53,50 |
| Umsatz | 0 | 0 |
| Tendenz: stetig | | |

| Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Okt. | 555,0–558,0 | 554,0–554,5 |
| Dez. | 563,0–566,0 | 562,0–562,5 |
| März | 574,0–576,0 | 573,0–574,5 |
| Umsatz | 18 | 27 |

| Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| East African 3 long | 680,00 | 680,00 |
| undergraded | 570,00 | 570,00 |

| Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Sept. | 13 214 | geschlossen |
| Okt. | 13 001 | geschlossen |

| Kautschuk London (p/kg) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Nr. 1 RSS loco | – | 62,00–65,50 |
| Okt. | 60,00–64,00 | 61,00–63,00 |
| Nov. | 61,50–66,00 | 61,50–66,00 |
| Dez. | 62,50–67,00 | 62,50–67,00 |
| | | Tendenz: – |

| Kautschuk Malaysia (mal. c/kg) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Okt. | 214,25–215,50 | 216,00–217,00 |
| Nov. | 215,00–216,00 | 216,50–217,00 |
| Nr. 2 RSS Okt. | 202,50–203,50 | 204,00–205,00 |
| Nr. 3 RSS Okt. | 199,00–200,00 | 200,50–201,50 |
| Nr. 4 RSS Okt. | 192,00–193,00 | 193,50–194,50 |
| Tendenz: ruhig | | |

| Jute London (£/lgt) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| BWC | 810,00 | 810,00 |
| BWD | 795,00 | 795,00 |
| BTC | 810,00 | 810,00 |
| BTD | 795,00 | 795,00 |

## Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

## Westdeutsche Metallnotierungen

| (DM je 100 kg) | 26. 9. | 25. 9. |
|---|---|---|
| Blei: Basis London | | |
| laufend. Monat | 125,08–125,27 | 127,33–127,52 |
| drittfolg. Monat | 128,79–128,98 | 128,85–129,04 |
| Zink: Basis London | | |
| laufend. Monat | 234,97–235,73 | 235,28–236,66 |
| drittfolg. Monat | 234,59–234,97 | 235,28–235,47 |
| Produz.-Preis | 290,79 | 288,06 |
| Reinzinn 99,9% | geschlossen | 4120–4160 |

## NE-Metalle

| (DM je 100 kg) | 26. 9. | 25. 9. |
|---|---|---|
| Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*) | 398,40–400,29 | 397,77–399,67 |
| Blei in Kabeln | 132,75–133,75 | 135,00–136,00 |
| Aluminium für Leitzwecke (VAW) | | |
| Rundbarren | 455,00–456,50 | 455,00–458,50 |
| Vorziehdraht | 464,00–464,50 | 464,00–464,50 |

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

## Messingnotierungen

| | 26. 9. | 25. 9. |
|---|---|---|
| MS 58, 1. Verarbeitungsstufe | 386–387 | 385–386 |
| MS 58, 2. Verarbeitungsstufe | 428–434 | 427–434 |
| MS 63 | 414–419 | 414–419 |

## Zinn-Preis Penang

| Straits-Zinn ab Werk prompt | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| (Ring./kg) | 29,15 | 29,15 |

## Deutsche Alu-Gußlegierungen

| (DM je 100 kg) | 26. 9. | 25. 9. |
|---|---|---|
| Leg. 225 | 345–363 | 345–368 |
| Leg. 226 | 347–365 | 347–370 |
| Leg. 231 | 377–395 | 377–400 |
| Leg. 233 | 387–405 | 387–410 |

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

## Edelmetalle

| | 26. 9. | 25. 9. |
|---|---|---|
| Platin (DM je g) | 35,10 | 34,45 |
| Gold (DM je kg Feingold) | | |
| Banken-Vkpr. | 34 700 | 34 400 |
| Rücknahmepr. | 33 950 | 33 650 |
| Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) | | |
| Degussa-Vkpr. | 35 000 | 34 800 |
| Rücknahmepr. | 34 210 | 33 730 |
| verarbeitet | 36 800 | 36 290 |
| Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg) | 34 355 | 34 040 |
| Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) | | |
| Degussa-Vkpr. | 772,90 | 759,90 |
| Rücknahmepr. | 750,30 | 737,60 |
| verarbeitet | 808,90 | 793,30 |

## Internationale Edelmetalle

| Gold (US-$/Feinunze) London | 26. 9. | 25. 9. |
|---|---|---|
| 10.30 | 345,75 | 345,10 |
| 15.00 | 346,10 | 345,00 |
| Zürich mittags | 345,50–346,00 | 343,70–344,20 |
| Paris (F/1-kg-Barren) mittags | 105 000 | 104 600 |
| Silber (p/Feinunze) | | |
| London Kasse | 618,10 | 609,80 |
| 3 Monate | 634,00 | 625,30 |
| 6 Monate | 650,15 | 642,05 |
| 12 Monate | 685,05 | 674,15 |

| Platin (£-Feinunze) London | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| fr. Markt | 252,95 | 263,60 |

| Palladium (£-Feinunze) London | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| 1. Händlerpr. | 112,95 | 113,80 |

| New Yorker Preise | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Gold H & H Ankauf | 345,00 | 347,75 |
| Silber H & H Ankauf | 757,00 | 762,50 |
| Platin fr. Händlerpr. | 322,00–327,50 | 322,50–327,00 |
| Produz.-Preis | 475,00 | 475,00 |
| Palladium fr. Händlerpr. | 139,00–140,00 | 142,00–143,00 |
| Produz.-Preis | 150,00 | 150,00 |

| Silber (c/Feinunze) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Sept. | 760,00 | 761,40 |
| Okt. | 763,00 | 763,00 |
| Nov. | 770,00 | 770,00 |
| Dez. | 776,00 | 776,00 |
| Jan. | 784,10 | 784,10 |
| März | 799,00 | 797,00 |
| Mai | 813,20 | 812,00 |
| Umsatz | 18 000 | 21 000 |

## New Yorker Metallbörse

| Kupfer (c/lb) | 25. 9. | 24. 9. |
|---|---|---|
| Sept. | 58,05 | 56,50 |
| Okt. | 58,00 | 56,50 |
| Dez. | 58,70 | 57,10 |
| Jan. | 57,25 | 57,70 |
| März | 57,95 | 58,35 |
| Mai | 59,10 | 59,55 |
| Juli | 60,30 | 60,80 |
| Umsatz | 6 500 | 5 900 |

## Londoner Metallbörse

| | 26. 9. | 25. 9. |
|---|---|---|
| Aluminium (£/t) Kasse | 825,00–825,50 | 823,50–824,50 |
| 3 Monate | 849,00–849,50 | 847,50–848,00 |
| Blei (£/t) Kasse | 329,50–330,00 | 333,50–334,00 |
| 3 Monate | 334,00–334,50 | 337,00–337,50 |
| Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse | 1037,0–1037,5 | 1034,0–1034,5 |
| 3 Monate | 1057,5–1058,0 | 1055,0–1055,5 |
| abends Kasse | – | 1031,0–1032,0 |
| 3 Monate | – | 1052,5–1053,0 |
| (Kupfer-Standard) Kasse | 1035,0–1037,0 | 1031,0–1032,0 |
| 3 Monate | 1055,0–1056,0 | 1050,0–1051,0 |
| Zink (£/t) Kasse | 619,00–621,00 | 611,00–613,00 |
| 3 Monate | 618,00–619,00 | 610,00–611,00 |
| Zinn (£/t) Kasse | 9707–9718 | 9660–9670 |
| 3 Monate | 9800–9805 | 9560–9570 |
| Quecksilber ($/Fl.) | – | 310–318 |
| Wolfram-Erz ($/T-Einh.) | – | 84–85 |













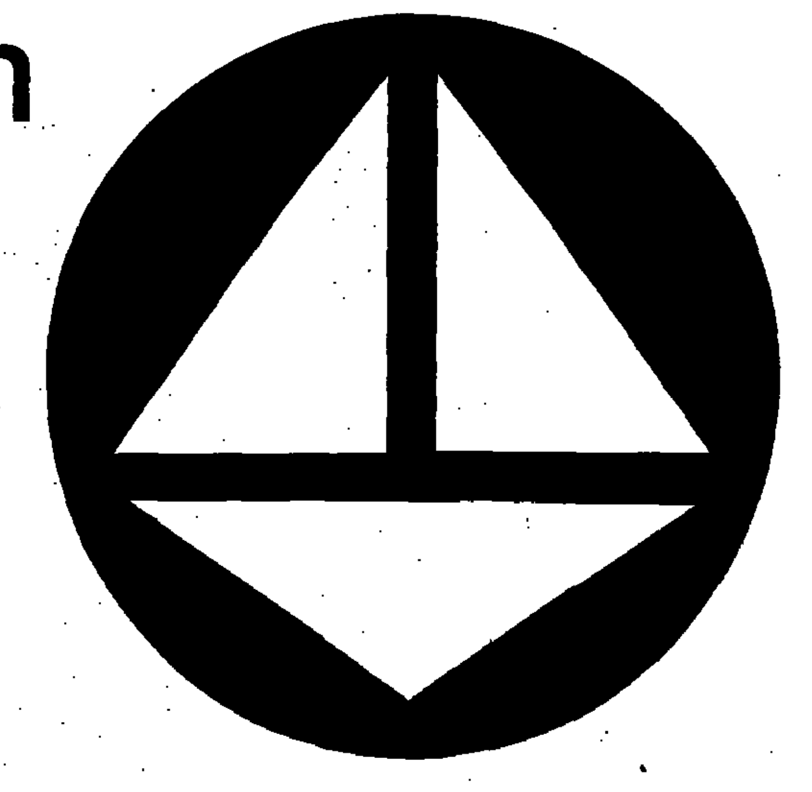












## NACHRICHTEN

### Profi-Debut

**Detroit** (sid) – Einen Profi-Vertrag unterschrieb Box-Olympiasieger Steve McCrory. Der 20jährige wird sein Debut im Fliegengewicht am 19. Oktober im New Yorker Madison Square Garden geben. Gegner ist der Mexikaner Leonardo Alvarado.

### Außer Lebensgefahr

**Hamburg** (sid) – Der Gesundheitszustand des 32 Jahre alten Trabertrainers Carsten Heitmann, der am Sonntagabend bei einem Verkehrsunfall lebensgefährliche Verletzungen erlitt, hat sich gebessert. Nach Auskunft seiner Familie ist er außer Lebensgefahr.

### Auch Geye verletzt

**Kaiserslautern** (sid) – Einen Muskelfaserriß erlitt Reiner Geye (34), Mannschaftsführer des Fußball-Bundesligaklubs 1. FC Kaiserslautern. Im Auswärtsspiel beim Hamburger SV ist deshalb Werner Melzer als direkter Gegenspieler von Nationalspieler Felix Magath vorgesehen.

### Erneut Remis

**Wolgograd** (dpa) – Auch die 6. Partie der Schachweltmeisterschaft der Damen zwischen der sowjetischen Titelverteidigerin Maja Tschiburdanidse und ihrer Herausforderin Irina Lewitina (ebenfalls UDSSR) endete nach 35 Zügen mit einem Remis. Damit steht es 3,0 : 3,0.

### Hüging und Grubba

**Düsseldorf** (sid) – Nationalspieler Engelbert Hüging (Jülich) und der Pole Andrzej Grubba gewannen beim mit 140 000 Mark dotierten Tischtennis-Grand-Prix von Deutschland die beiden Turniere in Ulm und Recklinghausen. In der Gesamtwertung des Grand-Prix, der am Sonntag abgeschlossen wird, führen der Schwede Ulf Bengtsson (Gruppe A) sowie Grubba, der Chinese Hui Jun und der Franzose Birocheau in der Gruppe B.

## ZAHLEN

**FUSSBALL**

**Wiederholungsspiel, erste Runde um den DFB-Vereinspokal:** VfL Bochum – TSV Havelse 4:0 (3:0). – **Testspiel:** Alemannia Aachen – „U21"-Nationalmannschaft 3:3 (1:1). – **Englischer Ligapokal:** Zweite Runde: FC Portsmouth (zweite Liga) – Nottingham Forest 1:0.

EISHOCKEY / Interview mit Xaver Unsinn

# „Wünsche endlich eine Saison, in der es keinen Skandal gibt"



RAINER EINFELDT, **Augsburg**

Morgen nimmt die Eishockey-Bundesliga wieder ihren Spielbetrieb auf. Die WELT sprach mit dem Bundestrainer *Xaver Unsinn* über die neue Saison, über seine Erwartungen und darüber, welche Klubs er zu den Favoriten zählt.

**WELT:** Die Bundesliga startet wieder am morgigen Freitag. Welche persönlichen Erwartungen knüpfen Sie an die neue Saison?

**Unsinn:** Einmal gute und spannende Spiele, aber keine Brutalität. Ich appelliere an alle Akteure, die Gesundheit des Gegenspielers zu achten.

**WELT:** Es gab in der vergangenen Saison, besonders in den Play-Off-Spielen, Kontroversen zwischen den Vereinen. Sind diese Dinge inzwischen ausgeräumt?

**Unsinn:** Ich habe allen Bundesliga-Mannschaften klargemacht, daß die aufgetretenen Ressentiments aus der vergangenen Saison nicht in die neue getragen werden dürfen. Das wäre unserem Image abträglich. Ich wünsche mir endlich einmal eine Saison ohne Skandal. Das Eishockey sollte seine Chance nutzen und in puncto Zuschauer gegenüber dem Fußball weiter Boden gutmachen!

**WELT:** Glauben Sie an einen Zuschauer-Boom?

**Unsinn:** Die guten Leistungen der Nationalmannschaft bei den Olympischen Winterspielen in Sarajevo und beim Canada-Cup sowie die guten Resultate unserer Vereinsmannschaften in internationalen Vergleichen haben sicherlich Positives bewirkt. Darauf müssen wir aufbauen.

**WELT:** Sind Sie auch der Auffassung, daß die Leistungen besser geworden sind?

**Unsinn:** Ohne Zweifel wurde das Niveau des deutschen Eishockeys angehoben. Jetzt erwarte ich eine weitere Steigerung, auch im Hinblick auf die Teilnahme der Nationalmannschaft am Istvestija-Cup in Moskau im Dezember. Ich bin der Meinung, daß zumindest unsere Nationalspieler schon in Topform in die Saison gehen und die Vereine allgemein noch besser als bisher vorbereitet sind.

**WELT:** Zu guten Spielen gehören auch gute Schiedsrichter. Haben wir die?

**Unsinn:** Ich bedaure selbstverständlich, daß einige erfahrene Schiedsrichter aufgehört haben. Den jungen muß man die Chance zur Bewährung geben. Die Schiedsrichter sollten das Spiel in einem gewissen Rahmen laufen lassen und nicht zu kleinlich pfeifen, aber bei bösartigen Fouls auch mit entsprechender Härte durchgreifen. Die Spieler müssen spüren, daß ein Schiedsrichter das Spiel im Griff hat.

**WELT:** In der Bundesliga gibt es nur noch zwei deutsche Trainer, dafür aber sechs aus der CSSR, einen Kanadier und einen Amerikaner. Ist das eine gute Entwicklung?

**Unsinn:** Die Trainer aus der CSSR haben einen sehr positiven Einfluß ausgeübt, weil sie ein technisch sehr schönes Eishockey bevorzugen. Das Manko aber ist: Es fehlen gute deutsche Trainer, die sich gerade im Nachwuchsbereich intensiv engagieren. Die meisten scheuen eben das Risiko, eine gesicherte berufliche Stellung für einen unsicheren Trainerjob im Eishockey aufzugeben.

**WELT:** Wie lautet Ihre Prognose für die jetzt beginnende Saison?

**Unsinn:** Titelverteidiger Kölner EC ist für mich wieder der Top-Favorit. Zu rechnen ist aber auch mit SB Rosenheim, dank der Verstärkungen, dem ERC Mannheim mit zwei guten Ausländern und dem EV Landshut, trotz einiger Veränderungen. Für Überraschungen sind der ESV Kaufbeuren sowie die Düsseldorfer EG gut. Dazu darf man den ERC Schwenningen nicht unterschätzen. Der ECD Iserlohn, SC Rießersee und EHC-Essen-West werden es schwer haben, die Play-Off-Runde zu erreichen. Im Interesse des Eishockeys hoffe ich auf eine bis zum letzten Spieltag spannende Saison.

SPORTMEDIZIN / Wissenschaftliches Experiment mit Footballspielern gilt auch für Fußball-Profis

# Anders trainieren, dann gibt es weniger Verletzte

ULLA HOLTHOFF, **Bonn**

Verletzte Nationalspieler zwangen Franz Beckenbauer beim jüngsten Kurzlehrgang zur Programm-Änderung. Verletzte Stammspieler zwingen Bundesligatrainer zur Improvisation und gefährden das Saisonziel der Vereine. In München, Stuttgart, Mönchengladbach und Hamburg, in Köln, Frankfurt oder Bremen wird Verletzungspech beklagt.

Selten zuvor gingen zu Beginn einer Saison soviele Krankmeldungen bei den Klubs ein wie in den ersten acht Wochen dieser Spielzeit. Die Vereine jammern und fügen sich ergeben in das, was sie „Schicksal" oder „Pech" nennen. Nach Ursachen suchen sie erst gar nicht. Stuttgarts Trainer Helmut Benthaus weigerte sich kürzlich sogar, eine Frage zum Thema falsches Training/Verletzungshäufigkeit zu beantworten.

Das überläßt er anderen. „Grundsätzlich gibt es einen Zusammenhang zwischen Training und Verletzungsanfälligkeit", behauptet beispielsweise Dieter Lagerström, Mediziner am sportmedizinischen Institut der Sporthochschule in Köln. Den Beweis für seine These erbringen seit zwei Jahren die Spieler der Düsseldorfer Panther, dem Deutschen Meister im American Football. Noch in der Saison 1982 hatten die Panther viele Verletzte, sie verloren Spiele, weil sie zuvor Spieler durch Verletzungen verloren hatten.

„Die Panther hatten jedoch das Glück, in Steve Moor einen aufgeschlossenen Trainer und in Horst Morawietz einen engagierten Mannschaftsarzt zu haben", erklärt Dieter Lagerström. Beide wollten das Training auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse neu gestalten. Beraten von Dieter Lagerström starteten sie mit der Vorbereitung auf die Saison 1983 ein Experiment. Ausgangspunkt war der individuelle Leistungsstand eines jeden Spielers, der in zweitägigen Tests festgestellt wurde.

Anschließend erarbeiteten die beiden Mediziner gemeinsam mit Trainer Moor und Mannschaftskapitän Vollenberg ein umfassendes Trainingsprogramm. Dazu gehörten: Eine allgemeine Vorbereitung für die Mannschaft, ein auf jeden Spieler abgestimmtes Individual-Programm, intensives Aufwärmen und spezielle Gymnastik sowie ein Ausdauertraining, das die Spieler in Form von halbstündigen Waldläufen dreimal wöchentlich als Hausaufgabe absolvierten.

Die Ergebnisse wurden in einem Wiederholungstest überprüft und schlugen nicht nur auf den Testbögen positiv zu Buche: Die Düsseldorfer Panther wurden 1983 erstmals deutscher Meister, hatten in der Saison nur eine ernsthafte Verletzung zu verzeichnen und haben sich jetzt erneut für das Endspiel (am 13. Oktober gegen „Ansbacher Grizzlies") qualifiziert.

„Mit bescheidenen Mitteln, die jedem Amateurverein zur Verfügung stehen, haben wir ein fast optimales Ergebnis erzielt", resümiert Lagerström, und Morawietz ergänzt: „Die Spieler sind leichtfüßiger geworden. Sie sind schneller und beweglicher. Unsere Verletzungsrate ist auf ein Minimum geschrumpft." Er führt vor allem den spürbaren Rückgang der früher häufigen Knie- und Muskelverletzungen auf das veränderte, individueller gestaltete Training zurück.

„Alle Muskelverletzungen, also Zerrungen, Dehnungen, Risse, aber auch Achillessehnenbeschwerden sind auf Überbelastung der Muskulatur zurückzuführen", erklärt Dieter Lagerström, der jedoch die medizinische Seite im Fußball nicht überbewerten will: „Neben Technik, Taktik und Mannschaftsführung trägt die körperliche Komponente zum Erfolg einer Mannschaft höchstens 30 Prozent bei. Doch die 30 Prozent müssen optimal ausgeschöpft werden, und das geschieht hier nicht. Rein physiologisch ist das Training der Profis absurd. Viele Trainer wissen gar nicht, was sie trainieren. Sie meinen, wenn die Spieler schnaufen, trainieren sie schon Ausdauer."

Vernachlässigt wird laut Lagerström Gymnastik und Nachbereitung. Auslaufen und intensive Dehnungsgymnastik wären notwendig, um die Muskulatur nach den Maximalbelastungen in Training und Spiel zu entspannen. So aber bleiben die Muskeln mechanisch kontrahiert (verkürzt). Wenn sie anschließend nicht gedehnt werden, verlieren sie ihre Elastizität und sind für Verletzungen fast programmiert.

## STAND ● PUNKT / *Weise?*

Die Bundesligapräsidenten haben in Berlin getagt und dabei mit großer Mehrheit die Empfehlung an den Beirat des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) weitergegeben, das Pokalendspiel solle – bereits ab 1985 – für einen gewissen Zeitraum nur noch im Berliner Olympia-Stadion stattfinden.

Ganz klar: Die Empfehlung soll einerseits die Verbundenheit zu Berlin, das ja nach Herthas Abstieg nicht mehr in der höchsten Spielklasse vertreten ist, herausstellen. Andererseits haben sich die Präsidenten gewiß am englischen Vorbild orientiert: Dort wird das Cup-Finale traditionsgemäß immer im Londoner Wembley-Stadion ausgetragen. Wer es einmal live miterlebt hat, weiß, welch faszinierendes Schauspiel dort jedesmal geboten wird.

Seit Jahren hat es Bemühungen gegeben, dem deutschen Pokalendspiel einen ähnlich festlichen Rahmen zu geben. Seit Jahren war das Berliner Olympia-Stadion als fester Austragungsort im Gespräch. Daß die DFB-Gremien jetzt Nägel mit Köpfen machen wollen, ist also durchaus verständlich.

Und dennoch bleibt die Frage zu stellen, ob eine Entscheidung für Berlin unter den gegebenen Umständen nicht eine Entscheidung an den Fans vorbei war. Denen sitzt das Geld nämlich längst nicht mehr so locker in der Tasche wie früher. Speziell die Vereine in Ruhrgebietsstädten, in denen Arbeitslosenzahlen um die 16 Prozent die Norm sind, bekommen es Samstag für Samstag zu spüren. Daß selbst verbilligte Reisen nach Berlin den Geldbeutel doch erheblich strapazieren würden, darüber braucht man sich wohl kaum zu streiten. Und auch darüber nicht, daß beispielsweise die Kölner ganz schön sauer gewesen wären, wenn sie vor zwei Jahren ihre beiden Endspielklubs 1. FC und Fortuna im Berliner Olympia- statt im heimischen Müngersdorfer Stadion hätten anfeuern müssen. BERND WEBER

1. FC KÖLN

## Gerd Strack trennt sich vom Manager

ULRICH DOST, **Bonn**

Fußball-Nationalspieler Gerd Strack vom Bundesligaklub 1. FC Köln hat sich von seinem Manager Rüdiger Schmitz getrennt. Schmitz betreut unter anderem auch die Kölner Nationalspieler Harald Schumacher und Pierre Littbarski. Durch eine zu hohe Beteiligung an einem Hauskauf war Strack in einen wirtschaftlichen Engpaß gekommen.

Gerd Strack: „In der jetzigen Situation kann ich nur dazu sagen, daß es stimmt, daß einiges nicht in Ordnung ist. Der 1. FC Köln ist mir sehr entgegengekommen und hilft mir, aus dieser Lage wieder herauszukommen."

Karl-Heinz Thielen, Schatzmeister des 1. FC Köln, sagte: „Der 1.FC Köln hat seine Rechtsanwälte eingeschaltet. Selbstverständlich sind wir dem Spieler behilflich und hoffen, daß er bald wieder an seine alten Leistungen anknüpft."

FUSSBALL

## Hat Weltmeister Italien bestochen?

sid, **Mailand**

Über zwei Jahre nach dem 3:1-Endspielsieg über die deutsche Mannschaft droht ein Schatten auf den italienischen Triumph bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Spanien zu fallen. Die Wochenzeitung „Epoca" berichtete, während der Vorrunde habe ein Italiener den Kamerun-Spielern N'Kono und Milla Geld gezahlt und somit das zum Weiterkommen notwendige 1:1 ermöglicht. Kameruns Trainer Jean Vincent sei bei den Verhandlungen dabei gewesen.

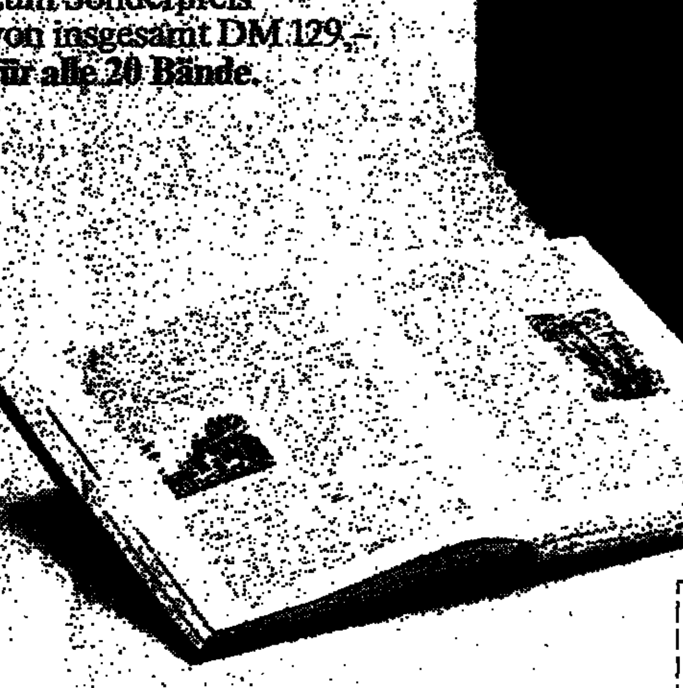
Der italienische Verband reagierte mit Empörung und beauftragte sowohl den Weltverband (FIFA) wie auch ordentliche Gerichte, die Anschuldigungen durch genaue Untersuchungen zu widerlegen. Italiens Trainer Enzo Bearzot sagte: „Meine Empörung kennt keine Grenzen. Aber gegen total verrückte Personen, die solche Verleumdungen verbreiten, ist man machtlos."









Wir trauern um

# Karl Hauff

Dem Verstorbenen lag es besonders am Herzen, die materiellen und geistigen Anliegen des einzelnen Menschen im Arbeitsleben zu fördern. Zugleich hatte er dabei stets das Gesamtinteresse von Staat und Unternehmen im Auge.

In unserem Hause hat der Verstorbene sich in den Jahren des Wiederaufbaus bis zu seinem Ruhestand im Jahre 1973 in besonderem Maße für die Interessen der Arbeitnehmer engagiert. Er wurde 1946 zum Mitglied des Betriebsrats in Untertürkheim und 1955 zu dessen Vorsitzendem gewählt. Im Gesamtbetriebsrat war er immer an führender Stelle tätig; 1971 übernahm er bis zu seinem Ausscheiden den Vorsitz. Als Vertreter der Arbeitnehmer gehörte er dem Aufsichtsrat seit 1956 an.

Dankbar gedenken wir seiner sachlich-abwägenden, vertrauensbildenden Arbeit.

Stuttgart-Untertürkheim, den 25. September 1984

Aufsichtsrat, Vorstand, Gesamtbetriebsrat und alle Mitarbeiter der

**Daimler-Benz Aktiengesellschaft**

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 28. September 1984, um 10.45 Uhr auf dem Neuen Friedhof in Stuttgart-Degerloch statt. Auf Wunsch des Verstorbenen wird anstelle von Kranz- und Blumenspenden um eine Spende an die Anstalt Stetten, Ausbildungsstätte für Behinderte, Konto-Nr. 8 230 328 bei der Deutschen Bank, Waiblingen, gebeten.

---

Am 21. 9. 1984 verstarb nach langer, schwerer Krankheit unsere Mitarbeiterin, Frau

## Maren Langhans

geboren am 12. 12. 1944

Frau Langhans war 15 Jahre in unserem Hause tätig. Wir schätzten sie als gewissenhafte und verantwortungsbewußte Mitarbeiterin und werden ihr Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter der

**Hamburger Sparkasse**

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 1. 10. 1984, um 13.30 Uhr auf dem Bergedorfer Friedhof, August-Bebel-Straße, statt.

---

**Grafik-Designer grad. Dipl.**
hat einige Jahre als Art-Director und Freelancer mit Agenturen und Herstellern gearbeitet. Er sucht ein Unternehmen, das einen jungen, kreativen freien Mitarbeiter sucht.
Kontakt über PF 48 408 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

**Vertriebsfirma**
sucht Beteiliger, aktiv und finanziell, für absolut hochkarätige Neuheit.
Zuschr. erb. unt. A 9937 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Im- und Exporthaus**
seit 1891, sucht
**Steuerberater**
Angeb. erb. u. PW 48 421 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

**Dipl.-Übersetzerin**
(Franz., Engl., Span.)
Spezialisiert auf Fachtexte aus dem juristischen u. wirtschaftl. Bereich sowie Urkundenübersetzungen übernimmt entsprechende Aufträge.
Dr. Beate Vahland, Borgholz 16, 4700 Hamm 1, Tel. 0 23 85 / 39 38

**Zuverlässiges Kleinunternehmen**
hat noch Lagerkapazität frei, sucht Tätigkeit als Auslieferungslager oder Generalvertretung. Referenzen können vorgewiesen werden. Fahrzeuge stehen zur Verfügung. Lage: zwischen Dortmund u. Münster Autobahn 10 km entfernt.
Telefon 0 25 92 / 38 00

**Vertrieb in USA**
Mehr als 10 000 Firmen suchen über unsere eigene Datenbank in USA neue Produkte. Aufbau eines Vertriebsnetzes. Wir verkaufen für Sie bereits in der Einführungsphase. Rückerstattung der Kosten.
Invention Submission Corp., Pittsburgh
Generalvertretung
Dr. Mauve & Partner
Angerhof 15, 4030 Ratingen 1
Tel.: 0 21 02 / 2 70 61–64,
Tx. 8 589 041 mvp d

**Versandhaus**
sucht Kontakte zu Alarmanlagenproduzenten.
Zuschr. u. M 9925 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gelernter
**Immobilien-/Anlageberater**
übernimmt und wickelt für Sie Immobilienangelegenheiten/-aufträge in München und Oberbayern ab. Sehr guter Leumund.
Peter Büger, Immobilien- u. Anlageberatung.
Tel. 0 89 / 2 60 94 21–23

**5700 Paar Damen-, Herren- u. Kinderschuhe**
verschiedene Größen u. Muster geg. Höchstgeb. zu verkaufen.
Telefon 02 31 / 59 18 63

**Eine gemeinsame Zukunft!**
8 000–10 000,– DM monatlich verdienen Paare mit ihrer eigenen Werbeagentur. Wir *sind beauftragt, ein erprobtes Konzept auf* Lizenzbasis zu vergeben. Patentrechtlich geschützt. Kapitaleinsatz ca. 15 000,– DM.
Bitte senden Sie aussagekräftige Bewerbungen an Unternehmensberatung Dr. Ulrich Koschwald, am Eichelberg 14, 8441 Pilinach, Telefon (0 94 28) 18 36.

---

## Handelsvertreter

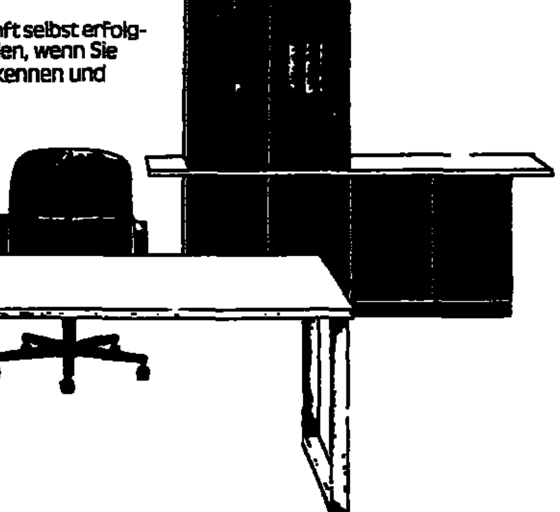
*mit Gespür für Chancen*

Wir stellen funktionale Bürosysteme her, die hohe und höchste Qualitätsansprüche erfüllen. Entsprechend hoch sind die Anforderungen an unsere Partner im Handel.

Sie führen Verkaufsgespräche auf Geschäftsleitungsebene. Sie stellen unser abgerundetes Programm an Nr. 1-Büroeinrichtungen *überzeugend* dar. Sie nutzen konsequent die Empfehlungswirkung bereits abgeschlossener Projekte. Sie entwickeln einen vorhandenen Kundenstamm erfolgreich weiter. Sie bauen sich systematisch ein Netz kompetenter Fachhändler auf.

Wenn Sie Ihre Zukunft selbst erfolgreich gestalten wollen, wenn Sie Chancen schnell erkennen und richtig nutzen und wenn Sie im Fachhandel für Büroausstattung/Bürobedarf „zu Hause" sind, möchten wir Sie kennenlernen. Auch wenn Sie Verkaufsleiter sind und sich eine eigene Existenz aufbauen wollen.

Wir bieten Ihnen eine langfristige Partnerschaft mit Gebietsschutz, attraktiven Konditionen und wirkungsvoller *Unterstützung Ihrer* Aktivitäten. Wir haben mehrere Verkaufsgebiete zu vergeben.



Rufen Sie die von uns beauftragte VSE Werbe- und Verkaufsförderungs-Agentur GmbH, Max-Planck-Straße 4, 6382 Friedrichsdorf, Tel. 0 6172-7 20 51 an. Herr Brenner sagt Ihnen mehr über die Chancen, die das Elka-Partnerschaftskonzept bietet.

**elka**
DAS FUNKTIONALE BÜROSYSTEM FÜR KENNER

---

## Neuartige, lukrative und risikofreie Existenzgründung in BRD, A + CH

für Damen (auch kultivierte Hausfrauen) und Herren mit guter Allgemeinbildung, die das Angestelltendasein satthaben. Für (Ehe-)Paare besonders geeignet!

SIE suchen eine selbständige Existenz; anfängl. evtl. auch nebenberuflich; –

SIE wollen überdurchschnittlich verdienen (über 100 000 DM p.a.) –

*SIE wollen das Existenzrisiko minimieren –*

SIE haben psychologisches Einfühlungsvermögen und Freude am Umgang mit Menschen –

SIE haben Telefon, TV nebst Videorecorder u. Pkw –

SIE verfügen über Investitions- bzw. Kreditmöglichkeiten von 12 000,– DM. Diese einmalige Einstandsinvestition kann auch in Teilbeträgen geleistet werden. –

WIR GARANTIEREN jedem unserer Systempartner vom Start weg ein Einkommen, das ein Mehrfaches der etwaigen monatlichen Einstandsrate beträgt.

WIR BIETEN geeigneten Persönlichkeiten risikofreie, sichere lukrative, selbständige Vollexistenz im Rahmen einer im gesamten deutschsprachigen Raum tätigen Organisation mit beratender Tätigkeit.

WIR VERGEBEN kurzfristig für alle 65 Großstädte der BRD, alle Hauptstädte der 9 Bundesländer in Österreich sowie für die deutschsprachigen Großstädte in der Schweiz lukrative Exklusiv-Verträge mit Gebietsschutz.

Richten Sie Ihre vollständige Bewerbung mit Lichtbild unter U 9931 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

*Wir laden Sie dann kurzfristig zu einem Informationsgespräch.*

**Erfahrener Kaufmann**
44 Jahre, bietet Repräsentanz, Stützpunkt oder Auslieferungslager im Raum Bielefeld/Ostwestfalen.
Angebote erb. u. P 9949 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Kaufen (fast) alles, wenn der Preis stimmt.**
Handelswaren-Vertrieb
Schubach GmbH
Daimlerstr. 7, 3160 Lehrte
Tel. 0 51 32 / 40 43, FS 9 23 450

**WOBI – Ihr Partner im Kompensationsgeschäft**
Wollen Sie in Deutschland Kompensationsgeschäfte machen, auch Ostblockländer? Oder haben Sie Schwierigkeiten mit dem Verkauf Ihrer Kompensationsware? Wir vermitteln Käufer in allen Ländern. Rufen Sie uns an:
WOBI Finanzen, Handels- u. Finanzmakler, W. Biedermann, 2820 Bremen 70, Schönebecker Kirchweg 54, Tel. 04 21 / 66 12 50

Englands führender Produzent v. selbstleuchtenden Sicherheitsprodukten (sind alle nicht radioaktiv, phosphor- u. bleifrei, ungiftig) bei Dunkelheit sucht Firmen, die an den Lizenzrechten interessiert sind.
Dies ist ein total neues Konzept für Sicherheit und Räumung bei Gefahr mit einem enormen Potential.
Anfragen an: Mr. R. G. E. Ormes Overseas Business Co-ordinator, U. P. L., England
Telex Nr. 99 326,
Tel. 00 44 / 2 45 / 42 00 20

**Verkaufen Sie was erfolgreich ist**
Monatliches Einkommen zwischen DM 15 000und 25 000 schon nach kurzer Zeit möglich. Einfühlsamen und dynamischen Personen bieten wir eine einzigartige Einstiegsmöglichkeit in ein lukratives Geschäft.
Sie können jetzt Franchise-Partner von Deutschlands größtem und erfolgreichstem Unternehmen im Bereich Partnervermittlung (über 50 Mio. Umsatz p. a.) werden.
Informieren Sie sich über Ihren zukünftigen Erfolg. Alltras GmbH, Klickshauser Str. 74, 4600 Dortmund 30, Tel. 0 23 04 / 6 80 00

**Treuwo AG**
Interessengemeinschaft der Treuwo Aktionäre benötigt für eine a. o. h. v. auch Ihre Stimmen. Weitere Infos erteilen wir gern bei Kontaktaufnahme. Zuschriften erb. u. U 9953 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

**Die Problemlöser**
In Sachen
- Konfektionieren und Verpacken
- *Herstellung* v. *Musterkarten*/Ausstattungen
- Komplettierungen
- Proben-, Prospekt-, Musterversand
- Papierverarbeitung
- *Handlingaufgaben aller Art*

Wo Maschinen aufhören, fangen wir an.
D. A.-Industrieservice
Tel. 0 52 34 / 9 86 36

**Suchen Sie einen Repräsentanten oder Partner**
in Niedersachsen? Unternehmensberater (Akquisitionsbereich Han. BS/GÖ) mit Sitz Braunschweig bietet Zusammenarbeit an.
Zuschr. u. C 9851 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Lukrative Vollexistenz Kapitalanlage**
Lizenzen und Know-how für neuartiges Verfahren zur regionalen Vermarktung zu vergeben.
- Ungewöhnliche Kapitalrendite
- Attraktive Steuervorteile nachweisbar.

Mindestkapital ab DM 50 000,–. Örtlicher Organisationsaufbau und Verkäufertraining im Preis enthalten.
Tel. Information: 02 09 / 35 70 17 u. 0 23 36 / 8 12 27 oder Zuschriften unter Y 9935 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

noch Exklusive Gebiete vorhanden | Anlageberater, Verkäufer auf Basis selbständiger Partnerschaft gesucht

## AV Marketing Berater

Das erfolgreiche AV Marketing Konzept bietet Ihnen eine sichere Existenz und Kapitalanlage. Durch unsere Erfolge sind jetzt schon fast alle großen *Einzelhandelsunternehmen unsere Kunden.*

Kurzbewerbung bitte unter B 9938 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Beratend für den Einzelhandel

VERSANDHAUS ZUR MIETE
Komplett vom Bestelleingang bis Rechnungswesen, Retourenbearbeitung, Kundenservice ab DM 3,– je Bestellabwicklung. Promotion-Dienst GmbH, Postfach 760862, 2 Hamburg 76
Telefon: 040/252098, Telex: 2164964 prom d

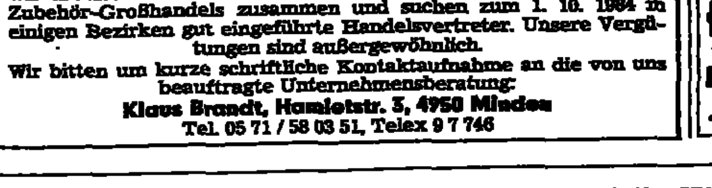
**Vertrieb für Ferienwohnungen „Nordseeküste"**
Wir suchen noch engagierte Vertriebsgesellschaften für komfortable Ferienimmobilien (z. B. Cuxhaven) in Strandnähe. Die Konzeption erlaubt Bauherren- oder Erwerbermodelle. Vorsteuererstattung auch nach dem 31. 12. 1984 gesichert.
Bitte schreiben Sie uns, wir setzen uns dann umgehend mit Ihnen in Verbindung.
Anfr. u. Z 9936 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

## Vertriebsgruppe gesucht

**für Altbauwohnungen im Erwerbermodell – Berlin**

bevorzugte Wohnlagen, Vollfinanzierung, schnelle Abwicklung. Zuschriften erbeten unter X 9934 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Mittelständisches saarländisches Unternehmen sucht
**Handelsvertreter**
zur Vermittlung von Geschäften im süddeutschen Raum.
Fa. Flamann-Industriemontage GmbH
Am Ganberg 1, D-6639 Sienburg
Tel. 0 68 35 / 36 95 u. 81 25
Telex 0 443 745



Wir sind der Hersteller des Sapi Air Jack-Auspuffgasballonwagenhebers, 2–4 t
**Die Automechanica in Frankfurt war ein voller Erfolg.**
Wir arbeiten schon heute mit den namhaften Zentralen des Kfz-Zubehör-Großhandels zusammen und suchen zum 1. 10. 1984 in einigen Bezirken gut eingeführte Handelsvertreter. Unsere Vergütungen sind außergewöhnlich.
Wir bitten um kurze schriftliche Kontaktaufnahme an die von uns beauftragte Unternehmensberatung:
Klaus Brandt, Hamletstr. 3, 4950 Minden
Tel. 05 71 / 58 03 51, Telex 9 7 746





# DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); *Internationale Politik: Manfred Neuber;* Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); *Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und* Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); *Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann*, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners (z. Z. im Urlaub)

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
*Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29*

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch *die Post* oder durch Träger *DM 26,80* einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages *oder infolge* von *Störungen* des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.





Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

**Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1984/85**

### Psychologie
Erstsemester

| | von | nach |
|---|---|---|
| 1 | Bamberg | Uni München |
| 2 | Bielefeld | Bonn |
| 3 | Bielefeld | Braunschweig |
| 4 | Bielefeld | Düsseldorf |
| 5 | Bielefeld | Hamburg |
| 6 | Bielefeld | Köln |
| 7 | Bielefeld | Münster |
| 8 | Bielefeld | Wuppertal |
| 9 | Darmstadt | Frankfurt |
| 10 | Gießen | Bonn |
| 11 | Gießen | Göttingen |
| 12 | Gießen | Münster |
| 13 | Göttingen | Braunschweig |
| 14 | Heidelberg | Freiburg |
| 15 | Uni Kiel | Hamburg |
| 16 | Landau | Erlangen |
| 17 | Landau | Uni München |
| 18 | Landau | Regensburg |
| 19 | Mannheim | Heidelberg |
| 20 | Mannheim | Uni München |
| 21 | Marburg | Köln |
| 22 | Münster | Landau |
| 23 | Uni München | Würzburg |
| 24 | Osnabr. | Braunschweig |
| 25 | Regensbg. | Uni München |
| 26 | Saarbr. | Uni München |
| 27 | Trier | Freiburg |
| 28 | Trier | Bremen |
| 29 | Trier | Heidelberg |
| 30 | Trier | Hamburg |
| 31 | Trier | Uni Kiel |
| 32 | Trier | Mannheim |
| 33 | Trier | Uni München |
| 34 | Trier | Oldenburg |
| 35 | Trier | Regensburg |
| 36 | Trier | Würzburg |

### Informatik
Erstsemester

| | von | nach |
|---|---|---|
| 1 | Erlangen | Aachen |
| 2 | Erlangen | Dortmund |
| 3 | Erlangen | Hamburg |
| 4 | Erlangen | Karlsruhe |
| 5 | Erlangen | Uni Kiel |
| 6 | Karlsruhe | Aachen |
| 7 | Karlsruhe | Dortmund |
| 8 | Karlsruhe | Stuttgart |
| 9 | Koblenz | Aachen |

### Pharmazie
Erstsemester

| | von | nach |
|---|---|---|
| 1 | Bonn | Heidelberg |
| 2 | Braunschweig | Bonn |
| 3 | FU Berlin | Bonn |
| 4 | FU Berlin | Braunschweig |
| 5 | FU Berlin | Düsseldorf |
| 6 | FU Berlin | Freiburg |
| 7 | FU Berlin | Hamburg |
| 8 | FU Berlin | Uni Kiel |
| 9 | FU Berlin | Münster |
| 10 | FU Berlin | Mainz |
| 11 | FU Berlin | Saarbrücken |
| 12 | FU Berlin | Tübingen |
| 13 | Frankfurt | Hamburg |
| 14 | Frankfurt | Regensburg |
| 15 | Heidelberg | Saarbrücken |
| 16 | Uni München | Erlangen |
| 17 | Regensburg | Bonn |
| 18 | Regensburg | Düsseldorf |
| 19 | Regensburg | Münster |
| 20 | Regensburg | Saarbrücken |




## International Bank for Reconstruction and Development

**(Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)**
**– Weltbank –**

**7½% Deutsche Mark-Anleihe von 1971/II**
**– WKN 460 501/10 –**

**Auslosung**

Bei der am 19. September 1984 gemäß Ziffer 3 der Anleihebedingungen unter notarieller Aufsicht stattgefundenen Auslosung wurde die

Serie 9 – WKN 460509 –

mit den Stücknummern

80001 – 87500 zu je DM 1000
103001 – 106500 zu je DM 5000

im Nennbetrag von DM 25000000,– gezogen.

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
ADCA-BANK Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Badische Kommunale Landesbank – Girozentrale –
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bremer Landesbank
Delbrück & Co.
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Effectenbank-Warburg Aktiengesellschaft
Hamburgische Landesbank – Girozentrale –
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Bankhaus Neelmeyer Aktiengesellschaft
Oldenburgische Landesbank Aktiengesellschaft
Poensgenbank GmbH
Karl Schmidt Bankgeschäft
Schwäbische Bank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
Weberbank Kommanditgesellschaft auf Aktien
Westfalenbank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bankhaus H. Aufhäuser
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Bankers Trust GmbH
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg Gossler & Co.
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft
Conrad Hinrich Donner
Hallbaum, Maier & Co. AG – Landkreditbank –
Handels- und Privatbank Aktiengesellschaft
Hessische Landesbank – Girozentrale –
von der Heydt-Kersten & Söhne
Landesbank Rheinland-Pfalz – Girozentrale –
*Merck, Finck & Co.*
National Bank Aktiengesellschaft
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Reuschel & Co.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale

Die Verzinsung der ausgelosten Stücke endet am 30. 11. 1984.

Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrag einbehalten. Die zum 1. Dezember 1984 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst. Von den früher ausgelosten Serien 1, 3, 4, 6, 7 und 8 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Washington, im September 1984

**INTERNATIONAL BANK FOR RECONSTRUCTION AND DEVELOPMENT**

Aus seinem Nachlaß schöpfen TV-Dramaturgen: Der Schriftsteller Ettore Svevo

# Seifenoper mit goldener Feder

Sein bürgerlicher Name war Ettore Schmitz. Er wurde, aus einer deutsch-jüdischen *Familie stammend*, 1861 in Triest geboren. Und Triestinisch, die Mundart dieser Hafenstadt der k. u. k. Monarchie, war seine Muttersprache, wenn die Familie auch aus dem Rheinland kam und er selbst lange Jahre in einem Internat in Würzburg verbracht hat. So nannte er sich einen „Italienischen Schwaben" – „Italo Svevo". An welchen Schwaben im besonderen mag er wohl dabei gedacht haben – vielleicht nach altem Sprachgebrauch an einen Deutschen schlechthin. Eigentlich war er ein Geschäftsmann, anfangs nicht sehr erfolgreich, doch dann heiratete er ein reiches und obendrein schönes Mädchen und tat gut in der schwiegerväterlichen Firma. Sein Herz aber gehörte der Schriftstellerei.

Komisch, sagten seine begüterten Verwandten, daß er sich so um die Literatur kümmert, obwohl er so schlecht Italienisch kann. Und in der Tat ist den drei Romanen, die noch zu seinen Lebzeiten erschienen sind – „Ein Leben", „Ein Mann wird älter" und „Zeno Cosini" – kein großes Aufsehen beschieden gewesen. Sein Freund James Joyce, den er als Englisch-Lehrer an der Berlitz School von Triest kennenlernte, konnte den eigenen jungen Ruhm ausnutzen, um arme Schüler in Pariser Literatenkreisen bekanntzumachen. Wenig später ist Svevo dann bei einem *Auto-Unfall ums Leben gekommen.*

In seinem Nachlaß entdeckte man eine große Anzahl ungedruckter Manuskripte, vor allem Dramen, und aus diesen Beständen schöpfen heute die Fernsehdramaturgen besonders eifrig, während der Durchbruch des Romanciers Svevo immer noch auf sich warten läßt. Er bleibt bei niedrigen Auflagen die Domäne feinsinniger Kenner, wie François Bondy oder der Literaturprofessor Claudio Magri es sind, ein Triestiner wie er. Ob Svevo

**Alberta und Alice oder Die Unterwerfung – ARD, 23.00 Uhr**

aber jemals den Ehrenplatz erklimmen wird, den ihm hervorragende Kritiker an der Seite von Broch, Musil, Joyce und Kafka – Italo Svevo gehörte zu den Kafka-Lesern der ersten Stunde! – schon längst angewiesen haben, bleibt zweifelhaft. Vorläufig muß Svevo sich also, wenn er vom Parnaß auf das europäische Treiben herunterblickt, mit der kleineren Ruhmes-Währung begnügen, die der Fernsehschirm auszuteilen hat.

„Alberta und Alice", das der Saarländische Rundfunk (Telefilm Saar GmbH) unter der Regie von Wilm ten Haaf produziert hat, gehört nicht zu dem Stapel von unverwandten Manuskripten, von denen schon die Rede war, sondern wurde unter dem Titel „Con la penna d'oro" („Mit goldener *Feder") von Svevo* in der großen Euphorie niedergeschrieben, die durch die Würdigung des französischen Kritikers Benjamin Crémieux und seiner Pariser Kollegen in ihm hervorgerufen worden war. Es geht um den erbitterten Zweikampf zweier Kusinen, der männlichen und reichen Alberta und der verwitweten Alice, die mit ihren beiden Kindern auf die Hilfe der anderen angewiesen ist. Alice versucht, sich durch die Liaison mit einem Freund des Hauses unabhängiger zu machen, doch Alberta zwingt sie dazu, die Beziehung zu legalisieren und damit unter ihre Obhut zurückzukehren. Ein Familiendrama, in dem sich die Hilfsbereitschaft als stille Tyrannei entlarvt.

Die innere Beziehung zur amerikanischen „Soap opera" ist nicht zu übersehen, nur daß es sich eben um eine *Ausformung* der Spezies auf allerhöchster Ebene, in der Nachbarschaft von Honoré de Balzac und Emile Zola nicht nur, sondern auch François Mauriacs und möglicherweise Prousts handelt. Prousts schon insofern, als über den düsteren Familienspannungen auch der Humor und die Ironie nicht zu kurz kommen.

Es ist auch kein Zufall, daß Svevos Werk auf dem Boden eben jener Donaumonarchie entstanden ist, die auch Freuds Psychoanalyse hervorgebracht hat. Svevo war ein Kenner Freuds und hat sogar einen Band von dessen *theoretischen Schriften* ins Italienische übertragen. Hoffentlich hat die leichte triestinische Färbung der Prosa nicht gestört.

HELLMUT JAESRICH




**So sah David Levine den „Italienischen Schwaben", Italo Svevo**




**Samstag**

## ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 **heute**
10.05 **Der Soldat mit den Lackschuhen**
Bulgarischer Spielfilm (1979)
11.25 **Umschau**
11.40 **Eine riesengroße Freude**
12.10 **Kennzeichen D**
12.55 **Presseschau**
13.00 **heute**

**ARD**

16.00 **Tagesschau**
16.10 **Die unbegrenzten Möglichkeiten**
Patente begabter Talente
Manfred R. Lating zeigt dem interessierten Jugendlichen ausgefallene Erfindungen aus Kalifornien, dem Land der Tüftler. So zum Beispiel Produkte des Autodesigners Georg Barres sowie neuzeitliche Verkleidungen von Bohrinseln, die sich dem erstaunten Betrachter als Palmenhain oder Wasserfall präsentieren.
16.55 **Kernbeißer**
Forschungsreise im Gummiboot
17.40 **Tele-Lexikon**
Shanties mit Don Paulin
17.50 **Tagesschau**
Dazw. Regionalprogramme
20.00 **Tagesschau**
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 **Pro und Contra**
Retorten-Baby – Hoffnung oder *Irrtum der Menschheit?*
Das Streitgespräch mit führenden Wissenschaftlern leitet Emil Obermann
21.00 **Bei Bio**
Gespräche und Musik live
Mit Alfred Biolek und Gästen
22.00 **Titel, Thesen, Temperamente**
Ein Kulturmagazin
Leitung: Kurt Zimmermann
22.30 **Tagesthemen**
23.00 **Alberta und Alice oder Die Unterwerfung**
Fernsehspiel nach Italo Svevo
Mit Marianne Nentwich, Beatrice Kessler, Ida Ehre u. a.
Regie: Wilm ten Haaf
0.35 **Tagesschau**

**ZDF**

16.00 **heute**
16.04 **Die Dritte Welt beginnt bei uns (4)**
Eine Lehrergruppe reiste in den Niger, um sich über die Situation der Bevölkerung in diesem Teil Afrikas zu informieren.
16.35 **Kleine Abenteuer**
17.00 **heute / Aus den Ländern**
17.15 **Tele-Illustrierte**
Zu Gast: Marek & Vacek
17.50 **Zwei schwarze Schafe**
Bruchlandung
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 **heute**
19.30 **Die Super-Hitparade der Volksmusik**
Mit Carolin Reiber und Elmar Gunsch
21.00 **Kontakte**
Magazin für Lebensfragen
Wie kann man nur so aggressiv sein
In den meisten Ehen und Partner*schaften versucht man, dem Streit* aus dem Weg zu gehen, da er nach gängigem Partnerschaftsideal eine unglückliche Beziehung bedeutet. Juliane Schuhler und Wolf-Rüdiger Schmidt beschäftigten sich mit dem Phänomen „Streit" und stellten fest, daß er nicht nur eine Störung der Harmonie bedeuten kann.
21.45 ***heute-journal***
22.05 **5 nach 10**
Manöverherbst '84
Soldaten und Demonstranten im Gespräch
Gesprächsleitung: Klaus Bresser und Alexander Niemetz
Anschl. heute

## III.

**WEST**

17.30 **Horror-Videos (1)**
18.00 ***Telekolleg II***
18.30 **Die Sendung mit der Maus**
19.00 **Aktuelle Stunde**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Verschwörung in Black Oak**
Amerikanischer Spielfilm (1976)
21.20 **Demnächst ...**
Brigitte-Bardot-Filme
21.45 **Saul – aber laß uns in Ruhe**
*Film über die Schwierigkeiten einer Familie im Zusammenleben mit einem Alkoholiker*
22.15 **Wohl auf, mein Berggesell ...**
23.00 **Cesare Pavese**
0.00 **Letzte Nachrichten**

**NORD**

18.30 **Musikinstrumente und ihre Geschichte (1)**
19.00 **Bewegung macht Spaß (1)**
19.15 **El Peru – Peruaner beschreiben ihr Land (1)**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Nachtschwester Ingeborg**
Deutscher Spielfilm (1958)
21.45 **Theater**
22.35 **Deutsche Tonfilm-Komponisten**
0.15 **Nachrichten**

**HESSEN**

18.30 **Streifzüge durch die Natur**
18.55 **Die Hexe Lakritze**
19.00 **Die Piratenbraut**
Amerikanischer Spielfilm (1950)
20.10 **Filmmagazin**
21.20 **Das Bild der Woche**
21.30 **Drei aktuell**
21.45 **Notizen vom Nachbarn**
22.30 **Die Schrecken des Krieges (2)**
23.25 **Schach-WM '84 in Moskau**

**SÜDWEST**

18.00 **Die Sendung mit der Maus**
**Einführung in das Telekolleg II**
Geschichte (1)
19.00 **Regionales**
19.25 **Nachrichten**
19.30 **Schwarzer Skorpion**
Afrikanischer Spielfilm
Regie: Christian Richard
21.00 **Ostkunst**
Am Beispiel: Tschechoslowakei
*Nur für Baden-Württemberg:*
21.45 **Von Menschen und Steinen**
Walter Ott und der Judenfriedhof von Buttenhausen
22.30 **Nachrichten**
*Nur für Rheinland-Pfalz:*
21.45 **Vater Rhein**
*Nur für das Saarland:*
21.45 **TV-Club-Saar 3**

**BAYERN**

18.15 **ABC der Wirtschaft**
18.45 **Rundschau**
19.00 **Eiger (1)**
20.20 **Abenteuer mit Larry**
20.40 **Z. E. N.**
20.45 **Christsein im Alltag**
21.15 **Geistliche Musik (1)**
21.30 **Rundschau**
21.45 **Gespräch zur Sendung „Christsein im Alltag"**
22.45 **Boyfriend**
Englischer Spielfilm (1971)
Mit Twiggy, Tommy Tune u. a.
Regie: Ken Russell
0.30 **Rundschau**
0.35 **Actualités**

## KRITIK

# *Frauen, die geschliffen werden*

Der Film hat aufgewühlt. Zu sehen, wie in den USA die Armee die weiblichen Rekruten in der Grundausbildung behandelt, erregt deshalb, weil der (männliche) Zuschauer in seinem Gemüt etwas schmerzhaft zerbrechen fühlt: sein Bild von Frau, in der Kultur- und Sittengeschichte des christlichen Abendlandes tradiert, in dem kein Platz ist für einen weiblichen Menschen mit Gewehr, der „geschliffen" wird, seelisch „fertig gemacht" und eine Heimat haben soll in der Welt des Militärs.

Der Film **Soldier Girls – Frauen in Uniform** von Nicholas Broomfield und Joan Churchill, gedreht bei einer Ausbildungskompanie in Fort Gordon, Georgia, zeigte normalen Truppenalltag. In dieser Einheit verlangen die Ausbilder nicht zuviel Härte, weder physisch noch psychisch. Das Militär kann seine kriegsverhindernde Aufgabe nur erfüllen, wenn es fähig erscheint, im Kriege zu bestehen. Der aber wäre wie die Hölle. Eine Ausbildung im Frieden kann und darf sie nicht nachzustellen versuchen, aber sie soll und muß dem Soldaten Erkenntnismöglichkeiten über sich selbst und seine Zähigkeit verschaffen. Ob dieses Erlebnis auch Frauen zugemutet werden muß, steht dahin.

Auch in den USA wissen die Einsichtigen längst, daß sie der Ausgeglichenheit ihres gesellschaftlichen Systems mit der exorbitanten Öffnung der Armee für freiwillige Frauen keinen Dienst erwiesen haben, zu schweigen von dem „Bärendienst" für die Streitkräfte. Aus den verachtungsvollen Vorwürfen des Sergeants über die angebliche Leistungsunwilligkeit an einige seiner weiblichen Rekruten wird das nur zu deutlich.

Auch in diesem Mann steckt die *abendländische Tradition. Er sieht im* Unterbewußtsein die Frau als Mutter, Hegerin, als Gestalt für freundlich-friedliche Tätigkeiten, nicht als Waffenhandwerkerin. Die Wirklichkeit, in der er „als Schleifer" agieren muß, wirft ihn fast aus dem seelischen Gleichgewicht. – Hinter den Bildern über das Leiden der Frauen steckt mehr als dies. RÜDIGER MONIAC



Als „erste europäische Fernsehanstalt" richtet das ZDF am 1. Oktober ein **Studio in Peking** ein. Aus der chinesischen Hauptstadt berichtet dann Korrespondent Dietmar Schulz, der von einem Kameramann und einem Assistenten unterstützt wird. Damit ist der Mainzer Sender noch vor der ARD in China vertreten, die im August eine Zusage für die Einrichtung eines Fernsehstudios in Peking erhalten hat (vgl. WELT vom 11. August 1984). Wie vom NDR zu erfahren war, wird das ARD-Studio nunmehr am 1. Januar 1985 eröffnet. Über die personelle Besetzung wird der Verwaltungsrat im Oktober entscheiden.

DW.



**Alberta (Marianne Nentwich) und Telvi (Alexander May) amüsieren sich über Cousine Alice (Alberta und Alice oder Die Unterwerfung – ARD, 23.00 Uhr)** FOTO: TELEBUNK

## Mehr Schafe nach Bonn!

L. S. M. – Es regnete. In Bächen. In Strömen. Und inmitten dieser gleichnishaften Tristesse bewegte sich eine merkwürdige Prozession durchs unwirtliche Bonn. 150 Schafe, ein Schäfer, ein Schäferhund, 50 sonstige Menschen, zwei Wagen der städtischen Straßenreinigung nebst einem Viehtransporter. Ab und zu ein Blöken. Ein Innehalten zum Grasen. Ein Lämmlein, das bei der Mutter saugt. Und der unvermeidliche Öffentlichkeits-Troß: Fotografen, Kameraleute, Toningenieure.

Denn natürlich muß die Welt erfahren, was es mit den Schafen auf sich hat. Wer in Bonn blökt, blökt mit Bedeutung. Wer in Bonn frißt, frißt mit Sinn. Wer in Bonn etwas „hinter sich" läßt, ist aller Aufmerksamkeit wert. Und wenn es sich gar um Kunst handelt, wie in diesem Fall, wäre es geradezu ein nationales Unglück, erführe nicht die ganze Republik, was eines Schafskopfs *dunkle Tiefe rührt.*

Um die Genialität dieser „Aktion" freilich in ihrem ganzen Umfang zu ermessen, muß man wissen, daß sie zum Programm der „Ersten Bonner Kunstwoche" gehört. Mit Zuschüssen in Höhe von 600 000 Mark strengt der Verein „Mehr Kunst für Bonn" allen hauptstädtischen Geist an, der Kultur auf die lahmen Füße zu helfen. Und was man dafür alles zu sehen bekommt: wie ein Künstler für 60 000 Mark Möbel zerhackt; wie eine „Freie Hochschule für Emotionstechnik" das Unsichtbare erfahrbar macht; wie man Kunstfahnen schwenkt; wie Kinder, Behinderte, Frauen und Türken kreativ dem Leben trotzen; wie Schafe ... Ach, das hatten wir schon.

In einer solchen Präsentation von Weltstadt-Niveau nehmen sich die Ausstellungen der beiden Bonner Museen und einiger Galerien geradezu aus wie schwarze Schafe. Sie zeigen das, was sie wahrscheinlich ohnehin zeigen würden – Kunst, die sich an so etwas Absonderlichem wie Qualität orientiert. Das sollten sie gefälligst bleibenlassen. Für die nächste „Bonner Kunstwoche", die ganz bestimmt kommt, kann das Motto nur lauten: „Noch mehr Schafe für Bonn!" Auch Kamele, Ochsen und Esel dürfen um Teilnahme bitten.

### Klimt, Schiele und Kokoschka auf Welttournee

# Serge Sabarskys Schätze

Der New Yorker Galerist Serge Sabarsky besitzt eine kostbare Kollektion Wiener Zeichenkunst, vor allem Werke von Gustav Klimt, Egon Schiele und Oskar Kokoschka, die er in wechselnden Kombinationen auf Welttournee schickt. Diesmal sind es je 30 Handzeichnungen und Aquarelle von Klimt, Schiele und Kokoschka, die nach Paris nun in Kaiserslautern in der Pfalzgalerie Station machen, ehe sie weiter nach Italien reisen.

Alle Blätter stammen aus den ersten zwei Jahrzehnten unseres Jahrhunderts. Das heißt: Sie umfassen die gesamte Schaffenszeit Schieles, der nur 28 Jahre alt wurde. Er starb Ende Oktober 1918, neun Monate nach seinem verehrten Lehrer Gustav Klimt, den er noch auf dem Totenbett gezeichnet hatte. Kokoschka war damals 32 Jahre alt, und er hatte sich schon weitgehend von Wien gelöst.

Klimts Rang als Maler ist möglicherweise noch nicht eindeutig bestimmt; sein zeichnerisches Genie steht über jedem Zweifel. Er hat vier- bis fünftausend Zeichnungen hinterlassen und sicher dreimal so viele weggeworfen oder vernichtet; sie bedeuteten für ihn kaum mehr als Studien, im Unterschied zu Schiele und Kokoschka, für die Malerei und Zeichnung gleichwertig und weitgehend unabhängig voneinander waren. Was in der Malerei des „Wahlbyzantiners" Klimt leicht formelhaft und dekorativ wirkt, gewinnt in der zeichnerischen Niederschrift unbedingte Form und Aussagekraft.



**Eros, Angst und Tod: „Frau mit schwarzem Haar" (1914) von Egon Schiele** FOTO: KATALOG

Seine Zeichnungen (mit Kreide, Blei- und Farbstift) sind allein auf Linie und Umriß gestellt; darin manifestiert sich die Ambivalenz ihrer rationalen und gefühlsbetonten Ausdruckswerte. Das hat nichts mit der Festigkeit des Strichs und der Konturen zu tun. Oft wirkt der Strich zögernd, nervös; die Linien lösen sich scheinbar von ihrem Gegenstand als selbständige, nahezu abstrakte Arabesken, die nur schwach als Dingbezeichnung motiviert erscheinen; und die Konturen halten die Figur – fast immer sind es weibliche Figuren – wie in einem wirr verschlungenen Netz gefangen, von dem allein die Köpfe, exakt gezeichnet und porträtgenau, sich freihalten.

Schiele wie Kokoschka sind in der psychologischen Erfassung ihrer Figuren weiter als Klimt. Sie entwikkeln früh einen unverwechselbar eigenständigen Expressionismus, der, Ausdruck einer nervlichen Hochspannung, weitaus komplexer war als der gleichzeitig in München oder Dresden praktizierte. Dem Jüngsten, Schiele, blieb nur ein knappes Jahrzehnt. Auf eine – kurze – Formel gebracht, wird es bestimmt von Eros, Angst und Tod. In den Zeichnungen, wo die Sicherheit und Kühnheit der Formgebung der Leidenschaft des Empfindens entspricht, ist dies am unmittelbarsten zu spüren.

Schiele war vor allem Zeichner; zwei- bis dreitausend Blätter hat er hinterlassen (gegenüber 330 Gemälden). Die expressive *Linienkalligraphie* mit einem Zug ins Ornamentale und Manieristische, mit der er virtuos und wirkungsvoll Formen verzerrte, übertrieb oder benachteiligte, verkürzte oder in die Länge zog wie vor ihm nur Pontormo und Greco, darf wohl als seine bedeutendste Leistung angesehen werden. In den späten Aquarellen verliert sie vorübergehend an Bedeutung zugunsten eines bisweilen derben, breit oder flockig hingepinselten Kolorismus.

Auch in den Aquarellen Kokoschkas finden sich derartige Farbbahnen und -flächen; doch hier wirken sie autonom, malerisch. Auch hier ist eine Verschiebung der Gewichte zu verfolgen von der frühen, linear betonten Zeichnung zu einem nuancierten, farbig zergliederten „weichen" Stil, in dem alle Möglichkeiten der Aquarellmalerei virtuos genutzt sind (bis 14. Okt.; Katalog 28 Mark).

EO PLUNIEN

### Blake Edwards Film „Frauen waren sein Hobby"

# Todesart: Bein-Krampf

Die Geschichte kommt uns bekannt vor: Ein Mann – in diesem Falle der in Südkalifornien lebende Bildhauer David Fowler (gespielt von Burt Reynolds) – gerät angesichts der Tatsache, daß es nicht nur viele, sondern auch viele schöne Frauen gibt, in tiefe Depressionen. Jedes auch nur halbwegs sichtbare – ob freie oder bekleidete – Damenbein reißt ihn aus seiner schöpferischen Tätigkeit, treibt ihn aus dem Atelier auf die Straße, in Strichviertel und Luxuswohnungen von nymphomanischen Millionärsgattinnen. Jede eingesammelte Schöne liebt er zwar wirklich, und umgekehrt ist das ebenso – aber gerade das ist der Grund, warum unser Bildhauer nicht ruhiger, sondern nur rastloser wird und schließlich verzweifelt auf der Couch einer Psychoanalytikerin stammelt: „Es ist alles so verwirrend!"

Nun, verwirrend ist an diesem Film ganz und gar nichts – höchstens sonnenklar, denn Hollywood-Regisseur Blake Edwards hat mit „Frauen waren sein Hobby" schlicht, ergreifend und ungeniert ein Plagiat abgeliefert. In diesem Falle ein besonders schlechtes des melancholisch-amüsanten Truffaut-Films: „Der Mann, der die Frauen liebte" (1977). Das Abkupfern erfolgreicher Filme ist in den letzten Jahren zunehmend Mode geworden. Selten jedoch wurde eine fadere Zweitausgabe präsentiert als mit diesem Streifen, der witzig zu sein vorgibt und doch nur ein paar armselige Gags bietet, die die Langeweile beim Anschauen durchaus nicht vertreiben, sondern die Sache nur ärgerlicher machen. Burt Reynolds rettet auch nichts, weil der Regisseur – einfallslos bis zum Exzeß – Abklatsch und damit Abfall produziert hat.

Das Ende des Helden ist mithin im mehrfachen Sinne vorprogrammiert: Am Arm einer soeben ergatterten Neuen reißt ihn der Anblick weiterer Beine fort und vor die Kühlerhaube eines Riesenschlittens. Salto mortale. Intensivstation. Die Gespielinnen kommen, zu denen inzwischen auch die Analytikerin gehört, der die Auswirkungen eines leichteren Erdbebens halfen, in den Bann- und Beinkreis Fowlers zu stürzen. Sie alle hoffen, doch der Patient, aus der Bewußtlosigkeit herausdämmernd, sieht im Gegenlicht die Schenkelumrisse einer Krankenschwester, wird hellwach, greift ins Leere – und dann reißen die Schläuche und dem Zuschauer der Geduldsfaden.

ULRICH SCHACHT

### Höhepunkt der Berliner Festwochen: Aribert Reimanns Kammeroper „Gespenstersonate" uraufgeführt

# Geknebelte Kommentare vom Klavier

In einem hat Aribert Reimann in seiner Kammeroper „Die Gespenstersonate", komponiert im Auftrag der Berliner Festwochen und in Coproduktion mit der Deutschen Oper Berlin im Hebbel-Theater uraufgeführt, den Dichter nicht streng beim Worte genommen. Bei Strindberg heißt es am Schluß des Seelengrusels, wenn das Schlachtfeld mit seinen Opfern dem Blick entschwindet: „Es erscheint zu angenehm klagender Musik die 'Toteninsel' von Arnold Böcklin."

Kein Böcklin, keine „Toteninsel" weit und breit in Berlin. Und von „sanft klagender Musik" kann bei Reimanns rabenschwarzer Partitur sowieso die Rede nicht sein. Sie weist *hochexpressiv auf das Grauen* – wie Johannes der Evangelist mit riesenhaft verlängertem Zeigefinger auf die von Grünewald liebevoll ausgepinselten Wunden des Herrn. Reimanns „Gespenstersonate" ist eine Passionsmusik in drei Akten.

Schon einmal, vor 20 Jahren, hat Reimann auf Strindberg zurückgegriffen, als er das „Traumspiel" komponierte. Jetzt ist er in die heillose Welt des Dichters auf höherer kompositorischer Stufe noch einmal zurückgekehrt. Das Stück gibt sich als infernalische Hausinspektion. Welche Tür sich auch öffnet (inklusive der *Schranktür*): *nichts als Entsetzliches* tritt hervor. Und der Generalankläger aller realen wie irrealen Verbrechen erweist sich am Ende als der schlimmste von allen. Er wird, widerspruchslos, in den Schrank geschickt und erhängt sich darin wie befohlen.

Strindbergs Welt ist derart hochtourig aus dem Lot, daß sie heutzutage schon Gelächter hervorrufen könnte. Lemuren als Hausbesetzer – das ist schließlich selbst für Berlin ein ganz neues Erlebnis. Reimann aber wischt dem Zuhörer jedes Lächeln vom Munde. Seine Musik besitzt eine Energie und Konzentration auf das Grauen, darüber hinaus eine minuziöse Klangphantasie, daß er mit einem Ensemble von nur zwölf Instrumentalisten alle Schreckensvisionen Strindbergs subtil ausreizen *kann.*

Er braucht dazu gar keine hochgestochenen Mittel. Das Harmonium tönt einige plüschene Falschheiten ein. Das präparierte Klavier gibt geknebelte Kommentare. Auffällig sind Baßklarinette und Kontrafagott, die der Partitur ihre finsteren, tiefen Aquatinta-Wirkungen geben.



**Im Aquarium des Seelengrauens: Hans-Günter Nöcker als „der Alte" und Helen Höbel als Fräulein Holsteinkrona** FOTO: BINDER/THIELE

Das „Ensemble Modern der Jungen Deutschen Philharmonie" spielt die Partitur mit geradezu solistischem Schneid und offensichtlich höchstem Interesse. Friedemann Layer leitet die Aufführung mit außerordentlicher Präzision, Klangempfindlichkeit und Kompetenz. Ein *Uhrwerk des Grauens tickt* vielstimmig, seidig pausenlos anderthalb Stunden lang.

Da ist „der Alte", der alle Verbrechen ringsumher sammelt und sich als *leidenschaftlicher Erpresser* gefällt. Er fährt in die Grube als schlimmster von allen. Hans-Günter Nöcker gibt ihm, noch im Rollstuhl oder an Krücken, nicht nur stimmlich keinen Widerspruch duldende Autorität. Martha Mödl steht ihm nicht nach. Sie ist die im Schrank dahinvegetierende Mumie, deren Wortschatz nur noch aus Papageiengeplapper besteht. Doch Reimann gibt ihr mitleidsvoll zusätzlich zarte Strindberg-Verse *zu kosten. Die Mödl ist,* plappernd wie singend, grandios. Sie hat als Mumie eine moderne „Pique-Dame"-Gräfin gefunden: eine Bombenrolle. In dieser Reimann-Partie wird sie auf Jahre hinaus unübertrefflich sein. Sie ist schließlich erst glückliche 71, eine unerschöpfliche Opernkraft. Horst Hiestermann gibt biestig die Rolle des Obersten, der kein Oberst ist. Er schrillt sie treffend im jammernden Befehlston heraus.

Donald Grobe spielt den gepreßten Helfershelfer des Bösen, doch sein Tenor klingt erfreulicherweise ganz ungepreßt. William Dooley trägt angenehm zur Lösung der giftigen Rätsel bei. Barbara Scherler und Kaja Borris tönen tiefstimmig hinein in die Bitternis. Die Guten werden wieder einmal nach altem musikalischen Brauch untergepflügt.

Der Pferdefuß des Stückes ist sein dritter Akt, wenn Strindberg sich milde zu geben beginnt, sein böses Gegeifer verstummt. Sofort verliert sein Stück an *Interesse, und selbt Aribert.* Reimann fällt es schwer, dem plötzlich einsetzenden, fahlen *Lyrismus* Farbe zu geben. Gudrun Sieber singt das im Tode erlöschende Fräulein mit *ruhiger Intensität. David Knutson* findet für den Studenten den rechten gehetzten Ausdruck, doch singt er seine Countertenor-Partie am Premierenabend mit deutlich *überanstrengter Stimme.*

Dietrich Schoras hat der Inszenierung ein faszinierendes Bild gebaut: ein Aquarium des Seelengrauens sozusagen, gläsern, durchsichtig, spiegelnd. Eine Glasterrasse überdeckt in halber Höhe die Bühne. Man sieht von unten hinein, wie in einen Turm der Qualen. Puppen wie Menschen spiegeln sich kopfüber, kopfunter im unbarmherzigen Glas. Der Aufriß ist *beklemmend. Es ergibt sich eine* optische Vivisektion von Strindbergs Gestalten, der Reimann die seine musikalisch entgegensetzt – oder auch umgekehrt.

Die Inszenierung von Heinz Lukas-Kindermann ist so lange ausgezeichnet, wie es etwas zu inszenieren gibt. Ausgerechnet dem dritten Akt aber, der am stärksten der Inszenierung bedürfte, hilft er nicht auf die Sprünge. Der Zuschauer wird zum Zuhörer eines anhaltend undramatischen Abgesangs. Das tut der Wirkung nicht gut. Denn Reimanns Musik schlafft durchaus nicht ab. Sie spinnt sich bohrend fort, bis ans durchaus nichts erlösende Ende. Nur die Inszenierung beginnt fahrlässig schon vorher die Daumen zu drehen. Peter Palitzsch in Stuttgart wird dazu *in einigen Tagen sicherlich seine* szenischen Gegenvorschläge machen.

Fest steht: musikalisch ist Reimann über den „Lear" auf höchst imaginative Weise imponierend hinausgewachsen. Sein musikalisches Kammerspiel klingt dramatisch breitbrüstig noch mit reduziertesten Mitteln. Das soll ihm erst einmal einer nachkomponieren. Riesiger Beifall am Ende, einzelne Buhs.

KLAUS GEITEL

### Ostdeutsches Kulturgut: Bilanz eines Verlustes

# Nur noch Erinnerungen?

Das ostdeutsche Kulturgut droht doppelt verlorenzugehen. Was bei Luftangriffen, Bränden, Kämpfen, Plünderungen oder beim Abtransport in die Heimatländer der Sieger vernichtet wurde, gerät in Vergessenheit, weil es bis heute nicht systematisch erfaßt und registriert worden ist. Nur die Erlebnisgeneration kann noch verläßliche Auskünfte über wertvolle Gemälde, ganze Galerien, Museen und Denkmäler geben, *mitteilen,* wo sie sich genau befanden, welchen Wert sie hatten und was mit ihnen geschah.

Hermann Ullrich hat 1963 im Rahmen der „Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland" über das „Schicksal der Bau- und Kunstdenkmäler in den Ostgebieten des Deutschen Reiches und im Gebiet von Danzig" berichtet. Eine auf neuen Erkenntnissen beruhende Neuauflage ist mehr als überfällig, denn niemand scheint heute in der Bundesrepublik in der Lage zu sein, verläßliche und umfassende Auskünfte über das ostdeutsche Kulturgut zu geben.

In mühevoller, ehrenamtlicher Kleinarbeit bemühen sich die Kreisverbände ostdeutscher Heimatgemeinden und Städte herauszubekommen, *was an kulturellem Besitz* verbrannte, zerschmolz, zerstört, nach den Kämpfen mutwillig zerschlagen oder von den Siegern geraubt wurde. Fast der gesamte bewegliche Kunstbesitz Schlesiens, so merkte bereits Ullrich an, wurde – soweit er nicht der Plünderung oder Vernichtung anheimgefallen ist – nach Polen verschleppt. Vieles gelangte inzwischen an seinen Ursprungsort zurück. Auch die Sowjetunion hat so manches rückgeführt. Aber detailliert ist das alles nicht erfaßt.

In den „Heimatbriefen" der Vertriebenen ist darüber zu lesen. Russische, polnische und tschechoslowakische Zeitungen werden ausgewertet. Wer aber trägt die vielen Details zusammen? Der Vorsitzende eines ostpreußischen Kreises klagte vor wenigen Wochen: „Ein Fachmann, der unser Archiv kürzlich besuchte, versicherte, daß es gerechtfertigt sei, mindestens zwei hauptamtliche wissenschaftliche Mitarbeiter für längere Zeit einzusetzen, um die gesammelten Materialien aufzuarbeiten. Das aber *ist* bei den gegebenen Verhältnissen leider unmöglich. So müssen wir uns auf das Sammeln und Stapeln beschränken in der Hoffnung, daß in späteren Zeiten mehr dafür getan werden kann."

Nach Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes haben „Bund und Länder entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewußtsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern". Dem wird gerade unter Bundesinnenminister Zimmermann verstärkt Rechnung getragen.

Es fällt schwer, alle Institutionen aufzuzählen, die mit der Sicherung vorhandenen Kulturgutes betraut sind. Dazu gehören der Ostdeutsche Kulturrat, das Herderinstitut in Marburg, die Ostdeutsche Galerie in Regensburg, die Ostdeutsche Bücherei in Herne, die „Häuser des Deutschen Ostens", die von den Landsmannschaften gegründeten Museen und Heimatstuben, die Heimatmuseen, um nur einiges zu nennen. Immer wieder vorgestellt wird ostdeutsches Kulturgut in den Wochenzeitungen der Heimatvertriebenen, aber eben nur dort. In den Redaktionen ist man froh, wenn die Tagesarbeit geleistet werden kann. Für die Archivierung oder gar die Auswertung fehlen Geld und Personal. So stehen wichtige Unterlagen für die *Forschung nicht zur* Verfügung, von einer Bilanz der Verluste, aber auch des Bewahrten gar nicht zu reden.

NORBERT MATERN

### Muse des Surrealismus: Meret Oppenheim in Bern

# Tränen im Rückspiegel

Ich getrau' mich kaum, das kostbare Ding anzufassen", spottet Meret Oppenheim beim Auspacken der legendären Pelztasse, die das New Yorker Museum of Modern Art nach einigem Zögern doch nach Bern geschickt hat, versichert für eine Viertelmillion Schweizer Franken. „Seit bald einem halben Jahrhundert hängt mir nun dieses Etikett um den Hals", seufzt die siebzigjährige Künstlerin in einer Parodie von Verzweiflung, die einen echten Kern hat. In der Berner Kunsthalle steht nun das „Déjeuner en fourrure", wie die Pelztasse eigentlich heißt, inmitten von 260 Werken, entstanden zwischen 1923 und 1983, die in einer kaum faßbaren Vielfalt von Ideen, Stilen, Materialien und Techniken alle Facetten eines reichen Künstlerlebens spiegeln.

Meret Oppenheim hat sich immer gegen Etikette gewehrt, insbesondere gegen die Abstempelung als Surrealistin. Wohl hat sie als Zwanzigjährige zum berühmten Pariser Kreis um Breton, Arp, Ernst, Éluard und Tanguy gehört und damals ihre Objekte geschaffen, die zu einer Art Fetisch des Surrealismus geworden sind, neben dem „Déjeuner en fourrure" vor allem „Ma Gouvernante" mit zusammengeschnürten Schuh-Schenkeln. Doch seither ist sie einen langen Weg gegangen, dessen Stationen sie nun in der Berner Kunsthalle selbst arrangiert hat, chronologisch geordnet in drei Gruppen: „Die ersten Jahre", „Ab 1937" und „Ab 1968".



**„Ich trau' mich kaum, das kostbare Ding anzufassen": Meret Oppenheim und ihre berühmte Pelztasse** FOTO: MARGRIT BAUMANN

Das sind sechzig Jahre intensiver künstlerischer Arbeit – doch in der Zusammenstellung erlebt man sie wie einen Tag. Denn das Mädchen Meret und die reife Frau sind dieselbe: Vertrauensvoll folgt sie dem Diktat ihrer Phantasie und spielt mit den Dingen, wie eigentlich nur Kinder spielen können. Und sie schaut hinter die Oberfläche ihrer Seele: die verwunschene Frau im Sägeblatt und das Eichhörnchen im Bierglas, Glühwürmchen in Schuhnägeln und Tränen in einem zersplitterten Autorückspiegel. Das alles ist nie erfunden, sondern immer gefunden, es war schon immer da, doch hat es keiner gesehen – bis Meret kam.

Sie liebt die Materialien, die weichen wie die harten: Pelz, Samt, Holz, Eisen, Stein. Alle ihre Objekte verlocken zum Berühren. So wie es bei den Plastiken Verwandtschaften gibt zwischen Arbeiten, die Jahrzehnte auseinanderliegen, so läßt sich auch bei den Malereien und Zeichnungen keine „Entwicklung" ablesen – eher ein Neben- und Miteinander unterschiedlichster Ausdrucksformen. „Mein Stil ist, daß ich keinen habe", sagte Meret in einem Gespräch. Offen und sensibel für Zeitströmungen, nimmt sie Anregungen auf, experimentiert mit konstruktiver Geometrie oder lyrischer Abstraktion, zollt Picabia oder Duchamp ihren Tribut.

Sie hat behauptet, sie könne gar nicht zeichnen. Das ist weder zu beweisen noch zu widerlegen: Da gibt es Blätter von geradezu altmeisterlicher Perfektion – und bei anderen fragt man sich, ob diese ungelenke Linie nur eine weitere Eulenspiegelei sei. Denn nie geht es Meret Oppenheim um Technik, immer um sinnliches Erfassen von Gefühltem, Erahntem. So hat sie denn auch ihre Arbeiten stark assoziativ ausgewählt und zusammengestellt. Sie folgen einander mit der zwingenden Logik eines Traumes.

Für Bern kommt die schöne Ausstellung zur rechten Zeit: Meret Oppenheims Säulenbrunnen auf dem Waisenhausplatz, letztes Jahr verfrüht und noch nicht funktionstüchtig eingeweiht, hat in der Bevölkerung Opposition bis zur Gehässigkeit ausgelöst. Nun können die Berner endlich die Bedeutung einer Künstlerin entdecken, die schon längst überall in der Welt mehr Anerkennung gefunden hat als in der Stadt, wo sie einen großen Teil ihrer Zeit verbringt. Und die Chance wird wahrgenommen: Seit Jahren hat die Kunsthalle am Helvetiaplatz nicht mehr solche Besucherscharen angezogen wie mit dieser Ausstellung (bis 14. Oktober).

MARIE-LOUISE ZIMMERMANN

## KULTURNOTIZEN

**Die Görres-Gesellschaft** zur Pflege der Wissenschaft hält ihre Generalversammlung vom 6. bis 10. Oktober in Regensburg ab.

**Ingrid Bachér** ist als erste Stipendiatin im neuen Stuttgarter Schriftstellerhaus benannt worden.

**Mark Zurmühle,** freier Regisseur, wird zu Beginn der Saison 1985/86 als Oberspielleiter des Schauspiels ans Basler Theater gehen.

**„Der St. Galler Klosterplan"** heißt eine Ausstellung, die nach einer Welttournee nun in der Badischen Landesbibliothek in Karlsruhe gezeigt wird (27. Sept. bis 3. Nov.).

**Den O.-E.-Hasse-Preis** erhalten die Schauspieler Corinna Kirchhoff und Helmut Zhuber aus Berlin sowie der Wiener Hans Piesbergen.

**Der Lyriker Rudolf Langer** erhält den mit 3000 Mark ausgestatteten Kulturpreis 1984 des Neisser Kultur- und Heimatbundes e. V. Hildesheim.

**Walter Pidgeon,** der in über 100 Filmen auftrat, ist in Santa Monica, Kalifornien, im Alter von 86 Jahren gestorben.

## JOURNAL

### PEN-Club-Vorsitzender reist nach Polen

AFP, **Warschau**

Der Vorsitzende des Internationalen PEN-Clubs, der Schwede Per Wastberg, reist Mitte Oktober nach Warschau, wo er u. a. mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Mieczyslaw Rakowski und Kulturminister Kazimierz Zygulski zusammentrifft. Es soll die Frage der Wiederzulassung des mit der Verhängung des Kriegsrechts verbotenen polnischen PEN-Clubs erörtert werden. Dieser hat seine Arbeit im August 1983 zusammen mit dem *polnischen Schriftstellerverband* einstellen müssen.

### Budapester Staatsoper wird wiedereröffnet

dpa, **Budapest**

Die Budapester Staatsoper, eines der großen Häuser Europas, wird heute 100 Jahre alt. Am Samstag soll sich in diesem Haus nach dreijähriger Restaurierung in einer festlichen Aufführung der Vorhang für die neue Spielzeit wieder öffnen. Das Ungarische Königliche Opernhaus wurde seinerzeit in Anwesenheit *von Kaiser Franz Joseph I.* feierlich eröffnet. Das überaus prächtige Haus war in neun Jahren nach Plänen des Architekten Miklos Ybl im Stil des Historismus erbaut worden. Das Opernhaus wurde seitdem zu einem Zentrum des ungarischen Musiklebens. Hier haben aber auch Dirigenten wie Gustav Mahler, Arthur Nikisch, Hans Richter, Otto Klemperer und Lamberto Gardelli gewirkt.

### Kolloquium über Thermolumineszenz

Hen. **Worms**

Das Museum der Stadt Worms und das Max-Planck-Institut für Kernphysik, Heidelberg, veranstalten bis zum 29. September das 4. Spezialistenseminar über Thermolumineszenz und Elektronenspinresonanzdatierung in Worms. Das Vortragsprogramm enthält 57 gesprochene Vorträge und 38 weitere, die als „Posterprogramme" angeboten werden. Das Kolloquium findet in der Andreaskirche, dem städtischen Museum von Worms, statt.

### Geschichte der Baseler Bahnhöfe

DW. **Basel**

Das Stadt- und Münstermuseum von Basel zeigt gegenwärtig die Ausstellung „Bahnhöfe in Basel". Anhand von Fotos, Plänen und anderen Dokumenten wird die Geschichte der drei Bahnhöfe der Stadt nachgezeichnet: 1844 nahm der Elsässer Bahnhof seinen Betrieb auf (es war der erste Bahnhof überhaupt in einer Schweizer Stadt). Zehn Jahre später folgte die Kopfstation der Schweizerischen Centralbahn. 1855 eröffnete die Großherzoglich-Badische Eisenbahn den zweiten ausländischen Bahnhof in Basel. Und 1903 verpaßte Basel bei einem Architekturwettbewerb für den neuen (jetzigen) Bahnhof SBB die Gelegenheit, einen Traum von Jugendstilbahnhof zu erhalten; der Entwurf von Olbrich wurde abgelehnt. Die Ausstellung ist bis zum 7. Okt. zu sehen (Kat. 8 Franken).

### Gegendarstellung

Die WELT behauptet in ihrer Ausgabe vom 19. September 1984 auf Seite 1 in der Rubrik „Tagesschau" und unter der Überschrift „Kultur" sowie auf Seite 23 in der Rubrik „Journal" unter der Überschrift „Weiterer Streit um den Film 'Paris, Texas'" u. a.: „Der Münchner Filmverlag der Autoren beabsichtigt, die Verleihrechte an dem Wim-Wenders-Film 'Paris, Texas' zu verkaufen ... Damit will der Verleih noch vor Beendigung der gerichtlichen *Auseinandersetzung am 27.* September über die Aufkündigung des Verleihvertrages durch Wenders offenbar vollendete Tatsachen schaffen. Entsprechende Verhandlungen wurden von dem Hauptgesellschafter des Filmverlags, dem 'Spiegel'-Herausgeber Rudolf Augstein, und dem Geschäftsführer des Verleihs Hansjörg Kopp beschlossen. Der Verlag verhandelt mit dem Constantin-Filmverleih, mit Tobis und Scotia." Diese Behauptungen sind falsch.

Richtig ist, daß der Filmverlag der Autoren die Verleihrechte an dem Wenders-Film „Paris, Texas" nicht verkaufen will. Der Filmverlag hat sich lediglich gegenüber dem Rechtsanwalt von Wenders' Gesellschaft „Road Movies", Dr. Kähler, bereit erklärt, die Verleihrechte zu verkaufen, wenn eine Einigung mit Wenders anders nicht möglich sei und Wenders einem Verkauf der Verleihrechte zustimme. Vollendete Tatsachen kann der Filmverlag insoweit ohne Wenders nicht schaffen. Richtig ist weiter, daß ich mit Hansjörg Kopp nicht ein Wort über einen etwaigen Verkauf der Verleihrechte gesprochen habe. Und richtig ist schließlich, daß mit keiner der drei genannten Verleihfirmen Verhandlungen aufgenommen wurden.

Hamburg, den 21. Sept. 1984
Rudolf Augstein, Gesellschafter des Filmverlags der Autoren

# Entsetzen in Frankfurt nach Karlsruher Spruch

## Zahlreiche Strafverfahren müssen neu aufgerollt werden

ERICH VOGT, Frankfurt

„Schuldig", so lautete es aus Karlsruhe vom Bundesgerichtshof (BGH). Der Schuldspruch des Hohen Gerichts galt der Frankfurter Justiz.

Ihr wurde vorgeworfen, bei der Benennung der Schöffen vor knapp vier Jahren einen juristischen Fauxpas begangen zu haben. Anders als es die Bestimmungen des Gerichtsverfahrensgesetzes vorschreiben, habe der Schöffenwahlausschuß, einem Lotteriespiel gleich, Laienrichter einfach ausgelost und nicht „nach Geschlecht, Alter, Beruf und sozialer Stellung" sorgfältig ausgewählt.

Der Urteilsspruch des Bundesgerichtshofes traf die Frankfurter Justiz völlig unvorbereitet. Landgerichts-Vizepräsident Heinz Jost sprach von „unabsehbaren Konsequenzen" dieser Entscheidung. Auch wenn man die schriftliche Urteilsbegründung des BGH noch nicht in Händen habe, so stehe doch fest, daß neue Prozesse mit den „falschen Schöffen" nicht mehr stattfinden können.

Daß zahlreiche Prozesse jetzt neu verhandelt werden müssen, ist absehbar. Es bedarf nach dem Richterspruch aus Karlsruhe dazu lediglich einer „Rüge der Verteidigung", mit der die gesetzwidrige Besetzung der Richterbank festgestellt wird. Der Frankfurter Justiz drohen so auf unabsehbare Zeit chaotische Zustände.

Das Urteil aus Karlsruhe stieß auf lebhaften Widerspruch bei der Frankfurter Justiz. „Unbegründet" sei die Kollegenschelte, sehr „formaljuristisch" die Interpretation des Gerichtsverfahrensgesetzes. Man sehe es in Frankfurt anders. Das Wahlverfahren sei „korrekt abgelaufen." Immerhin seien dem Schöffenauswahlausschuß 2300 Kandidaten von den Kommunen vorgeschlagen worden, die allesamt nach Geschlecht, Alter, Beruf und sozialer Stellung ausgewählt wurden. Da man aber lediglich 800 Schöffen benötigte, habe man, um „Manipulationen" auszuschließen, das Los entscheiden lassen. Somit sei also, argumentierte die Justiz in Frankfurt, jeder Form von „Willkür" ein Riegel vorgeschoben worden.

Beim BGH hat man für diese Argumentation kein Verständnis. Im Gesetz stehe eindeutig, heißt es, daß gewählt und nicht „wie beim Kindergeburtstag Lose gezogen" werden sollen. Sinn des Gesetzes sei es, „des Volkes Stimme in seiner ganzen Vielfalt" zu hören: „Wahl heißt wählen, nicht auslosen." Und was in Frankfurt passiert ist, stehe eindeutig im Widerspruch zum Gesetz. Es hätte ja auch passieren können, so die Bundesrichter, daß durch das Los nur Männer, Unternehmer oder Arbeitslose zum Zuge gekommen wären.

Wie es jetzt bei der Strafjustiz in Frankfurt weitergehen soll, weiß man nicht. Sicher ist nur, daß Ende des Jahres das Mandat der „falschen Schöffen" abläuft. Danach wird neu gewählt. Sicher ist aber auch, daß es in vielen Fällen zur Revision kommen wird und der größte Teil der neuen Prozeßkosten der Staatskasse zur Last gelegt werden dürfte. Darüber ist man sich in Frankfurt und Karlsruhe diesmal einig.



Brigitte Bardot FOTO: DPA



Petra Schürmann FOTO: F. HUG



Liz Taylor FOTO: CAMERA PRESS



Sophia Loren FOTO: DPA

# *Das Alter – der akzeptierte Zeitgenosse*

Die 50 als Barriere des Schreckens, das Alter als *Feind? Vier Frauen, die sich stellvertretend für* viele zu ihren Jahren bekennen, vier Gesichter, die eine alte Furcht widerlegen, vier Fotos, die beweisen: Schönheit mit 50 ist kein Reklamegag, eher eine Einstellungsfrage. Konzentriert, mit der „Gefährlichkeit" eines winzigen spöttischen Lächelns und einem Schuß Versonnenheit: Sophia Loren (50); vehement, gescheit, Attacke reitend: Brigitte Bardot (50); strahlend gelöst, mit Mut zu erblondeten Haaren: Liz Taylor (52); selbstsicher, nicht ohne Freude am koketten Blick: Petra Schürmann (49). Sie gehörten alle zur Generation der erfolgreichen emanzipierten 40jährigen. Heute – zehn Jahre später – wirken ihre Gesichtszüge noch um eine Spur weicher und gelöster. Gelassenheit ist der Gleichschritt der Seele mit den Ereignissen.

Das Alter – ein akzeptierter Zeitgenosse. K.T.

# Kinderkrebs-Stationen bitten um finanzielle Hilfe

## Erfolgreiches Therapieprogramm gefährdet / Heilungschancen um 70 Prozent verbessert / Elterninitiativen gegründet

M. SAID-LANG/DW. Bonn

Eltern krebskranker Kinder hoffen auf private oder staatliche Unterstützung. Nach Angaben des Bonner Kinderkrebs-Arztes Udo Bode (41) herrscht ein so großer Ärzte- und Personalmangel an den Kinderkrebs-Stationen in Deutschland, daß sich einzelne Elterninitiativen bereiterklärt haben, Planstellen für Ärzte und Therapeuten selbst zu bezahlen. Diese *Problematik soll Thema einer Podiumsdiskussion* sein, die am 3. Oktober in Bonn stattfindet, und an der neben dem Fernsehjournalisten Franz Alt auch Vertreter der Elterninitiativen teilnehmen. Das Thema scheint besonders dringend, eine Verbesserung der Lage deshalb so erfolgversprechend, weil die Heilungssaussichten in den vergangenen zehn bis 15 Jahren um 60 bis 70 Prozent zugenommen haben.

Schwäche, Knochen- und Gelenkschmerzen, Appetitlosigkeit, Schwellungen der Lymphknoten, Vergrößerung von Leber und Milz, auffallende Blässe und Blutungen unter der Haut – einige typische Symptome der *akuten Leukämie*, der bösartigen Veränderung von Knochenmarkszellen, die aufgrund der malignen Veränderung keine normalen weißen Blutkörperchen mehr produzieren können, sondern das Blut mit unreifen, kranken Leukozyten überschwemmen. Noch vor 15 Jahren bedeutete die Diagnose Leukämie ein Todesurteil. Heute nicht mehr unbedingt.

Wie häufig kommt Krebs bei Kindern überhaupt vor und welche Formen dominieren? Es überwiegen bei Kindern die Krebserkrankungen des Blutes und des Lymphsystemes. Lokalisierte bösartige Tumore, die Mediziner sprechen von „soliden" Tumoren, treten bei Kindern vorwiegend im Nervengewebe, den Nieren und im Stütz- und Bindegewebe auf. *Man geht heute in der pädiatrischen* Onkologie davon aus, daß die meisten bösartigen Tumore schon vor der Geburt des Kindes angelegt sind, und bezeichnet sie daher als „embryonale" Tumore.

### Frühzeitig: Solide Tumore

Daraus ergibt sich, daß die Hälfte aller Fälle von soliden Tumoren bereits in den ersten vier Lebensjahren auftreten. Zur Häufigkeit von Krebserkrankungen bei Kindern überhaupt gibt Professor G. Schellong, Direktor der Universitäts-Kinderklinik Münster und Vorsitzender der Gesellschaft für Pädiatrische Onkologie, die Zahl 1100 bis 1200 Erkrankungen pro Jahr für unser Land an.

*Das Schicksal dieser Kinder und* ihrer Eltern wird mitbestimmt vom Zeitpunkt der Diagnose. Seit 1970 sind in umfangreichen Studien, bei denen die Universitäts-Kinderkliniken der Bundesrepublik Deutschland zusammenarbeiten, standardisierte Therapiestrategien ausgearbeitet worden. Die Chemotherapie hat in *den* Behandlungskonzepten einen hohen Stellenwert, denn die meisten Tumore und Leukämien, die im Kindesalter auftreten, sprechen auf die Behandlung mit Zytostatika an, eine Behandlung, die ein großes Maß an ärztlicher Erfahrung voraussetzt. In der Tumortherapie ist es dem wirklich erfahrenen Arzt z.B. heute möglich, durch Kombinationen mehrerer Zytostatika von unterschiedlicher Toxizität (Giftigkeit) ein Maximum von bösartigen Zellen zu vernichten.

Es handelt sich zweifellos um ein aggressives und risikoreiches Behandlungskonzept. Professor Hansjörg Riehm, Universitäts-Kinderklinik Hannover, der jahrelang um dieses Behandlungsprinzip gekämpft hat, das heute zumindest in der Leukämie-Therapie weltweit als das beste und erfolgreichste gilt, hat es einmal so formuliert: „Wir verabreichen eine risikoabgepaßte Behandlungsintensität. Bei der Diagnosestellung bestimmen wir die Risikoform des Kindes, und entsprechend seinem Risiko, das wir in drei Gruppen einteilen, erfolgt die Therapie." Eine Therapie, *die ein geschultes Team von Spezialisten* und Spezialschwestern voraussetzt.

### Trost für mutlose Eltern

Die Mühe darf sich dabei nicht auf die Kinder beschränken. Ärzte und Pflegepersonal müssen sich darüberhinaus ebenso intensiv um die Eltern kümmern, die anfänglich meist hilflos und verzweifelt mutlos sind.

Auch wenn man den Eltern bei der „Diagnose Krebs" heute sagen kann, daß ihr Kind eine bis zu 70-prozentige Überlebens-Chance hat, so muß man ihnen auch sagen, daß ein langer Leidensweg vor ihnen liegt. „Die berechtigte Freude über die zunehmend größeren Heilungsquoten darf nicht vergessen lassen", so Professor Schellong, Münster, „daß die Behandlungsverfahren wegen ihrer unvermeidlichen Nebenwirkungen und wegen eventueller Spätfolgen nach wie vor als sehr problematisch angesehen werden müssen."

# *Sitzen nur die kleinen Fische auf der Anklagebank?*

ELFRUN JACOB, Amsterdam

Die Entführung des Bier-Magnaten Alfred (Freddy) Heineken war eine Weltsensation. Heute, fast ein Jahr danach, stehen drei der fünf mutmaßlichen Entführer in Amsterdam vor Gericht. Zwei – die 1,90-Meter-Männer Cor van Hout (27) und Wim Holleder (26) – sind allerdings nicht dabei. Sie sitzen noch im Pariser Santé-Gefängnis. Nicht dabei zur Enttäuschung der Zuschauer auch Alfred Heineken und sein Fahrer Ad Doderer. Beide gaben ihre Aussagen zu Protokoll. Sitzen also nur die kleinen Fische auf dem Armesünderbänkchen?

Die Anklage gegen Jan Bollart (31) und Frans Meijer (31) lautet auf Freiheitsberaubung und Erpressung, gegen den Bewacher Martin Ernkamp (21), der den Gefangenen drei Wochen lang angeblich versorgt hat, auf Beihilfe.

Mittwoch, 9. November 1983: Drei maskierte Männer entführen den Biermagnaten, als er sein Büro verläßt. Den Fahrer und Leibwächter Doderer nehmen die Gangster mit. Sie entkommen in einem Kombiwagen. Am gleichen Abend erreicht die Polizei im Haag die Forderung: 35 *Millionen Gulden* (32 Millionen Mark), sauber getippt auf deutschem Papier mit deutscher Schreibmaschine, dabeigelegt: Heinekens Rolex und Doderers Paß.

Beide Männer befinden sich zu diesem Zeitpunkt schon in einer Nissenhütte auf dem Gelände einer Schreinerei im westlichen Hafengebiet der Stadt. Sie kampieren in Primitiv-Zellen, die für Hundekämpfe gebaut worden sind, eigens für die Entführung aber umgebaut worden sein sollen. Mehr noch: Firmen-Chef Bollart hat angeblich selber eine Nacht darin zugebracht, um die „Zumutbarkeit zu testen". Heineken klagt jedoch über die erbärmliche Kälte.

Kaum eine Stunde nach der Tat treffen sich Königin Beatrix und Justizminister Frits Korthals Altes in der Wohnung des Amsterdamer Bürgermeisters Ed van Tijn zur Krisensitzung. Zum Krisenmanagement gehören später unter anderem noch zwei Herren im Nadelstreifenanzug, beide mit Vetorecht bei allen Entscheidungen: Direktor van den Vijver vom Heineken-Konzern und Peter Cheeney von Lloyd's, London, der Kidnap-Versicherung.

Kosten für Computer, Dienstwagen, Spesen, *Luftfotos, Überstunden* (100 per Mann) – hier spielen sie keine Rolle. Es kommt mehrmals zum Telefon-Kontakt mit den Entführern. Das Tonband geht zum Bundeskriminalamt nach Wiesbaden. Dort analysiert man, daß der Sprecher über 50 Jahre alt sei. Stimmt – zur Verblüffung der Kripo stellt sich nach der Befreiung *heraus, daß Doderer das Band* besprochen hat und er ist Mitte 50.

Das Pokerspiel beginnt. Es dauert Wochen. „Die Leute sind so arrogant und eiskalt, daß man eine Gänsehaut bekommt", so einer der Kripoleute.

Am 22. November bekommt die Polizei den entscheidenden Tip. Es ist der 547. – ein anonymer Brief. Der Schreiber hat fünf Männer – Rob Grifhorst, Fransje Meijer, Cor van Hout, Willem Holleder und Jan Bollaert seit dem Entführungstag nicht mehr gesehen. Sie fehlen an der Theke ihres Stammlokals. Da die Männer polizeilich nicht erfaßt sind, behandelt die Kripo den Tip erst Tage später und erfährt, daß die „Jongens" plötzlich *in teuren Lederjacken und* goldenen Uhren gesichtet worden sind, mit Geld nur noch um sich schmeißen, schwere Schlitten fahren und anderes mehr.

*Sonntag, 27. November.* An diesem Tag holt Martin Ernkamp zwei Mahlzeiten aus einem China-Restaurant. Das Dinner für Heineken und Doderer. Die Polizei verfolgt den Mann, entdeckt das Lager und wartet Tag und Nacht. Am Morgen des 30. November startet die Blitzaktion, doch die Beamten finden nichts. Da kommt Inspektor Ger van Beek die Idee: Noch einmal sucht er die Rückwand des Schuppens ab, beklopft sie, läßt die Hartfaserplatten abreißen und entdeckt eine blinde Tür. Dahinter die Zellen mit den Gefangenen. Der lakonische Heineken (60) scherzt, als er von seiner Handschelle befreit wird und der linke Puls blutig gescheuert ist: „Die hatten wohl nicht das modernste Material." Doderer bekommt einen Nervenzusammenbruch.

Heute ist Doderer in Pension, Heineken gab der Amsterdamer Polizei ein Fest und stiftete eine halbe Million für neue Fahndungsgeräte. Von *20 Leibwächtern* umgeben, will er die Entführung überwunden haben. Vom Lösegeld wurden 24 Millionen sichergestellt. Auch Lloyds London kann zufrieden sein.

## LEUTE HEUTE

### *Dreigestirn*

25 Gold-, 31 Silber- und 17 Bronzemedaillen-Gewinner der Olympischen Spiele in Sarajevo und Los Angeles sowie der Weltspiele der Behinderten trafen sich in Düsseldorf bei einem Empfang des Ministerpräsidenten **Johannes Rau**. Unser Bild zeigt ihn zusammen mit **Ulrike Meyfarth** und **Jürgen Hingsen**, dem Zehnkämpfer.

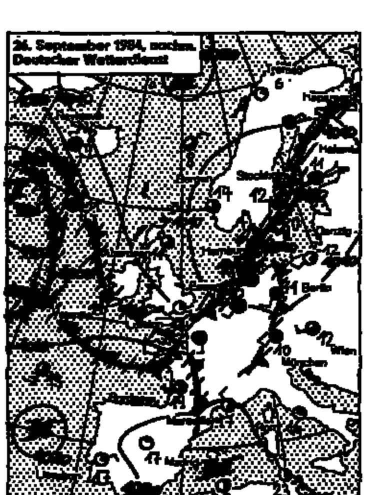


### *Stöck nahm Abschied*

Nach rund 20 Jahren bei der „Tagesschau" hatte Nachrichtensprecher **Wilhelm Stöck** am Dienstag seinen letzten Auftritt in der Nachrichtensendung des ARD-Fernsehens. Der 62jährige geht auf eigenen Wunsch vorzeitig in den Ruhestand. Stöck geriet zweimal in die Schlagzeilen, als er einen Arbeitsgerichtsprozeß gegen den „Tagesschau"-Chef **Dieter Gütt** gewann, der ihm „mangelnde Qualitäten" vorgeworfen hatte, und als er die „Tagesschau" in einem Interview „parteipolitisch beeinflußbar" nannte.

## WETTER: Etwas freundlicher

**Wetterlage:** *Die* nach Mitteleuropa eingeströmte Meeresluft gelangt von Westen her allmählich unter Hochdruckeinfluß.




Stationen 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, still ≡ Nebel ● Sprühregen ● Regen ✱ Schneefall ▼ Schauer. Gebiete Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete Luftströmung ⇒warm, ⇒kalt Fronten Warmfront, Kaltfront, Okklusion Isobaren Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

**Vorhersage für Donnerstag:**

Zunächst stark bewölkt und noch Regenfälle. Im Tagesverlauf von Westen her Wolkenauflockerung, örtlich auf Aufheiterungen. Tageshöchsttemperaturen *10 bis 14 Grad*, im Westen bis 16 Grad. Zum Freitag gebietsweise aufklarend und Bildung von Nebelfeldern. Tiefsttemperaturen 9 bis 5 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Süd bis West.

**Weitere Aussichten:**

Nach Nebelauflösung heiter bis wolkig und wärmer.

**Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Berlin | 11° | Kairo | 30° |
| Bonn | 12° | Kopenh. | 14° |
| Dresden | 11° | Las Palmas | 27° |
| Essen | 10° | London | 13° |
| Frankfurt | 13° | Madrid | 17° |
| Hamburg | 10° | Mailand | 15° |
| List/Sylt | 11° | Mallorca | 22° |
| München | 10° | Moskau | 20° |
| Stuttgart | 10° | Nizza | 14° |
| Algier | 29° | Oslo | 9° |
| Amsterdam | 14° | Paris | 9° |
| Athen | 27° | Prag | 11° |
| Barcelona | 20° | Rom | 16° |
| Brüssel | 14° | Stockholm | 12° |
| Budapest | 14° | Tel Aviv | 27° |
| Bukarest | 22° | Tunis | 23° |
| Helsinki | 11° | Wien | 12° |
| Istanbul | 28° | Zürich | 11° |

**Sonnenaufgang* am Freitag:** 7.18 Uhr, Untergang: 19.06 Uhr; **Mondaufgang:** 11.42 Uhr, Untergang: 20.44 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

# Abiturienten bei Paestum ertrunken

dpa, Paestum

Dramatisch endete in Paestum südlich von Neapel eine Italien-Studienreise von 41 Schülern aus Euskirchen. Nach Auskunft der Polizei von Sorrent ertranken drei Abiturienten des Euskirchner Emil Fischer-Gymnasiums am Dienstag im Meer. Die Namen der Toten wurden mit Udo Diefenthal (18), Wolfgang Neubert (19) und Jürgen Fink (18) angegeben. Nach einer ersten Rekonstruktion des Unfalls hatte eine Welle bei stürmischem Seegang einen der drei Jugendlichen erfaßt und ins offene Meer gerissen. Die beiden anderen Schüler ertranken bei dem Versuch, ihren Kameraden zu retten. Die Schülergruppe war auf einem Campingplatz in Sorrent untergebracht. Am Dienstag hatte sie einen Ausflug nach Paestum unternommen, um dort die archäologischen Ausgrabungen zu besichtigen. Bei einem Abstecher an den Strand ereignete sich dann der Unfall. Bis gestern mittag waren die Leichen der Toten entgegen ersten Angaben der Polizei offenbar noch nicht geborgen worden. Die Gruppe der Schüler brach nach dem Unglück den Aufenthalt in Italien ab und reiste nach Deutschland zurück.

### Meteorologen optimistisch

AP, München

Mit ein paar schönen Herbsttagen rechnen die Meteorologen. Beim *Deutschen Wetterdienst in Offenbach* ging man gestern davon aus, daß von heute an ein bisher über dem Ostatlantik liegender Hochkeil zunächst im Westen Deutschlands seinen wohltuenden Einfluß zur Geltung bringen könnte. Für morgen wagten die Meteorologen sogar für das gesamte Bundesgebiet die Prognose „heiter bis wolkig" bei Temperaturen bis 17 Grad.

### Geständnis

SAD, Antwerpen

Nach tagelangem Leugnen hat die 29jährige Belgierin Francine Waegemans dem Haftrichter gestanden, ihrer sechsjährigen Tochter Debbie eine *tödliche Heroin-Injektion* verpaßt zu haben. Die Leiche des Kindes war in einer Stadtwohnung gefunden worden. Daneben lagen Mutter Francine und deren 30jähriger Freund Constant mit aufgeschnittenen Pulsadern. Beide wurden gerettet.

### Erschreckende Zahlen

dpa, Wiesbaden

Mehr als die Hälfte aller Verkehrsopfer in der Bundesrepublik Deutschland sind 1983 in den Trümmern der am Unfall beteiligten Autos gestorben. Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes von gestern in Wiesbaden gab es 1983 11 732 Verkehrstote. Mehr als ein Viertel aller Unfälle mit Toten und Verletzten wurden 1983 von 18- bis 24jährigen Fahrern verursacht.

### Rhein immer sauberer

rtr, Düsseldorf

Die Verschmutzung des Rheins ist im vergangenen Jahr weiter zurückgegangen, obgleich die Belastung durch Choride gleichbleibend hoch ist. Zu diesem Ergebnis kommt der gestern vom nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministerium in Düsseldorf veröffentlichte Gewässergütebericht '83.

### *ZU GUTER LETZT*

*„Der Grundsatz der Stimmigkeit gilt auch für das Verhältnis der kontinuierlichen Lernerfolgsüberprüfung in den JSen 11 bis 13. Stimmigkeit meint hier die unverzichtbare Kongruenz von Bildungsgang und Abschlußprüfung." (Aus den Richtlinien Deutsch für Nordrhein-Westfalen, gymnasiale Oberstufe) – „Die Oberstufe führt zum Abitur. Die Klausuren desgleichen." (Von der Zeitschrift „Freiheit der Wissenschaft" vorgenommene Übersetzung.*

## Mit der Kritik leben . . .

Ohne Arzneimittel ist eine moderne Gesundheitsversorgung nicht denkbar. Und ohne eine moderne pharmazeutische Industrie gibt es keine modernen Arzneimittel. Das ist eine Binsenweisheit, die sogar von Ideologen anerkannt wird, die sonst stets das Wort von der „übermedikamentierten Gesellschaft" im Munde führen.

Dennoch müssen heute die Arzneimittelhersteller, die pharmazeutische Industrie wie kaum eine andere Branche mit der Kritik leben. Ob Contergan oder Tierversuch, ob Preisgestaltung oder Pakkungsgröße, ob Beipackzettel oder Freiverkäuflichkeit von Medikamenten – es scheint kein Feld zu geben, auf dem die Arzneimittelhersteller nicht kritisiert werden.

Das ist auf zwei Ursachen zurückzuführen. Einmal sind Arzneimittel ein äußerst empfindlicher Bereich. Das Stichwort Sicherheit sei genannt, die Abwägung von Nutzen und Risiko der Medikamente. Die andere Ursache liegt im gesellschaftspolitischen Bereich, sind doch die Arzneimittelhersteller im Spannungsfeld zwischen freier Marktwirtschaft und dem nach dem Solidarprinzip geordneten Gesundheitswesen tätig.

Aus diesem Spannungsverhältnis ergeben sich ständig Reibereien zwischen denen, die die politischen Rahmenbedingungen für den Medizinbetrieb abstecken, und der Industrie, die sich natürlich in ihre Preisgestaltung oder in ihre Produktionskriterien nicht hineinreden lassen will.

Die „Krise des Sozialstaats" freilich zwingt den Gesetzgeber zum Handeln. Er hat zunächst die Selbstmedikation durch den Erlaß der sogenannten Negativliste hoffähig gemacht. Diese Liste schließt die Arzneimitteltherapie von Bagatellerkrankungen, etwa Schnupfen- und Grippemittel, Mund- und Rachentherapeutika, Abführmittel und Präparate gegen Reisekrankheit, von der Erstattungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen aus.

Das ist auch durchaus konsequent. Denn wenn bei bestimmten Mißbefindlichkeiten zwar der Arztbesuch, nicht aber die dabei verordneten Medikamente von den Kassen erstattet werden, drängt man den Patienten folgerichtig auf den Weg, die benötigten Arzneimittel aus eigener Tasche zu bezahlen.

In Bonn wird zur Zeit überlegt, die Negativliste um einige Anwendungsbereiche zu erweitern. Die Frage ist, in welchem Maße sich das auf die Kostensituation der Krankenversicherung auswirken wird.

PETER JENTSCH



Immer mehr Patienten kaufen bei leichten Beschwerden ihre Medikamente selbst. Sie verlassen sich dabei auf die Beratung durch den Apotheker.
FOTO: WOLFGANG STECHE/VISUM

## Können Vitamine Leben verlängern?

Man kann es kaum glauben: Vitaminmangel ist ein nach wie vor aktuelles Problem. Zu dieser Auffassung gelangt Professor Volkmar Böhlau von der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt. In den vergangenen Jahren, so stellte er jüngst fest, haben ernährungsbedingte Krankheiten deutlich zugenommen; darüberhinaus sei ein hoher Prozentsatz an Todesfällen auf Ernährungsstörungen zurückzuführen.

Diese Meinung vertritt auch die Deutsche Gesellschaft für Ernährung. Sie schätzt, daß allein in der Bundesrepublik durch ernährungsbedingte Krankheiten jährlich Kosten in Höhe von 17 Milliarden Mark entstehen, das sind immerhin zwei Prozent des Bruttosozialprodukts. Dabei spiele nicht nur die „Überflußernährung" eine Rolle, sondern auch die ungenügende Vitaminversorgung in unserer Wohlstandsgesellschaft.

Nach Böhlau werden heute folgende Stadien der Vitaminverarmung unterschieden:

1. Abnahme der Körperreserven und der Plasmawerte.

2. Abnahme der Vitamin-Metaboliten im Blut und im Harn.

3. Abnahme der Aktivität der Enzyme oder Hormone.

4. Metabolische, funktionelle oder morphologische Störungen, die zu irreversiblen Zuständen führen können.

Als Beispiel nennt Böhlau, daß mit der heute üblichen Ausmahlung des Getreides von rund 70 Prozent das meiste Vitamin-E, aber auch Pantothensäure, Riboflavin, Folsäure, Thiamin, Niacin, Biotin (alles Vitamine) vernichtet werden. Um erklären zu können, welche Schäden durch Vitaminmangel entstehen, sollte man wissen, welche Wirkungen Vitamine besitzen. Am Beispiel des Vitamin-E macht Böhlau das deutlich:

Dieses Vitamin senkt den Sauerstoffbedarf der Muskeln und damit auch den des Herzmuskels. Es hat eine gefäßerweiternde und eine hämodynamische Wirkung. Vitamin-E ist förderlich bei Atemnot und Schocklunge, es wirkt gerinnungshemmend und verhindert die vorzeitige Verhärtung der Gefäße, es erleichtert eine wirksame Digitalistherapie bei cardialer Dekompensation. Vor allem aber hat es eine Wirkung auf Erscheinungen des Alters.

Böhlau: „Beim physiologischen und pathologischen Altern ergeben sich verschiedenste Veränderungen des Körpers. Das Gewebe etwa verliert an Wasser und damit an Elastizität, die Gewebe neigen zur Verschlackung. Die Zellerneuerung findet sehr viel langsamer statt, die Haut wird dünner und reichert Farbstoffe an. Wunden heilen langsamer, Haare ergrauen. Das Gehirn zeigt Veränderungen, so schwindet das Kurzgedächtnis." Die Aufgabe der Altersmedizin, der Geriatrie sei es aber, „nicht nur dem Leben Jahre hinzuzuführen, sondern den Jahren Leben".

Ein äußeres Zeichen fehlgesteuerter Stoffwechselvorgänge sind zum Beispiel die sogenannten Altersflekken in der Haut. Hier handelt es sich um Lipofuszine, die sich in allen Zellen des Körpers, auch in denen des Gehirns ablagern können. Die Lipofuszine stellen ein heterogenes Konglomerat aus Zellbauprodukten dar, die aufgrund mangelnder Stoffwechselaktivitäten der Zellen nicht mehr abtransportiert werden können. Die-

● Fortsetzung Seite VI

Eine Studie beweist: Der verantwortungsbewußte Umgang mit den Arzneimitteln wird durch die Selbstbehandlung gefördert

# Selbstmedikation – ein Beitrag zur Gesundheitspolitik

Von HANS W. BACH

Die Definition der Selbstmedikation als eine Selbstbehandlung mit Arzneimitteln erhält bei einer weltweiten Betrachtung sehr unterschiedliche Bedeutungen in Abhängigkeit zu zahlreichen Faktoren, wie den wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten und dem jeweiligen Entwicklungsstand des Gesundheitswesens.

Schon der Arzneimittelbegriff, der in der Bundesrepublik wie in den anderen westlichen Industrienationen durch gesetzliche Definitionen bestimmt ist, läßt sich nicht einheitlich erfassen, da in vielen Ländern durch die traditionelle, häufig auch religiös motivierte Medizin vergleichbare Definitionen fehlen.

Selbstbehandlung mit Arzneimitteln hat darüber hinaus eine gänzlich andere Bedeutung, je nachdem, ob es sich um die Behandlung von Bagatellerkrankungen handelt oder, wie in vielen Ländern der Dritten Welt, aufgrund mangelhafter ärztlicher Versorgung eine der Not gehorchende Behandlung auch ernster Erkrankungen darstellt.

Selbstmedikation ist schließlich gebunden an die Verfügbarkeit geeigneter, gut wirksamer und unbedenklicher Arzneimittel.

Diese Verfügbarkeit umfaßt dabei nicht nur die Breite des Marktangebotes in für die Selbstbehandlung charakteristischen Indikationsgebieten, sie wird ebenso beeinflußt durch die in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlichen Distributionswege, den Bildungsstand der Bevölkerung und die wirtschaftlichen Möglichkeiten des einzelnen.

Nicht nur aufgrund des Mangels an statistischem Material entziehen sich deshalb auch solche Staaten einer vergleichenden Betrachtung, in welchen der Umgang mit dem Arzneimittel durch staatliche Planwirtschaften geregelt wird. Selbstmedikation spielt dabei sicher auch in unseren sozialistischen Nachbarstaaten eine wichtige Rolle, ganz besonders in der DDR, doch fehlen detaillierte Informationen zum Marktangebot und dem Verbraucherverhalten, um dies in eine vergleichende Betrachtung einbeziehen zu können.

In den westlichen Industrieländern und Japan hat sich mehr und mehr die Überzeugung durchgesetzt, daß eine totale staatliche Gesundheitsversorgung weder finanziert werden kann noch im Hinblick auf die notwendige Mitverantwortung des Patienten sinnvoll ist.

### Starke Impulse aus den USA

Der Selbstmedikation kommt dadurch in diesen Ländern eine zunehmende Bedeutung als ergänzendes Element der Gesundheitspolitik dieser Länder zu, nicht nur, weil die durch den Patienten getragenen Kosten die Gemeinschaft entlasten, sondern auch weil die Selbstmedikation den verantwortlichen Umgang mit Arzneimitteln fördert.

Immerhin belegen Studien, die vor allem in England durchgeführt wurden, daß in nahezu 90 Prozent Mittel zur Selbstmedikation richtig angewendet werden.

Im Rahmen einer vergleichenden Betrachtung der Industriestaaten ist die Analyse der Selbstmedikation in den Vereinigten Staaten naturgemäß von zentraler Bedeutung. Wie schon so oft im Gesundheitswesen, gehen auch auf diesem Sektor starke Impulse auf die Entwicklung in anderen Ländern aus. Dabei mag der ohnehin hohe Anteil der finanziellen Beteiligung des Patienten an den Arzneimittelkosten, der anders als in vielen europäischen Ländern den Gang zum Arzt aus wirtschaftlichen Gründen eher ausschließt, einer der Gründe für die überragende Bedeutung der Selbstmedikation in den USA sein.

Ende 1983 gab die amerikanische Gesundheitsbehörde (FDA) bekannt, daß nach zehnjähriger Arbeit der OTC Drug Review – die Überprüfung der etwa 1000 der Selbstmedikation zur Verfügung stehenden OTC (Over The Counter)-Arzneistoffe – abgeschlossen sei. Diese intensive Überprüfung der OTC-Arzneimittel hat nicht nur zu einer erhöhten Markttransparenz geführt, sondern auch den Anstoß zu einer Entwicklung gegeben, die für die Zukunft der Selbstmedikation in anderen Ländern gleichermaßen von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Die Experten, die zu beurteilen hatten, welche Arzneistoffe für die Anwendung ohne ärztliche Verordnung als sicher und wirksam eingestuft werden können, nahmen in ihre Empfehlungen auch solche Substanzen auf, die bisher der Rezeptpflicht unterlagen. Dies geschah primär auf Antrag der pharmazeutischen Industrie, wurde aber in der breiten öffentlichen Diskussion auch von vielen Vertretern der Heilberufe unterstützt. Mittlerweile läßt sich ein Bemühen erkennen, den gesamten Arzneischatz kritisch zu prüfen, ob und inwieweit Substanzen aus der Rezeptpflicht freigestellt werden können.

Darunter so potente Arzneistoffe wie Hydrocortison zur äußerlichen Anwendung und das Schmerzmittel Ibuprofen.

Die Entwicklung hat längst auch andere Länder erreicht. So wurde Hydrocortison mittlerweile in vier weiteren Staaten – darunter Australien und Schweden – in unterschiedlichen Konzentrationen aus der Rezeptpflicht entlassen.

In Deutschland und Frankreich waren es Arzneistoffe zur lokalen Pilzbehandlung, die für die Selbstmedikation zur Verfügung stehen. Das Schmerzmittel Ibuprofen wurde in England sogar noch früher als in den Vereinigten Staaten aus der Rezeptpflicht freigestellt.

Der Verband der Heilmittelhersteller in England, PAGB (Proprietary Association of Great Britain), hat die Kriterien, nach welchen Arzneistoffe oder Zubereitungen für die Selbstmedikation freigestellt werden sollten, definiert.

Ein solches Arzneimittel muß wirksam sein in dem ausgewiesenen Indikationsgebiet, muß eine große Sicherheitsreserve im Hinblick auf unerwünschte Wirkungen besitzen, darf nur unter Angabe geeigneter Anwendungshinweise und der möglichen Anwendungsrisiken in Verkehr gebracht werden und sollte schließlich ein sehr geringes Mißbrauchspotential besitzen. Die Gefahr einer Abhängigkeit oder Gewöhnung muß außerordentlich geringfügig sein.

Das für die Zukunft der Selbstmedikation wichtigste Merkmal dieser von den Vereinigten Staaten ausgehenden Entwicklung ist die Anerkennung des berechtigten Anspruchs der Patienten nach einem größeren Angebot an sicheren und wirksamen Arzneistoffen für die Selbstbehandlung durch die Gesundheitsbehörden. Getragen wird dieser Trend in Amerika durch starke Verbraucherorganisationen und – hier gelingt erneut der Brückenschlag zu anderen Industrienationen – durch die erhoffte Kostensenkung zugunsten der Gesundheitsversorgung durch Entlastung der Ärzte bei Bagatellerkrankungen. Besonders im Fall des Hydrocortisons wurden eindrucksvolle Einsparungen sowohl für die Krankenversicherungen als auch für die betroffenen Patienten errechnet.

Nach einer Erhebung des Weltindustrieverbandes WFPMM (World Federation of Proprietary Medicine Manufacturers) betrug der Anteil der Selbstmedikation vor zehn Jahren in zehn untersuchten Industriestaaten durchschnittlich etwas mehr als drei Prozent von den Gesamtkosten des jeweiligen Gesundheitssystems. In diesem internationalen Vergleich führte Japan mit beinahe acht Prozent, während Italien mit 1,3 Prozent den geringsten Anteil aufwies.

Als grober Richtwert ergibt sich für alle Industrienationen für die Selbstmedikation ein Anteil am Gesamtarzneimittelverbrauch von etwa 40 Prozent.

Die dafür anfallenden Kosten, die vom Patienten selbst zu tragen sind, ergeben jedoch nur einen Anteil von 25 Prozent der Arzneimittelgesamtkosten. Arzneimittel im Rahmen der Selbstmedikation unterliegen demnach auch einem deutlich stärkeren Preiswettbwerb.

### Über Listen zur Kostendämpfung?

Bestätigt wird diese Vermutung durch die Tatsache, daß sich in Deutschland wie auch in anderen Ländern die Arzneimittelkosten, die zu Lasten der sozialen Versicherung gehen, in den letzten Jahren dramatisch schneller erhöht haben als die Ausgaben für Arzneimittel im Rahmen der Selbstbehandlung. Wie sich die Belastung der Sozialversicherungen ohne den entlastenden Beitrag der Selbstmedikation entwickelt hätte, ist sicher nur abhängig von den unterschiedlichen Systemen zur Gesundheitsvorsorge in jedem einzelnen Land zu beurteilen. Der grundsätzliche Trend der Krankenkasse, Einfluß auf die Arzneimittelkosten zu nehmen, sei es durch Preisrestriktionen oder durch Herausahme von Arzneimitteln aus der Erstattungspflicht, ist sicherlich ein nicht nur in Deutschland, sondern auch in fast allen anderen westlichen Industrieländern zu beobachtendes Signal dafür, daß die Selbstmedikation zunehmend auf Gebiete, die bisher der sozialen Gesundheitsversorgung vorbehalten waren, übergreifen wird.

Grenzen hierfür sind durch die Definition der Beschwerden oder Erkrankungen gegeben, die einer Behandlung durch den Arzt nicht wirklich bedürfen. Nach dem Selbstverständnis des Weltverbandes der Heilmittelindustrie (WFPMM) ist dies die zeitlich begrenzte Behandlung leichter vorübergehender Erkrankungen und Mißbefindlichkeiten.

Wie weit dies über die klassischen Indikationen – beispielsweise Erkältungskrankheiten, Kopf- und Muskelschmerzen – hinaus in der Zukunft erweitert werden kann, wird entscheidend vom Grad des Gesundheitsbewußtseins und dem Informationsstand der Bevölkerungen in den westlichen Industriestaaten abhängen. In wohl allen Ländern besteht Einigkeit hierüber, daß dies einer gezielten Gesundheitserziehung ebenso bedarf wie vermehrter Anstrengungen, zukünftig weitere sichere und wirksame Arzneimittel zur Selbstmedikation zur Verfügung zu stellen. Eine Aufgabe, die alle am Gesundheitswesen beteiligten Fachkreise gleichermaßen betrifft. Letztlich werden von dieser Entwicklung auch jene Länder profitieren, deren soziale, wirtschaftliche und politische Voraussetzungen eine gezielte Nutzung der Selbstmedikation als Teil der Arzneimittelversorgung heute noch nicht zulassen.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat dementsprechend in der Deklaration von Alma Ata (1978) ausdrücklich auf die Bedeutung hingewiesen, welche die Mitverantwortung des Patienten zur Sicherung der Gesundheitsversorgung in allen Ländern der Welt hat.

Selbstbehandlung und Selbstmedikation sind auch für die WHO unentbehrliche Bestandteile ihrer weltweiten Gesundheitspolitik.

# Freiverkäuflichkeit nicht ohne Verbraucherschutz

Der Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit des Deutschen Bundestages berät zur Zeit den Erfahrungsbericht der Bundesregierung zum Arzneimittelgesetz von 1976. Einer der Beratungsgegenstände behandelt auch die Frage der Selbstmedikation. Das Thema „Selbstmedikation – eine Chance?" erhält auch dadurch einen besonders aktuellen Bezug.

Die Selbstmedikation versteht sich als sinnvolle und verantwortungsbewußte Anwendung nicht rezeptpflichtiger Arzneimittel zur Linderung oder Behebung leichterer Gesundheitsstörungen oder Bagatellerkrankungen, soweit dies der Behandelnde ohne Gesundheitsrisiko erkennen kann. Der Begriff besagt also nicht mehr und nicht weniger, als daß man sich bei leichteren Beschwerden *selbst zu helfen versucht*, bevor man zum Arzt geht.

Nach einer Erhebung aus dem vergangenen Jahr zeigen sich die Bundesbürger viel vernünftiger, als manche es *erwarten, denn nach dieser* Stichprobenerhebung (vgl. Dt. Ärzteblatt, Heft 24, vom 17. 6. 83) geht etwa nur jeder 30. Bürger bei leichteren Beschwerden zum Arzt, während über 50 Prozent erst einmal abwarten, ob ihre Beschwerden – etwa Kopf-, Rückenschmerzen oder Ohrensausen – nicht von selbst wieder verschwinden.

Dies ist ein gutes Zeichen für eine selbstverständliche und unserem aufgeschlossenen Bürger entsprechende Gesundheitsvorsorge. Diesem Ziel einer vernünftigen Gesundheitsvorsorge muß auch die Selbstmedikation in Zukunft dienen.

Unter diesem Aspekt fragt sich, wem die Selbstmedikation eine Chance einräumt. Soll die Selbstmedikation eine Chance zu mehr Gesundheit, zu mehr Kostendämpfung, zu mehr Sparsamkeit bei Arztbesuchen, zu mehr Selbsthilfe bieten? Alle diese Chancen müssen genutzt werden, und in einer vernünftigen Ausnutzung bringen sie unserem Bürger ein Mehr an Selbstbewußtsein, Lebensgefühl und Selbstentfaltung.

Die Besinnung auf mehr eigenverantwortliches Gesundheitsverhalten hat in jüngster Zeit in der gesundheitspolitischen Diskussion – nicht zuletzt wegen der überproportional gestiegenen Kosten für die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen – erneut zunehmende Bedeutung erlangt.

Die Bemühungen, die explosionsartig gestiegenen Kosten gerade auf dem Arzneimittelsektor zu dämpfen, haben neben anderen Maßnahmen die Selbstmedikation verstärkt in den Vordergrund treten lassen und räumen ihr sicherlich eine beträchtliche Chance ein.

Diskutiert wird in Fachkreisen allerdings, ob der Begriff des Arzneimittels nicht neu überlegt werden müßte. Die Selbstanwendung frei verkäuflicher Arzneimittel findet ja ihre Grenze in der ärztlichen Verschreibungspflicht, die in der Vorschrift des Paragraphen 48 Arzneimittelgesetz festgelegt ist.

Aber vor dem Hintergrund der heutigen wissenschaftlichen Entwicklung sollte die Bestimmung des Arzneimittels gegenüber Lebensmitteln oder Genußmitteln überlegt werden, ohne daß ich voreilig einer Revision das Wort reden möchte.

Es geht um den Schutz des Verbrauchers. Die Möglichkeit, Arzneimittel im freien Verkauf zu erwerben, darf nicht zum Freibrief für eine unkontrollierte Anwendung werden. Deshalb muß sichergestellt sein, daß alle freiverkäuflichen Arzneimittel die gleiche Qualität durch den Anbieter aufweisen. So ist darauf zu achten, daß zum Beispiel Tees bei der Lagerung unter gleichen Verpackungsbedingungen angeboten werden. Namentlich bei der Selbstbedienung ohne dazwischengeschaltete Verkaufskraft wird in Zukunft auf ein solches Erfordernis besonderer Wert gelegt werden müssen.

Der Schutz des Verbrauchers wird bei freiverkäuflichen Medikamenten am ehesten gewährleistet sein, wenn der Verkauf durch eine sachkundige Beratung beim Verkauf begleitet wird. Nicht selten wird die Forderung laut, daß alle Arzneimittel durch eine sachkundige Beratung beim Verkauf begleitet werden müssen.

Es muß in jedem Betrieb eine sachkundige Person zur Beratung der Verbraucher zur Verfügung stehen; Paragraph 4 der Verordnung über *den Nachweis der Sachkenntnis mit* freiverkäuflichen Arzneimitteln legt die Prüfungsanforderungen der Personen fest.

Ob damit der umfassende Schutz des Verbrauchers bereits gewährleistet ist, begegnet in Fachkreisen Zweifeln. Diese Zweifel werden mit dem Hinweis begründet, daß der Bürger bei der Kaufabsicht auch die Anwendungsabsichten des Arzneimittels mit einem Verkäufer beraten können müsse. Dies ist bei der Selbstbedienung in der Regel nicht der Fall. Es bliebe zu überlegen, ob die Maßstäbe den heutigen Anforderungen gerecht werden.

Sosehr die Selbstmedikation dazu beitragen kann, die Gesundheitsdienste zu entlasten und die Kosten im Gesundheitswesen zu senken, ist sie jedoch auch mit Gefahren verbunden, die nicht übersehen oder gar bagatellisiert werden dürfen.

Mag durch die erfolgreiche Selbstbehandlung das Selbstwertgefühl, den eigenen Körper „in den Griff" bekommen zu haben, noch so sehr gesteigert sein, besteht unter Umständen doch die Gefahr der Überheblichkeit und der folgenschweren Fehleinschätzung der Erkrankung.

Selbstmedikation darf nicht von Dauer sein und kann bei anhaltenden Gesundheitsstörungen den Weg zum Arzt nicht ersetzen, ohne gegebenenfalls schwere gesundheitliche Schädigungen des Körpers zu riskieren. Es ist bekannt und sicher nicht auf Einzelfälle beschränkt, daß der Weg über länger anhaltende Selbstbedienung von freierhältlichen Medikamenten und Heilmitteln über die Gewöhnung zur Abhängigkeit und Sucht führen kann. Schwere anhaltende Schäden des Körpers und der Seele sind nicht selten die Folge.

Zwar bewahrt eine kritische Einstellung – besonders unserer jungen Mitbürger – vor einer unüberlegten Einnahme solcher Mittel, aber jede modische Erscheinung, die nicht selten als gesellschaftlicher Zwang aufgefaßt wird, eröffnet eine Reihe von Versuchungen, sich der Mode auf Kosten der Gesundheit anzupassen.

Deshalb muß die Werbung für die Selbstmedikation und für die Einnahme freiverkäuflicher Arzneimittel umfassend aufklären, den Umfang und den Anwendungsbereich in der Gesundheitsvorsoge deutlich machen. Allein wirtschaftliche Aspekte dürfen hier keinen Vorrang genießen. Es geht schließlich um die Gesundheit unserer Bürger, der auch die Werbung für die Arzneimittel zu dienen hat.

Schließlich kann den Gefahren einer mißbräuchlichen Anwendung durch Beratung der Ärzte und durch eine Gesundheitserziehung im Elternhaus und in der Schule begegnet werden. Die Grenze der Selbstmedikation ist dort erreicht, wo die ärztliche Beratung unverzichtbar wird.

Der Arzt kann die Risiken einer Selbstmedikation dem Patienten aufzeigen. Er gerät nicht in den Verdacht, jemandem Schaden zuzufügen oder sich selbst zu bereichern, wenn er in den begründeten Fällen auf die Beratungspflicht durch den Arzt hinweist. Ich halte es für selbstverständlich, daß er Vertrauen zu einer vernünftigen Selbstmedikation hat und von Bedarfsweckungen durch Medikamente, und seien sie noch so durch die Werbung angepriesen, absieht.

Die Gesundheitserziehung im Elternhaus und in der Schule könnte frühzeitig schon bei den Kindern den Grundstock für einen verantwortungsvollen Umgang mit Arzneimitteln legen. Erschrecken müssen in diesem Zusammenhang allerdings die Nachrichten über eine Arzneimittelabhängigkeit zahlreicher Kinder in den Schulen.

Diese Arzneimittelabhängigkeit wird häufig damit begründet und gleichzeitig entschuldigt, daß die Streßsituation und die Leistungsanforderungen an die Kinder eine Medikation bedingen. Eine solche Entwicklung wäre verhängnisvoll. Hier wären nicht nur Eltern und Schüler gefragt, sondern hier wären die Politiker auf den Plan gerufen, solche Anzeichen ernstzunehmen.

„Selbstmedikation – eine Chance?" kann durchweg bejaht werden, wenn die Chancen vernünftig genutzt und die Grenzen erkannt werden.

PAUL HOFFACKER

Das Dilemma der Packungsbeilagen: Sie sollen Patient und Arzt informieren / Ein „Gruselkabinett" für viele Käufer

# Von der Unmöglichkeit, zwei Herren zu dienen

Arzneimittel sind Waren besonderer Art. Es erstaunt deshalb nicht, daß sie einer im Vergleich zu anderen verkehrsfähigen Wirtschaftsgütern beispiellosen rechtlichen Reglementierung unterliegen. Dies gilt nicht nur, soweit im Interesse einer Arzneimittelversorgung Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der Arzneimittel zu gewährleisten sind, sondern auch hinsichtlich der Werbung für Arzneimittel.

Sie ist besonders geregelt in dem „Gesetz über die Werbung auf dem Gebiet des Heilwesens" in der Neufassung vom 18. 10. 1978 (Heilmittelwerbegesetz, HWG), wobei die ergänzende und unterstützende Anwendung allgemeiner werberechtlicher Rechtsvorschriften durch die Existenz des Heilmittelwerbegesetzes nicht ausgeschlossen wird.

Entsprechend seinem traditionell polizeirechtlichen Charakter enthält das Heilmittelwerbegesetz grundsätzlich Verbotsbestimmungen, ausnahmsweise wurde jedoch in Paragraph 4 eine Gebotsbestimmung aufgenommen. Sie schreibt vor, welche Angaben jede Werbung für Arzneimittel enthalten muß (sogenannte Pflichtangaben).

In den Gesetzesmaterialien wird zur Begründung des Paragraphen 4 Heilmittelwerbegesetz unter anderem ausgeführt: „Die Vorschrift dient dem Ziel, die Arzneimittelwerbung zu versachlichen. Zu diesem Zweck wird demjenigen, der für Arzneimittel wirbt, auferlegt, in jeder Werbung ein Mindestmaß an Information über das Arzneimittel zu bringen. Der Werbeadressat soll damit in den Stand gesetzt werden, sich über den Wert des Arzneimittels klar zu werden."

Aus Paragraph 4 Heilmittelwerbegesetz folgt im einzelnen, daß auch in der Publikumswerbung („außerhalb der Fachkreise") neben Firma und Sitz des pharmazeutischen Unternehmens, der Bezeichnung des Arzneimittels und seiner Anwendungsgebiete, die Gegenanzeigen, Nebenwirkungen und bestimmte Warnhinweise zu bringen sind. Diese Angaben müssen schließlich mit denjenigen übereinstimmen, die nach dem Arzneimittelgesetz für die Packungsbeilage (Gebrauchsinformation) vorgeschrieben sind.

In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß das Bundesgesundheitsamt auf Inhalt und Gestaltung der Packungsbeilage Einfluß nehmen kann und somit zumindest mittelbar auch Einfluß auf die Pflichtangaben besitzt. Falls dies auch dem Verbraucherschutz dient, weil durch mehr Aufklärung ein verbesserter Umgang mit Arzneimitteln erreicht wird, bestehen dagegen keine Bedenken.

Es machen sich jedoch zunehmend Tendenzen bemerkbar, die Packungsbeilagen durch behördliche Auflagen in ein medizinisches Gruselkabinett zu verwandeln, in dem es von medizinischen Hypothesen und Fachausdrücken nur so wimmelt. Diese Art von Information kann den Verbraucher nicht, wie wünschenswert, aufklären, sondern nur abschrecken. Dies gilt insbesondere für Selbstmedikationspräparate.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Niemand will dem Verbraucher die für den sicheren Umgang mit einem Arzneimittel notwendigen Informationen vorenthalten; sie müssen jedoch auf seine Bedürfnisse und seine Möglichkeiten abgestimmt sein. Nur dann kann die Packungsbeilage als Information für den Verbraucher ihren Sinn erfüllen.

Der Verfasser einer Packungsbeilage, das heißt, der pharmazeutische Unternehmer, steht aber derzeit vor dem Dilemma, daß dieser wichtige Informationsträger der Unterrichtung von Arzt und Patient gleichermaßen dienen soll. Dieser gordische Knoten kann nur dadurch gelöst werden, daß man Fach- und Patienteninformationen trennt und der Gesetzgeber für beide Inhalt und Ausgestaltung unterschiedlich festlegt. Nur so kann die Gebrauchsinformation patientengerecht gestaltet und von Angaben entfrachtet werden, die dem Patienten weder verständlich noch sachdienlich sind, wohl aber für den Arzt.

Dieser Aufgabe ist der Gesetzgeber auch nicht dadurch enthoben, daß die pharmazeutische Industrie bereits heute freiwillig für rund tausend Arzneimittel eine gesonderte Fachinformation geschaffen hat, oder in einigen Fällen das Bundesgesundheitsamt und pharmazeutische Unternehmer sich im Rahmen öffentlich-rechtlicher Verträge auf getrennte Informationen geeinigt haben.

Die Rechtsprechung hat zumindest im Ansatz die Notwendigkeit einer verbrauchergerechten Information in der Arzneimittelwerbung erkannt und berücksichtigt. Nach Auffassung des Bundesgerichtshofs (Urteil vom 20. 1. 1983 – „Grippe-Werbung II") ist Paragraph 4 Abs. 1 Nr. 4 HWG nicht dahin zu verstehen, daß grundsätzlich in jeder Werbung für ein Arzneimittel alle seine Anwendungsgebiete genannt werden müssen. Dem Bundesgerichtshof ging es in dem zitierten Urteil erkennbar auch darum, daß der Verbraucher durch bestimmte Sachangaben zwar in die Lage versetzt werden muß, einen fundierten Kaufentschluß treffen zu können, dieser Informationszweck aber nicht durch verwirrend zahlreiche Angaben, die im konkreten Fall entbehrlich sind, beeinträchtigt werden soll.

Hier gilt es also, Augenmaß zu bewahren und sich hinsichtlich Inhalt und Umfang der Angaben in der Packungsbeilage nach dem Verständnis des Verbrauchers zu richten.

HERBERT W. GLAAB

Eindeutige Antwort der Bundesregierung:

# Für Selbstmedikation bei leichten Beschwerden

Die Bundesregierung befürwortet die Selbstmedikation, wenn es sich um leichte Beschwerden handelt, die nur von kurzer Dauer sind. Das erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Waltraud Schoppe von den Grünen. Bei diesen „geringfügigen und vorübergehenden Gesundheitsstörungen" halte die Bundesregierung eine Konsultation des Arztes nicht für erforderlich.

In der Antwort des Staatssekretärs heißt es weiter: „Die Bundesregierung beobachtet die Anwendung der Arzneimittel in der Selbstmedikation genauso sorgfältig wie die ärztlich verordneten Arzneimittel im Hinblick auf unerwünschte Wirkungen und Mißbrauchsgefahren. Sie wird nicht zögern, Arzneimittel mit Suchtpotential der Verschreibungspflicht zu unterstellen, wenn der Mißbrauch häufig in erheblichem Umfang stattfindet und dadurch die Gesundheit gefährdet werden kann. Auf die Gefahren von Überdosierung und unerwünschten Wirkungen werden die Gebrauchsinformationen in der Zulassung, bei Altarzneimitteln in der Nachzulassung, überprüft."

Auf die Frage, ob es die Bundesregierung für verantwortbar hält, medizinischen Laien Selbstmedikation anzuraten, erklärte die Regierung: „Die Bundesregierung sieht eine Gefahr der Selbstmedikation für den Verbraucher mit freiverkäuflichen oder apothekenpflichtigen, aber nicht verschreibungspflichtigen Arzneimitteln dort, wo die zunächst leichten Beschwerden nicht nach kurzer Zeit behoben werden können und durch weitere Selbstbehandlung ein erforderlicher Arztbesuch hinausgeschoben würde. Dadurch können ernste Krankheitsbilder verschleppt werden."

Und weiter heißt es: „Bezüglich der Verordnung von Arzneimitteln ist die Bundesregierung bemüht, den Ärzten Listen an die Hand zu geben, die ihnen eine zweckmäßige und preisbewußte Therapieentscheidung erleichtern sollen."

PETER JENTSCH

Negativliste und ihre Folgen für Verbraucher und Krankenkassen

# Immer mehr Patienten greifen auf die bewährten Hausmittel zurück

Als Ende der 70er Jahre die Diskussion über eine Umverteilung der Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung begann, stellte sich sehr bald die Frage *nach dem kommerziellen Nutznießer* dieser staatlichen Maßnahme. Ging man davon aus, daß der Verbraucher seine zukünftig nicht erstattungsfähigen Arzneimittel selbst bezahlt, so mußte man der Entwicklung des Selbstmedikationsmarktes die größten Wachstumschancen einräumen. Die Hersteller von Arzneimitteln für die Selbstmedikation jedoch standen dieser möglichen Expansion ihres Marktsegmentes insgesamt eher kritisch gegenüber.

In dieser Phase erschien es notwendig, ein Instrument für die Erfassung und zukünftige Entwicklung der Daten der Selbstmedikation zu etablieren. Der Markt mußte transparenter werden.

Nach mehreren Jahren der Diskussion über die Definition des Marktes sowie der Methodik einer aussagefähigen und kontinuierlichen Erhebung hat der Bundesfachverband der Arzneimittelhersteller (BHI) zusammen mit der Droma Marktforschungs GmbH Anfang 1983 eine Studie des Selbstmedikationsmarktes in Apotheken, Drogerien und Drogeriemärkten in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin etabliert. Die Studie erscheint halbjährlich und umfaßt aufgrund der Struktur des BHI registrierte und zugelassene, jedoch rezeptfreie Arzneimittel, die in 18 Anwendungsbereiche gegliedert sind. Nichtarzneimittel oder *arzneimittelähnliche* Produkte wie Hustenbonbons oder Diätetika sind nicht eingeschlossen. Um die Pflege der Produktliste – es werden etwa 5000 Produkte erfaßt – oder auftauchende Zuordnungsfragen bemüht sich ein Panel, das sich aus den Verwendern der Studie zusammensetzt. Alle Werte sind in Apotheken-Einkaufspreisen dargestellt.

Die erste aussagefähige Erhebung erfolgte für das Jahr 1983. Daraus ergibt sich als Potential für Selbstbedienungsprodukte ein Marktvolumen von 3,5 Milliarden Mark. Dabei beträgt der Anteil des tatsächlich aus eigener Tasche finanzierten, also nicht erstatteten Selbstmedikationsmarktes 1,7 Milliarden Mark (16 Prozent), während Medikamente im Wert von 1,8 Milliarden Mark (17 Prozent) verordnet wurden. Dieses Volumen *weicht nur unwesentlich von dem* bereits 1979 mit etwa 3,2 Milliarden Mark (zu Endverbraucherpreisen) ermittelten Wert ab.

Betrachten wir die Segmentierung nach Handelskanälen, so ergibt sich ein Selbstmedikationsmarkt in der Apotheke von 1,49 Milliarden Mark (87 Prozent), während etwa 0,21 Milliarden Mark (13 Prozent) im Bereich Drogerien und Drogeriemärkte umgesetzt werden. Nicht erhoben werden Verkäufe im Lebensmittel- und Verbrauchermarktbereich, die zusätzlich etwa 0,11 Milliarden Mark betragen. Im gesamten Selbstmedikationsmarkt, also einschließlich der verordneten Produkte, werden 94 Prozent in Apotheken abgegeben.

Mit insgesamt 977 Millionen Mark machen die sechs wesentlichsten Anwendungsbereiche etwa 57 Prozent des rezeptfreien Selbstmedikationsmarktes aus. Davon entfällt auf Schmerzmittel ein Umsatz von 228 Millionen Mark, auf Verdauungsmittel von 210 Millionen, auf Präparate gegen Grippe von 186 Millionen, auf Vitaminspezialitäten von 131 Millionen Mark.

Infolge der noch *nicht* repräsentativen Vergleichsmöglichkeit der Studie – es wurde zunächst das I. Quartal 1983, danach das Gesamtjahr 1983 und jetzt das 1. Halbjahr 1984 erhoben – lassen sich die Auswirkungen der Negativliste auf den Selbstmedikationsmarkt nur in der Tendenz darstellen. *Es läßt sich jedoch deutlich* erkennen, daß die Herausnahme von Präparaten aus der Erstattungspflicht wohl die gesetzliche Krankenversicherung entlastet, jedoch insgesamt den Selbstmedikationsmarkt lediglich um wertmäßig nicht mehr als zehn Prozent, mengenmäßig nur fünf Prozent und damit nicht spürbar belebt hat.

Die Verordnungen sind insgesamt gesehen zurückgegangen und haben der Selbstmedikation eine nur geringe Zuwachsrate von 6,5 Prozent im Jahre 1983 gegenüber dem I. Quartal sowie im 1. Halbjahr 1984 um zwei Prozent gegenüber 1983 beschert.

Sieht man sich die einzelnen Anwendungsbereiche an, so können doch unterschiedliche Entwicklungen beobachtet werden. Während wir im Bereich Verdauung, Grippe und *Erkältung sowie Schmerzmittel* Umsatzrückgänge oder Stagnation feststellen, haben sich besonders die Bereiche Geriatrica und Vitamine/Mineralstoffe positiv entwickelt.

Wie, so fragt man sich, hat sich denn dann der Verbraucher verhalten, wenn aufgrund der Negativliste Kosten in der gesetzlichen Krankenversicherung eingespart wurden? Ein Drittel, so läßt sich aus dem vorliegenden Zahlenmaterial interpretieren, wurde echt eingespart, indem der Verbraucher eher ein bewährtes Hausmittel anwendete, statt zum Beispiel Schmerztabletten zu kaufen; ein weiteres Drittel machte sich beim marginalen Zuwachs des Selbstmedikationsmarktes bemerkbar, und das letzte Drittel schließlich wanderte in andere Anwendungsbereiche ab. Sicherlich wurde auch der von der Selbstmedikationsstudie nicht erfaßte „Nicht-Arzneimittel"-Markt positiv beeinflußt.

Aus einer erst vor wenigen Monaten durchgeführten internen Umfrage hat der Bundesfachverband der Arzneimittelhersteller die aufgezeigte Entwicklung des Selbstmedikationsmarktes nach Inkrafttreten der Negativliste bestätigt gefunden. Von seinen 142 befragten Mitgliedern kann danach die überwiegende Mehrheit als nicht von den Auswirkungen der Negativliste betroffen eingestuft werden. Den 25 ausgewerteten Fragebögen, wobei 15 Firmen als sogenannte *Mischunternehmen sowohl* ethische als auch OTC-Produkte führen, konnte entnommen werden, daß lediglich vier Firmen einen Umsatzzuwachs in den von der Negativliste betroffenen Produktbereichen erzielen konnten.

Insgesamt läßt sich daher aufgrund des vorhandenen Zahlenmaterials und aus der Sicht des BHI nach 18 Monaten Negativliste zusammenfassen, daß der Selbstmedikationsmarkt nicht die Entwicklung erfahren hat, die man hätte erwarten können und daß außerhalb der Apotheke Umsätze mit Selbstmedikationsprodukten nicht wesentlich gestiegen sind.

WERNER TÜTING



Von 8 000 neu synthetisierten Substanzen entspricht nur eine den Anforderungen an Wirksamkeit und Sicherheit FOTO: CENTER PRESS

## Verlängern Vitamine Leben?

● Fortsetzung von Seite I

se Vorgänge sind nach Darstellung von Professor Böhlau vergleichbar mit dem Ranzigwerden der Fette. Ähnliche Vorgänge wie dort spielen sich in der Zelle ab. Genauso wie Vitamin-E das Ranzigwerden der Fette verhindern kann, übt es innerhalb der Zelle eine gezielte Schutzfunktion aus, indem es einerseits die Lipofuszinbildung zumindest reduziert und andererseits die hochempfindlichen ungesättigten Fettsäuren in den Zellmembranen stabilisiert und schützt.

Nach neuesten Erkenntnissen der gerontologischen Forschung spielt das Gehirn für den Alterungsprozeß die wichtigste Rolle. Böhlau: „Wir müssen daher bei der Diagnostik unserer älteren Patienten auf folgende Symptome vermehrt achten: Vorzeitiger Leistungsknick, Vergeßlichkeit, nachlassende Merkfähigkeit, Konzentrationsschwäche, vorzeitige Ermüdbarkeit, Schlafstörungen, Antriebsverlust, Reizbarkeit, Verwirrtheitszustände, Kopfdruck, Schwindelgefühl, Ohrensausen, ja selbst Abbau der Persönlichkeit."

*Am Max-Bürger-Institut der Universität* Frankfurt untersuchte Professor Böhlau, welche Medikation für ältere Menschen ohne manifeste klinische Symptome sinnvoll ist, wie sich die genannten Symptome reduzieren lassen und eine allgemeine Leistungssteigerung erreichen läßt. Böhlau: „Mit hochdosiertem Vitamin-E habe ich dabei die besten Erfahrungen gemacht. Nach der Gabe von zwei mal täglich 200 mg OptoVit-E-forte war bereits nach vier Wochen eine Besserung verschiedener zerebraler und leistungsabhängiger Parameter nachzuweisen. Ich halte Vitamin-E für ein ausgezeichnetes Geriatrikum."

PETER JENTSCH

Die Phytotherapie erlebt eine Renaissance

# Pflanzen – Fundgrube für viele Heilmittel

Die Phytotherapie erlebt eine Renaissance. Und das ist durchaus nicht selbstverständlich. Zwar ist die heilende Wirkung von Pflanzen seit Jahrtausenden bekannt. Doch mit der stürmischen Entwicklung der synthetischen Chemie, wo eine Vielzahl neuer Arzneistoffe entwickelt wurde, glaubte die Schulmedizin lange Zeit, Phytotherapie weitgehend durch Chemotherapie ersetzen zu können. Inzwischen freilich betrachtet die moderne *Medizin* Chemo- und Phytotherapie zumindest nicht *mehr* als unvereinbare Gegensätze.

Das ist auch ein Erfolg jüngster Forschungen. So haben vor kurzem mit Unterstützung des „World Wildlife Fund" die beiden Botaniker Richard Evans Schultes und Mark Plotkin von der Harvard Universität in Cambridge in der grünen Hölle des Amazonasgebiets botanisches Dunkel zu erhellen versucht. Immerhin blühen auf der Erde etwa 850 000 verschiedene Pflanzen, von denen erst vier bis fünf Prozent auf ihren möglichen Nutzen als Lieferanten von Heilmitteln untersucht worden sind.

Die beiden Botaniker sammelten Pflanzen, befragten Indios über deren Wirkungen und brachten von ihrer Expedition 1 000 Pflanzen mit, die dem Menschen medizinisch dienen können. Darunter einen Extrakt aus dem Harz der Muskelhölzer „Virola", den Evans Schultes als „ein extrem wirksames Heilmittel gegen verschiedene Pilz-Infektionen der Haut" lobt. Des weiteren sechs verschiedene Pflanzen, die die Indios erfolgreich zur Empfängnisverhütung einsetzen. Frauen, die die Blätter von „Dieffenbachia seguine" kauen, sind zwei Tage lang unfruchtbar. Schließlich brachten die Forscher auch einen Wolfsmilchstrauch mit („Croton lechleri"), mit dessen Milch peruanische Indios Magenkrebs behandeln.

Professor Herbert Oelschläger, Direktor des Instituts für pharmazeutische Chemie der Universität Frankfurt und Präsident der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft, ist von dem Erfolg der beiden Botaniker nicht überrascht: „Das Pflanzenreich stellt eine Fundgrube für künftige Heilmittel dar", meint er. Oelschläger sieht darin einen Nutzen für morgen: „Bei den verbesserten Möglichkeiten zur Gewinnung von Wirkstoffen und mit der Entwicklung genauerer Testsysteme ist es eine Herausforderung geworden, jetzt diese Naturheilschätze zu heben. Und zwar in dem Sinne, daß wir sehr weitgehend auch bisher noch sehr wenig erforschte Pflanzen explorieren, um verborgene Wirkprinzipien zu entdecken."

Heute ist zum Beispiel bereits bekannt, daß Arzneimittel pflanzlichen Ursprungs vor allem bei chronischen Leiden helfen. Bei der Bekämpfung extremer Schmerzen ist zum Beispiel Morphium durch keinen anderen Wirkstoff zu ersetzen. Weitere wichtige pflanzliche Stoffe in der modernen Therapie sind beispielsweise Colchicin (aus „Colchicum autumnale"), das bei schweren Gichterkrankungen und als Zytostatikum eingesetzt wird, das hustenreizlindernde Mohnalkaloid Codein und das bei zerebralen Durchblutungsstörungen weit verbreitete Vincamin (aus „Vinca minor").

Zu den Substanzen, die – laut Oelschläger – „mit Sicherheit in Pflanzeninhaltsstoffen zu erwarten sind", gehören sowohl Pharmaka gegen Krebserkrankungen wie Wirkstoffe gegen Entzündungen und zur Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Auch Präparate mit einer psychotropen (auf die Psyche gerichteten) Wirkung werden aus Pflanzen entwickelt. Dazu zählt etwa die Melisse, wo nachgewiesen worden ist, daß sie ihren Angriffspunkt in bestimmten Gebieten des Zwischenhirns besitzt, die für die Steuerung vegetativer Vorgänge und für das Befinden des Menschen von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Bei all diesen Anwendungen wird ein spezieller Vorteil der Phytopharmaka erhofft: Die Heilmittel aus Pflanzen sollen mindestens ebenso gute, jedoch eindeutig weniger unerwünschte Nebenwirkungen haben wie vergleichbare Präparate aus der Retorte. Wie groß im übrigen das Arsenal der Heilmittel pflanzlichen Ursprungs ist, mag diese Schätzung verdeutlichen: Rund 40 Prozent der Medikamente, die ein Arzt verschreibt, sind aus natürlichen Wirkstoffen hergestellt.

P. J.

SELBSTMEDIKATION
Redaktion: Peter Jentsch, Bonn

Das Bundesgesundheitsamt soll Wirksamkeit, Unbedenklichkeit und Qualität von Medikamenten gewährleisten / Ist das Berliner Amt überfordert?

# Sisyphusarbeit im Dienste der Arzneimittel-Sicherheit

Die Bestimmungen des jetzt gültigen Arzneimittelgesetzes (AMG 76) verlangen, daß neu auf den Markt kommende Arzneimittel eine behördliche Genehmigung haben müssen – eine Zulassung. Seit dem 1. Januar 1978 wird diese Zulassung vom Bundesgesundheitsamt erteilt, wenn der pharmazeutische Unternehmer für sein Arzneimittel den Nachweis der Wirksamkeit bei den angegebenen Anwendungsgebieten erbracht hat sowie zeigen konnte, daß eventuelle unerwünschte Wirkungen im Vergleich zum Heilungserfolg vertretbar sind und das Arzneimittel die erforderliche pharmazeutische Qualität besitzt.

Bei Inkrafttreten des neuen Arzneimittelgesetzes konnte verständlicherweise einerseits nicht schlagartig auf die zu diesem Zeitpunkt im Verkehr befindlichen Arzneimittel verzichtet werden, andererseits aber auch nicht so schnell deren Überprüfung erfolgen. Entsprechend den gesetzlichen Übergangsbestimmungen dürfen diese Arzneimittel daher zunächst bis zum 31. Dezember 1989 auf dem Markt verbleiben; sie „gelten als zugelassen". Der pharmazeutische Unternehmer hat bis zu diesem Termin einen Antrag auf Verlängerung der Zulassung zu stellen, der das Verfahren der „Nachzulassung" einleitet.

Dieser Prozeß bedeutet eine behördliche Prüfung, ob das Arzneimittel dem herrschenden wissenschaftlichen Erkenntnisstand entspricht oder nicht. Als Grundlage für diese Beurteilung muß der pharmazeutische Unternehmer bei dem Antrag auf Verlängerung der Zulassung alle Anforderungen wie im regulären Zulassungsverfahren erfüllen – mit Ausnahme der Übersendung der Ergebnisse der pharmakologisch-toxikologischen und klinischen Prüfung.

Der Wissensstand in Medizin und Pharmazie entwickelt sich ständig weiter; die Forschung auf diesen Gebieten bringt neue Erkenntnisse, die therapeutischen Anwendungen von Arzneimitteln zur Verhütung oder Heilung von Krankheiten sowie die Überwachung der im Verkehr befindlichen Arzneimittel vermitteln neue Erfahrungen. Zur Gewährleistung größtmöglicher Arzneimittelsicherheit muß der jeweils vorhandene Erkenntnisstand der Bewertung des Nutzen/Schaden-Verhältnisses, der Risikoabschätzung jedes Arzneimittels, zugrunde gelegt werden; das bedeutet, daß jede Entscheidung über ein Arzneimittel – sei sie bei der Zulassung oder zur Abwehr eines erkannten Risikos getroffen, vom pharmazeutischen Unternehmer oder der Behörde – nur für den Augenblick gilt; neue Erkenntnisse erfordern neue Entscheidungen – gegebenenfalls in Form weitergehender Sicherheitsmaßnahmen.

Die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Anpassung der Arzneimittel an den jeweils neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisstand ist unbestritten. Unabhängig von der grundsätzlichen Verantwortung des pharmazeutischen Unternehmers für sein Arzneimittel hat der Gesetzgeber aus Sicherheitserwägungen eine periodische behördliche Überprüfung aller bereits zugelassenen Arzneimittel bestimmt. Jede Zulassung erlischt fünf Jahre nach ihrer Erteilung; es sei denn, daß sie vorher – nach Überprüfung – verlängert wird.

Daraus läßt sich ableiten, wie wichtig die „Nachzulassung", die zumeist erstmalige behördliche Überprüfung der schon seit vielen Jahren auf dem Markt befindlichen Arzneimittel auf Übereinstimmung mit dem Erkenntnisstand ist. Unzweifelhaft entsprechen zum Beispiel nicht alle Angaben (Informationen) dieser Arzneimittel in jedem Falle dem gegenwärtigen Standard.

Generell dürfen diese Arzneimittel jedoch zunächst bis zum 31. Dezember 1989 auf dem Markt verbleiben. Es sei denn, Sicherheitserwägungen zwingen zu einschränkenden Maßnahmen. Dieser Termin wurde nicht willkürlich gewählt, sondern entspricht internationalen Verpflichtungen; bekanntlich müssen alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft ihre bisher noch nicht überprüften Arzneimittel bis zu diesem Zeitpunkt behördlich überprüfen lassen. Das Ziel eines großen gemeinsamen Marktes mit freiem Warenverkehr innerhalb der Staaten der EG läßt sich nur bei Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen erreichen.

*Die „Nachzulassung", das heißt die* Anpassung an den gegenwärtigen Erkenntnisstand, liegt aber in erster Linie im nationalen Interesse, im Interesse der Arzneimittelsicherheit. Zu Recht erwarten die Bürger der Bundesrepublik Deutschland die Erfüllung der gesetzlichen Zweckbestimmung, die Gewährleistung von Wirksamkeit, Unbedenklichkeit und Qualität aller auf dem Markt befindlichen Arzneimittel – und dieses zu einem möglichst frühen Zeitpunkt.



Unter sterilen Bedingungen werden Arzneimittelproben filtriert FOTO: SCHERING

Anpassung an den vorhandenen Wissensstand setzt jedoch voraus, daß man ihn kennt. Deshalb werden vom BGA in öffentlichen Aufrufen alle gebeten, vorhandenes Erkenntnismaterial – seien es Veröffentlichungen, nicht veröffentlichte Befundberichte, ärztliches Erfahrungsmaterial – einzusenden, um auf der Basis dieser Unterlagen für die Arzneistoffe/Arzneistoff-Kombinationen Produktbeschreibungen in Monographieform erarbeiten zu lassen. Diesem Verfahren liegt ein gesetzlicher Auftrag zugrunde; das BGA ist nämlich verpflichtet, für Arzneimittel, die nicht der automatischen Verschreibungspflicht unterliegen – das heißt keine Arzneimittel mit ganz neuen Arzneistoffen sind – das wissenschaftliche Erkenntnismaterial *aufbereiten zu lassen und die* Ergebnisse bekanntzumachen. Das BGA hat sodann entsprechend den veröffentlichten Ergebnissen zu entscheiden; weicht es davon ab, so hat es die Gründe für die abweichende Entscheidung darzulegen.

Insgesamt 14 Aufbereitungskommissionen sollen das wissenschaftliche Erkenntnismaterial für Arzneimittel der unterschiedlichen Therapierichtungen aufbereiten; zehn Kommissionen für die schulmedizinische Therapierichtung – die Arbeitsaufteilung erfolgt entsprechend Anwendungsschwerpunkten – und jeweils eine Kommission für die anthroposophische, die homöopathische, die phytotherapeutische Therapierichtung sowie für die Tierarzneimittel.

Zwei grundlegende Materialien sollen den Kommissionen sowohl eine Prioritätensetzung in der Reihenfolge der Bearbeitung der Monographien erlauben als auch deren schnellstmögliche Erstellung gewährleisten:

- eine Marktübersicht der im Verkehr befindlichen Arzneimittel;
- eine Zusammenstellung aller vorhandenen spezifischen Literatur, ergänzt durch Zulassungsentscheidungen und Risikomaßnahmen des BGA und Aufbereitungsergebnisse ausländischer Behörden.

Die Erarbeitung von Monographieentwürfen erfolgt praktisch in kleinen Arbeitsgruppen; Sachverständige können zu speziellen Problemen hinzugezogen werden. Vor der endgültigen Bekanntmachung wird den Fachkreisen Gelegenheit zu kritischer Stellungnahme gegeben; dazu erfolgt eine Vorveröffentlichung der Monographieentwürfe in den Fachzeitschriften.

Monographien sind Produktbeschreibungen, die in ihrem Informationsumfang der Packungsbeilage (Gebrauchsinformation) entsprechen; gegebenenfalls ergänzt um Informationen für die Fachkreise wie zum Beispiel Angaben zur Pharmakokinetik (Aufnahme, Verteilung, Umwandlung und Ausscheidung eines Arzneistoffs im Körper).

Die im Bundesanzeiger bekanntgemachten Monographien können für die benannten Arzneistoffe/Arzneistoff-Kombinationen als Nachweis der Wirksamkeit und Unbedenklichkeit verwendet werden. Sie können dem pharmazeutischen Unternehmer vom Zeitpunkt der Veröffentlichung als Entscheidungsgrundlage für sein Arzneimittel dienen, wenn er zum Beispiel von der Möglichkeit der „vorgezogenen freiwilligen Nachzulassung" Gebrauch macht; das heißt wenn er sein Arzneimittel, das bis Ende 1989 im Verkehr sein dürfte, freiwillig der behördlichen Überprüfung auf Wirksamkeit, Unbedenklichkeit und Qualität unterwirft und somit eine Zulassungsnummer (Zul.-Nr.) erhält.

Die Aufbereitungsmonographien dienen dem BGA als Entscheidungsgrundlage für die Bewertung eines Arzneimittels beim Antrag auf Verlängerung der Zulassung, also im Verfahren der „Nachzulassung". Werden vom Antragsteller über die in den Monographien enthaltenen Aussagen hinausgehende Ansprüche für ein Arzneimittel geltend gemacht, müssen diese belegt werden.

Im Interesse größtmöglicher Arzneimittelsicherheit sollen die Anforderungen an Wirksamkeit, Unbedenklichkeit und Qualität für die Zulassung, die freiwillig vorgezogene Nachzulassung, die Verlängerung der Zulassung und für die Transparenzkommission identisch sein; dieses ist verständlich, da Arzneimittelsicherheit unteilbar ist.

Der politische Wille zur baldmöglichen Erledigung der Aufbereitung des Erkenntnismaterials und der Durchführung der „Nachzulassung" ist eindeutig; dem Institut für Arzneimittel wurden Personalmittel für die Einrichtung einer speziellen Arbeitsgruppe „Aufbereitung und Nachzulassung" sowie Sachmittel für die Kommissionsarbeit und die Zusammenarbeit mit externen Sachverständigen zur Verfügung gestellt.

Als erleichternd für den Anpassungsprozeß muß auch die gesetzliche Möglichkeit gesehen werden, die es dem pharmazeutischen Unternehmer erlaubt, aus seinem als zugelassen geltenden bisherigen Arzneimittel die nicht dem therapeutischen Ziele dienenden wirksamen Substanzen herauszunehmen, ohne eine Neuzulassung beantragen zu müssen. Ferner die Gelegenheit, die bisherige Bezeichnung des Arzneimittels beizubehalten, wenn er sicherstellt, daß das Arzneimittel in der bisherigen Zusammensetzung nicht mehr in den Verkehr gebracht wird.

Eine weitere Möglichkeit zur Anpassung von Arzneimitteln, die aufgrund der Übergangsbestimmungen auf dem Markt verbleiben dürfen, soll nicht unerwähnt bleiben – die Nutzung von Standardzulassungsmonographien. Bekanntlich wurde durch die Definition „Fertigarzneimittel" des neuen Arzneimittelgesetzes die Zahl der genehmigungspflichtigen – zulassungspflichtigen – Arzneimittel durch nunmehrige Einbeziehung auch der Arzneimittel ohne wortgeschützte Namen (Generica) erheblich erweitert, zum Beispiel auf alle in Apotheken und Krankenhausapotheken auf Vorrat hergestellten Arzneimittel. Für viele Arzneimittel – zum Beispiel Drogen, Tees, Infusionslösungen – gleicher oder zumindest ähnlicher Zusammensetzung hätten folglich Apotheken Anträge zu erarbeiten, das BGA viele Anträge zu überprüfen.

Um einen solchen Aufwand, der keine zusätzliche Sicherheit erbringt, zu vermeiden, hat der Gesetzgeber die Ermächtigung zum Erlaß einer Rechtsverordnung im Gesetz vorgesehen. Standardzulassungsmonographien enthalten über den Inhalt von Aufbereitungsmonographien – Angaben zur Wirksamkeit und Unbedenklichkeit – hinausgehend detaillierte Angaben zur Herstellung und Sicherstellung gleichbleibender pharmazeutischer Qualität. Die Standardzulassung entspricht den materiellen Forderungen einer Zulassung; ein Hersteller kann unter diesen Bedingungen sein Arzneimittel in den Verkehr bringen.

Selbstverständlich kann jeder Hersteller sein als „zugelassen geltendes Arzneimittel" vorzeitig durch Nutzung der geschilderten Möglichkeiten an den wissenschaftlichen Erkenntnisstand anpassen – durch eine freiwillig vorgezogene Nachzulassung oder Nutzung einer Standardzulassung und gleichzeitigem Verzicht auf die rechtlichen Möglichkeiten der *Übergangsbestimmungen. Die nach* den Regelungen des Arzneimittelgesetzes vorgesehene fristgerechte Anpassung des Marktes – via „Nachzulassung" – muß erreicht werden.

Das Erfordernis der Anpassung an den jeweiligen wissenschaftlichen Erkenntnisstand ist unstrittig, die Einsicht in die Notwendigkeit, diese Anpassung so schnell wie möglich zu vollziehen, ist rasch gewachsen – und mit ihr die Bereitschaft zur Zusammenarbeit aller Beteiligter – zur Erreichung dieses Zieles.

PROF. B. SCHNIEDERS

# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## *Andreottis Nachbeter*

**„Andreotti und sein Fall": WELT vom 17. September**

Das „römische Establishment", wie es Herbert Kremp nennt, übernimmt sich. Wenn es heute Europa die Pax Romana bringen will, werden die Jahrhunderte verwechselt. Erstaunlich ist, daß Ehmke meint, hier habe jemand ehrlich – wieso ist das ehrlich, wenn man Moskau und den westlichen Verzichtlern nach dem Munde redet? – gesagt, was viele im Westen meinen. Ob er dabei auch an Staatsmänner denkt, weiß ich nicht. Diese merken nämlich auch im Westen, daß man die berechtigte Vertretung der Interessen des deutschen Volkes nicht zukünftiger Propaganda im Ostblock und möglichen propagandistischen Ideen von dorther überlassen soll.

Übrigens ist Herr Ehmke mit der Frage zu konfrontieren, wie er, gemäß der Verfassungspflicht, westlichen Gesprächspartnern als Fürsprecher ganz Deutschlands und des deutschen Volkes entgegengetreten ist. Oder ist sein Rechtspositivismus schon so weit, daß er in Opportunismus übergegangen ist?

Auch vom Bundesaußenminister muß man wünschen, daß er häufiger öffentlich und in internationalen Gesprächen den Kernpunkt der Entspannungformel des Harmel-Berichts anspricht: „Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas". In seinen persönlichen Punktationen zur europäischen Friedensordnung in den letzten Monaten steht so gut wie gar nichts über die Wiedervereinigung, über das freie Zusammenleben der Deutschen und darüber, was Deutschland bis zu friedensvertraglichen Regelungen weiterhin ist (1. 9. 1984; 9. 8. 1984; Dezember 1983).

Es fehlen dort die politisch und rechtlich unsere Verbündeten aktuell überzeugenden Argumente zum grundgesetzlichen Wiedervereinigungsgebot und zum Wahrungsgebot für Deutschland in seinen rechtmäßigen Grenzen bis zu frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelungen, zur Kontinuität Deutschlands und zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen im Rahmen des europäischen Gemeinwohls.

Hat der Bundesaußenminister Andreotti den Bruch der verbindlichen politischen Leitlinie der NATO im Harmel-Bericht, der die stetigen Bemühungen um die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas verbindlich macht, vorgehalten? Amtliche englische Sprecher haben klar gesagt, daß es ohne Überwindung der Teilung keine dauerhafte europäische Befriedung gäbe.

In wievielen der 14 Ausschüsse der Europäischen Politischen Zusammenarbeit wird stetig an auch nur kleinen Fortschritten zur Überwindung der Teilung gebastelt? Leider in keinem. Wird bei den Außenministertreffen der NATO konkret darüber gesprochen?

Alle Status-quo-Vertreter sollten bei Rostow nachlesen: Das Wesen der freiheitlich-demokratischen Außenpolitik ist der friedliche Wandel zu mehr Menschenrechten und mehr Rechten der Völker. Zu Maß und Mitte in unserer nationalen Frage gehört ebenso ein mutiges, zähes Eintreten für gesamtdeutsche Interessen wie das Streben nach ihrer Verwirklichung in einer freiheitlichen und föderalen gesamteuropäischen Ordnung der Staaten, Völker und Volksgruppen.

*Herbert Czaja, MdB, CDU*

*

*Sehr geehrter Herr Walden,*

Andreottis „Pangermanismus-Fehltritt" ist bedauerliches parteipolitisches Taktieren eines italienischen Politikers, vielleicht begleitet von einem Andreas-Hofer-Komplex Tiroler Provenienz. Entscheidend jedoch ist der Kommentar des einflußreichen Sozialdemokraten Ehmke. Dieser Mann, der sich ganz offensichtlich mit der Spaltung Deutschlands abgefunden hat, dient den Diktatoren und muß dieses bemerken.

Die Aussage Ehmkes ist der logische Schlußstrich unter die Brandtsche Ostpolitik. Freiherr von Guttenberg sagte zu Recht in seiner letzten großen Bundestagsrede, die (damalige) Regierung sei auf Anerkennungskurs. Nicht, weil sie es so wolle, sondern weil es in der logischen Konsequenz dieser Politik (Ostpolitik) liege. Es ist spießbürgerlicher Kleinmut, der geltendes und bewährtes Recht eklatant verletzt. Es gibt in der freien Welt nur wenige so wohlüberlegte Verfassungen wie das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Der Parlamentarische Rat hat damals weise geurteilt, und nichts hat sich an der moralischen Pflicht des sorgfältig überlegten und demokratisch legitimierten Verfassungsauftrages bis heute geändert.

Die Präambel verleiht unserem Grundgesetz besondere Würde.

Ehmke hat vor der Unfreiheit resigniert. Er hat die Würde verletzt. Ob bewußt oder unbewußt, vermag ich nicht zu sagen. Freiheit macht nur die nicht Standhaften überheblich und vergeßlich.

Über Ehmke kann man nur schweigen. Schweigen jedoch darf man nicht über eine Partei, die so unverantwortliches Gerede ungestraft läßt. Solange noch ein Atemzug in uns lebendig ist, möge die Wiedervereinigung in Freiheit das nobelste aller politischen Ziele aller Deutschen sein.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Th. Hoyer,*
*Hamburg 70*

*

Dem italienischen Außenminister Andreotti ist Mißachtung eines Grundsatzes des Völkerrechts vorzuwerfen, weil er die gewaltsame, widerrechtliche und mehrheitlich abgelehnte Teilung Deutschlands politisch unterstützt hat: Dem deutschen Volke hat Minister Andreotti das Selbstbestimmungsrecht abgesprochen!

Daß die Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg eine unumgängliche Folge der Niederlage der Hitler-Diktatur sei, ist eine unbewiesene Behauptung; dafür und für das ideologisch-propagandistische Postulat, die Teilung Deutschlands mache den Frieden sicherer oder garantiere ihn, dürfte wohl wesentlich die sowjetische Desinformationsstrategie verantwortlich sein.

Auch das Kaiserreich Japan hat mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine schwere Niederlage hinnehmen müssen. Die Atombomben auf Hiroschima und Nagasaki symbolisieren diese Tatsache mit apokalyptischem Entsetzen. Allerdings wurde Japan nicht geteilt. Nicht einmal die Staatsform des Kaiserreichs – trotz Verfassungsänderung – wurde abgeschafft. Mithin hatte die fernöstliche Niederlage nicht die unumgängliche Folge einer Teilung Japans bedingt. Und eben dieses ungeteilte Japan ist heute ein unvergleichlich stabilerer Garant des Friedens und der Sicherheit in Asien als das zerstückelte Deutschland im Herzen Europas.

Aber auch die Mussolini-Diktatur im faschistischen Italien im Zweiten Weltkrieg erlitt eine vernichtende Niederlage. Auch Italien wurde nach dem Zweiten Weltkreig nicht geteilt, obwohl Mussolini ein Komplize Hitlers war und der italienische Faschismus in mancher Hinsicht als Vorbild für den deutschen Nationalsozialismus diente.

Mithin belegen die Beispiele Japans und auch Italiens selbst, daß die Teilung Deutschlands ein vermeidbares Unrecht war und als solches stets gesehen werden sollte. Bedenkt man, daß Mussolini von 1922 bis 1945 mit seinem Faschismus Italien regierte, daß Mussolini auf der Seite Hitlers Krieg führte und daß Mussolini eine Wiederherstellung des Römischen Weltreiches erstrebte, dann sollte Minister Andreotti mit Rücksicht auf die Geschichte seines eigenen Landes dem demokratisch-freiheitlichen Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland gegenüber eine andere Haltung eingenommen haben.

*Professor Dr. H. Saake,*
*Hamburg 65*

*

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

so einfach ist dies also: Andreottis böser Wunsch nach Fortdauer der deutschen Teilung ist zwar schlimmer als ein Affront, aber noch schlimmer ist der böse Horst Ehmke, der unsere Verbündeten zu denunzieren wagte, indem er die Gedanken Andreottis richtigerweise auch unseren europäischen Partnern unterstellte.

Bei dieser Beurteilung muß sich Herr Walden freilich die Frage gefallen lassen, ob man das Aussprechen unbequemer Wahrheiten wirklich nur als Denunziation unserer angeblichen westlichen Verbündeten abtun kann. Oder sollte er vielleicht noch nicht begriffen haben, daß außer landhungrigen Staaten im Osten auch solche im Westen ein reelles Interesse am Status quo, an der Fortdauer der deutschen Teilung, haben? Wie anders soll man den Ausspruch des ehemaligen dänischen Ministerpräsidenten Kampmann vom 8. 12. 1972 interpretieren: „In Dänemark hat man gerne zwei deutsche Staaten, wenn möglich noch mehr."

Horst Ehmke hatte wie Bruno Kreisky eben doch recht; auch die zahlreichen verbalen ud vertraglichen Verpflichtungen unserer westlichen Partner auf die deutsche Wiedervereinigung widerlegen ihre Feststellungen nicht, werden doch solche Bekenntnisse zur deutschen Einheit schlicht in dem Wissen abgelegt, daß man eine deutsche Wiedervereinigung in absehbarer Zeit nicht zu befürchten braucht.

Herrn Andreotti und Horst Ehmke muß daher unser aller Dank dafür gelten, daß sie der euromanischen Blauäugigkeit unserer Bundespolitiker einen „Denk"-Zettel verpaßt haben.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Dr. R. Schlierer,*
*Stuttgart*

## *Auch Offizier?*

**„Eichmann-Jäger": WELT vom 18. September**

*Sehr geehrte Herren,*

in dieser Meldung wird Eichmann als „ehemaliger SS-Offizier" bezeichnet. Das ist falsch. Eichmann war nie Soldat und konnte also auch nicht Offizier werden. Er ist 1934 in der „Allgemeinen SS" dem „SD" zugeteilt worden, dessen Aufgabe es war, Parteimitglieder zu überwachen. 1939 wurde dieser SD mit der Sicherheitspolizei zum Reichssicherheitshauptamt zusammengefaßt. Ob Eichmann damit Beamter wurde, ist unklar geblieben; auf jeden Fall blieb er SS-Mann.

Wenn Eichmann jemals den Ehrgeiz gehabt hätte, Soldat zu werden, so hätte er, wie alle anderen Angehörigen der Allgemeinen SS, die ja überwiegend im Heer dienten, seine Laufbahn als Schütze, Kanonier oder dergleichen beginnen müssen; sein SS-Dienstgrad war für die Truppe unerheblich.

Ich treffe diese Feststellung im Interesse jener, die tatsächlich Offiziere waren und deren Aufgaben sich von denen des Herrn Eichmann und seiner Kameraden um einiges unterschieden.

*Mit freundlichem Gruß*
*Herbert Römer,*
*Hamburg 65*

## *Dreimal Kollo*

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

in seinem letzten Beitrag über den Wiederbeginn der leichten Muse nach dem Krieg ist Herrn Italiaander ein Irrtum unterlaufen. Er bezeichnet Walter Kollo als den Vater von René Kollo. Walter Kollo, der Komponist berühmter Melodien (z. B. „Es war in Schöneberg im Monat Mai") hatte als Sohn Willi Kollo, der auch durch viele Schlagermelodien bekannt geworden ist. Dessen Sohn erst ist René. Walter ist also Renés Großvater!

*Beste Grüße*
*Dr. N. Knüpffer*
*Wilen, Obwalden, Schweiz*

## *Offizierskontakte*

**„Deutsch-deutsche Offizierskontakte im politischen Spiel; WELT vom 14. September**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

Der Leser staunt: „Deutsch-deutsche Offizierskontakte im politischen Spiel" der Jahre 1950/54 und erneut 1980. Sein Staunen wandelt sich in Betroffenheit, wenn er beginnt, die Kontakte auf dem Hintergrund der politischen Situationen zu hinterfragen, was hier wörtlich zu nehmen und am Platz ist. Von einer Reihe von Fragen ist die wichtigste: Kontakte unter Umgehung der Bundeskanzler Adenauer und Schmidt, mithin unter (vorsätzlicher?) Verletzung der einzig in ihren Händen liegenden politischen Kompetenz? Aktionen also nicht im politischen Spiel der Kräfte, sondern vielmehr neben der Politik der Regierung?

Oberst a. D. Teske unternahm zehn Reisen in die SBZ/DDR – nur mit Wissen und Unterstützung des Generals a. D. Gehlen. Von ihm wird Teske die Richtlinien für seine Gesprächsführungen erhalten haben. Aber entwarf Gehlen diese Richtlinien allein, oder war er der Sprecher einer Generalsgruppe? Rehm hat eine Reihe von Namen genannt: Speidel, Sodenstern, Viebahn, Gablenz, Burchert, Natzmer. Der Kerninhalt der Diskussionen, die Teske bei 31 Treffs führte, war, so Walter Rehm, die Frage: „Was wird aus Deutschland?"

Wichtiger aber und aufschlußreicher für die Beurteilung seiner Gespräche ist ihr Denkansatz. Er entpuppt sich als apolitisch: Auf der „übernationalen soldatischen Grundlage" beruhe, so Teske, die einzige Gewähr, „auf der sich auch die größten politischen Gegensätze treffen können", stärker als „alle kommenden politischen Gegensätze". Das Militär, „Klammer des Reiches" (Seeckt), als Vorreiter und politischer Gestalthelfer der – staatlichen und gesellschaftlichen – Wiedervereinigung Deutschlands? Mit welchen Zielen, Inhalten, Verfahren und Mitteln? Was sollte wie zu welchem Ende werden?

Das war alles fern jeder Politik gedacht, Konstrukt ohne Rückbindung an die reale politische Lage, einmal mehr unter Verkehrung des Verhältnisses von Politik und Militär, offensichtlich auch ohne Kenntnis von der strikten Unterordnung des Militärs in der UdSSR, so auch in der DDR.

Die Haupt- und Grundfrage bleibt bestehen: Versuchten und versuchen erneut ehemalige Offiziere von der Bundesrepublik aus „ihre Politik" neben der Regierung zu betreiben? Brigadegeneral a. D. Karst fühlte sich 1980, wie er vermerkt hat, vom verteidigungspolitischen Sprecher der damaligen Opposition, Dr. Manfred Wörner, zu Kontakten mit der Nationalen Volksarmee „ermutigt". Von seinen Gesprächsinhalten erfahren wir nichts; nur ein paar – emotional eingefärbte – Marginalien werden uns mitgeteilt.

Fazit: Alle Fragen, die Rehms Bericht aufwirft, ordnen sich der Antwort auf jene Haupt- und Grundfrage ein.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Dr. G. Will, Oberst a. D.*
*Hamburg 52*

## *Opfer der Politik*

**„Gaetas letzter Häftling reißt alte Wunden auf": WELT vom 19. September**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

Sie schreiben: „Auf seinen (Major Reders) Befehl hin waren dort (in Marzabotto) als Antwort auf Partisanenangriffe am 5. Oktober 1944 1836 Männer, Frauen und Kinder zusammengeschossen worden ... Marzabotto ist seither in Italien zum Inbegriff unmenschlicher Kriegsführung geworden."

Diese Darstellung ist falsch! In Marzabotto hatte sich die kommunistische Partisanengruppe „Stella Rossa" verschanzt, die außer mit Maschinengewehren auch mit Granatwerfern ausgerüstet war. Es ist klar, daß, wenn aus einem Haus geschossen wird, auch wieder hineingeschossen wird.

Ebenso eindeutig kann nach dem Kriegsrecht jeder Zivilist, der mit der Waffe in der Hand angetroffen wird, an die Wand gestellt werden.

Die Deutsche Wehrmacht hatte in Italien von Juni bis August 1944 durch Heckenschützen 5000 Tote und rund 30 000 Verwundete und Verschleppte zu beklagen. Letztere wurden oftmals erhängt, ertränkt, verbrannt, gekreuzigt oder sonstwie zu Tode gefoltert.

Der Prozeß gegen Major Reder wurde mit gefälschtem und erlogenem Material geführt. So hatten die Partisanen nur etwa 800 Tote. Ehrenrührige Anschuldigungen wurden dann auch von dem italienischen Kriegsgericht weitgehend fallengelassen. Reder ist bis heute ein Opfer italienischer Innenpolitik.

*F. Brunner,*
*Sottrum*

### Wort des Tages

„Genügsamkeit ist eine Tugend. Aber wehe der Genügsamkeit, in der ein Mensch an sich selbst keine Anforderungen stellt und die Faulheit und Bequemlichkeit des eigenen, oft recht lumpigen Ich gern übersieht. Es ist traurig, wie viele sich im sittlichen Leben wie in der Arbeit zufriedengeben, ohne auch nur das Maß des Gewöhnlichen erreicht zu haben."

Nathan Söderblom, schwedischer Theologe (1866–1931)

# Personalien

## BUCHVORSTELLUNG

„Man ärgert sich, daß man es nicht selber geschrieben hat" – Autorin **Marie-Luise Schwarz-Schilling** war entzückt über dieses Kompliment von Professor **Wolfram Engels** zu ihrem jüngsten Buch „Kaufmann und Schamane". **Heinrich Seewald** stellte das Werk gestern in der Bonner Landesvertretung Baden-Württembergs einem illustren Kreis vor. Frau Schwarz-Schilling, Unternehmerin, verspürte, so sagte sie, „Lust am Widerstand", möchte den Kaufleuten Mut machen, mit den Schamanen – „von der Pythia bis zu Augstein" – in die Arena zu steigen, sich nicht länger vor der leisen Herablassung der wirklichen oder vermeintlichen Meinungsführer zu ducken. Spannend sei es geschrieben, meinte Engels, und insofern eine Novität, weil es die Theorie vom freudlosen Kapitalismus widerlege. **Christian Schwarz-Schilling**, der Mann der Autorin, freilich besser bekannt als Postminister, schmunzelte wohlgefällig.

*

„Wahre Weinkultur" heißt ein neues Buch im Seewald-Verlag. Ein hervorragender Kenner schrieb es, Weingutsbesitzer **Kuno Pieroth**. Und **Walter Scheel**, noch immer Deutschlands Feinschmecker Nummer eins, schrieb ein amüsantes Vorwort. „Ich habe bei Staatsempfängen immer Wert auf gutes Essen und Getränke gelegt, denn in der auswärtigen Politik hat es hohe Bedeutung, die Gastfreundschaft durch ein erlesenes Mahl zu krönen", so Scheel. Der frühere Bundespräsident wußte auch zu berichten, daß die alten Perser, „die ersten wahren Kellermeister, wichtige Angelegenheiten in der Trunkenheit des Weines zu beraten pflegten. Gefiel ihnen das Ergebnis auch, wenn sie nüchtern waren, wurde es umgesetzt, sonst verworfen." Kuno Pieroth, Bruder des Berliner Wirtschaftssenators **Elmar Pieroth**, präsentierte zusammen mit Walter Scheel und Verleger **Heinrich Seewald** in Bad Godesberg das Buch bei einer „Jahrhundertweinprobe". Edelstes Tröpfchen war ein Niersteiner Fuchsloch von 1921. Was das Buch so interessant macht, ist nicht nur der flotte Stil bei der historischen Darstellung des Weinanbaus, sondern hier und da ätzende Kritik an heutigen Praktiken: „Mit der Chemie im Weinberg wird gelegentlich recht leichtfertig umgegangen", heißt es. Oder heißes Thema Zusatzstoffe: „Erlaubt ist eine ganze Menge im Bereich der EG, Ascorbinsäure, Kohlensäure, Gelatine, Bentonit, Kaliumhexacyanoferrat, Aktivkohle, Polyvinylpolypyrrolidon, Enzyme, Stickstoff, um nur einige zu nennen."

## AUSWÄRTIGES AMT

Ein Diplomat und Journalist ist von Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** offiziell als zweiter Sprecher im AA ernannt worden: **Reinhard Bettzuege**, seit zweieinhalb Jahren bereits im Pressereferat tätig. Bettzuege übernimmt die Aufgaben von **Jürgen Chrobog**, der erster Sprecher geworden ist. In



**Reinhard Bettzuege** FOTO: EVI KEIL

Recklinghausen ist Reinhard Bettzuege geboren. Seit fast 30 Jahren lebt er in Bonn. Auf dem Godesberger Nicolaus-Cusanus-Gymnasium, das einen hohen Anteil von ausländischen Kindern besitzt, war er Schulsprecher, Chefredakteur der Schülerzeitung „Reflexe" und wirkte im Schulkabarett „Die Niveaulosen" mit. Der Major der Reserve gehört auch heute noch dem Rundfunkbataillon der Bundeswehr in Andernach an und stellt sich immer wieder bei politischen Themen für Moderationen zur Verfügung. Bettzuege hat Jura, Anglistik und Germanistik studiert und beide Studiengänge abgeschlossen. 1973 ging er in das Auswärtige Amt. Er wurde als Attaché nach Lissabon geschickt und ging anschließend nach London in die deutsche Botschaft, wo er als persönlicher Referent des damaligen Botschafters **Karl-Günther von Hase** tätig war. 1980 erfolgte seine Versetzung nach Belgrad. Er wurde Leiter der Wirtschaftsabteilung in der Botschaft. Seine Frau **Birgit** war früher „rechte Hand" im Büro von AA-Chefdolmetscher **Heinz Weber**. Sie lebte viele Jahre in Paris. Ihr Vater war Beamter bei der damaligen Pariser NATO-Vertretung.

## UNIVERSITÄT

Der Fachbereich Physik der Universität Hamburg hat Professor **Wolfgang K. H. Panofsky** aus Stanford/USA mit der Ehrenpromotion ausgezeichnet. Panofsky, der von 1961 bis August 1984 Direktor des Stanford Linear Accelerator Center (SLAC) der Stanford University in Kalifornien war, ist eine der führenden Persönlichkeiten der Hochenergiephysik, die wie nur wenige andere höchste Fachkompetenz und langjährige Erfolge bei Untersuchungen zur Physik der Kerne und Elementarteilchen, der Entwicklung und Anwendung von Beschleunigertechnologien sowie bei Wissenschafts-Management und bei der Förderung der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit vereinigt. Panofsky, 1919 in Berlin geboren, wuchs in Hamburg auf, wo sein Vater, **Erwin Panofsky**, Professor der Kunstgeschichte an der neugegründeten Universität war. 1933 mußte er mit seiner Familie Deutschland verlassen. Er studierte an der Princeton-Universität und am California Institute of Technology in Pasadena; 1951 wurde er Professor für Physik an der Stanford-Universität.

## VERANSTALTUNG

Der Berufsverband Bildender Künstler Aschaffenburgs präsentiert sich zur Zeit in Bonn: In der Bayerischen Landesvertretung stellen 24 Künstler ihre Arbeiten vor. Gezeigt wird Malerei, Graphik und Plastik. Älteste ausstellende Künstlerin ist **Bertha Fischer-Ginsburg** (83), eine ehemalige Matisse-Schülerin. Die jüngste ist **Andrea Müller**, Jahrgang 1955, die mit ihren zahlreichen Keramikarbeiten auch in Bonn ein ganz besonderes Interesse gefunden hat. Das vielfältige Angebot aus Aschaffenburgs Kunstschaffen reicht von moderner Landschaftsmalerei mit Lokalkolorit bis zur abstrakten Stahlplastik. Ministerialdirektor Dr. **Oskar Klemmert** eröffnete die Ausstellung, die in der Bayerischen Vertretung in der Schlegelstraße bis zum 10. Oktober zu sehen ist. Nach Klemmert fühlen sich übrigens die Aschaffenburger so etwa, als wären sie „die Schwanzquaste des bayerischen Löwen". Sie seien, so Klemmert, nämlich „ausgestattet mit einem besonderen Freiheitsgefühl", was ihnen durch die eher periphere Lage zum bayerischen Regierungszentrum vermittelt wird.